links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Seifenbläser
Haschrebellen
Rausschmeißer

bedrohungen

Offenbach Nr. 318/319 28. Jahrgang W: DM 13,– / O: DM 10,– Nov./Dez. '96

editorial

Die massenhysterische Diskussion um sexuelle Gewalt formiert und beflügelt nicht nur nationale Kollektive, wie zuletzt in Belgien zu sehen war, sondern macht manches wieder sag- und verhandelbar, was allzugerne als Gegensatz zu Euphemismen wie „liberalem Strafvollzug“ oder generell zur herrschenden Demokratie verkauft wird. Die Forderung nach „chemischer Zwangskastration“, aber bitte mit Einverständnis der Betroffenen, machte die Runde – ohne freilich zu vergessen, verantwortungsvoll vor „populistischem Aktionismus“ zu warnen. Gemeint war jedoch meistens der Aktionismus anderer und nicht der eigene. Das nicht gleich von „Zwangssterilisation“ die Rede war, ist einer dumpfen Sensibilität geschuldet, die darum weiß, was zu sagen sich gehört und was nicht. In der Sache indes ändert das nichts.

Das der eingangs angesprochene Gegensatz zwischen erhobener Forderung und realexistierender Volksherrschaft jedoch kein grundlegender ist, verdeutlichen Aussagen an der Diskussion Beteiligter zu genüge. „Eine solche Methode passe ‘nur ganz schwierig’ zu unserem System, Menschen zu behandeln“ käut die *FAZ* die liberale Position, d.h. Frau Leutheusser-Schnarrenberger, zwar wieder. Aber immerhin, drüber reden läßt sich's bereits. Außerdem: „schwierig“ heißt eben nicht „nicht“. Was „ganz schwierig“ heißt, läßt sich bereits erahnen, denkt man an die allseits bekannte Auseinandersetzung um das Asylrecht zurück, dessen Abschaffung sich in den Augen all der wählenden und gewählten „guten DemokratInnen“ ja ganz ausgezeichnet mit „unserem System, Menschen zu behandeln“ verträgt – so funktioniert nun mal Demokratie.

Doch auch Personen, die Gewinnstreben mit Einreisehilfe verbinden, wird eine sogenannte Zwangsbehandlung von staatswegen zuteil, wenn auch keine medizinisch-technische. So präsentierten Mitte Oktober diejenigen, die die „unerwünschte Einreise“ täglich und hauptberuflich zu verhindern suchen, einen „großen Fang“. Ein „Schleuser“, genauer: „der meistgesuchte Menschenschmuggler der Türkei“, um im Kanther-Jargon zu bleiben, war festgenommen worden. Das Spektakulum hierbei: zwischen 1988 und 1990 soll er Woche für Woche 250 Kurden in Reisebussen und weitere 300 über verschiedene deutsche Flughäfen nach Deutschland gebracht haben.“ (*FR*) Die Kurden seien hierzu „mit gefälschten Pässen oder Visa ausgestattet worden“. Schade, denn das einzige, was zu kritisieren ist, sind die Verhältnisse, die solche Geschäfte nötig machen bzw. zu bedauern ist ihr Preis. Wobei zuweilen auch in linken Kreisen die Nase mehr über diejenigen gerümpft wird, die sich ihre Hilfe zur illegalen Einreise teuer bezahlen lassen, als über diejenigen, die deren Illegalität erzwingen. Daran, daß der gleichfalls illegalisierte Konsum bestimmter Rauschmittel in der Regel entweder als strafbare Handlung oder als Krankheit verhandelt wird, werkelt hingegen der derzeit prominenteste Koks-User der BRD eifrig mit. Obwohl die Bedingungen, unter denen er dem täglichen Rausch nachgehen konnte, unvergleichlich besser waren, als die der meisten anderen KonsumentInnen hier im Land, fand er nach eigener Aussage zuletzt kaum noch Gefallen daran. Daß 700 Gramm unter Freunden manchmal weg waren wie nichts (frei nach Wecker), ist dabei wenig verwunderlich. Was freilich nicht daran lag, daß er u.a. mit Vertretern der SPD-Führung befreundet ist, sondern eher die Schuld war „von den kleinen verbrecherischen Zwergen, die mit kleinen Schippchen und kleinen Säckchen mir mein ganzes Kokain unter der Türritze weggeschleppt haben“ (Wecker). Ob Wecker künftig als „KOKS SOZI“ behaupten wird: „Ja! Rot steht Dir gut“ darf getrost bezweifelt werden. Seine Nicht-Eignung für die derzeit laufende Werbekampagne der SPD steht außer Frage, bei Koks hört die offizielle Freundschaft in diesen Kreisen wohl auf, aber auch, weil er zu alt sein dürfte. Im Gegensatz zu Raul, dem 22jährigen „PHILO SOPHIE SOZI“, der, wie auch Christoph („ETHNO SOZI“) mächtig viel kulturelles Kapital in die Wagschale wirft, um dem neuen SPD-Parteibuch-Lifestyle etwas Substanz zu verleihen. Das zu einer Sache des Modischen („Und Rot steht ihm gut“) erhobene Bekenntnis zu den Großkoalitionären in Bonn wurde von deren Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, immer brav Zielgruppenspezifisch, beispielsweise in der *taz* (PHILO blabla) und in einem Werbemagazin des Tonträgereinzelhandels (ETHNO blabla), per Kreuzchen („Ja! Ich will das SPD Parteibuch.“) abgefragt. Diejenigen, die „Halt, halt! Schickt mir erstmal Infos!“ rufen – ebenfalls per Kreuzchen –, versucht man noch, per „Sozi-Surfen im Internet“ zu keilen. Frei nach dem Motto: Mehr http://www wagen.

Zwei oder drei Dinge in eigener Sache: Die letzte Nummer der *links* wurde, wieder einmal, zu spät ausgeliefert. Was, wieder einmal, mit einer, diesmal für den 26. September angekündigten, Heftkritiksitzung im Club Voltaire zusammenfiel. Die Redaktion möchte sich bei allen LeserInnen für die späte Zustellung entschuldigen. Da bei der vorliegenden Nummer erstmals ein neues Vertriebssystem zur Anwendung kommt, hoffen wir, diese Art der Verzögerung in Zukunft nicht mehr entschuldigen zu müssen.
Zum einen ist dieser Ausgabe das Register 1995 beigeheftet. Zum anderen ist mitzuteilen, daß Arno Klönne zum 1. Januar 1997 aus dem HerausgeberInnen-Kreis der *links* ausscheidet. Die *links*-Redaktion bedankt sich auf diesem Wege für seine Unterstützung als Herausgeber in den vergangenen Jahren.

die redaktion

Impressum

REDAKTIONSADRESSE
Sozialistisches Buro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel 069 / 88 50 06 Fax: 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Stefan Armborst, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Roland Hamel, Eva Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Sabah J. Mohamed, Gottfried Oy, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Joachim Hirsch, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Meyer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Bernd Röttger, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITERINNEN: Robert Detobel (Frankfurt), Colectivo *La Guillotina* (Mexico),Rosi Karges (Berlin), Holm-Detlev Köhler (Spanien), Felix Schneider (Frankfurt)

REDAKTIONSBÜRO: Thomas Kunz, Gottfried Oy

VERLAG UND VERTRIEB: Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5-7, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Gestaltung: Gunnar Lieb

LAYOUT: Thomas Kunz, Birgit Letsch, Gottfried Oy

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich, 6 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Jan./Feb.-Ausgabe: 5. Dezember 1996

BEZUGSBEDINGUNGEN: Doppelheft W: DM 13,– / O: DM 10,– Jahresabo W: DM 75,– / O: DM 50,– incl. Versand. Luftpostpreise auf Anfrage. Ermäßigtes Abo DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.
Abbestellungen müssen spätestens bis 30.09. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar gezahlt. Texte sollten auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 HD-Diskette (bitte ohne eingebaute Fußnoten) eingeschickt werden.
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 10.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habenahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

4 Verfolgerstaat
Die BRD auf Abschiebekurs gegenüber Kriegsflüchtlingen aus Ex-Jugoslawien. Ein Kommentar von Christoph Görg

5 Machiavellismus – eine historische Notwendigkeit?
Sabah J. Mohamed über den Konflikt in Irakisch-Kurdistan

7 „Nicht Verfahrensrelevant“
Der Prozeß gegen Birgit Hogefeld. Von Prozeßbeobachterin Andrea L.

10 Nukleare Nichtverbreitung
Oliver Meier über die Kernwaffenarsenale in der EU

13 Der Mythos Friedensprozeß
Dritter und letzter Teil der Serie über die israelisch-palästinensischen Vereinbarungen. Von Sabah J. Mohamed

B E D R O H U N G E N

16 Bedrohungen
Redaktionelle Vorbemerkungen zum Schwerpunkt

18 Von Freunden umzingelt
Jens Warburg über die Bedrohungsszenarien der Bundeswehr

21 Die „globale Schicksalsgemeinschaft“
Schreckensszenarien sollen die „Gattung Mensch“ beschwören. Von Christoph Görg

24 Gift und Gegengift
Eike Hennig über Bedrohung und Apokalypse bei Joseph Fischer

27 Terror – ein Chamäleon
Rudolf Walther über Verkleidungen terrorischtischer Gewalt

30 Die Europäische Union
„Euro-Angst“ und „DM-Imperialismus“. Von Roland Hamel

32 Böse Welt – gute Nation
Wie Globalisierung als Bedrohung die Eliten stabilisiert. Von Alex Demirović

34 „Die Faust des Propheten“
Markus Stauff über die Feinbildstruktur ‘Fundamentalismus’

37 *tellerwäscher*
❶ Der Falsche ❷ Rausschmiß ❸ Offenbar keine Offenbarung ❹ NÖS oder Pariser Mai ❺ Buchclub Rot-Schwarz ❻ Niemand ist böse! ❼ Globalisierung ❽ NiX^3 ❾ Film ab

45 Versagen kritischer Intelligenz
Dominik Rebmann über staatliche Drogenpolitik und linke Konservatismen

48 „Hohlraum der Rede“
Abschließende Bemerkungen zur Goldhagen-Kontroverse. Von Tjark Kunstreich

51 Thesen über Täter
Christoph Schneider über linke Rezeptionsanalytiker im Streit um *Hitlers willige Vollstrecker*

53 Plädoyer für genaueres Hinsehen
Zum Beitrag der Gruppe *Kein Friede* (*links* 316/317). Von Ulrich Brand

55 Linke Seifenblase Mexiko
Warum die EZLN die *links* so entzückt. Von Thomas Kunz & Gottfried Oy

Sicher: Die Bundesrepublik Deutschland hat in Europa die meisten bosnischen Flüchtlinge aufgenommen – zumindest von denjenigen, die außerhalb des Gebietes des ehemaligen Jugoslawien geflüchtet sind oder vertrieben wurden. Und trotzdem ist das der einzige positive Satz, den man über die bundesdeutsche Flüchtlingspolitik sagen kann. Und selbst der wird noch durch die Einschätzung relativiert, daß die Gründe dafür kaum humanitäre Motive sondern eher eine medienwirksame Demonstration von Verantwortlichkeit waren. Die tatsächliche Verantwortungslosigkeit hat sich dagegen in den letzten Monaten mehr und mehr enthüllt. Mit dem Beschluß der Innenministerkonferenz vom 19.9.96 ist die Bundesrepublik letztlich zum Verfolgerstaat geworden, entzieht sie den Flüchtlingen nicht nur ihren Schutz, sondern versucht, jene massiv einzuschüchtern und aus dem Land zu treiben.

Nach den Auseinandersetzungen dieses Jahres ist dieser vorläufige Schlußpunkt der schlimmste zu erwartende Ausgang für die Flüchtlinge. An diesem düsteren Bild können auch einige matte Grautöne nichts ändern. Halbwegs positiv ist eigentlich nur zu vermerken, daß nach einem dreiviertel Jahr die Minister die bornierte und dreiste Haltung aufgegeben haben, bei Abschiebungen die Verhältnisse in Bosnien überhaupt nicht berücksichtigen zu wollen. Nachdem nun wirklich alle halbwegs Sachkundigen vor den katastrophalen Auswirkungen dieser Ignoranz der Macht gewarnt hatten, verließ die Schreibtischtäter offensichtlich doch der Mut. Von Einsicht mag man jedenfalls nicht reden, angesichts der Stammtischparolen, die von manchen zum „besten" gegeben wurden: Meinte der eine, die Flüchtlinge drückten sich vor dem Wiederaufbau (Mayer-Vorfelder), wollte der andere sie möglichst vor dem Beginn neuer kriegerischer Auseinandersetzungen wieder loswerden, um sie nachher nicht noch länger am Hals zu haben (Beckstein), usw. Direkt ein Anschauungsunterricht in Sachen staatlich inszenierter Feindbild-Propaganda, der gleichzeitig einen ungeschminkten Blick auf die christlichen Werte „dieser unserer Gesellschaft" ermöglicht. Schaut man sich Reaktionen aus der Bevölkerung auf den Beschluß an, dann bekommt man allerdings den Eindruck, daß der Schulterschluß zwischen Herrschenden und Berherrschten durchaus gelungen ist.

Dagegen ist der Spielraum, der den Länderinnenministern bei der Ausgestaltung der zynisch „Rückführung" genannten Abschiebungen eingeräumt wurde, nur auf den ersten Blick positiv zu bewerten. Zwar entfallen wenigstens die Auseinandersetzungen, die noch um die Abschiebung kurdischer Flüchtlinge zwischen Bund und Ländern ausgetragen wurden. Die Länder können sich nicht länger hinter dem Bundeszwang verstecken, sondern müssen Farbe bekennen. Das haben einige auch schon getan, und nicht alle so wie gehofft. Wieder einmal hat sich Niedersachsen zum potentiellen Gesamtstandortverwalter aufgeschwungen und am effektvollsten den drohenden großen Kehrausbesen geschwungen. Aber von einem Vorpreschen in der Sache kann dabei kaum die Rede sein. Denn hinter der Konfusion, die mit der unklaren Rechtslage, der Ankündigung von zweifelhaften Stichtagen und den von Land zu Land unterschiedlichen Regelungen verbunden ist, steckt System, ja der eigentliche Sinn des neuerlichen Innenminister-Beschlusses. Und der lautet: Verunsichern, Einschüchtern, Drohen. Eine Politik der Terrorisierung der Flüchtlinge. Und diese Politik hat Kontinuität.

Schon im April dieses Jahres wurde von Hamburger Behörden an Flüchtlinge die Aufforderung zur Kündigung von Arbeits- und Mietverhältnissen verschickt, zusammen mit der Ankündigung, daß ihre Duldungen mit dem 1.7. auslaufen würden. Viele Ämter in der ganzen Bundesrepublik haben z.T. eigenmächtig in vergleichbarer Weise gehandelt, obwohl es dafür oft keine rechtliche Grundlage und keine bindenden politischen Beschlüsse gab. Hier geht es auch nicht um die Durchführung „normaler" Verfahren, sondern ganz offen um die Abschreckung und um die Erzeugung von Angst. Insofern setzt der Beschluß auf der Ebene der höchsten Verantwortlichen nur fort, was untergeordnete Dienststellen schon länger praktiziert haben. Mit der Aufsplitterung der verschiedenen Länderregelungen wird sich zudem die Frage, ob das Nachbarland noch ein „sicherer Drittstaat" ist, auf die förderale Ebene verlagern. Ob sich daraus innerdeutsche Fluchtbewegungen entwickeln, wird sich zeigen müssen.

Daß der Beschluß allein von Feindbilddenken und Ausgrenzungsphantasien getragen ist, zeigt sich letztlich daran, daß ihm eine völlig verzerrte Wahrnehmung der Flüchtlinge zugrundeliegt. Eine überwiegende Zahl möchte nichts lieber als zurück nach Bosnien, wenn es denn dazu eine einigermaßen realistische Perspektive geben würde. Doch nicht nur fehlt nahezu alles zum vielbeschworenen Wiederaufbau. In sehr vielen Fällen wird eine wirkliche Rückkehr in absehbarer Zeit unmöglich bleiben, weil die entsprechenden Gebiete noch besetzt sind und nach dem Teilungsplan auch bleiben werden. Viele Flüchtlinge werden also von einem Flüchtlingslager in Mannheim oder Berlin in ein anderes Lager in Tuzla oder Sarajevo abgeschoben werden. Wenn hier von Rückführung gesprochen wird, dann wird behauptet, daß sie genau dahin, in diese Lager auch gehören. Das aber bedeutet, zuzugeben, daß die Rückkehr in ihre Herkunftsgebiete sowieso nicht angestrebt wird. Damit aber wird von der BRD ein Beitrag dazu geleistet, die ethnifizierende Teilung Bosniens zu zementieren. Und das nur, weil Wohlstandschauvinisten in Paranoia um ihre Staatsfinanzen verfallen sind.

Suchen wir zuletzt noch das Positive. Aber, so läßt sich einwenden, hat die Bundesrepublik nicht doch zusammen mit ihren Verbündeten das Ende des Krieges herbeigeführt und dabei auch die westlichen Werte gerettet? Sicher, ohne äußeren Eingriff hätte das Morden wahrscheinlich noch kein Ende gefunden. Doch schon dem Dayton-Vertrag ist der Geburtsfehler immanent, die ethnifizierenden Vertreibungen, das Ziel der Kriegstreiber, letztlich doch gebilligt zu haben. Bei den Präsidentschaftswahlen im September zeigte sich zudem schon, daß noch nicht einmal die Bestimmungen dieses Vertrags im Hinblick auf Bewegungsfreiheit konsequent verfolgt werden, geschweige denn die Voraussetzungen für einen wirklichen Frieden in Bosnien geschaffen werden. Auch ohne besondere Kenntnis der Situation kann man sich leicht ausmalen, daß die Zwangsansiedlung von Flüchtlingen nicht zum vielbeschworenen Wiederaufbau, sondern zu neuen Spannungen in der Bevölkerung führen wird. Nur Volker Rühe ist noch stolz darauf, daß „seine Jungs" jetzt mal endlich richtige Soldaten sein dürfen und schon mal unter realitätsnahen Bedingungen den Einsatz schneller Eingreiftruppen simulieren können. Endlich hat die Bundeswehr wieder einen Sinn gefunden, der zudem noch dem verruchten Tucholsky-Image entkommt: Soldaten sind Friedensbringer – und Innenminister schützen die staatliche Ordnung. Na, wenn das nichts positives ist? ●

CHRISTOPH GÖRG

Verfolgerstaat

SABAH J. MOHAMED

Machiavellismus – eine historische Notwendigkeit?

Der Konflikt in Irakisch-Kurdistan

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Situation in Kurdistan zur Zeit der Gegenoffensive der PUK (Patriotische Union Kurdistans) nach ihrem strategischen Rückzug in den Iran Anfang September. Nach der immanenten Logik des Konfliktes im irakischen Teil Kurdistans scheint die PUK zu solchem Vorgehen gezwungen, will sie doch von zukünftigen Szenarien nicht ausgeschloßen werden. Da aber in der jetzigen Konstellation keine Autonomie oder Unabhängigkeit Kurdistans möglich ist, wird es erneut ein Entspannungsszenario und d.h. eine bedrohliche Ruhe geben. Diese Befriedung kann aber ohne einen mächtigen Vermittler nicht zustande kommen. Bis dahin werden die Waffen in Kurdistan sprechen.

Die Geschichte der Kurden und der kurdischen Befreiungsbewegungen ist im 20. Jahrhundert durch negative Attribute gekennzeichnet: Verrat, die Nichtanerkennung politischer Rechte, brutale Unterdrückung und Vertreibung. Mit der Entstehung, präziser, der Schaffung von formal unabhängigen Staaten in der Region durch die Kolonialmächte setzte sich die Tragödie der Kurden fort. Die Liquidierungspraxis vereint die drei Staaten Irak, Iran und die Türkei, unter deren Herrschaft die Mehrheit der Kurden subsumiert wurde, und zwar seit ihrer Schaffung bis zum heutigen Tage. Somit stellt die Unterdrückung kurdischer Selbstbestimmungsforderungen den einzigen Konsens dieser Staaten dar. Mit dieser eisernen Mauer waren die kurdischen Befreiungsbewegungen von Beginn an konfrontiert. Ein exemplarisches Beispiel dafür liefert die Befreiungsbewegung im irakischen Teil Kurdistans.

Befreiungskampf

Die DPK (Demokratische Partei Kurdistans), die 1946 gegründet wurde (damals hieß sie KDP), stützte bzw. stützt sich moralisch und sozio-politisch auf den mächtigen Stamm Barazanis und dessen legendären Freiheitskämpfer Mullah Mustafa Al-Barazani. Al-Barazani setzte die Kampfgeschichte seines im Jahre 1914 von den Jungtürken hingerichteten Vaters Abd al-Salam seit den dreißiger Jahren fort, war bei der Gründung der Mahabad-Republik in den Jahren 1946/47 im Iran beteiligt und mußte nach der Zerstörung des ersten erfolgreichen Experiments der Kurden im 20. Jahrhundert in die Sowjetunion fliehen, wo er bis zur irakischen Revolution von 1958 blieb. Die historische Phase von 1958 bis 1975 war für die Kurden unter der Führung von Barazanis DPK durch Krieg und Waffenstillstand gekennzeichnet, aber auch durch mäßige politische Errungenschaften und interne Machtkämpfe. Die schrecklichste Phase war vor allem die des internen Machtputsches im Jahre 1968, den das Baath-Regime zur Ausschaltung jeglicher Opposition nutzte. Da das Regime jedoch noch nicht fest im Sattel saß, galt es zunächst, die Opposition zu fraktionieren. Dabei verfuhr das Regime zweigleisig: Brutalität und Schmusekurs. Den Kurden – die Kommunisten und die Scheiiten bleiben hier außer acht – unter der Führung von Barazani wurde im März 1970 eine Autonomie in den Städten Sulemania, Arbil und Duhuk angeboten.

In dem Moment, in dem sich das Regime zu stabilisieren begann und sich dem Iran anzunähern pflegte, zeigte es allerdings seine Zähne. 1975 wurde mit dem Abkommen von Algier dem Iran ein Teil vom Schatt-al-Arab versprochen, dafür sollte dieser seine Unterstützung für die DPK einstellen. Nach diesem Ereignis ging die Kampfgeschichte Al-Barazanis zu Ende. Im selben Jahr gründete der 1964 aus der DPK ausgeschlossene Jalal Talabani mit anderen linken Parteien die PUK (Patriotische Union Kurdistans). Die DPK gründete darauf einen provisorischen Vorstand unter der Führung des Sohnes Al-Barazani Massuds. Seither erheben beide politischen Kräfte einen Herrschaftsanspruch auf Irakisch-Kurdistan.

Indessen zeigte sich das häßlichste Gesicht des Baath-Regimes. Der Höhepunkt der seit 1975 andauernden Verfolgung der Kurden im Irak durch das Baath-Regime war die Bombardierung des Dorfes Halabja mit Giftgas im Jahre 1988. Seit dieser Zeit verfolgt das Regime die Praxen der Arabisierung, Vertreibung, demographischer Veränderung, Ermordung, aber auch sozio-ökonomischer und infrastruktureller Transformation der kurdischen Gesellschaft unter dem Primat der Machtpolitik und grenzenloser Ausbeutung. Erst im Jahre 1991 traten die PUK und die DPK als bestimmende Kräfte auf die politische Bühne.

„Brüder"-Kämpfe

Der Aufstand im südlichen und irakischen Teil Kurdistans 1991 hätte zu politischen Veränderungen und somit zur regionalen Destabilisierung führen können, so war das Baath-Regime gezwungen zu reagieren, wohlgemerkt im *Einverständnis* mit den USA. Die Millionen kurdischen Flüchtlinge drohten die benachbarten Länder, insbesondere den Natomitgliedsstaat Türkei, zu destabilisieren. Dies widersprach allerdings den Interessen dieser Staaten und den geostrategischen und ökonomischen Absichten der USA. Die als humanitäre Operation verkaufte Intervention stellte in diesem Kontext ein Mittel dar, die machtpolitischen Verhältnisse in der Region wieder zu stabilisieren. PUK und DPK versuchten die Situation für sich auszunutzen und erreichten in Verhandlungen ein Arrangement der Autonomie; mit diesem hatte allerdings das Regime freie Hand gegen die Aufständischen im Süden. Indessen versuchten die beiden Parteien in Kurdistan ihre eigene Machtbasis auszubauen. 1992 kam es zu Parlamentswahlen, welche die beiden für sich entschieden, nicht zuletzt weil sie selber die hohe 7 % Hürde, die den Eintritt von kleineren Parteien ins Parlament hinderte, festlegten. Kurdistan wurde faktisch zwischen den beiden Kräften aufgeteilt, wobei der Nordosten, welcher der DPK unterstand, der ökonomisch relevantere Teil ist. Da aber die Zweiteilung Kurdistans eben eine provisorische Lösung war, mußte es früher oder später zu internen Streitigkeiten und Kämpfen kommen. In diesen Jahren – 1992 - 1994 – haben sich die beiden Kräfte von Befreiungsbewegungen zu an der Staatsmacht orientierten Parteien transformiert. Die kriegerischen Auseinandersetzungen seit 1994 waren nur der physische Ausdruck des vorher stattgefundenen Machtausbaus jeder der beiden Gruppierungen. Zu diesem gehörte

auch die Bündnispolitik: Die PUK paktierte mit dem Iran und der PKK, die DPK mit der Türkei und später mit dem irakischen Regime; das alles lange vor den August-Ereignissen 1996. Während dieser Kämpfe schlugen die Bemühungen Dritter, insbesondere der USA, zwischen den beiden Konfliktparteien zu vermitteln und sie zu einem Kompromiß zu bewegen, fehl. Den USA ging es geostrategisch darum, ihre Verbündeten – die Türkei im Norden und die Golfstaaten im Süden – zu schützen und die Regime im Irak und im Iran zu isolieren. Vor diesem Hintergrund sind auch die CIA-Operationen im Irak nicht als Bestrebungen, das Baath-Regime zu stürzen, sondern als Observationsversuche der irakischen Opposition in Kurdistan und Iran zu bewerten. In dieser Phase verschob sich das Kräfteverhältnis zugunsten der PUK, welche die Stadt Arbil einnahm und damit die DPK unter Druck setzte. Die DPK unter der Führung von Barazani wählte indes die realpolitische Option und ging eine Allianz mit dem Baath-Regime ein, um das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verschieben.

Wie erklärt sich diese, von beiden Seiten wechselnd verfolgte Bündnispolitik? Mullah Mustafa Al-Barazani blieb seinen Gefolgsleuten und seinen Prinzipien treu, schätzte die historische Situation entsprechend ein und forderte eine Autonomie für Kurdistan im Rahmen des irakischen Staates und nicht etwa des gesamten kurdischen Gebietes. Dies erklärt auch seine Distanz zur iranischen DPK in den Zeiten, in denen es schien, als sei eine einigermaßen annehmbare Regelung des Konflikts erreicht. Der Niedergang Al-Barazanis erklärt sich neben geopolitischen auch aus taktischen, und in den entscheidenden Momenten aus strategischen Gründen – Parallelen zur 1975 gescheiterten Bündnispolitik sind deutlich zu erkennen. Der Sohn Barazanis verfolgt das poltische Ziel seines Vaters – die Autonomie – und bemüht sich, die alten Fehler zu vermeiden. In diesem Sinne ist er, strategisch gesehen, ein akzeptabler Verhandlungspartner für die Türkei, das Baath-Regime und die USA. Talabani dagegen, der 1964 von Al-Barazani aus der DPK ausgeschloßen wurde, weiß, daß er in einer Autonomie irakischer Prägung unter dem Schatten Barazanis leben müßte. Dieser machtpolitische Aspekt ist nur die eine Seite der Medaille. Den Hauptgegensatz stellen nicht die Klassenunterschiede, sondern Macht- und Herrschaftsansprüche und ökonomische Partikularismen der verschiedenen sozialen Gruppen dar. Diese Basis bestimmt nicht nur die Herkunft der Eliten und ihre traditionalistischen Ideologeme. Die strukturellen Defizite wirkten und wirken sich immer noch fatal auf die Befreiungsbewegung aus und verhindern die Entstehung einer revolutionären Ideologie, die vereinheitlichend und mobilisierend wirken könnte. Auf militärisch-technischer Ebene wird dadurch auch die Herausbildung einer organischen Befreiungsarmee erschwert. Dies zeigen die Taktiken und Strategien der Konfliktaustragung innerhalb der kurdischen Befreiungsbewegungen. Die soziale Herkunft der Eliten und ihre geopolitischen Operationsräume bestimmen weiterhin die Konfiguration der jeweiligen Kräfte und nicht zuletzt die verfolgten politischen Zielsetzungen. Aus Sicht der PUK kommt, wie schon erwähnt, eine Autonomie im Rahmen der irakischen Gebiete nicht in Frage: das strategische Ziel bleibt die Unabhängigkeit Gesamt-Kurdistans. Daraus erklärt sich die Allianz der PUK mit der PKK, dem Iran und der Scheiiten-Opposition im Irak. Für eine solche Strategie haben die angrenzenden Staaten und die USA wahrlich kein Verständnis. Indes legt die passive Reaktion der USA nahe, daß sie, da sie weder auf die Vorbereitung der Offensive des Militärs reagiert noch irgendeine Initiative zum Schutz der Kurden und der irakischen Opposition ergriffen hat, die Unterstützung der DPK durch das irakische Militär indirekt hingenommen hat. Sie griff, ohne in die Kampfhandlungen direkt zu intervenieren und ungeachtet der Behauptung, keine Partei zu ergreifen, auf Seiten der DPK ein und blieb damit ihrem geostrategischen Kalkül treu. Die Interessen der USA im Süden – die Behauptung der USA, ihre Interessen würden im Süden liegen, wodurch der Blick aufs Ganze verstellt wird, sollte taktisch, nicht strategisch verstanden werden – können nur mit der Aufrechterhaltung des territorialen Status quo in der Region und damit der Aufrechterhaltung der staatlichen Grenzen, d.h. einem einheitlichen, dem Iran entgegengesetzten Staatsgebilde Irak gewährleistet werden. Währenddessen kann eine geschwächte Opposition in Kurdistan dem Baath-Regime nur zu Gute kommen. Mehr noch: Dem Regime wurde ein wichtiges Moment in seinem Machtkampf mit der irakischen Opposition und in der teilweisen Rückeroberung wichtiger Gebiete in Kurdistan gewährt. Jedoch kann eine bedeutende politische Kraft wie die PUK nicht einfach aus zukünftigen Szenarien in Kurdistan ausgeschlossen werden. Das wissen die regionalen Mächte, aber auch die USA. Deswegen wird und muß die PUK reintegriert werden, dabei werden die USA eine wichtige Vermittlungsrolle zwischen beiden Kräften spielen. ●

„Die Interessen der USA können nur mit der Aufrechterhaltung des territorialen Status quo gewährleistet werden."

Mit der
Nähmaschine
zur
Befreiung
—
Projekte in Kurdistan als Politikersatz ?

Ein Seminar der Informationsstelle Kurdistan e.V.
6.-8. Dez 1996 in Aachen

Die Themen:

Hilfe zur Selbsthilfe
zur Geschichte von Entwicklungskonzepten und Ideen praktischer Solidaritätsarbeit

Hilfsorganisationen und Projektarbeit in Südkurdistan
humanitäre Intervention als Fortsetzung des Golfkriegs mit anderen Mitteln?

Erfahrungen aus der Mittel- und Südamerikasolidarität
vom Wandel politischer Solidaritätsarbeit

Newroz-Delegationen
internationale Öffentlichkeit zum Schutz der Bevölkerung. Erfolg oder Illusion?

Infos und Anmeldung:
Informationsstelle Kurdistan e.V.
Maxstr. 50, 53111 Bonn
Tel./Fax: 0228/65 61 27

FORUM
entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Zeitschrift des BUKO

Bestelladresse:
Redaktion FORUM
Buchtstr. 14/15
28195 Bremen
Tel.: 0421-32 51 56
Fax: 33 78 177

Nr. 206/96
September

Urbane Gemeinheiten

Stadtentwicklung und urbane Kämpfe

und: Rassismus, Ökologie, Kultur, Chiapas, Medienbörse, Termine u. v. m.

7,-- DM

Nr. 204/205 (Juli): Chiapas, 9,-- DM
Nr. 207/208 (November): Frauen und Politik in Afrika, 9,-- DM

PROZEßBEOBACHTERIN ANDREA L.

„Nicht Verfahrensrelevant“

Der Prozeß gegen Birgit Hogefeld

„Wir haben uns entschieden, daß wir von uns aus die Eskalation zurücknehmen. Das heißt, wir werden Angriffe auf führende Repäsentanten aus Wirtschaft und Staat (...) einstellen.“ So äußerte sich die RAF in ihrer Deeskalationserklärung von 1992 – nicht zuletzt, um aus der jahrzehntelangen Repressionslogik zwischen bewaffnetem Kampf und Staat auszubrechen. Daß letzterer aus dieser unproduktiven Logik jedoch keineswegs ausschert, zeigte das Verfahren gegen Birgit Hogefeld vor dem Oberlandesgericht Frankfurt. „Dieses Verfahren“, so Hogefelds Anwältin in ihrem Plädoyer, „hat deutlich *eines* gezeigt, daß nämlich ein rationales Umgehen mit der RAF (...) auf justizieller Ebene nicht möglich ist. Eine solche rationale Umgehensweise muß vielmehr auf politischer Ebene und gegen die Interessen der Strafverfolgungsbehörden durchgesetzt werden.“

Der Öffentlichkeit präsentierte sich im Staatsschutzsaal des 5. Strafsenats des OLG Frankfurt seit November 1994 ein klassischer „Terroristenprozeß“: Massives Polizeiaufgebot mit MGs und schußsicheren Westen patroulliert um das Gebäude, ProzeßbesucherInnen werden zweimal durchsucht, die Angeklagte wird mit auf den Rücken gefesselten Händen in einem schwerbewaffneten Konvoi zum Gericht gebracht. Birgit Hogefeld unterliegt dem Sonderhaftstatut für 129a-Gefangene, das zwar nicht mehr in so brutalisierter Form gehandhabt wird wie in den 70er und 80er Jahren, aber nach wie vor massive Einschränkungen der Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten der Gefangenen bedeutet. Ihr wurde nicht erlaubt, Interviews zu geben, Besuche bei ihr finden mit Trennscheibe und unter LKA-Überwachung statt, Post wird zensiert und teilweise verschleppt.

„Gesetzt den Fall, von der RAF gingen noch so ernstzunehmende Gefahren aus, daß Staatssekretäre, Wirtschaftsführer und Generalstaatsanwälte täglich um ihr Leben fürchten müßten, sähe es für Birgit Hogefeld ganz anders aus. Wie schon früher zwischen Bonn, Karlsruhe und Frankfurt würde man darüber nachdenken, ob dieser Prozeß mit einer um Selbstkritik und differenzierte Betrachtung bemühten Angeklagten nicht geeignet wäre, um gegen die Spirale der Gewalt zwischen Staat und Terroristen ein Signal zu setzen.“ So die *FR* am 2.10.96. Die Bundesanwaltschaft (BAW) hat jedoch in ihrem 400seitigen Plädoyer in allen Anklagepunkten die Höchststrafe gefordert. Dieses Plädoyer, die gesamte Prozeßführung und der staatliche Umgang mit Bad Kleinen bieten keinerlei Hinweise auf ein politisches Interesse, die Repressionslogik zu beenden.

Am 27. Juni 1993 fand in Bad Kleinen ein lange vorbereiteter Polizeieinsatz statt, bei dem Wolfgang Grams erschossen und Birgit Hogefeld verhaftet wurde. Ein eingesetzter GSG-9-Beamter wurde tödlich getroffen, der V-Mann Steinmetz, der die Fahnder nach Bad Kleinen führte, verbrannte, wie es im Staatsschutz-Jargon heißt. In der Folge war regierungsamtlich von Desaster, Pannen usw. die Rede, Innenminister Seiters trat zurück, im BKA wurden führende Beamte versetzt und Rechtsaußen von Stahl wurde ausgetauscht.

Und das alles, weil – wie die Bundesregierung behauptet – ein schwerverletztes RAF-Mitglied Selbstmord begangen haben soll? Oder weil dieser bei dem Schußwechsel zuvor den GSG-9-Polizisten Newrzella erschossen habe? So steht es in der Anklageschrift gegen Birgit Hogefeld, in der die BAW u.a. wegen Bad Kleinen eine Verurteilung wegen Mordes und mehrfachen Mordversuchs fordert.

Zum Zeitpunkt ihrer Festnahme lautete der Haftbefehl gegen sie lediglich auf Mitgliedschaft in der RAF und Beteiligung (Autoanmietung) an dem versuchten Anschlag auf Tietmeyer. Aber schon in der Nacht ihrer Verhaftung kam ein Vertreter der Bundesanwaltschaft in ihre Zelle und drohte, sie habe nur dann noch eine Lebensperspektive, wenn sie sich auf die Kronzeugenregelung einlasse. Ende 1993 beantragte dann die BAW die Erweiterung des Haftbefehls wegen Mordes und sechsfachen Mordversuchs in Bad Kleinen und wegen der Weiterstadt-Aktion. Kurze Zeit darauf trat der Verfassungsschutz über einen Mittelsmann an Birgit Hogefelds Verteidigung heran. Ihr wurde unterbreitet, daß, wenn sie Aussagen mache, die zur Verhaftung von RAF-Mitgliedern führen, zum einen der Mordvorwurf fallengelassen würde und sie zum anderen die Zusicherung erhielte, daß in diesem Falle bei einer Verhaftung niemand erschossen würde. Ist die Kronzeugenregelung an sich schon skandalös, so ist die Androhung weiterer Erschießungen wie in Bad Kleinen – was der Umkehrschluß dieser Zusicherung ist – eine Ungeheuerlichkeit.

Im März 1994 lag dann die Anklageschrift vor, darin wurde ein weiterer Anklagepunkt serviert: die Beteiligung an der Aktion gegen die US-Airbase in Frankfurt 1985 und an der damit zusammenhängenden Erschießung des US-Soldaten Pimental. Zu diesem Zeitpunkt – also neun Jahre nach der Aktion – taucht Birgit Hogefeld erstmals als Beschuldigte auf, dementsprechend wurden alte Gutachten neu geschrieben, die Zeugen erneut vernommen, ein manipulativer Videofilm erstellt usw.

Zu den Anklagepunkten Tietmeyer und Airbase existierten zunächst nur fragwürdige BKA-Schriftgutachten, die sich auf jeweils eine Unterschrift unter Miet- bzw. Kaufverträge für Autos bezogen. Diese Gutachten sind nach Birgit Hogefelds Verhaftung neu geschrieben worden und wurden, obwohl sie immerhin eine Verurteilung wegen Mordversuchs bzw. Mordes erbringen sollen, lediglich verlesen. So konnte die Prozeßöffentlichkeit der Verlesung von X Gutachten beiwohnen; zu jeder Unterschrift hatten die beiden BKA-Gutachterinnen gleich mehrere produziert. Geladen wurden sie jedoch zu keinem, auch nicht auf mehrfachen Antrag der Verteidigung.

Zum Anklagepunkt Pimental, einer umstrittenen Aktion, die von Birgit Hogefeld als der schwerste Fehler der RAF bezeichnet wurde, schrieb die BAW in der Anklageschrift, daß die „Gegenüberstellung in der Hauptverhandlung“ erweisen werde, ob die Angeklagte die Frau wäre, die seinerzeit den GI Pimental aus der Diskothek gelockt habe. Von den Zeugen und Zeuginnen, die im Rahmen der Ermittlungen zu den Anklagepunkten Airbase, Pimental und Tietmeyer vernommen wurden, also Autoverkäufer, -vermieter und Soldaten, die mit Pimental in der Diskothek waren, hatte ursprünglich keine und

keiner bei Lichtbildvorlagen Ähnlichkeiten mit Birgit Hogefeld festgestellt. Dieser Beweisnot – besonders im Hinblick auf den zehn Jahre zurückliegenden Komplex Airbase/Pimental – sollte mit einem Videofilm abgeholfen werden: Birgit Hogefeld wurde beim Hofgang heimlich gefilmt, die Aufnahme wurde in 5 Sequenzen zerschnitten, in denen jeweils vier weitere Frauen zu sehen sind, die die Bewegungen der Gefangenen imitieren. Von diesen vier „Vergleichspersonen" haben drei hellblonde lange Haare, alle vier sind von kräftiger Statur. Die ZeugInnen aus der Diskothek hatten die fragliche Frau übereinstimmend als schlank und dunkelhaarig beschrieben. Diese allgemeinen Merkmale treffen in dem BKA-Film nur auf die Angeklagte zu. Hinzu kommen die erkennbaren Nachahmungsbewegungen der Vergleichspersonen. So stellten dann von den US-Soldaten einige nach zehn Jahren folgerichtig fest, daß Birgit Hogefeld und die andere dunkelhaarige Frau Ähnlichkeit mit der Frau von damals haben. Einer der Zeugen ist sich sogar sicher, in Birgit Hogefeld die Frau von damals wiederzuerkennen, obwohl er 1985 ausgesagt hatte, er könne die Frau nicht so genau beschreiben, da er kurzsichtig sei und am fraglichen Abend seine Brille nicht dabei hatte.

Die GI's wurden in der Verhandlung vom Gericht nach Details wie Augenfarbe etc. befragt, sagten sie etwas zur Anklageschrift passendes, machte einer der Richter ein Häkchen, paßte es nicht, wurde so lange nach Lichtverhältnissen und Abständen gefragt, bis irgendwie doch noch ein Häkchen rauskam. Die Bundesanwaltschaft fragte meist wenig, wenn das Gericht seine Häkchen beisammen hatte. War dann die Verteidigung mit der Befragung dran, ließ schon die Haltung einzelner Richter demonstratives Desinteresse erkennen. Diese offen zur Schau gestellte Ignoranz zeigte sich auch darin, daß nahezu alle Beweisanträge der Verteidigung abgelehnt wurden und darin, daß durchgängig die Verfahrensakten – zumindest jene, welche die Verteidigung bekam – unvollständig waren. Da fehlten Vernehmungsprotokolle, Lichtbilder waren angeblich verschwunden, oder ganze Vorgänge wurden von der BAW mit Billigung des Gerichts als nicht zum Verfahren gehörig definiert.

Allein zum Anklagepunkt Weiterstadt existieren fünf weitere Aktensammlungen. Das heißt, es wird weiter ermittelt, Zeugen befragt, Untersuchungen angestellt, jeder Fussel nachgerannt. Insofern die Fussel rot war, fand durchaus eine Aktennachlieferung statt. Die Logik dabei ist einfach: Birgit Hogefeld hatte bei ihrer Festnahme eine rote Strickjacke dabei, deswegen waren 1995 aufgefundene rote Fusseln eben dann doch verfahrensrelevant. Da wurden Gutachten nachgereicht und sogar ein BKA-Beamter geladen, der berichtete, wie er in einem bei der Weiterstadt-Aktion benutzten Auto die mikroskopische rote Faserspur fand. Diese Fussel, die von den meisten industriell gefertigten roten Wollprodukten stammen können, sind die einzige Grundlage für eine Verurteilung von Birgit Hogefeld wegen der Knastsprengung, die Zeugenaussagen haben nichts für eine Verurteilung verwertbares erbracht.

Nach über anderthalb Jahren Beweisaufnahme gibt es also: fragwürdige Schriftgutachten zu den Autobeschaffungen, einen kurzsichtigen Augenzeugen für den Anklagepunkt Pimental, eine rote Faserspur nach Weiterstadt und zu Tietmeyer eine Autovermieterin, die die Angeklagte nach deren Festnahme an angeblichen O-Beinen erkannt haben will. Diese Zeugin hat, nachdem sie in ihrer ersten Vernehmung 1988 eine andere Frau als Automieterin beschrieben hatte, in der Zeitung gelesen, daß laut BKA Birgit Hogefeld die Automieterin gewesen sei. Prompt wußte sie nach Bad Kleinen, wen sie nun erkennen soll. Die Mutter dieser Zeugin, die ebenfalls während des Prozesses befragt wurde, begann ihren Bericht gar mit dem Satz: „Also, da kam die Frau Hogefeld (...)." Zudem paßte deren Beschreibung der Automieterin auch im Prozeß nicht auf die Angeklagte. Offensichtliche Widersprüche, z.B. bezüglich der Augenfarbe Birgit Hogefelds, erklärte sie sich und dem Gericht damit, daß die Angeklagte ja farbige Kontaktlinsen getragen haben könne. Ganz ähnlich nahm sich die Beweisaufnahme des Gerichts aus: einmal fragte beispielsweise der Vorsitzende eine Zeugin, ob sie sich vorstellen könne, daß der Eindruck lückenhafter und gelb-brauner Zähne durch Bemalung vorgetäuscht worden sein könnte. Und auch die BAW führte in ihrem Plädoyer aus, daß die Tatsache, daß ZeugInnen nicht die Angeklagte, sondern eine andere Frau identifiziert hatten, daher käme, daß eben diese andere Frau Birgit Hogefeld ähnlicher sähe als die Angeklagte. An dieser Beweisaufnahme ergibt sich für die BAW je einmal lebenslänglich für die Autobeschaffungen, einmal lebenslänglich für Pimental, 15 Jahre für die Knastsprengung und für Bad Kleinen noch ein lebenslänglich, und zwar mit „besonderer Schuldschwere".

Die Beweisaufnahme zu Bad Kleinen wäre, wenn es nach Gericht und BAW gegangen wäre, bereits im Frühjahr abge-

„Auf keinen Fall sollte zur Sprache kommen ... wo überall die eingesetzten Polizisten postiert waren und was diese taten und sahen."

schlossen gewesen. Von den 142 Zeugen und Zeuginnen, die zu den Vorgängen auf dem Bahnhof etwas ausgesagt haben, wollte das Gericht nur zwei hören: Den GSG-9-Beamten „Nr. 4“ und einen Lokomotivführer. „Nr. 4“, der vor Gericht maskiert und verkleidet erschien, sollte nur dazu aussagen, wie er Birgit Hogefeld festgenommen hat. Alle weiteren Fragen sind vom Gericht abgeblockt worden. Dabei ist nicht einmal klar, ob GSG-9-„Nr. 4“ derjenige war, der Birgit Hogefeld festgenommen hat, ebenso war letztlich nicht festzustellen, ob der vor Gericht erschienene Zeuge überhaupt derjenige ist, der in den Akten als „Nr. 4“ geführt wird. Nicht nur, daß „die Todesumstände des Wolfgang Grams nicht Gegenstand dieses Verfahrens“ sein sollten, wie der Vorsitzende Richter mehrmals vehement erklärte, auch eine Beweisaufnahme dazu, wie Newrzella ums Leben kam, sollte in Frankfurt nicht stattfinden. Auf keinen Fall sollte zur Sprache kommen, wieviele und welche Waffen und Munitionstypen in Bad Kleinen eingesetzt wurden, wo überall die eingesetzten Polizisten postiert waren und was diese taten und sahen. Alle von der Verteidigung beantragten Beweismittel – Vernehmung weiterer Beamter und anderer AugenzeugInnen usw. – wurden unisono abgelehnt. Birgit Hogefeld – obwohl sie die einzige ist, die in Bad Kleinen sicher nicht geschossen hat – soll hier völlig ohne Beweisaufnahme verurteilt werden. Denn jeder Ansatz einer Aufklärung der Abläufe in Bad Kleinen käme trotz der erheblichen Beweismittelvernichtungen in diesem Komplex nicht umhin, festzustellen, daß es so, wie die offizielle Version behauptet, nicht gewesen sein kann.

BAW und Gericht in Frankfurt wollten von dem Lokomotivführer nur hören, daß Wolfgang Grams in Bad Kleinen geschossen hat – alles andere ergibt sich aus der ihnen eigenen Logik von selbst, nämlich daß es Wolfgang Grams war, der die GSG-9-Beamten Newrzella und „Nr. 5“ insgesamt sechsmal aus verschiedenen Richtungen, Höhen und Winkeln getroffen hat und daß Tötungsabsicht vorlag. In der Anklageschrift steht: „Wolfgang Grams erschoß in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit der Angeschuldigten vorsätzlich den Kriminalkommissar Michael Newrzella und versuchte, weitere sechs GSG-9-Beamte zu töten. Für dieses Tatgeschehen ist die Angeschuldigte Hogefeld als Mittäterin verantwortlich“, und zwar weil, so die BAW, es in der RAF eine Absprache gäbe, in einer Festnahmesituation „den Fluchtweg (...) durch die Tötung von Polizeibeamten freizuschießen“. Diese Absprache existiert jedoch bloß in der Phantasie der Strafverfolgungsbehörden. Birgit Hogefeld hat unter anderem in einer Prozeßerklärung am 23. Januar 1996 darauf hingewiesen, daß es seit 16 Jahren in Verhaftungssituationen seitens der RAF nur ein einziges Mal zum Schußwaffengebrauch kam und daß dies seit der Deeskalationserklärung 1992 ohnehin kein Thema mehr war. „Erbärmliche Feiglinge“ nannte daraufhin der Vertreter der BAW diejenigen RAF-Mitglieder, die bei ihrer Festnahme nicht geschossen haben – ein bezeichnender Hinweis auf die Denklogik dieser Behörde.

„Für die Entscheidung unerheblich“, nannte das Gericht Beweisanträge der Verteidigung, die die Existenz einer „ Verabredung zum Schießen“ widerlegen sollten. Dafür, daß Wolfgang Grams den Polizisten Newrzella erschossen hat, gibt es keinen Augenzeugen, selbst die GSG-9-Beamten haben dies nicht ausgesagt. Der Lokomotivführer hat – wie etliche in Frankfurt nicht gehörte AugenzeugInnen – ausgesagt, daß Wolfgang Grams erst auf dem Bahnsteig eine Waffe gezogen hat. Daß nicht er das Feuer eröffnete, sondern seine Verfolger, und daß er nicht in den Treppenschacht auf seine Verfolger geschossen hat. Auch der Fundort der zu seiner Waffe gehörigen Hülsen beweist, daß er erst von seinem Standort zwischen Gleis und Treppengeländer schoß.

Vieles – z.B. Richtung und Verlauf der tödlichen Schußverletzung – spricht dafür, daß der tödliche Schuß auf Newrzella nicht von Wolfgang Grams kam, sondern daß Newrzella versehentlich von seinen eigenen Leuten erschossen wurde. Das würde auch erklären, warum er erstaunlich schnell beerdigt wurde und warum es bezüglich der Übergaben der ihm entnommenen Projektile „Dokumentationslücken“ in den Akten gibt, wodurch nicht mehr rekonstruierbar ist, ob es sich bei den später der Waffe von Wolfgang Grams zugeordneten Projektilen um die bei der Obduktion entnommenen handelt oder ob sie etwa aus dem Vergleichsmaterial stammen, das vom BKA mit jener Waffe produziert wurde. Die Projektile sind bei der Obduktion entgegen jeglicher Routine weder fotografiert noch gekennzeichnet worden. Die Protokolle in den Akten besagen, daß sie an mehreren Orten zur gleichen Zeit untersucht wurden.

Spurenlücken dieser Art sind in dem ganzen Komplex Bad Kleinen geradezu symptomatisch, seien es die noch vor der Obduktion grundlos gewaschenen Hände des Wolfgang Grams, sei es die unterbliebene Untersuchung seiner Waffe nach Fingerabdrücken, sei es die von den GSG-9-Beamten erst Tage später abgegebene und teilweise gereinigte Kleidung, usw. Dabei war auch im Prozeß in Frankfurt zu hören, wie penibel die Ermittlungsbehörden sich sonst geben – zu jedem Bekennerschreiben etwa war bis auf die Uhrzeit genau festgehalten, wann abgeholt, von wem, wann übergeben, an wen usw. Solches wurde denn auch in der Hauptverhandlung dezidiert berichtet. Das Gelände der JVA Weiterstadt wurde über ein Jahr lang nach Spuren buchstäblich durchgesiebt.

Die Klärung der Vorgänge in Bad Kleinen ist „für die Entscheidung unerheblich“, so das Gericht. „Unerheblich“ ist auch, von wo aus Wolfgang Grams in Bad Kleinen geschossen hat, „unerheblich“ ob er oder die GSG-9 den Schußwechsel eröffnet hat, „unerheblich“ auch, wie die Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang die Deeskalationserklärung der RAF von 1992 sieht. Was in Bad Kleinen wirklich passierte, ist in Frankfurt „nicht verfahrensrelevant“. Für Bundesanwaltschaft und Gericht ist die offizielle Version die Gültige; ganz so, wie es Kanther angeordnet hat. Deswegen soll Birgit Hogefeld die einzige sein, die jemals wegen Bad Kleinen verurteilt wird. ●

ak analyse & kritik

Zeitung für linke Debatte und Praxis

In der aktuellen Ausgabe Berichte, Analysen & Diskussionen u.a. zu:

Das Gespenst des Kommunismus. Zwischenbilanz der italienischen Mitte-Links-Regierung; Versuch einer internationalen Debatte: Ingraos und Rossandas Angebot an die europäische Linke; Kein Tarzan, kein Heiligenschein. Paco Ignacio Taibo II enthüllt die Rolle Che Guevaras im Belgisch-Kongo; Irakisch-Kurdistan: Neuer Staat - aber keine neue Gesellschaft; Nato: Kraftei mit feinen Rissen; u.v .a. mehr

Kostenloses Probeexemplar anfordern (Kennwort: links):
analyse & kritik, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg,
Tel.: 040/40170174 oder Fax 040/40170175
e-mail: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

ak erscheint vierwöchentlich und ist in linken Buchläden und Zeitungskiosken erhältlich.
Jahresabo DM 90,-, Einzelpreis DM 7,50. 36 Seiten im Zeitungsformat(ISSN-Nr. 0945-1153)

OLIVER MEIER

Nukleare Nichtverbreitung

Kernwaffenarsenale in der EU

Die westlichen Staaten haben die Bedrohung durch die Proliferation von Kernwaffen auf die erste Stelle der sicherheitspolitischen Agenda gesetzt und meinen damit die Gefahr der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen in den Ländern des Südens. Dabei muß im Rahmen der Europäischen Union eigentlich ein Proliferationsproblem ganz anderer Art gelöst werden, nämlich die Frage, welche Rolle die französischen und britischen Atomwaffen im Rahmen einer sich entwickelnden Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) spielen werden.

Wenn die EU tatsächlich eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt, dann muß über die Zukunft der französischen und britischen Kernwaffen auch in einem europäischen Rahmen entschieden werden. Im Prinzip stehen zwei Möglichkeiten zur Verfügung: entweder werden diese Waffen abgerüstet oder aber vergemeinschaftet. Nukleare Privilegien für zwei Staaten innerhalb einer EU, die ansonsten eine umfassende politische Einheit bildet, sind kaum vorstellbar.

In Westeuropa bleiben auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts Hunderte amerikanischer, französischer und britischer Atomwaffen stationiert. Zwar haben alle drei Staaten ihre nuklearen Arsenale verkleinert, sie konsolidieren und modernisieren aber ihre Bestände auf niedrigerem Niveau. Die USA stationieren zur Zeit mindestens 200 und maximal noch 400 luftgestützte Atombomben des Typs B-61 in Europa. (Vgl. Kristensen 1995) Auf See stationierte Marschflugkörper vom Typ Tomahawk könnten in Krisenzeiten der NATO zusätzlich zugeordnet und in Europa eingesetzt werden. Insgesamt sank die Anzahl amerikanischer taktischer Kernwaffen seit 1988 um 90 %, der NATO-Bestand um 91 %.

Großbritannien verlor seine landgestützten Kernwaffen, als die USA beschlossen, alle Atomsprengköpfe für atomare Kurzstreckenwaffen außer Dienst zu stellen. Zur Zeit ist das Vereinigte Königreich dabei, seine Atombomben bis 1998 außer Dienst zu stellen. Gleichzeitig wird die atomare U-Boot-Flotte modernisiert. Vier hochmoderne Unterseeboote der Vanguard-Klasse sollen ab dem Jahr 2000 einsatzbereit sein; das erste ist bereits in Dienst gestellt worden. Sie werden mit amerikanischen Trident II-Raketen ausgestattet sein und nach Regierungsangaben voraussichtlich 192 Sprengköpfe tragen. Damit wird die Sprengkraft des britischen Nuklear-arsenals insgesamt um 21 % reduziert und die Anzahl der Sprengköpfe um 59 % geringer sein als in den siebziger Jahren.

Auch Frankreich gibt seine landgestützten Atomwaffen vollständig auf, modernisiert aber seine luftgestützten und ebenfalls seine auf U-Booten stationierten Kernwaffen. Vier neue strategische U-Boote der Triomphant-Klasse sollen die fünf alten Schiffe der Redoutable-Klasse bis zum Jahr 2005 ersetzen. Diese U-Boote werden mit verbesserten Raketen des Typs M45 ausgerüstet. Pläne zur Entwicklung einer vollständig neuen strategischen Rakete mit der Typenbezeichnung M51 wurden zwar gestreckt, aber nicht aufgegeben. Diese Rakete soll erst nach dem Jahr 2010 einsatzbereit sein. Zudem sollen 80 relativ neue, luftgestützte Abstandswaffen modernisiert und mit einer größeren Reichweite ausgestattet werden. Frankreich hat bislang die Anzahl seiner Atomwaffen seit 1991 um 15 % verringert und die Ausgaben für Atomwaffen von 1993 bis 1995 um 25 % gekürzt.

Europäische Atomwaffen?

„Maastricht II", so lautet das Stichwort für den Versuch der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die Integration der europäischen Staaten im Rahmen einer 1996/97 stattfindenden Regierungskonferenz voranzutreiben. Ziel ist es, über die bereits im Vertrag von Maastricht vereinbarte GASP der Europäischen Union hinaus, auch die Grundlagen für eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu schaffen. Zwangsläufig wird sich in diesem Kontext die Frage nach der künftigen Rolle der französischen und britischen Atomwaffen stellen.

Die Idee einer multilateralen Kontrolle über Kernwaffen geht zurück bis in die sechziger Jahre. Die Vereinigten Staaten waren die ersten, die ein solches Projekt in Angriff nahmen. Durch die Schaffung einer „Multilateral Force" (MLF) sollte das Problem des ungleichen Status der NATO-Mitglieder gelöst werden. 25 international besetzte Schiffe, mit 200 Atomraketen bestückt, hätten nach amerikanischen Plänen möglichen europäischen – und deutschen – Nuklearambitionen vorbeugen sollen. Diese Idee scheiterte jedoch, als die USA einem Nichtverbreitungs-Vertrag (NVV) die Priorität gaben, der multilaterale Lösungen im Atomwaffenbereich ausschloß.

Für die BRD war die Frage nach einer nuklearen Teilhabe durch den Abschluß des NVV keineswegs beantwortet. In den

„The debate on the European nuclear deterrent will be the moment of truth in the construction of a European political union."*

sechziger und siebziger Jahren wollte sie vermeiden, daß durch einen Beitritt zum Nichtverbreitungs-Vertrag die Möglichkeit einer europäischen Atomoption verbaut würde. 1969 bei der Ratifizierung des NVV stellte die Bundesregierung daher in einer Note fest, daß sie davon ausgeht, „daß der Vertrag den Zusammenschluß der europäischen Staaten nicht behindert". Ab Mitte der siebziger Jahre verschwand das Thema von der politischen Tagesordnung. Zu groß war die Angst der Europäer, durch eine Diskussion um eine „europäische Option" die Nukleargarantie der USA in Frage zu stellen.

Erst nach dem Ende der Blockkonfrontation kam Bewegung in die sicherheitspolitische Diskussion. Da die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung in Europa heute praktisch nicht mehr vorhanden ist, ergeben sich auch in der Atomwaffenpolitik neue Handlungsspielräume. Die perzipierte Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten hat abgenommen, eine eigenständige europäische Außen- und Si-

cherheitspolitik ist seit dem Vertrag über eine Europäische Union das erklärte Ziel des europäischen Einigungsprozesses.

Insbesondere aus Frankreich kamen in den vergangenen Jahren deshalb verschiedentlich Denkanstöße zur künftigen Rolle der britischen und französischen Atomwaffen. Schon im Januar 1992 bezog der damalige französische Präsident Mitterand die Frage der Nuklearwaffen in die sicherheitspolitische Diskussion mit ein: „Dieser (europäische) Ansatz der gemeinsamen Verteidigung wirft Probleme auf, die noch gelöst werden müssen. Ich denke vor allem an die Atomwaffen. Nur zwei der Zwölf besitzen Atomwaffen. Für ihre nationale Politik haben sie eine klare Doktrin. Ist es möglich, eine europäische Doktrin zu entwickeln? Diese Frage wird sehr schnell eine der wichtigsten Fragen des Aufbaus einer gemeinsamen europäischen Verteidigung werden." Im September 1995 erneuerte und präzisierte der französische Premierminister Alain Juppé das Angebot, die französischen Atomwaffen in einen europäischen Kontext zu stellen. Juppé sprach von „konzertierter Abschreckung", also der Möglichkeit, die Force de frappe nicht mehr ausschließlich im Kontext der französischen Sicherheitspolitik einzusetzen.

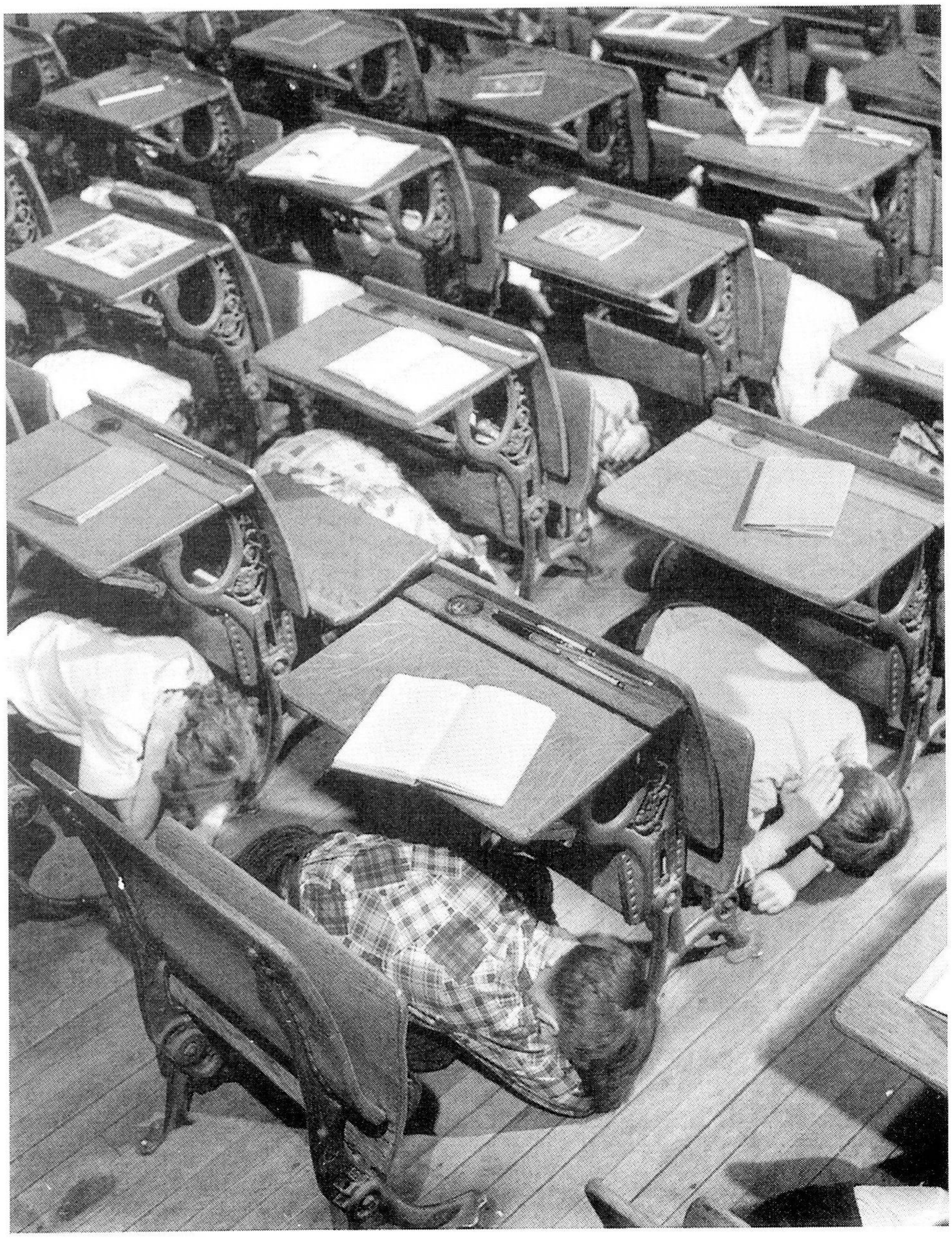
Nukleare Zusammenarbeit

In der Tat sollen Atomwaffen den Prozeß der europäischen Einigung voranbringen, ihn zumindest aber nicht behindern. Unter dem Druck der Öffentlichkeit rücken die europäischen Atomwaffenmächte enger zusammen. Seit dem November 1992 kooperieren beispielsweise Frankreich und Großbritannien im militärischen Nuklearbereich. In der „Französisch-Britischen Kommission für Nukleare Politik und Grundsatzfragen" werden die Atomwaffendoktrinen und die Rüstungskontrollpolitiken der beiden Staaten abgestimmt. Gemeinsam sollen so weitere Abrüstungsabkommen verhindert werden: „Die Briten müssen verstehen, daß, wenn wir nicht kooperieren, keiner von uns dem Druck widerstehen können wird, weitere Abrüstungsmaßnahmen durchzuführen, und wir werden es uns nicht leisten können, die Abschreckung aufrechtzuerhalten", so ein französischer Diplomat über die Gründe der Zusammenarbeit.

Nach britischen Presseberichten sollen auch deutsche Vertreter an den französisch-britischen Gesprächen teilnehmen. Ein Motiv der Kernwaffenstaaten für die Beteiligung Deutschlands an den Gespräche könnte der Versuch sein, die internationale Akzeptanz für die eigene Politik zu verbreitern. So sollte zum Beispiel deutsche Kritik an einer Wiederaufnahme von Atomwaffentests verhindert werden, indem die Bundesregierung schon frühzeitig über derartige Planungen informiert wurde: „Wenn die Deutschen erst einmal in den Gedankenprozeß der Abschreckung eingebunden sind, dann werden sie kaum scheinheilig bei den Atomtests reagieren", erklärte ein britischer Beamter des Außenministeriums.

Eine andere Erklärung für die Einbeziehung Deutschlands wäre, daß so versucht wird, erste Grundlagen und Konzeptionen für eine europäische Atomwaffenpolitik zu diskutieren und zu entwickeln. Überlegungen über eine Vergemeinschaftung der französischen und englischen Atomwaffen im Rahmen einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union gewinnen nicht erst seit dem französischen Angebot, eine „konzertierte Abschreckung" aufzubauen, neue Aktualität und Dringlichkeit. Alain Juppé hatte am 7. September 1995 die Frage nach der Zukunft der französischen Atomwaffen gestellt: „Wir sollten uns alle mit dem Gedanken anfreunden, daß die europäischen Länder ihre Verteidigungspolitik überdenken müssen und daß in diesem Prozeß die Rolle der Atomwaffen, über die zwei europäische Länder verfügen, auch überprüft werden muß."

Mit diesen Überlegungen steht Frankreich keineswegs allein. Einen ähnlichen Ansatz verfolgen manche Politiker im Europäischen Parlament. In dem Entwurf eines Entschließungsantrages des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik des Europäischen Parlaments wurde eine Vergemeinschaftung der französischen und britischen Atomwaffen kürzlich befürwortet: Das Europäische Parlament – so der Entwurf – sei „der Ansicht, daß Frankreich und das Vereinigte Königreich, denen für



„Der Besitz von Atomwaffen und die Drohung mit ihrem Einsatz wirken konfrontativ": Konfrontierte beim 'Duck and Cover'

die europäische Sicherheit aufgrund ihrer Stellung als Atommacht und ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine besondere Verantwortung zukommt, langfristig in Aussicht nehmen sollten, ihre Atomstreitmacht in den Dienst der Europäischen Union zu stellen, (...)." Die Vorlage scheiterte; ähnliche Überlegungen sind aber auch aus den Reihen der parlamentarischen Versammlung der WEU laut geworden. „Die Europäer in der Westeuropäischen Union können es sich nicht länger leisten, das Thema der nuklearen Abschreckung zu ignorieren, selbst wenn sie *zur Zeit* (...) nicht bereit sind, eine europäische nukleare Abschreckung aufzubauen. Die nukleare Abschreckung spielt heute bei der Verteidigung und Sicherheit Europas eine Rolle, und das wird auch in absehbarer Zukunft so bleiben, ob es einem gefällt oder nicht," heißt es beispielsweise in einem Berichtsentwurf des Verteidigungsausschusses der parlamentarischen Versammlung der WEU vom Mai 1996.

Europäische und globale Proliferation

Noch sind die politischen und militärischen Probleme zu groß, die mit einer Vergemeinschaftung von Atomwaffen einhergehen, als daß sie schon auf die politische Tagesordnung gesetzt werden könnten. Die französischen Offerten zielen daher auch nicht auf die Schaffung einer „europäischen Atommacht". Selbst eine europäische „nukleare Planungsgruppe", wie im NATO-Rahmen, dürfte auf absehbare Zeit Zukunftsmusik bleiben. Atomwaffen sind und bleiben vorerst Symbole nationalstaatlicher Souveränität.

Darüber hinaus wirft die Frage „europäischer Atomwaffen" erhebliche rechtliche Probleme im Zusammenhang mit dem NVV auf. Artikel I und II des Vertrages verbieten die Weitergabe von Nuklearwaffen sowie die gemeinsame Kontrolle dieser Waffen. Zwar gibt es eine juristische Kontroverse darüber, ob die Europäische Union, wenn sie eines Tages ein rechtlich voll souveräner Einheitsstaat wäre, die französischen und britischen Atomwaffen erben könnte, sicher scheint jedoch, daß praktisch alle Zwischenschritte auf dem Weg zu einer solchen Nuklearunion nicht vertragskonform sind.

Welche Auswirkungen hätte eine solche Vergemeinschaftung der französischen und britischen Atomwaffen? Oberflächlich betrachtet wäre eine europäische Atommacht zunächst ein Fortschritt für das NV-Regime, denn die Zahl der offiziellen Atommächte würde sich von fünf auf vier verringern. Außerdem könnte eine Europäisierung von Atomwaffen zugleich insofern auf eine Zivilisierung dieses Militärpotentials hinauslaufen, als es im Rahmen von 15 Mitgliedsstaaten erheblich schwieriger sein dürfte, Entscheidungen über den Ausbau oder gar Einsatz des Nuklearpotentials zu treffen.

Die negativen Auswirkungen einer solchen Entwicklung überwiegen jedoch. Innerhalb des NV-Regimes würde ein Präzendenzfall geschaffen, der erhebliche Auswirkungen auf den Prozeß der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen insgesamt haben dürfte. Eine Europäisierung von Atomwaffen könnte für die nuklearen Schwellenmächte wie Indien und Pakistan ein Signal sein, die eigenen Programme zu forcieren. Sie würden zu Recht darauf verweisen, daß hier ein nuklear bewaffneter Superstaat entsteht und sie sich daher ebenfalls nicht (mehr) militärisch beschränken wollen.

Aus europäischer Perspektive würde eine Entscheidung für eine EU mit Kernwaffen das Ende des Modells von einer „Zivilmacht Europa" bedeuten. Der Besitz von Atomwaffen und die Drohung mit ihrem Einsatz wirken konfrontativ und stehen einer Außenpolitik entgegen, die auf Interessenausgleich und Kooperation angelegt ist. Die Aufrechterhaltung eines Atomwaffenkomplexes bringt darüber hinaus nicht nur erhebliche ökonomische und ökologische Folgekosten mit sich, sondern wirkt wegen der mit ihr verbundenen Geheimhaltung undemokratisch.

Nach dem Ende der nuklearen Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion hat zudem ein langsamer Prozeß der Delegitimierung von Kernwaffen eingesetzt. Das Urteil des Internationalen Gerichtshofes, in dem der Einsatz von Nuklearwaffen und dessen Androhung, außer unter Umständen „extremer nationaler Selbstverteidigung" als illegal bezeichnet wurde und die Annahme eines atomaren Teststoppvertrages durch die UNO-Generalversammlung am 10. September gegen den Widerstand Indiens sind hierfür nur die jüngsten Beispiele. Schon die Diskussion um „europäische Atomwaffen" gefährdet diesen Prozeß, denn ihr Zweck ist es, Atomwaffen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine neue Daseinsberechtigung zu verschaffen.

Gerade deshalb ist es wichtig, die Auseinandersetzung um dieses Thema *jetzt* zu führen, solange es noch keine aktuelle politische Relevanz besitzt. Mindestbedingung für eine international zivil agierende EU wäre demnach, wenn eine europäische Atomwaffenoption klar ausgeschlossen und die Abrüstung aller in Europa stationierten Kernwaffen als ein Ziel des europäischen Einigungsprozesses festgelegt wird. ●

* *Assembly of Western European Union: „The role and future of nuclear weapons" Fortieth ordinary session (First part), Document 1420 (Submitted on behalf of the Defence Committee by Mr. De Decker, Rapporteur), 19th May 1994, S. 35.*

Der Autor arbeitet zur Zeit am Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) im Rahmen des „Projektes zur Europäischen Nuklearen Nichtweiterverbreitung" (PENN).
Eine ausführliche Bibliographie mit weiterführenden Anmerkungen und Ergänzungen zum vorliegenden Artikel sowie weitere Informationen über PENN sind erhältlich über: BITS, Rykestr. 13, 10405 Berlin, Tel.: 030 / 441 0218; FAX.: 030 / 441 0221; E-mail: bits@gn.apc.org

VERLAG 2000

»Antirassistische Arbeit im Betrieb«

Autor: **Thomas Kuchinke**
Herausgeber:
TIE-Bildungswerk e.V.

Seit einigen Jahren beginnen sich unter dem Etikett 'Schlanke Produktion' neue Rationalisierungskonzepte in Betrieben ganz unterschiedlicher Branchen durchzusetzen:

Die vorliegende Broschüre beschreibt den Stand der Diskussion innerhalb eines TIE-Bildungswerk-Projektes 'Rassismus im Betrieb'. Dieses Projekt besteht seit 1992. Beteiligt sind GewerkschafterInnen aus England, Frankreich und Deutschland.

Es hat zum Ziel, dazu beizutragen, das Bewußtsein von Gewerkschaftern in Betrieb und Apparat auf die Höhe des Problems zu bringen. Das bedeutet nicht allein, es zuallererst einmal besser zu verstehen. Es muß eine Praxis angestoßen werden, die die Diskussionen aus dem Ghetto von Ausländerabteilungen, Ausländerbeiräten und Sonntagsreden herausholt und ihr die Bedeutung verleiht, die ihr allein angemessen ist: Die Diskussion über Rassismus ist eine Diskussion über die Zukunft der Gewerkschaften.

Verlag 2000 – Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06, Fax: 069 / 82 11 16
ISBN 3-88534-125-5
40 Seiten, DM 7,– zzgl. Porto

SABAH J. MOHAMED

Der Mythos Friedensprozeß

Teil III: Wahl in Israel und die aktuelle Entwicklung

Im abschließenden dritten Teil seiner Serie zum „Mythos Friedensprozeß" geht Sabah J. Mohamed auf die jüngsten Wahlen in Israel ein, zeigt die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen „linkem" und „rechtem" Zionismus auf und stellt den „Friedensprozeß" in einen weiteren regionalen Kontext. Welche Bedeutung haben die Politiken der verschiedenen israelischen Regierungen für die Palästinenser? Wie nimmt die US-amerikanische Regierung jeweils Einfluß? Zuvor wird jedoch der Wahlsieg der Arbeiterpartei von 1992 rekonstruiert, der für das Verstehen der aktuellen Ereignissen wichtig ist.

Mit der jüdischen Masseneinwanderung aus der Sowjetunion nach Israel verschlechterte sich die ohnehin schwierige ökonomische und soziale Lage im Lande. Um die neuen Einwanderer integrieren und die Produktivität im Lande steigern zu können, waren drastische strukturelle Veränderungen in der israelischen Ökonomie erforderlich. Das Land sollte attraktiver für ausländische Investitionen durch die Privatisierung der staatlichen Wirtschaftssektoren gemacht werden. Desweiteren wurde eine Flexibilisierung der Löhne und die Außenöffnung der Wirtschaft gefordert. Dies waren politische Konsequenzen, die angesichts der ökonomischen Misere gezogen werden sollten, damit der Weggang qualifizierter Menschen vermieden und die Ökonomie in Richtung „Effizienz" verändert werden konnte. Doch der zentrale Widerspruch wurde sehr schnell deutlich: Dieser neoliberale Tenor der Vorschläge war mit einer mythisch gesinnten, an der Ideologie eines „Groß-Israel" festklammernden israelischen Regierung des Likud-Blocks unvereinbar.

Die miserable sozio-ökonomische Lage im Lande, die Veränderung der politischen Konstellation in der Region während und nach dem Golf-Krieg, und das historisch geöffnete „Fenster der Möglichkeit" (so der damalige Staatssekretär der Bush-Administration Baker), welches die ökonomische und politische Integration Israels in die Region mit sich brachte, hielt die Shamir-Regierung dennoch nicht davon ab, weitere benötigte Gelder in die Siedlungsprojekte zu investieren. Damit wurden sowohl die „Friedens"-Chancen als auch die ökonomische, politische und strategische Zusammenarbeit mit den USA aufs Spiel gesetzt.

Denn Israel war einerseits auf den Kapitalimport, insbesondere aus den USA angewiesen, um mittels Einwanderung die demographische Mehrheit und damit den jüdischen Charakter des Staates zu sichern und andererseits bestimmte der „territoriale Imperativ" (der jüdische Anspruch auf die besetzten Gebiete) die Politik der Shamir-Regierung, die seit 1990 maßgeblich vom rechtsreligiösen Block getragen wurde. So schwankte die Shamir-Regierung zwischen der politisch-ökonomischen „Basis" – weil die Ökonomie in Israel dem Primat des Politischen unterliegt – und dem politisch-ideologischen „Überbau", d.h. dem biblischen Anspruch auf die besetzten Gebiete und somit der Fortsetzung des Siedlungsbaus. Sie hatte sich für letzteres entschieden.

Das Angewiesensein auf die USA nutzte die Bush-Administration, um Konzessionen von Shamir einzufordern. Im September 1991 stellte Israel einen offiziellen Antrag auf 10 Milliarden Dollar Kredithilfe an die USA, welcher als Provokation vor der geplanten „Madrider-Konferenz" seitens der Bush-Administration angesehen werden mußte. In seiner Presse-Konferenz am 12.9.1991 forderte Bush die Verschiebung des Antrags um vier Monate, um nicht die bevorstehenden „Friedens"-Verhandlungen zu gefährden.

Dies kam einer innenpolitischen Niederlage für Shamir gleich. Die rechtsreligiösen Parteien drohten schon im Oktober 1991 mit ihrem Rücktritt aus dem Kabinett aus Protest gegen die Verhandlungen. Am 19.1.1992 traten zwei Kabinettsmitglieder (Tehiya und Moledet) zurück, was zum Mehrheitsverlust der Shamir-Regierung führte. Vorzeitige Wahlen waren damit notwendig geworden. Mit dieser innenpolitischen Krise eröffnete sich wieder einmal die Möglichkeit für die konkurrierende Arbeiterpartei, an die Macht zu kommen. Die Bush-Administration, die die flexible und strategische Haltung der Arbeiterpartei in den Verhandlungen, angesichts der sich verändernden politischen Konstellation in der Region, dem Dogmatiker Shamir vorzog, setzte letzteren durch die benötigte Kredithilfe unter Druck, um die Wahl zugunsten der Arbeiterpartei zu beeinflußen. Ende März 1992 kamen die Kredit-Verhandlungen an einen toten Punkt, da Shamir keine Kompromißbereitschaft in der Siedlungsfrage zeigte. Die Stellungnahme Bakers von 24.2.1991, nach der die Kredithilfe vom Einfrieren des Siedlungsbaus abhängig gemacht werden würde, kam einige Tage nach dem Wahlsieg Rabins zum Vorsitzenden der Arbeiterpartei gegen seinen Rivalen Peres. Rabin wurde zum Vorsitzenden gewählt, weil er den Mitgliedern der Arbeiterpartei zufolge „wählbarer" wäre als Peres und andererseits, weil Peres schon einmal im Jahre 1990 scheiterte, eine Regierung nach der Niederlage Shamirs zu bilden. Außerdem stellte Rabin verglichen mit dem Dogmatiker Shamir und dem „zu sehr" flexiblen Peres einen Mann der Mitte für die israelischen WählerInnen dar. Er zeigte sich den „Friedens"-Verhandlungen gegenüber kompromißbereiter als Shamir, kehrte die politischen Prioritäten um und beabsichtigte eine stärkere Zusammenarbeit mit den USA in der Region. Am 23.6.1992 gewann die Arbeiterpartei die Wahl. Die Mehrheit der jüdischen Einwanderer aus der Sowjetunion, von denen erwartet wurde, daß sie sich für den Likud-Block entscheiden würden, hat stattdessen aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Misere die Arbeiterpartei gewählt. (Von den neuen Einwanderern haben sich 47 % für die Arbeiterpartei und 18 % für die Likud entschieden. Bei den Wahlen im Mai 1996 haben sie dann mehrheitlich eine für die russischen ImmigrantInnen gegründete Partei gewählt.)

Wie sah nun die israelische Gesellschaft vor Mai 1996 aus? Warum hat der Labor-Block nach der Ermordung von Rabin, nach dem *Amendement* der die Existenz Israels verneinenden Paragraphen in der palästinensischen Charta (siehe Teil II in *links* 316/317), nach der Operation „Früchte des Zornes" in Libanon und nicht zuletzt nach der regionalen und internationalen Rückendeckung des Labor-Blocks die Wahl zugunsten eines *Newcomers* verloren?

Der Labor-Block wie auch die Clinton-Administration gaben sich mit dem Verlauf der „Friedens"-Verhandlungen zufrieden und nahmen an, die israelische Mehrheit stünde hinter dem Labor-Block und sei für

den Frieden. Die innergesellschaftlichen Entwicklungen wurden dabei völlig falsch eingeschätzt. Anders ausgedrückt: Den geostrategischen und ökonomischen Interessen wurden seitens der linkszionistischen und der US-amerikanischen Kräfte höhere Priorität beigemessen.

Der Annahme, eine jüdische Mehrheit für den Frieden gewinnen zu können, liegen zwei absurde, die Sozialstruktur in Israel und die zionistischen Strukturen des Staates verkennende Vorstellungen zugrunde: Die von einer homogenen israelischen Gesellschaft und die von einem angeblich ausgeprägten Friedensbewußtsein. Nicht erst die Ermordung des damaligen Ministerpräsidenten Rabin zeigte die Unzulänglichkeit der Homogenitäts-Vorstellung. Dies war bereits seit Ende der 70er Jahre, d.h. mit der Machtübernahme des Likud-Blocks und dessen mythisch-religiöser Weltanschauung der Fall und verstärkte sich über die Libanon-Invasion 1982 und der daraus folgenden Spaltung der Gesellschaft. Die sogenannte Krise des Zionismus gipfelte dann in den jüngsten Entwicklungen während und nach dem zweiten Golfkrieg, d.h als mit der Annäherung zwischen Israel und den arabischen Staaten der äußere Feind wegfiel, der zuvor so wichtig für die innere Kohäsion Israels war. Die Demarkationslinien in der Gesellschaft verlaufen, und das ist zentral für das Veständnis aller Entwicklungen in diesem Land, nicht nur nach sozio-ökonomischen und politischen, sondern auch nach ethnisch-religiösen Kriterien. Die Vereinheitlichung dieser Gesellschaft läßt sich daher nur noch mythisch-religiös herstellen. Der Begriff „israelischer Jude" fungiert in diesem Sinne als Stifter von „kultureller Identität".

Die Wahlniederlage der Rechten in Israel im Juni 1992 war nicht zuletzt durch den Zerfall der Likud-Koalition bedingt. Eine Strategie, die die Einheit eines nationalistisch-religiösen Blocks hätte sichern können, hätte die jüdische Mehrheit hinter sich bringen und damit das Wegkippen des Labor-Blocks von der Staatsmacht ermöglichen müssen. In diesem nationalistisch-religiösen Block konnten Zionisten und Nicht-Zionisten zusammengebracht werden. Das ist kein Widerspruch. Denn die zweite Säule der zionistischen Ideologie stellt die Religion dar. Das religiöse Moment gewann an Bedeutung als die säkulare Säule aufgrund der inneren Krise wegen des sogenannten Friedensprozesses wegzubrechen drohte. Denn mit dem „Normalisierungsprozeß" wurde eine nicht erwünschte Verbürgerlichung des Judenstaates möglich. Die erneute „Religionalisierung" des Staates war gegen die säkularen Tendenzen und gegen die 850.000 arabischen BürgerInnen Israels, deren Wähleranteil 14 % ausmacht, gerichtet und verstärkte damit die weiterhin bestehende strukturelle Diskriminierung letzterer als BürgerInnen zweiter Klasse.

„Bibi" Netanjahu setzte nun darauf, die zersplitterten rechten Gruppierungen und Parteien zusammenzubringen und für sich zu mobilisieren. Er stellte sich außerdem als Vertreter der ärmeren Schichten in Israel und derer dar, die ihre Interessen ansonsten nicht gewahrt sehen. Normalerweise waren diese ein wichtiger Teil der sozialen Basis der Arbeiterpartei, von der sie sich zu recht nicht mehr vertreten fühlten. Die Arbeiterpartei, welche „Labor" nur noch im Titel führt, vertrat mittlerweile die Interessen der mittleren und oberen

„Dies ist die Aporie dieses Konflikts. Jahrzehntelange Vertreibungen, Massakrierungen, kollektive Bestrafungen, Landkonfiszierungen, Aufbau von Siedlungen usw., alle diese Praxen Israels sind dort bis zum heutigen Tage kein gesellschaftliches Thema."

Schichten, die insbesondere in den israelischen Metropolen ansäßig sind. Obwohl den ärmeren Schichten der neoliberale Tenor des Populisten Netanjahu bekannt war, entschieden sie sich trotzdem für den rechten Block. Die Kräfte dieses Blocks mußten dabei natürlich Kompromisse eingehen und Prioritäten setzten, um die Einheit zu bewahren. Die verschiedenen partikularen Interessen der Teilkräfte in dem Block wurden anerkannt und die erfolgreiche Spannung zwischen dem Partikularen und dem Allgemeinen durch den neuen Wahlmodus ermöglicht, da zum ersten Mal die Wähler unabhängig von den Parteien den Ministerpräsidenten getrennt wählen durften. Was diese Koalition letztlich zusammenhält, ist die ablehnende Haltung gegenüber den Normalisierungstendenzen nach innen und den Forderungen der Palästinenser und der Araber nach außen.

Strategisch wurde dies mit dem Begriff der „Sicherheit" bezeichnet. Dieser, im zionistischen Diskurs zentrale Begriff ist so elastisch, daß man ihn inhaltlich stets anders füllen kann. Und das nicht nur durch den Likud-Block. „Frieden" bedeutet in diesem Kontext, „Sicherheit" für Israel und nicht die Anerkennung von gegenseitigen Interessen. Dies führt uns zu der zweiten verkennenden Vorstellung. Es wurde behauptet, daß die Selbstmordattentate von radikalen Palästinensern im April 1996 gegen zivile Ziele in Israel den Friedenswillen der Israelis beeinträchtigt und sie in die Arme des rechten Lagers getrieben hätten. Dies bedeutet nichts anderes, als daß die Mehrheit der israelischen Bevölkerung den Frieden in oben gemeintem Sinn („Sicherheit" für Israel) begreift und daß es der Mehrheit in Israel an Unrechtsbewußtsein den Palästinensern gegenüber fehlt.

Dies ist die Aporie dieses Konflikts. Jahrzehntelange Vertreibungen, Massakrierungen, kollektive Bestrafungen, Landkonfiszierungen, Aufbau von Siedlungen usw., alle diese Praxen Israels sind dort bis zum heutigen Tage kein gesellschaftliches Thema – abgesehen von einer Minderheit, die sich für den Frieden einsetzt. Die Selbstverständlichkeit, mit der die israelische Gesellschaft die kollektive Bestrafung der Palästinenser aber auch der Libanesen als Reaktion auf Operationen seitens bewaffneter Gruppen letzterer hingenommen hat, reflektiert die Tiefe der Tragik dieses Phänomens. Der „verborgene" Sinn der kollektiven Bestrafung liegt darin, daß alle Araber als potentielle Terroristen gebrandmarkt werden. Dieses verkehrte Bewußtsein ist das Resultat jahrzehntelanger zionistischer Praxis. Bis zum heutigen Tage haben weder der Likud-Block noch der Labor-Block damit aufgehört, diese Praxis weiterzuführen, und sie haben das Unrecht, das den Palästinensern angetan wurde wie auch deren Interessen und Forderungen nicht anerkannt. Der sogenannte Friedensprozeß stellt für beide Varianten ein Mittel dar, mit dem sie die maximalen Interessen Israels durchsetzen können. Somit ist es nicht verwunderlich, daß die „Anti-Friedens"-Kräfte in Israel die Wahl gewonnen haben.

„Linker" und „rechter" Zionismus

Beide Varianten des Zionismus, „links" wie „rechts", oder präziser: Labor-Block und Likud-Block, sind sich in der Zielsetzung, nämlich der Schaffung und Erhaltung einer jüdischen Mehrheit und damit der Sicherung des jüdischen Charakters des Staates einig. Sie unterscheiden sich jedoch in der Methode zur Erreichung dieser Zielsetzung. Der „demographische Imperativ" und seit dem Jom Kippur Krieg 1967 die Expansion Israels in Rest-Palästina und andere arabische Gebiete stellt für die Arbeiterpartei den militärischen und strategischen Hintergrund für die Annexion und Siedlungspolitik in von Arabern wenig bewohnten und militärisch-strategisch wichtigen Gebieten dar. Demgegenüber bedarf

„Für Israel bedeutete die Regulierung des Konfliktes mit *den* Palästinensern die strategische Brücke zu den Staaten im Nahen Osten und damit nicht nur seine regionale Integration, sondern vor allem Israels moralische und politische Aufwertung."

die religiös gesinnte Variante des Zionismus mit ihrem „territorialen Imperativ" keiner demographischen oder strategischen Begründung für ihre Expansion und Siedlungspolitik. Aufgrund dieser Ambiguität ergeben sich zwei unterschiedliche kolonisatorische Konzeptionen, wie der „Nahost-Konflikt" befriedet werden soll.

Allerdings sind diese Konzepte nicht gegensätzlich zu begreifen, eher werden die Prioritäten anders akzentuiert. Das bedeutet, daß der Likud-Block nicht nur die Verzögerungstaktik des Labor-Blocks hinsichtlich der Umsetzung des Abkommens weiterhin verfolgt. Vor allem wird der Likud-Block versuchen, den Palästina-Konflikt im Rahmen des Nahost-Konflikts zu lösen. Das heißt, daß den Palästinensern so wenig wie möglich „Zugeständnisse" gemacht werden, indem primär mit den gegnerischen arabischen Staaten (Syrien, Libanon) aber auch mit den befreundeten (Ägypten und Jordanien) Verhandlungen geführt werden, sei es durch Zwang oder Konsens, um die Palästinenser zu isolieren. Zwei Strategien stehen hier zu Verfügung: Einmal die geostrategisch angelegte Bündnispolitik der US-Administration. Im April dieses Jahres wurde mit der Unterstützung der Clinton-Administration eine militärische Zusammenarbeit zwischen Israel und der Türkei beschlossen – in diese Achse dürfte auch Jordanien miteinbezogenen werden. Die Türkei beabsichtigt damit, Syrien, welches die PKK unterstützt, unter Druck zu setzten, aber auch militärische Hilfe von Israel und den USA in ihrem Krieg gegen die Kurden zu erhalten. Taktisch bedeutet diese Zusammenarbeit für Israel, daß Syrien seine Unterstützung für die Hizbuallah im Süden Libanons untersagen sollte. Strategisch aber zielt diese Politik darauf ab, Syrien, und damit auch den Libanon in einen Frieden nach israelischen Bedingungen zu zwingen. Geschieht dies, so wird der Iran, dessen Einschüchterung eines der Hauptziele dieser Bündnispolitik darstellt, in der Region politisch bedeutungslos.

Die andere Strategie des Likud-Blocks, um die Palästinenser zu isolieren, liegt darin, daß mit den befreundeten arabischen Staaten, insbesondere Jordanien, politische, ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit zu forcieren versucht wird, damit sie den Palästinensern ihre Unterstützung aufkündigen. Die Position des Likud-Blocks wurde sogar noch dadurch gestärkt, daß das Gipfeltreffen der arabischen Staaten Ende Juni dieses Jahres in Kairo nicht die Einheit der arabischen Staaten gegenüber Israel demonstrieren wollte, wie es fälschlicherweise gedeutet wurde. Das Treffen vermittelte nichts anderes als die kollektive und die de facto Bereitschaft all dieser Staaten, in Verhandlungen mit Israel einzutreten. Die Zeit für die „jordanische Option" des Likud-Blocks gegenüber den Palästinensern, allerdings in einer modifizierten Form, ist noch nie so gut gewesen. Nach dieser modifizierten Option käme nämlich eine Art Föderation zwischen den Palästinensern und Jordanien in Frage und damit die Unterwerfung der ersteren unter jordanische Herrschaft, also die Negation ihres Selbstbestimmungsrechts in Form eines unabhängigen palästinensischen Staates. Um letztendlich die „Sicherheit" für Israel zu gewährleisten, gäbe es nichts Besseres als jene militärische Zusammenarbeit mit Jordanien.

Für Israel bedeutete die Regulierung des Konfliktes mit *den* Palästinensern die strategische Brücke zu den Staaten im Nahen Osten und damit nicht nur seine regionale Integration, sondern vor allem Israels moralische und politische Aufwertung. Desweiteren würde diese Regulierung für Israel die ökonomische Integration in die Region eröffnen. Dies ist im Falle Israels keine rein ökonomische Frage, sondern eine Überlebensfrage und zwar in dem Sinne, als die Entstehung und Aufrechterhaltung des jüdischen Charakters des Staates Israel von Kapitalimport, insbesondere aus den USA, bis dato abhängig war und weiterhin bleiben wird. Die bisherige Konstellation ist jedoch nicht nur aufgrund der veränderten global-politischen Strukturen, sondern vor allem wegen der Krise der auf der Basis der zionistischen Struktur des Staates organisierten israelischen Ökonomie langfristig so nicht mehr aufrechtzuerhalten. Wollte der Staat Israel seinen ethnisch-exklusiven Charakter in der Zukunft weiterhin finanzieren, so müßten strukturelle Veränderungen der sozioökonomischen Verhältnisse erfolgen. Dies allerdings war solange nicht möglich, solange die Ökonomie einen ausgeprägten politischen Charakter annahm. Die Regulierung des Konflikts mit *den* Palästinensern eröffnete somit die Option der Entpolitisierung der israelischen Ökonomie. Und was bleibt für die Palästinenser? Keine Entkolonialisierung am Ende des 20. Jahrhunderts. ●

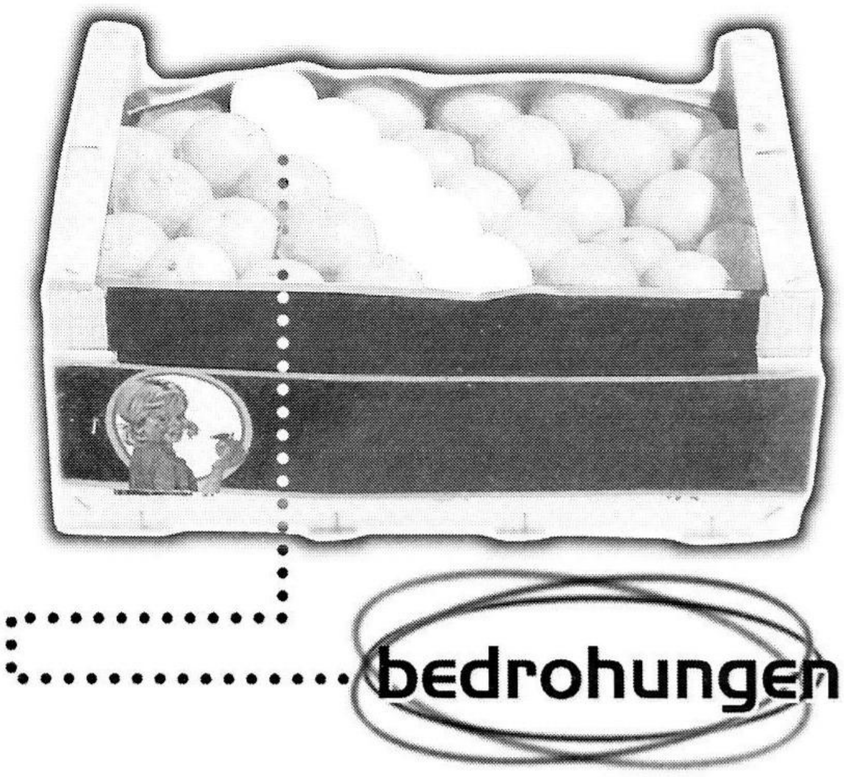
DER RECHTE RAND

liefert zweimonatlich Informationen von und für AntifaschistInnen. Er bündelt die Informationen, die vielerorts über Aktivitäten der Rechten in unserem Land gesammelt werden. Er richtet seinen Blick auf die terroristischen und Anti-Antifa-Aktionen der Neonazi-Gruppen wie auf die Versuche, sich parlamentarisch zu etablieren. Er meldet, wie organisierter Revanchismus mit Steuergeldern floriert und was in Richtung auf schwarzbraune Koalitionen angeschoben wird. Er ist ein Forum für antifaschistische Diskussion und Aktion, er arbeitet strömungsübergreifend.

Für 20,- DM, bzw. 25,- DM im Ausland (6 Ausgaben, incl. Porto) kann DER RECHTE RAND abonniert werden: Postfach 1324
30013 Hannover.

Leseprobe (3 ältere Hefte) für 5,- DM (bar oder in Briefmarken).

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND



bedrohungen

BSE, Ebola und Kinderschänder haben *Dioxin, AIDS* und *Fundamentalisten* die ersten Ränge in der Bedrohungsskala abgelaufen. *Russenmafia* und *Rumänenbanden* halten sich nach wie vor nicht schlecht. Überhaupt scheinen Symbole aus der Verbrechenswelt gegenüber ökologischen Themen im Vormarsch zu sein, ohne daß dadurch alte Bedrohungsszenarien ihre Wirksamkeit verlören. Eher scheinen sich Ängste zu überlagern und alte Bedrohungsgefühle, in neue Gewänder geschlüpft, wiederzukehren. Was immer der Hintergrund für solche Entwicklungen sein mag – zu erklären sind sie nie durch die auftretenden Ereignisse allein. Vielmehr sagen sie einiges über die Gesellschaft aus, die solcher Symbolisierungen „bedarf" und die sich darin sowohl eigener Identitäten versichert wie sie deren Widersprüche kommuniziert.

Schon lange hat die Diskussion um ökologische Risiken deutlich gemacht, daß die mit ihnen verbundenen Bedrohungsgefühle nicht gemäß dem formal-statistischen Kalkül wahrgenommen werden, mit dem professionelle Experten diese Risiken berechenbar machen und ihre Akzeptanz sicherstellen wollen. Wichtiger für die Risikowahrnehmung sind Freiwilligkeit (Rauchen vs. Ozonloch), Vermeidbarkeit (Autofahren vs. Bungeejumping) und ein potentiell sehr großes Schadensausmaß (bspw. bei der Nutzung der Atomkraft). Entscheidend ist letztlich die institutionelle Vermittlung der Risiken: Wer den Experten aus der Gentechnologie keinen Glauben mehr schenkt, wer sich von der Einführung neuer Technologien überfahren fühlt oder unsinnigen, rein unter Verwertungsaspekten entwickelten Produkten keinen Nutzen abgewinnen kann, der wird sich auch nicht durch die Beteuerung ihrer Harmlosigkeit vom Gegenteil überzeugen lassen. Entzauberung der wissenschaftlichen Experten, Defizite im politischen Prozeß und ökonomische Macht- und Verwertungskalküle müssen als die eigentlichen Ursachen überbordender Bedrohungsgefühle angesehen werden.

Nur selten werden sie allerdings in dieser Weise auch kommuniziert. Beim BSE-Skandal z.B. ist offensichtlich, daß er ein von den EU-Behörden im Zusammenspiel mit der britischen Regierung hausgemachter Skandal ist, der eher auf die Bedingungen der industriellen Viehwirtschaft und die Gefahren einer unkontrollierbaren Beeinflußung der Fleischmärkte verweist. Gleichwohl wird er zum Problem des individuellen Kaufaktes reduziert: Trau ich jetzt meinem Metzger noch, oder geh' ich doch lieber zur vegetarischen Ernährung aus dem Naturkostladen über? Aber wenn da bald auch gentechnisch verändertes Soja verkauft wird? Wenn nicht gar die ganze Welt zum Risiko wird, so doch wenigstens die Gesellschaft. So das Bedrohungsszenarium, daß sich längst nicht mehr nur auf ökologische Risiken beschränkt. Wie der heiße Herbst in Belgien gelehrt hat, sind ganz ähnliche Strukturen auch in anderen Bereichen beobachtbar. Wenn jeder Nachbar ein kinderschändendes Monster sein könnte, das von hohen (und höchsten?) Kreisen gedeckt wird, dann sind auch hier Unentrinnbarkeit und Schutzverlust der Institutionen miteinander verbunden. Daher die ganze Aufregung.

Kollektive Bedrohungsgefühle weisen also immer auf die gesellschaftlichen Strukturen zurück, ohne daß sie mit dieser Vermittlung etwas von ihrem Realitätsgehalt verlieren würden. Im Gegenteil: Gerade die Vorstellung eines unvermeidbaren Schicksals drängt sich erst aufgrund fehlender individueller wie gesellschaftlicher Reaktionsmöglichen auf. Die Bedrohung wird so zum Bezeichnenden, zum Symbol für eine unkontrollierbare gesellschaftliche Entwicklung, die wiederum die bezeichnete Ursache darstellt. In den

Bedrohungsszenarien kommunizieren Gesellschaften sowohl ihre eigene Beschaffenheit, vergewissern sich Normalität wie Zugehörigkeit. Das Ebola-Virus gehört eben (noch) nach Afrika, wie AIDS doch eine *Schwulen-Seuche* geblieben ist – Beispiele für „gelungene" symbolische Beruhigungen. Genauso bleiben Korruption und *Russenmafia* „fremde" Bedrohungen, selbst wenn sie im eigenen Land auftreten und der BND mit ihnen Geschäfte macht. *Kinderschändung* den Pädophilen zuzuschreiben, ist ein Versuch der Normalisierung („Wir Normalen also nicht!"), an dem jedoch auch das Scheitern augenfällig wird. Die Ubiquität der Täter, die in allen Kreisen zu finden sind, konterkarriert die Ausgrenzungsstrategie und führt das Bedrohungsszenario doch wieder darauf zurück, worauf es schon der alte Freud reduzieren wollte: Auf die gesellschaftliche Sexualmoral und die unbewußten Wünsche und Phantasien.

Daß Bedrohungsphantasien sich oft mehr ihre Gegenstände suchen als das sie von ihnen verursacht werden, daß zeigt sich nirgendwo deutlicher als an der Geschichte seit 1989. *Drogenmafia, Fundamentalismus* und der ewige *Kampf der Kulturen* wurden beschworen, um dem „Bedrohungsvakuum" nach dem Wegfall der Systemkonkurrenz zu begegnen. Fast ist man geneigt, die ganze Sache umzukehren, denn als bedrohlich wurde das Fehlen der Bedrohung empfunden – zumindest für eine gesellschaftliche Institution wie die Bundeswehr. Da es dabei immer auch um höchst reale Dinge geht, nämlich ums Geld, war die Aufregung groß und die Suche nach einem neuen „Auftrag" – von wem eigentlich? – intensiv und letztlich auch von Erfolg gekrönt, wie der Beitrag von Jens Warburg zeigt. Überhaupt läßt sich hier eine eigentümliche Dialektik von Bedrohung und Sicherheit beobachten. Wie neuerdings Risikoexperten entdeckt zu haben glauben sind die Gesellschaften am bedrohtesten, die sich sicher glauben und auf ein Lernen aus „trial und error", und daß heißt aus Wagnis und Gefahr, verzichten. Daß wir also geradezu die Bedrohung brauchen, um halbwegs sicher, weil vorbereitet leben zu können – eine Art „risikozentrierter Sozialdarwinismus" –, dies zeigt sich vor allem in der Konstruktion der „globalen Schicksalsgemeinschaft". Im Beitrag von Christoph Görg wird diese Konstruktion in ihrer vermeintlichen Eignung zur Überwindung einzelstaatlicher Bornierungen analysiert und der projektive Gehalt offengelegt. Wo eine Politik landet, die mit apokalyptischen Szenarien unreflektiert Politik zu machen versucht, das zeigt der Beitrag von Eike Hennig mit Blick auf die Partei der Grünen im Allgemeinen und Joseph Fischer im Besonderen.

Bedrohungsszenarien sind keinesfalls machtpolitisch neutral, sondern oftmals höchst interessiert angelegt. Dies gilt für „alte" Bedrohungen wie den Terror genauso wie für solche neueren Datums. Rudolf Walther untersucht das Mischverhältnis von realer, eingebildeter und inszenierter Gewalt vom staatlichen Machtinstrument der „grande terreur" der französischen Revolution bis zum Wechselspiel zwischen Stadtguerilla-Konzept der RAF und staatlicher Gewalt in den 70er Jahren dieses Jahrhunderts. Ein beliebtes Instrument zur Disziplinierung unzufriedener Wählerschichten sind prognostizierte ökonomische Gefahren, sei es aus dem Prozeß der europäischen Integration oder gleich aus der kapitalistischen Globalisierung. In beiden Fällen wird von Seiten der Herrschenden ein kollektives „Wir" der Standortgemeinschaft beschworen, deren Interessen zu verteidigen ihre ureigenste Bestimmung sei. Während Roland Hamel anhand der Diskussionen um die währungspolitische Integration und die Einführung des Euro sowohl konservative Bedrohungsbilder als auch linke Gegen-Positionen auf ihren Realitätsgehalt hin befragt, untersucht Alex Demirović dieses Bedrohungsszenario in den konservativen Diskursen zu Nation und Globalisierung. Markus Stauff analysiert abschließend die Strukturen des Feindbildes Fundamentalismus und seine affektiven wie klassifikatorischen Dimensionen.

Wenn heute Bedrohungsszenarien mehr und mehr die gesellschaftliche Kommunikation dominieren, dann läßt sich diese Entwicklung also nicht von den Gefahren her verstehen. Eher ist es zunächst verwunderlich, daß trotz oder vielmehr gerade wegen des immens gestiegenen technologischen Potentials zur Aneignung der Natur wie zur Gestaltung sozialer Verhältnisse Risiken, Gefahren und Ängste keinesfalls ab- sondern zugenommen haben. Da Bedrohungen aber immer auch Ohnmachtserfahrungen und damit Macht- und Herrschaftsverhältnisse artikulieren, liegt der Verdacht nahe, daß sich in dieser Entwicklung auch ein Anstieg im Grad und in der Anonymität von Herrschaft äußert: Herrschaft wird umfassender und ungreifbarer zugleich. Wie schon Horkheimer und Adorno in der *Dialektik der Aufklärung* erkannten, ist es notwendig, „die Angst wach(zu)halten, ohne die es keine Herrschaft gäbe..." Fünfzig Jahre später hat diese Einsicht nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

die Red.

JENS WARBURG

Von Freunden umzingelt

Bedrohungsszenarien der Bundeswehr

Die Mauer war gefallen und die Bundeswehr war stolz. Dem als Feind auserkorenen 'realexistierenden Sozialismus' konnte nicht einmal ein Gespensterleben mehr nachgesagt werden. „Der Frieden fällt einem nicht in den Schoß", verkündete sie via Annoncen im Frühjahr 1990 und war damit allemal weiter als die meisten FriedensfreundInnen, die noch von einer Friedensdividende träumten und sich über den 'Akzeptanzverlust' des Militärs freuten. Denn die Bundeswehr wußte damals schon „ein Frieden in Freiheit fällt uns nicht in den Schoß. Auch künftig nicht."

Freilich, hinter dieser Aussage stand erst einmal nicht mehr als die Einsicht, daß die Bundesrepublik ein Staat ist, dessen politische Klasse Souveränität mit Kriegsführungsfähigkeit gleichsetzt. Und gerade Souveränitätsverlust sollte mit der Einverleibung der DDR nicht verbunden sein. Der Personalbestand würde zwar reduziert werden, eine Bundesrepublik ohne Armee war aber außerhalb der Vorstellungswelt der Militärs und wurde politisch auch gar nicht gewollt. Doch auf die Frage, wer denn „eine stabile Friedensordnung in Europa auf der Grundlage von Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung" (Anzeigentext *Spiegel* 20/96) bedrohe, wußte im Frühjahr 1990 keiner so Recht eine plausible Antwort zu geben. Ein direkter Gegner, eine Bedrohung, war in Europa nicht auszumachen. Aus den Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes waren Antragsteller auf Mitgliedschaft in der NATO, auf jeden Fall aber „Partner für den Frieden" geworden.

Einen Sommer und einen Herbst mußten allerlei Hilfskonstruktionen bemüht werden, um auf diese Frage irgendeine Antwort zu geben. Die Palette der Anworten reichte vom Verweis auf die Staaten des ehemaligen Ostblocks, von denen niemand sagen könne, wie die dortigen „Umbrüche" ausgehen werden, bis hin zur schlichten Abwehr der Frage mit dem Hinweis, daß die BRD der westlichen Wertegemeinschaft angehöre und entsprechende Vertragspflichten habe. Wer die Abschaffung der Bundeswehr fordere, würde einen deutschen Sonderweg verfolgen, der, wie die Geschichte zeige, fatale Folgen habe. Zum Glück für die Militaristen gab es keine aufschäumende Diskusson über die Frage, weshalb die Bundesrepublik weiterhin eine jährlich um die 50 Milliarden DM teure Institution zur Macht- und Gewaltausübung unterhält.

Normalität

Fast sechs Jahre nach dem zweiten Golfkrieg müssen die Militaristen eine solche Diskussion allerdings nicht mehr fürchten. Im Gegenteil, das politische Umfeld für die Bundeswehr und für kriegerische Einsätze war vermutlich noch nie so gut wie heute. Von Auflösungstendenzen der NATO oder der Bundeswehr kann gar nicht die Rede sein. Im Zentrum der politischen Debatte zu Militär und Krieg steht heute nicht Abschreckung, Kriegsverhinderung, nicht einmal die häufig lediglich allgemein gehaltene Ablehnung von Krieg und schon gar nicht die Infragestellung des Militärs. Vielmehr wird, wenn überhaupt, um die Art der zukünftigen Kriegseinsätze gestritten. In der politischen Diskussion der Bundesrepublik feiert die Legitimierung von Militär und Krieg als ultima ratio der (staatlichen) Politik fröhliche Wiederauferstehung.

Bedrohungslos

Der Einsatz der Bundeswehr zum Schutz der Bevölkerung und der 'territorialen Unversehrtheit' gilt offiziell als ihr unwahrscheinlichster Einsatzfall. Ein solcher Kriegseinsatz wäre „nur nach grundlegender Umkehr der derzeitigen Entwicklung denkbar", so ist es z.B. im Jahresbericht 1994 der Bundesregierung nachzulesen. In Bezug auf Rußland, daß immer noch als möglicher künftiger Gegner präsentiert wird, lassen sich allerdings immer weniger Anzeichen für eine solche „Umkehr" finden. Es gibt innerhalb und außerhalb der herrschenden russischen Elite keine Tendenzen für eine Gegnerschaft zum Westen. Die gesamte nachsowjetische Ökonomie wird zum kapitalistischen Weltmarkt hin geöffnet; Investitionen zur Ausbeutung der sozialen und natürlichen Ressourcen sind ausdrücklich erwünscht, ja erbeten. Kurz, es gibt keine „Systemkonkurrenz"; Kooperation ist angesagt. Dies schließt jedoch Streitigkeiten, z.B. über Einflußzonen und Marktzugänge, zwischen westlichen kapitalistischen Staaten und Staaten, die sich auf dem Gebiet der Sowjetunion gebildet haben, nicht ein für allemal aus. Die Wahrscheinlichkeit für eine sich hieraus ergebende militärische Bedrohung der Bundesrepublik ist aber nicht größer als eine Kriegserklärung zwischen der EU und den USA aufgrund ihrer politischen und wirtschaftlichen Konflikte.

Trotz alledem wird die Personalstärke von 340.000 Soldaten und die Beibehaltung der Wehrpflicht, damit die Streitkräfte einen Gesamtumfang von cirka 680.000 Soldaten erreichen können, mit der unwahrscheinlichsten Situation gerechtfertigt. Völlig unerwähnt bleibt dabei, daß die Stärke der Streitkräfte Einfluß auf die Machtverteilung innerhalb des Militärbündnisses hat. Bereits eine bloße Reduzierung der Truppen könnte nach herrschender Lesart den Einfluß Deutschlands auf die NATO schwächen. Und dies würde einem zentralen Ziel bundesdeutscher Außenpolitik – die schon seit längerem gehegte, aber erst seit der ausgerufenen Normalisierung der Bundesrepublik laut geäußerten Forderung nach einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat – zuwiderlaufen. In den Augen der politischen Klasse der BRD, aber auch in der Wahrnehmung anderer Staaten, entspricht diese Forderung nicht bloß der Wirtschaftskraft der bundesdeutschen Ökonomie. Sie ist Konsequenz der Tatsache, daß sie eine entscheidende Macht innerhalb des weltweit bedeutsamsten Militärbündnisses ist.

Dieses Motiv spielt auch bei den osteuropäischen Staaten eine Rolle, die seit 1989 einen Aufnahmeantrag in die NATO gestellt haben. Es geht ihnen nicht nur um die Sicherheit, nicht mehr Teil der russischen Einflußzone zu sein. Sie wollen sich zugleich auf die Seite der Gewinner schlagen und dort dauerhaft verbleiben. Sie wollen in die „EU-Familie" (Pavol Hamik, Außenminister der Slowakei, *FR* 27.9.96), auf jeden Fall zur 'westlich-europäischen Zivilisation' und nicht zur 'eurasischen Staatengemeinschaft' gezählt werden, die sie als Verlierer der gegenwärtigen und

künftigen ökonomischen Prozesse begreifen.

Wie wenig es bei der sogenannten Osterweiterung um die Abwehr einer Bedrohung geht, zeigt auch die Reaktion der NATO auf die Beitrittsgesuche. Freundlich wurden die Anträge entgegengenommen und die Möglichkeit einer Aufnahme nicht ausgeschlossen. Doch selbst der prinzipielle Beschluß, im Herbst 1994 eine Osterweiterung durchzuführen, hat keinen dieser Staaten der tatsächlichen Mitgliedschaft nähergebracht. Der ablehnenden, aber kompromißbereiten Haltung Rußlands, deren Eliten eine Osterweiterung der NATO als Bedrohung wahrnehmen, kommt dabei eine ambivalente Bedeutung zu. So weist Ernst-Otto Czempiel daraufhin, daß für die USA diese Ablehnung sogar ein Grund sein kann, eine Osterweiterung zu forcieren. Denn obwohl die USA keinen Konflikt mit Rußland wolle, würde „eine gewisse Abkühlung des Verhältnisses zwischen den Westeuropäern und Rußland (...) die amerikanische NATO-Führung erheblich erleichtern." Hinzu komme, daß der militärisch-politische Apparat der NATO sehr wohl an der Herstellung von Szenarien interessiert sei, „auf deren Bewältigung er geeicht ist." (*Blätter f. dt. u. internat. Politik* 6/96: 714ff) Anders ausgedrückt: der Apparat hat geradezu ein Interesse die Bedrohung zu produzieren, die er vorgibt, anschließend zu bewältigen. Jedoch existiert mit dem Krieg in Bosnien bereits ein Szenario, mit dessen Bewältigung die NATO zu genüge beschäftigt ist, so daß sie derzeit vor keiner Sinnkrise Angst haben muß.

Unterschiedliche Bewertungen über die Frage, welchen Einfluß die Aufnahme osteuropäischer Staaten auf die Machtverteilung innerhalb der NATO hat, vor allem die Angst, die Bundesrepublik könnte einseitig Vorteile aus der Aufnahme ziehen, mindern die Neigung, neue Mitglieder aufzunehmen, ebenso wie der Umstand, daß die NATO-Strategen von der Aussicht keineswegs begeistert sind, die osteuropäischen Grenzstreitigkeiten und Konflikte, z.B. wegen der Behandlung der jeweiligen nationalen Minderheiten in den Entscheidungsstrukturen der NATO austragen zu müssen. So sieht sich, laut Pavol Hamik bereits Rumänien vom Nachbarstaat bedroht, falls die Slowakei vor ihm in die NATO aufgenommen werden sollte; Gleiches gilt andersherum ebenso. Zu allem Überfluß müßten diese Staaten mit NATO-Rüstungsgütern in großem Ausmaß ausgestattet werden, um der militärischen Infrastruktur des Westens angepaßt zu werden. Allein die Aufnahme von Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn würde nach einer Studie der Rand Cooperation Rüstungsausgaben von 50 bis 100 Milliarden Dollar verlangen (Richard L.Kugler, The Defense Program Question: The Military and Budgetary Dimensions of NATO-Expansion, 1995). Die Kosten könnten diese Staaten kaum alleine tragen und in den NATO-Staaten besteht an derartigen Rüstungsausgaben kein Interesse.

Eine brüske Ablehnung eines Gesuchs auf Mitgliedschaft wird allerdings auch nicht riskiert, weil sie eine Hinwendung zu Rußland zeitigen könnte. Deshalb wurden unterschiedliche Projekte lanciert, die symbolisch den guten Willen der NATO-Staaten dokumentieren und Grundlage für eine gute Kooperation schaffen sollen. Die Projekte, ob bilateral oder innerhalb der sogenannten Partnerschaft für den Frieden, schließen ausdrücklich eine Beteiligung an den Entscheidungen der NATO ebenso aus, wie eine Beistandspflicht bei einem Angriff. Vereinbart wurden Ausbildungsprogramme, Rüstungsexporte und nicht zuletzt gemeinsame Übungen. Praktisch umsetzen ließen sich die bei gemeinsamen Übungen gemachten Erfahrungen laut Klaus Naumann, früherer Generalinspekteur der Bundeswehr und heute Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, bereits bei der „Interoperabilität" verschiedener Militärs in Bosnien. (*Nato-Brief* 4/96: 18) Noch einmal: es gibt keine militärische Bedrohung der NATO-Staaten. Bedroht von der NATO sehen sich allerdings Staaten, die keine Mitglieder derselben sind. Als bedrohlich werden Prozesse innerhalb dieses Militärbündnisse wahrgenommen. Und so mancher Streit unter den NATO-Staaten liegt in der Angst der Mitglieder begründet, daß Entscheidungen gefällt werden könnten, die ihren einzelstaatlichen Interessen zuwiderlaufen.

Instabilität

Man ist geneigt, Nostalgie aus den Worten von Naumann herauszuhören, wenn er schreibt, daß an die Stelle der „alten Bedrohung durch einen einzigen, großen, aggressiven Feind" für die NATO „vielschichtige Gefahren aus mehreren Richtungen getreten (sind). Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, daß wir mit einem Band der Instabilität konfrontiert sind, das sich von Marokko bis zum Indischen Ozean erstreckt." (Ebd.: 20) Schwammiger geht es kaum. Dem sicherheitspolitischen Blick deutscher Militaristen fällt es schwer, Grenzen für die Gebiete anzugeben, die auf das „stabilitätsfördernde Kräftedispositiv" (H. Bagger, Generalinspekteur der Bundeswehr in *Focus* 28/96: 52) Deutschlands nicht verzichten können. Auch die regionalen Angaben können variieren. So hat Verteidigungsminister Rühe das „geographische Dreieck Kaukasus-Balkan-Nah-Ost" (*Internat.Politik* 4/95: 26) entdeckt. Offenkundig als bloße Orientierungspunkte werden hin und wieder einige Staaten genannt, damit man sich überhaupt auf dieser Landkarte der politischen Geographie zurechtfinden kann. So setzt Marokko die südwestliche und wahlweise Pakistan oder Indien die südöstliche Orientierungsmarke.

Während in den public relation-Abteilungen bundesrepublikanischer Außen- und Militärpolitik die Vokabeln Verantwortung und Menschenrechte hoch im Kurs stehen, weist demgegenüber ein eher hemdsärmeliger Pragmatiker wie Naumann auf nationale Interessen als Planungsgrundlage hin. Im ausdrücklichen bis notgedrungenen Einverständnis mit Bündnispartnern und 'befreundeten' regionalen Ordnungsmächten wurden die Gebiete bestimmt, für die die NATO bzw. die Bundeswehr zuständig sind. Rußland, das zeigen die Reaktionen des Westens auf den Krieg in Tschetschenien, wird als eine solche Ordnungsmacht anerkannt. Arbeitsteilung nennt man so etwas. Über diese Arbeits- und die Machtverteilung zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten und den USA wurde in den vergangenen Jahren heftig gestritten. Neu erfunden wurde dabei die BRD-Außenpolitik nicht, wie man mit Blick auf die Kommentare z.B. zu out of area Einsätzen der Bundeswehr meinen könnte. Den Beschwörern der angeblich so friedlichen alten BRD müssen zwar die sogenannten Verteidigungspolitischen Richtlinien (26.11.92) wie eine Bestätigung ihrer Klagen erscheinen. Naumann, ihr maßgeblicher Autor, fühlt sich aber zu Recht „zum Teil (...) falsch verstanden (...), zum Beispiel indem wir als nationales Interesse die Sicherung von freiem Welthandel und dem freien Zugang zu den Rohstoffquellen genannt haben. Dabei stand das schon in einem Weißbuch Helmut Schmidts. Es ist völlig klar,

25

Die Rote Luzi

... die Kinderkrankheit im Kommunismus

- Sexualmoral / Der Fall ARRANCA !
- Unter'm Bratwurstbanner
- Wiedergänger Deutschland ?
- Die 'Krise' des CIA
- CyberNation

U. v. m.

Das Jahresabo (4 Hefte) kostet 20,- DM.
Probeheft anfordern bei:

Publizistische Studiengemeinschaft
Rankestraße 31
10789 Berlin
oder e-mail: luzi@glasnost.de

daß solche Anliegen nicht primär mit militärischen Mitteln verfolgt werden, aber daß es sich um ein nationales Interesse handelt, dürfte wohl ebenso unbestritten sein." (*FR* 2.8.1994)

Es mag Sozialdemokraten nicht passen an diese Kontinuitäten der Außenpolitik erinnert zu werden, aber die NATO und damit die Bundeswehr hat faktisch nie bloß einen 'Verteidigungsauftrag gegenüber den Warschauer-Pakt Staaten' erfüllt. Nationale, damals sogar vitale Interessen genannt, sah die Bundesrepublik schon vor 1989 immer wieder bedroht. Bestenfalls unter die Rubrik Amnesie fällt die Behauptung, die NATO sei erstmalig in Bosnien militärisch aktiv geworden. Erinnert und ohne Anspruch auf Vollständigkeit sei an dieser Stelle lediglich daran, daß die NATO Logistik, Waffen, Personal, Nachrichtentechnik und Basen für zahlreiche Kriegseinsätze zur Verfügung stellte: Vietnamkrieg, Luftangriffe gegen Libyen, Militärintervention im Libanon, und nicht zuletzt der zweite Golfkrieg sind nur einige Stationen von kriegerischen NATO-Aktivitäten. Neu ist lediglich, daß die NATO sich in Bosnien auch unter eigenem Label engagiert. Neu ist auch, daß zukünftig wohl nicht mehr, wie in der Vergangenheit, zumeist US-Truppen allein die Lasten des Krieges tragen sollen.

Die USA waren es spätestens seit Anfang der 80er Jahre leid, z.B. gegenüber den arabischen Staaten, auf schlechtere Marktzugänge zu stoßen, weil sie aufgrund ihrer militärischen Aktivitäten stigmatisiert waren, und gleichzeitig zu sehen, daß ihre Bündnispartner, allen voran die BRD, im Schatten dieses Stigmas gute Geschäfte machten. Burden sharing mahnen sie seitdem immer wieder an. 1987 wurde die Bundesrepublik erstmals öffentlich aufgefordert, Kriegsschiffe in den Golf zu entsenden, um US-Kriegsschiffe bei der 'Sicherung der Schiffahrtswege' zu unterstützen, die von iranischen Truppen bedroht seien. Heraus kam damals der Einsatz der Bundesmarine im Mittelmeer als Ersatz für dort abgezogenen US-Einheiten.

Feindbilder

Seit dem 2. Golfkrieg sieht die politische Klasse ihre Interessen am besten durch aktive Teilnahme am Kriegsgeschehen gewährleistet. Nie mehr wieder soll die BRD am Rande des Schlachtfelds die Rolle des Zuschauers und 'Zahlmeisters' einnehmen. Die Lehre aus dem Golfkrieg lautete: Nur wer Truppen stellt, darf mitreden – und das will die BRD. Dabei ist keineswegs ausgemacht, ob sie mehr oder weniger auf den Einsatz des Militärs, auf das Mittel Krieg, setzt, wie sie das bereits in der Vergangenheit getan hat. Normalisierung bedeutet in diesem Kontext nicht mehr als die nun offensichtlich gewordene, unmittelbare Teilhabe an einer Gewaltpolitik, an der man schon früher beteiligt war. Ob die deutsche Außenpolitik durch die Option auf Militärschläge zusammen mit dem ständigen Sitz im Sicherheitsrat eine eigenständigere Rolle gegenüber den USA einnimmt, gar eine aggressivere Komponente in der NATO bildet, ist eher fraglich.

Zur Zeit sind 70.000 - 80.000 Bundeswehr-Soldaten – verharmlosend als Krisenreaktionskräfte bezeichnet – als Einsatzkräfte für militärische Interventionen außerhalb des Bündnisgebietes vorgesehen. In den Verteidigungspolitischen Richtlinien wird das Bild einer instabilen Welt gezeichnet, die voller Risiken und Destabilisierungen sei. Als Gefahren werden die Störung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts, die Vernichtung von Ressourcen, Migrationsbewegungen und Radikalisierungsprozesse, sowie zunehmende Gewaltbereitschaft präsentiert. Entgegen mancher Kritiken wird der Einsatz des Militär nicht als Heilmittel feilgeboten. Er gilt vielmehr klassisch als ultima ratio einer (Außen-)Politik, die hiervon keine Aufhebung der Destabilisierung erwartet, sondern lediglich von deren Eindämmung und Stillstellung träumt. (Siehe z.B. Jahresbericht der Bundesregierung 1994: 449)

Das ist im Grunde nur konsequent, denn alles andere würde darauf hinauslaufen, die herrschenden politisch-ökonomischen Verhältnisse in Frage zu stellen. Anders ausgedrückt: Der Einsatz von Militär soll eine Ordnung aufrechterhalten, die angeblich die besten Verwertungsbedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaft verbürgt, aber gleichzeitig das Elend und die Not erzeugt, die eben die Grundlage der gefürchteten Instabilität ist. Hinter dem Gerede von Instabilitäten steckt auch die Einsicht, daß ohne unmittelbare Gewalt diese Ordnung zusammenbrechen würde. Weiter scheint es auch unausgesprochener Konsens zu sein, daß der Bedarf an militärischen Korsettstangen steigt.

In den öffentlich meist bloß skizzierten Einsatzszenarios werden immer wieder vier Gründe für eine militärische Intervention geschildert: 1. der Schutz und die Evakuierung eigener Staatsbürger; 2. die Bedrohung eines 'befreundeten' Staates durch einen Nachbarstaat; 3. die Destabilisierung einer Region, weil ein Staat aufgrund seiner politischen und bzw. oder ökonomische Situation Flüchtlinge produziert; 4. der unerwünschte Zugang zu Massenvernichtungswaffen. Welche konkrete Konstellationen man sich aber z.B. für eine Intervention in Afghanistan, Pakistan oder Indien vorzustellen hat, wird zumindest öffentlich nicht geschildert. Mehr dagegen läßt sich über die Form der Interventionen sagen. Als sicher darf gelten, daß nach Möglichkeit die technische Überlegenheit der NATO-Streitkräfte ausgespielt werden soll. Deshalb werden auch relativ risikolose Angriffen aus der Luft bevorzugt. In unübersichtliche Verhältnisse und langanhaltende Kämpfe will man nicht verwickelt werden. Jedoch entsprechen selten Intention und Planung dem Gang der Ereignisse. Gerade in den USA ist aufgrund der Erfahrungen in Vietnam, Libanon und zuletzt Somalia die Neigung gering, Bodentruppen dauerhaft in einem Kriegsgebiet zu stationieren, wie sinnvoll dies auch immer für das Ziel der Militärintervention sein mag. Vielmehr setzt man auf die Aufrüstung mindestens einer Kriegspartei, in der Hoffnung, deren Militärmacht werde die Stabilität wahren. Erfahrungen, die europäische NATO-Truppen vielleicht bald in Bosnien ebenfalls machen werden. Es ist leicht, in einen Krieg zu intervenieren und einen Waffenstillstand abzusichern. Schwerer ist es, die eigenen Truppen wieder aus dem Kriegsgeschehen herauszuhalten, wenn dies politisch gewollt wird.

„Der Feind von heute heißt Instabilität" (V.Rühe). Als Agens der Destabilisierung hat der Kommunismus vorläufig ausgedient. An seine Stelle ist das diffuse Feindbild des islamischen Fundamentalismus und 'übersteigerten' Nationalismus getreten. Was für die Gestalt des weiterhin virulent gehaltenen internationalen Terroristen schon immer galt, findet im allgemeinen auch Anwendung auf die feindlich gesonnenen Nationalisten und Fundamentalisten: Sie gelten als unberechenbare Wahnsinnige, mit denen man nicht verhandeln könne. Derart komplementiert sich das Bild von der instabilen Welt; sie ist verrückt geworden und nur noch die westliche Staatengemeinschaft und ihre Partner wahren noch Verantwortung und Vernunft.

Parlamentarismus, die Einhaltung elementarer Menschenrechte und rechtsstaatliche Verhältnisse wurden bislang immer zugunsten des Interesses an Stabilität geopfert. Nichts deutet daraufhin, daß sich dies in den letzten Jahren geändert hätte. Demokratische Wahlen wurden zwar begrüßt, aber nur solange sie einen höheren Stabilitätsgrad versprachen. Denn andersherum wird eher die Suspendierung einer Wahl wie in Algerien unterstützt, als das ein wahrscheinlich ungünstiges Ergebnis hingenommen wird. Die Slogans Demokratie, Freiheit und Menschenrechte taugen zwar zur Legitimierung von Kriegseinsätze, doch erwachsen der „verantwortungsethisch" geläuterten Staatsräson deshalb noch lange keine moralische Fesseln. Daran werden die Gesinnungsethiker, die heute noch von sinnvollen Militäreinsatz für Frieden und Freiheit sprechen zur rechten Zeit wieder von den Staatsmännern erinnert werden. ●

CHRISTOPH GÖRG

Die „globale Schicksalsgemeinschaft“

Wenn der Feind von Außen kommt, dann kennt die Nation keine Parteien mehr. Dies ist bis heute die Leitformel zur Konstitution nationaler Identität geblieben. Doch seit einigen Jahren hat sich ein neuer Ton eingemischt, wird dieses „Sicherheits“-Prinzip mehr und mehr in Frage gestellt und jüngst das „Veralten des Nationalstaats“ sogar vom höchsten Repräsentanten seiner bundesdeutschen Variante konstatiert. Bei Licht betrachtet eine merkwürdige Behauptung, findet doch gleichzeitig die Ausrichtung der Staaten auf die vermeintlichen Sachzwänge der globalen Standortkonkurrenz statt. Aufgelöst werden soll diese Paradoxie durch die Bedrohungsformel par excellence – die der Gefahr der ökologischen (Selbst-)Zerstörung der „Gattung Mensch“.

Im Film klappte die Konstitution der globalen Schicksalsgemeinschaft jedenfalls schon recht ordentlich. Ausgerechnet am amerikanischen *Independence Day* zeigt die von einem fremden Aggressor bedrohte Menschheit, daß sie, geführt natürlich von der amerikanischen Nation und ihren Repräsentanten, zur gemeinsamen Aktion in der Lage ist. Wo das Überleben auf dem Spiel steht, da kennt auch die Erde keine konkurrierenden Nationen mehr. Sind auch die anderen unersetzbaren Ingredienzien des nation-buildings – Familie, Werte und Führung – so wohl dosiert vorhanden wie in Roland Emmerichs Film, dann kann jede noch so große Bedrohung noch zur Chance werden, können sich mit der amerikanischen Nation letztlich alle anderen Nationen zur kollektiven Selbstbestimmung aus den Ruinen erheben (vgl. zum Film auch „Anrufungstag“ in *links* 316/317). Leider geht die Konstitution einer Weltgemeinschaft nur im Film so reibungslos über die Bühne.

Dabei ist der Gedanke keineswegs neu. Seit den ersten Weltmodellen des Club of Rome aus den frühen 70er Jahren ist das Motiv der Begründung einer Weltgemeinschaft aus der ökologischen Bedrohung immer wieder verwandt worden. Gewandelt hat sich allerdings der Inhalt des Bedrohungsszenarios und seine politische Verwendung. Hinter den Weltmodellen stand zunächst noch das einfache Argument, daß schon aus dem Wissen um eine drohende Katastrophe das Gefühl der globalen Verbundenheit erwachsen müsse. Danach würde es also ausreichen, dieses Wissen nur möglichst umfassend zusammenzustellen und deren dramatische Folgen auszumalen, um ein gemeinsames Handeln zu erzielen. Wie die letzten zwanzig Jahre zur Genüge gezeigt haben, ist dies aber offensichtlich nicht so. Kaum werden die Gefahren aus dem „Treibhauseffekt“ ausgemalt, da rechnen sich Länder und Regionen schon ihre jeweiligen Vorteile aus, die ein Wandel der Klimazonen nicht nur im fernen Sibirien bewirken könnte. Zurück bleiben allerdings die Länder, die es dann eventuell nicht mehr geben wird. Und so sind die Vertreter kleiner Inselstaaten an der Spitze derer, die auf Maßnahmen zur raschen Verringerung der anthropogenen Klimaveränderungen dringen.

Statt aber aus dem Ineinandergreifen von Bedrohungsszenarien und Interessenlagen zu lernen, wird das Scheitern dieser Strategie auch heute noch als Zweifel in die Einsichtsfähigkeit der Weltgemeinschaft interpretiert. Dabei ist doch nur offenkundig geworden, daß von problematischen Annahmen ausgegangen und falsche Schlußfolgerungen gezogen worden waren. Weder betreffen die aufgezeigten Gefährdungen alle Menschen gleichermaßen, noch sind alle gleich interessiert an der Beseitigung der Ursachen. Ebenso plausibel wie die Erwartung einer kollektiven Vereinheitlichung läßt sich schließlich das Gegenteil begründen. Wenn aus ökologischen Gründen mit der Unmöglichkeit einer Verallgemeinerung des westlichen Lebensstandards argumentiert wird, dann läßt sich daraus auch die Haltung ableiten, dessen Verteidigung für wenige vorzubereiten. Die „Gemeinsamkeit der Angst“ in der „Weltgefahrengemeinde“ (Ulrich Beck) kann also durchaus zur Verschärfung von alten und zur Entstehung und Absicherung von neuen Ungleichheiten führen.

Aus den Bedrohungsszenarien läßt sich also auf direktem Wege die „kollektive Einsichtsfähigkeit in den Handlungsbedarf“ (E. Richter) nicht gewinnen. Genausowenig lassen sich daraus die Handlungsalternativen ableiten, die zu einer Bewältigung der drohenden Gefahren vonnöten wären. Das Argument der „drohenden Selbstvernichtung der Gattung Mensch“ ist vielmehr zunächst selbst ein symbolisches Motiv zur Erzeugung von Einsichtsfähigkeit: Es ist eine symbolische Repräsentation einer unbekannten Zukunft mit dem Ziel, bestimmte Handlungen im Hier und Heute zu begründen. Und allein als symbolisches Motiv kann sie die Funktion erfüllen, angesichts des konflikthaften und widersprüchlichen Prozesses kapitalistischer Globalisierung ein funktionales Äquivalent für die „vernünftige Welteinheit“ (E. Richter) zu liefern. Sprich: die in konkurrierende Regionen, Nationalstaaten, Interessenlagen und Lebensverhältnisse fragmentierte „Weltgesellschaft“ in einen übergreifenden geschichtlichen Sinnzusammenhang einzuordnen. Die Art und Weise, wie dieses Motiv interpretiert und verwendet wird, kann uns also einiges über die Entwicklung dieser Weltgesellschaft lehren.

Managerismus

Seit Hans-Magnus Enzensbergers „Kritik der politischen Ökologie“ (*Kursbuch* 33/73) ist die These verbreitet, daß schon die Möglichkeit einer globalen ökologischen Katastrophe zu einer neuen Wirklichkeitskonstruktion führen muß. Wenn die „simultane Reproduktion von Mensch und Natur unter der Perspektive des möglichen Mißlingens“ (E. Becker) thematisiert wird, dann verändert sich auch das gesellschaftliche Selbstverständnis. Die Frage ist nur: Wie? Zwei Aspekte dieser Frage sollen im folgenden etwas genauer unter die Lupe genommen werden: Die historische Entwicklung des Bedrohungsszenarios und seine systematischen Probleme im Hinblick auf die globale Schicksalsgemeinschaft. Dabei läßt sich die Entwicklung mit dem Übergang von der alarmierenden und aufrüttelnden Hiobsbotschaft zum unaufgeregten Problemmanagement beschreiben, während die systematischen Probleme am Charakter der Bedrohung als etwas „von Außen kommendes“ sichtbar werden.

Wer kennt sie nicht, die zu geflügelten Worten geronnenen Schreckensszenarien

der 70er Jahre: Von den „Grenzen des Wachstums“ über „Ein Planet wird geplündert“ und „Seweso ist überall“ bis zum „Atomstaat“. Zwar unterscheiden sich die Alarmrufe durchaus nach ihrer politischen Ausrichtung: Von den offen reaktionärsozialdarwinistischen Visionen eines Herbert Gruhl über neomalthussianische unterfütterten Warnungen vor dem Ausmaß des Ressourcenverbrauchs bis zu technokratiekritischen Analysen neuerer Groß-Technologien und ihrer Anwendung. Doch verbindet sie alle die aufrüttelnde Warnung und der Appell an Einsicht und Umkehr eines mehr oder weniger deutlich angesprochenen Kollektivsubjekts. Etwas Bedrohliches kommt auf „die Menschheit“ zu, wenn sie nicht die Gefahr erkennt und rechtzeitig umsteuert.

Doch dieser Gestus hat seine Wirksamkeit inzwischen weitgehend eingebüßt, und nicht etwa deswegen, weil die Gefahren so abstrus gewesen wären und sich die Warnungen als offensichtlich unbegründet erwiesen hätten. Im Jahr 1986 erfüllten sich nicht nur die Ängste vor einem unkontrollierbaren Unfall in einem Atomkraftwerk – der so bedrohlich an die Wand gemalte Super-GAU war Wirklichkeit geworden. Es kann auch als das Jahr angesehen werden, in dem sich das Bedrohungsszenario zu wandeln begann. Mit der *Risikogesellschaft* von Ulrich Beck wurde die neue historische Situation auf den Begriff gebracht und gleichzeitig auch deren veränderter Sinn festgehalten: Ökologische Großgefahren sind etwas, mit dem wir leben müssen, daß wir kaum noch vermeiden können. Sie sind nicht nur schon Realität geworden und damit die Warnung vor ihnen nicht mehr allein die Symbolisierung einer drohenden und unbekannten Zukunft. Die Warnungen beziehen sich auch auf ein Ereignis, das natürlich niemals das Ausmaß der ausgemalten Folgen besitzen konnte – „wir“ leben ja noch. „Mit Tschernobyl leben“, könnte die Botschaft der *Risikogesellschaft* auch genannt werden: Die Gefahren großtechnischer Systeme sind weder beherrschbar noch abschaffbar, man muß sie begrenzen und in handhabbare Risiken zu transformieren versuchen. Der Fortschrittsglaube als Grundlage der alten „Apokalypse-Blindheit“ (G. Anders) wurde zum resignativen „zum Überleben genügt Evolution“ (N. Luhmann) trivialisiert.

Zu dieser Säkularisierung des Fortschrittsglaubens trägt nicht zuletzt ein zweites Element bei, daß sich der zur gleichen Zeit erschienenen *Ökologischen Kommunikation* von Niklas Luhmann entnehmen läßt: Eine große Erneuerung des Kollektivsubjekts „Gesellschaft“, ein radikaler Wandel, der auf der Einsicht in eine ökologische Gefahr beruht, ist durch die „Angstkommunikation“ (Luhmann) nicht zu erwarten. Vielmehr übersetzen die gesellschaftlichen Teilsysteme (Wirtschaft, Politik, Wissenschaft etc.) diese Warnung alle in ihre je eigenen „Codes“, ihre systemspezifische Sprache, und reagieren dementsprechend je spezifisch darauf. Diese manchmal etwas zynisch anmutende Sichtweise hat einigen Realitätsgehalt. Die Reaktion des politischen Systems auf Tschernobyl ist ja bekannt: Die Einrichtung eines Umweltministeriums diente ganz offen der Beschwichtigung der Bevölkerung. Daneben begann die Wirtschaft die Ökologie als Werbethema wie als neues Betätigungsfeld zu entdecken, Wissenschaftler konnten neue Lorbeeren ernten und neue Finanzierungsquellen auftun, usw. Die Gesellschaft begann, auf die ökologische Bedrohung zu reagieren, aber – anders als von den ökologischen Apokalyptikern gedacht – nicht im Sinne einer radikalen Erneuerung sondern unter Bestätigung ihrer etablierten institutionellen Logiken.

Mehr und mehr spielte sich eine Doppelstruktur ein: Einsichtsfähigkeit wird von Ethik und Moral eingefordert („Das Prinzip Verantwortung“) und, wo dessen Wirksamkeit angezweifelt wird, ansonsten auf einen grundsätzlichen Wertewandel gehofft. Dagegen kommt die Bearbeitung ökologischer Bedrohungen immer stärker unter den Sog der institutionalisierten Problembearbeitung und wird letztlich unter dem Banner der „nachhaltigen Entwicklung“ endgültig zum Managen von Problemen kleingearbeitet. Die Warnung vor der Katastrophe hat dabei ihre Bedeutung nicht gänzlich verloren, wohl aber radikal verändert. Nützlich ist sie allemal, wenn Gelder zur Klimafolgenforschung aufgetan werden sollen oder wenn um Einfluß und Gunst in der Öffentlichkeit und im Spendenaufkommen gebuhlt wird. Hinter der Warnung vor dem Aussterben seltener Arten steht schon längst die Einsicht, daß nur so die Aufmerksamkeit eines überfütterten Publikums noch gewonnen werden kann – um den Preis der weiteren Überfütterung und der Notwendigkeit zur härteren und gezielteren Dosierung. Der Alarmismus ist

„(...) Die zu geflügelten Worten geronnenen Schreckensszenarien der 70er Jahre: Von den ‘Grenzen des Wachstums’ über ‘Ein Planet wird geplündert’ und ‘Seweso ist überall’ bis zum ‘Atomstaat’.“

zu einem Werkzeug geworden, das wie die moralische Betroffenheit gezielt eingesetzt werden kann. Gruppen wie Greenpeace beweisen fast alltäglich, wie gekonnt sie seine Handhabung verstehen.

Selbst-Gefährdungen

Die Entzauberung des Bedrohungsarguments hat auch die systematischen Probleme in der Struktur des Arguments offengelegt. Denn einerseits kann auf die Bedrohung nicht gänzlich verzichtet werden, auch wenn statt einer eschatologischen Erweckung nun eine mehr oder weniger triviale Problembearbeitung angestrebt wird. Andererseits funktioniert diese Problemlösungsformel nur, wenn die Ursachen doch letztlich von außen kommen. Da sich ökologische Gefährdungen bekanntlich nicht an politische Grenzen halten und durch staatliche Erklärungen auch nicht beliebig wegzuinterpretieren sind, besteht Handlungsbedarf und erwächst Kooperationszwang. Soweit die Theorie. Doch beide Herleitungen haben ihre Haken. So sind ökologische Schäden vielleicht nicht wegzuinterpretieren, aber Gefahrenpotential, Schuldzuweisungen und Gegenmittel sind immer umstritten. Ganze Heerscharen von Wissenschaftlern verdienen inzwischen ihr Geld damit, durch Expertise und Gegenexpertise Handlungsbedarf einzuklagen oder zu leugnen, Ursachenvermutungen aufzustellen und zu erschüttern, Veranwortlichkeiten aufzuzeigen oder zu hinterfragen, und Gegenstrategien zu entwerfen oder zu kritisieren. Wer sich die Klimaverhandlungen, den BSE-Streit oder sonst ein beliebiges Konfliktfeld anschaut, wird Beispiele zuhauf finden.

Deswegen ist es auch mit dem Kooperationszwang nicht so weit her. In der Theorie sieht das zwar elegant aus: Hat man erst das richtige Spiel identifiziert, lassen sich rationale Strategien und die Chancen für die Erreichung von Kooperation bestimmen. Da lassen sich Gefangenendilemmata oder Rambosituationen beschreiben und Trittbrettfahrer identifizieren, so daß sich im spieltheoretischen Modell die optimalen Lösungen ergeben. Allerdings setzen sie voraus, das rational handelnde Akteure im Streben um Nutzenmaximierung miteinander konkurrieren. Die stillschweigende und weitgehend unbestrittene Prämisse ist dabei die, daß Nationalstaaten solche konkurrierenden Akteure auf der internationalen Ebene sind. Der Kooperationszwang läßt die Konkurrenz von Staaten und Regionen nicht nur unangetastet, er setzt sie sogar voraus, beruht er doch auf den gleichen Strukturen, die der fragmentierten Weltgesellschaft ihr Gesicht verleihen. Kooperation wird dabei aber zu einem strategischen Kalkül zur Erlangung situativer Vorteile. Eine recht ungemütliche Weltgemeinschaft.

In den Modellen zur Erreichung von Kooperation geht es auch in der Regel nicht um eine problemadäquate Lösung, sondern um Bearbeitungsformen unter Fortdauer der zugrundeliegenden Konkurrenzstrukturen. Das Problem wird dabei zu einem Hindernis, das sich zwischen Akteuren auftut, die in ihren Zielen zwar z.T. gegensätzlich sind und doch voneinander abhängig bleiben. Wenn etwa das „Artensterben“ als globales Bedrohungsszenario angeführt wird und vor einem „stummen Frühling“ (J. Carlsson) gewarnt wird, dann wird die gemeinsame Abhängigkeit von der biologischen Vielfalt unterstellt und die Einrichtung von regulierenden Institutionen und Prozeduren aus dieser Gemeinsamkeit begründet. Doch diese Einrichtungen ermöglichen auf der anderen Seite gerade die Kommerzialisierung der biologischen, insbesondere der genetischen Vielfalt, für die Zwecke ihrer industriellen Nutzung – alles natürlich in „nachhaltiger Weise“. Was dabei in der Regel kein Thema mehr ist, sind die zugrundeliegenden Ursachen und insbesondere der Beitrag ökonomischer Verwertungsstrategien zur Problemgenese.

Hier wird also ein säuberlicher Unterschied gemacht zwischen den Kooperationsbeziehungen auf der einen Seite, also zwischen Akteuren und Handlungsstrategien, insofern sie zu einer kooperativen Problemlösung beitragen sollen, und dem ökologischen Problem auf der anderen Seite. Dann kann die gute Konkurrenz, die zum Kooperationszwang führt, weil nur so für alle optimale Resultate zu erwarten sind, von der bösen Konkurrenz getrennt werden und damit die Frage umgangen werden, was denn ökonomische Verwertungsstrategien und Konkurrenzdruck zu den Ursachen der Probleme beiträgt. Doch auch das abgespeckte Problemmanagement kann nicht gänzlich auf Bedrohungsszenarien verzichten. Um die willkürliche Unterscheidung zwischen guter und schlechter Konkurrenz zu überspielen, bedarf es nämlich einer symbolischen Konstruktion, die das Bedrohliche zu einem äußeren Gegner macht. Dazu wird sie in den unkontrollierbaren Eigenschaften natürlicher Prozesse angesiedelt, die durch weiteren wissenschaftlich-technischen Fortschritt weiter kalkulierbar gemacht werden sollen, ohne daß noch die Idee der vollständigen Beherrschbarkeit angestrebt wird. Darin ist die Gesellschaft eben doch ganz eine Risikogesellschaft.

Auch wenn ökologische Gefährdungen nicht aus dem All sondern aus höchst irdischen Vorgängen resultieren, dann haben sie mit der Konstruktion des *Independence Day* doch einiges gemeinsam. Die Konkurrenz der Nationalstaaten kann nur eine Bedrohung überwinden, die diese Konkurrenz transzendiert, die aus ihr eine größere Einheit schmiedet – die Weltgemeinschaft als globale Schicksalsgemeinschaft. So gesehen entpuppt sie sich als Nachfolgeideologie der Idee der nationalen Selbstbestimmung, von deren Sicherheitsfiktion sie allerdings den Konstruktionsfehler erbt, genau das zu perpetuieren, gegen was sie Schutz bieten soll. So wurde mit der nationalen Selbstbestimmung die Konkurrenz der Nationalstaaten und damit genau die Bedrohungslage geschürt, der sie vermeintlich begegnen möchte. Mit der globalen Schicksalsgemeinschaft wird eine Projektion der Gefahr auf einen äußeren Gegner vorgenommen, der gleichzeitig dabei als bedrohliche Natur konstituiert wird. Dann hilft nur noch entschlossenes Handeln, während Zweifel schwächen und schaden. Vor allem ist es hilfreich zu vergessen, daß die Bedrohung letztlich allein aus menschlichen Handlungen resultiert, Produkt gesellschaftlicher Einrichtungen und sozioökonomischer Prozesse ist. Die „Bedrohung“, daß ist die „Schicksalsgemeinschaft“ selbst. ●

VERLAG 2000

»Todesproduktion verlagert«

Der Fall Rex-Asbest

Autoren: **Eckardt Johanning, Rolf Läpple (Hg.)**

● Im Hinterhof der reichen Industrienationen geht die Produktion des krebserregenden Asbest weiter;
● ein deutsches Unternehmen nützt die Zwangslage des Schwellenlandes Südkorea aus, um mit Verfahren, die Menschen und Umwelt schaden, weiterhin Profit zu machen;
● dokumentiert wird ein politischer Skandal und die Situation der Industriearbeiterinnen und -arbeiter in der 3. Welt.

Verlag 2000 – Postfach 10 20 62
63020 Offenbach
Tel.: 069 / 88 50 06, Fax: 069 / 82 11 16
ISBN 3-88534-124-7

96 Seiten, DM 15,– zzgl. Porto

EIKE HENNIG

Gift und Gegengift

Bedrohung und Apokalypse bei Joseph Fischer

Die machthungrigen Recken der Bündnisgrünen haben sich innerhalb der Partei wie auch in der breiten Öffentlichkeit auf Linie gebracht. Nun geht es offenbar darum, sich für die kommenden Bundestagswahlen vorzubereiten. Eike Hennig zeigt an der Argumentation Fischers auf, wie er selbst und seine Partei mit katastrophischen Deutungen auf Stimmenfang zu gehen versuchen. Deutlich wird an der Analyse, wie sich der „grün-alternative Griff zur Apokalypse" mit den realpolitischen Politik- und Machtvorstellungen der bündnisgrünen Partei vermengt und doch widersprüchlich bleibt.

Riskante Freiheiten", „Risikogesellschaft", auf der Suche nach „Gegengiften" schlagen wir nach bei Ulrich Beck. Im Zeitalter der neuen (und alten) Unübersichtlichkeiten, Ungleichheiten, schroff abgegrenzter Räume schwindet Klarheit. Maßstäbe werden zu Schlingerkursen, die ständig nachgemessen werden müssen. Gleichzeitig hätte man alles gern sicher, mag es denn so bleiben, wie es ist (wenn es einem gefällt) oder so werden, wie es die Werbung verheißt oder wie man es in XY-*town* schon mal gesehen hat. Der Begriff des Risikos verschwimmt selbst einem so weichen Denker wie Ulrich Beck zur Allgegenwart der von innen wie außen kommenden Gefahrenmomente, z.B. grenzenlose Krankheiten (AIDS), Strahlen, Kriminalität, globale Umweltrisiken vom Regenwald über die Tundra bis zur Antarktis, vom Ozon bis hinunter zu den Giftmülldeponien und Zwischen- bis Endlagern. Was sich heute noch sicher dünkt, ist morgen schon zersetzt oder doch zumindest arg bedroht. Dabei ist das Risiko nicht mehr nach außen zu verlagern, sondern ist mit allen Fasern des eigenen Systems verknüpft.

In der Risikogesellschaft entspricht den unfaßbaren Gefahren ein Gespinst von Ängsten, Aussteigerwünschen, Simplifizierungen und Voluntarismus. Ängste sollen als Motor der Veränderung hin zum Guten wirken, wobei keiner weiß, wie die risikolose Welt aussieht. Stilmittel dieses Ausdrucks von Umweltangst ist die Figur der Apokalypse mit ihrer dichotomen Pseudoklarheit von Verursachern und Schuldlosen, von instrumenteller Vernunft und Besserwisse(r)n. Auffällig ist eine dualistische, von Dialektik und Vermittlung absehende Problemkonstruktion. So führt Fischer am 11.9.1996 im Bundestag aus, die „Wiedervereinigung" und die „Globalisierung", seien Schuld an der Krise. Voller „Mut" wird alles in eine Antithese gepreßt: Marktradikalismus oder „die Vision einer sozialen Bürgergesellschaft, die demokratisch und gerecht zusammenhält und gleichzeitig der Verantwortung für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung auf dieser unserer Erde gerecht wird." Grenzenlose Risiken produzieren ebensolche Bedrohungsängste. Den Bedrohungen wird ein simples Entsorgungsmodell gegenübergestellt, verspricht es psychisch doch Entlastung. Sicherlich, die Risikopotentiale sind bis zum GAU Realität geworden, insofern ist ein Aufrütteln seitens bündnisgrüner Kritik wichtig, Änderungen aber ergeben sich nicht aus Katastrophenmeldungen, die eher einen mittleren Weg der Gefahrenkontinuität perpetuieren.

Unübersichtlichkeiten

Mit den realen Kernen der Unübersichtlichkeiten verbindet sich ein Unbehagen, das den Wunsch zur Zerschlagung der gordischen Knoten nährt. Die Weltuhr schlägt 5 nach 12, da heißt es machtvoll handeln. Die systemische Bipolarität wird durch neue Gegensätze abgelöst, die nun sogar das Innere des Westens penetrieren – Gegensätze z.B. einer internationalen Luxusklasse gegen die vielfach gespaltenen Unterklassen, des kollektiven Arbeitsrechts versus der informellen Ökonomie z.B. der „Sweatshops" oder der Werkverträge, der abgehängten Quartiere gegenüber den Festungen des Wohlstands und der Macht, der Umweltzerstörer und -schützer, zwischen Niedriglohn-, Schwellen- und Hochlohnländern. Um in diesem Spektrum der Themen von Ökonomie bis Politik, von Kultur bis Psychologie, von Eigenen bis Fremden (mediale) Aufmerksamkeit zu erzielen, bedarf es neben der Apokalypse offensichtlich der Dramatisierung.

Die vermeintliche Hoffnung auf kurzfristige Lösungen gegenüber langfristigen und vielfältigen Problemzusammenhängen ist Humus für das Aufrütteln mit schlimmsten Weltuntergängen. Als Rigorismus wird dieser Splitter im Auge des anderen erkannt, wenn dieser aus der Hegemonie ausschert. Gegen konservative und noch rechtere Abweichungen, gegen die Ellbogenmentalität eines angebotsorientierten, marktradikalen Kapitalismus wird von bündnisgrüner Seite verbalradikal entschieden aufgetreten. In der BRD bedient man sich zusätzlich der Geschichtspolitik und legitimiert immer die eigene Verlautbarung mit Verweisen von Auschwitz bis zum spanischen Bürgerkrieg. Es gibt ihn, den grün-alternativen Griff zur Apokalypse, wenn es gilt, Weltschmerz in Empörung umzumünzen. Da wird dann schon einmal bis zur Verfälschung hin vergröbert: Der „westeuropäische Sozialstaat (ist) die erfolgreiche Antwort auf die Barbarei des 20. Jahrhunderts in Europa", weshalb „Marktradikalismus und Besitzegoismus" „den Bestand unserer Demokratie" angehen (so Fischer im Gespräch mit G. Westerwelle: *Spiegel* 17/96: 63).

Mannigfach sind die Katastrophen. Vielfach werden komplexe wissenschaftliche Kontroversen z.B. in Bereichen des Energiehaushalts, der Gentechnik, Medizin und Klimaforschung erst durch eine reduktive Übersetzung in die Dramaturgie des Katastrophismus und der Naturromantik zum Politik- und Medienereignis. Geht es um das politische Aushandeln von Ökonomie, Ökologie und Sozialem, so liegt es auf der Hand, daß leicht ein Zielbereich isoliert wird; Katastrophismus ist diejenige Semantik, die diese Isolierung und Verabsolutierung nur eines Zielwertes legitimiert. So wirft Fischer Ulrich Beck die „linke Angst vor der Konkretiserung der Alternative" vor, um dann angesichts der begrenzten Erde die „Gattungsfrage", „die Frage nach der Gattung Mensch" zu stellen – eine Frage, vor deren Dimension alle Katzen schwarz werden: „Eine ökologische Linke kämpft heute um den Fortbestand der Vorgeschichte, um die Existenz der Gattung mit dem Rücken am Abgrund."

Kathederpropheten

Die Entzauberung der Welt schreitet unter den Sternzeichen von Globalisierung und Standortdebatte weiter fort. Die Sprache

der Entzauberung sollte ein Pluralismus der Experten vor einer teilhabenden Öffentlichkeit sein. Tatsächlich nimmt der Hang zum Populismus parallel zur Entzauberung zu. Je mehr die immer dichter bevölkerte Erde von Chemie abhängt, von Konservierungsmitteln, Kunstdünger, Pestiziden, um so mehr wird nach der Natur selbst gerufen, um Bedrohungen (Überdüngung, Grundwasserverunreinigung etc.) radikal abzuwenden. Gegen „die eine Chemie" wäre aber „die andere Chemie" zu aktivieren: Politik und Medien hätten diese Kontroverse öffentlich auf ihre jeweiligen archimedischen Punkte zu beziehen und so zu „untersetzen", daß die entscheidenden Aussagen demokratisch nachvollziehbar werden.

Als politische Argumentationsfigur lenkt die Apokalypse von Zwischentönen, Stufen der Eskalations- wie Deeskalationsleiter ab, propagiert einen schwarzen oder weißen Maximalismus, ist Nährboden einer pathologischen Politik, die das pluralistische Spannungsverhältnis abbricht und auf den einzig richtigen Weg setzt. So fragt Fischer am 11.9.1996 im Bundestag: „Gehen wir den marktradikalen wirtschaftsliberalen Weg (...) – oder gehen wir den Weg hin zu einer sozialen Bürgergesellschaft?" Kathederprophetie ist eine Politik, die ihr Publikum eher agitiert, denn aufklärt und in den Pluralismus von Öffentlichkeit und Demokratie einbezieht. Vor dergleichen geschlossenen Wertbekenntnissen allerdings hütet sich eine demokratische politische Kultur. Ihr Bezug ist das Mittelmaß, dessen hohen Wert Enzensberger beschrieben hat. Wer im Mittelmaß lebt, braucht keinen Führer, lebt ohne „Generallinie", nicht aber in den (riskanten) Tag hinein. Meine These ist, gerade vormalige Anhänger „kultureller Widerstandszirkel" neigen zum Wertrigorismus, wenn sie ihren lokalen Grund verlassen, in die „große Welt" eingreifen und dann unter formeller Organisation und Rollenausdifferenzierung leiden.

Die Gefahr, vom Mittelmaß in die Apokalypse zu verfallen, offene Kontroversen durch Verlautbarungen, Schlußpunkte und Segenspreisungen abzubrechen, läßt sich am Beispiel der Bündnisgrünen studieren. Den Unübersichtlichkeiten der Welten – und der realpolitischen Machtorientierung – werden an zentralen Punkten die (tönernen) Klarheiten religiöser Gewißheiten und diskursiver Ausgrenzungen gegenübergestellt. Soziologische Phantasie als „klare Übersicht über das Weltgeschehen und über sich selbst" (C.W. Mills) verliert an Bedeutung; pastorale Töne kaum gebändigter Betroffenheit, mit zitterndem Timbre ohne Selbstironie und Distanz vorgetragen, oder Eitelkeit mit dem Duktus der Gewißheit des Nicht-Fachmannes spielen sich nach vorn: „Es darf nicht nur geforscht werden, was die Forscher wollen, es muß ganz klare ethische, politische Restriktionen für Forschungsansätze geben", und man dränge uns nicht „in die Position, daß wir die Beweisführung machen müssen" (H. Breyer, MdEP). Ähnliche Worte könnten Bischof Dyba für sein Abtreibungsverbot oder die CSU für ihr Kruzifix reklamieren.

Verdeutlichen wir die Kritik an einem *Spiegel*-Interview (19/96: 27ff) Fischers. Er eröffnet sein Votum für ein linkes Wahlbündnis mit dem Hinweis, es gebe Zeiten, „in denen spinnt man besser, als daß man weiter vor sich hin dämmert." Der Gegensatz Spinnen oder Dämmern soll einen „Vorstoß" legitimieren. Durch Spinnen à la Fischer soll die „reformierte Linke" bekehrt werden. Sie soll auf den entscheidenden Punkt gestoßen werden, der da heißt, „ob wir (...) 1998 ernsthaft gewinnen wollen." Das klingt einfach, einleuchtend. Es dreht sich um eine „öffentliche Diskussion", um „Zeit für eine Reform-Mehrheit 1998", um den „Wechsel" und eigentlich um alles für das „linke Lager" bzw. eine „reformierte Linke." Gegenüber dem „Neukonservatismus" geht es um „das große Ringen", um „die historische Aus-

einandersetzung in der deutschen Innenpolitik." In solch einer entscheidenden Zeit spielt der „Realpolitiker" schon mal mit Carl Schmitts Ausnahmezustand, um jedermann aufzuwecken. Da kann nicht lange differenziert werden, man muß schon ein wenig Schauerbilder malen, um die Selbstzufriedenen aller Schichten anzustoßen. Aber die Politik der Erweckung braucht polare Gegensätze. Weg mit Rosa Luxemburgs Warnung vor grobkörniger Radikalität, weg auch mit Lenins Hinweis, das heftige Schwenken roter Fahnen sei noch keine Revolution. Fischers Lieblingsthemen sind die große Transformation und die „Herausforderungen", neuerdings auch Globalisierung. Die Herausforderungen sind so kolossal, daß sie jede Was-Wäre-Wenn-Argumention legitimieren. Fischer setzt auf die „Folgen des Zusammenbruchs einer ganzen Weltordnung", die jetzt „im Westen angekommen" seien. Die Vision eines grandiosen Zusammenbruchs soll schocken: „Der gewaltige Veränderungsdruck in Wirtschaft, Gesellschaft, politischem System wird noch zunehmen." Die anderen, die „wirtschaftsradikalen Konservativen", wollen nämlich auch „die bürgerliche Mitte zu sich rüberziehen": „Die ganze Auseinandersetzung über den Sozialstaat und den Wirtschaftsstandort wird von wesentlichen Teilen der Arbeitgeber, aber auch der FDP und der Union bereits heute mit dem Ziel der Systemüberwindung geführt, in Richtung einer anderen Republik." „Die", wir kennen sie, „wollen die Entsolidarisierung der Gesellschaft." Wenn Fischer könnte, würde er „stundenlang unser Alternativkonzept vorstellen." Dem schwarzen Bild steht nämlich, Gott sei dank (sagt der ehemalige Meßdiener), ein weißes gegenüber, wenn wir „ernsthaft gewinnen wollen" – werden wir Weltmeister im fliegenden Systemwechsel. „Wir müssen als Reformer zu einer Strategie finden, die die Ängste abbaut, die Wirtschaftskompetenz nachweist und die Mitte der Gesellschaft am Sozialstaat festhalten läßt." Die entsprechende Strategie muß nicht erfunden werden, eigentlich braucht Fischer nur mehr Mehrheit, dann würde der apokalyptische Alp schlagartig verschwinden: „Wenn Sozialdemokratie und Grüne eine Mehrheit hätten, würden sie, anders als die jetzige Regierung, die notwendigen Strukturreformen schaffen, den längst fälligen ökologischen Umbau angehen, dadurch Arbeitsplätze schaffen und den Sozialstaat so modernisieren, daß er auch unter den Bedingungen einer sich globalisierenden Wirtschaft eine Zukunft hat." Der Zusammenhang von Ängsten, Bedrohung, Katastrophismus und einer Politik der Versprechungen wird damit klarer. „Wenn es 1998 nicht zum Machtwechsel kommt, wird tatsächlich, geschoben vom Zeitgeist, der entscheidende Angriff mit der Abrißbirne auf den Sozialstaat stattfinden", so teilt Fischer im *Spiegel* (34/96: 53) mit.

Realitäten

Wenn man Becks „Risikogesellschaft" folgt, dann hat die re-politisierte Gegenwart damit zu tun, daß immateriellen und international-grenzüberschreitenden Risiken wie Wandlungsprozessen lokale, begrenzte Vorsorge- und Gegenmaßnahmen gegenüberstehen. Dies ist das Dilemma der Ökologie, das gegenüber 1986 gewiß nicht kleiner geworden ist, weil mit den Globalisierungsprozessen zu den umweltpolitischen weitere sozial- und wirtschaftspolitische ebenso wie demokratietheoretische Risiken hinzugetreten sind. Die von Beck beschriebenen Bemühungen, Sicherheit zu produzieren, Gefahrenpotentiale fernzuhalten oder niederzuschlagen (bis hin zum Militäreinsatz), werden immer trügerischer, teurer und zwanghafter.

Viele der realen Gefährdungsprozesse haben einen Anteil daran, daß Angst, Bedrohungsgefühle und/oder Isolationismus und Egoismus ebenso wie diverse Formen der Gewalt an Zahl und Bedeutung gewinnen. Die Kosten der psychischen Reproduktion des Einzelnen wie die insgesamt der westlich-demokratischen Systeme dürften sich erhöhen, und gleichzeitig dürfte sich die Stellung der persönlichen Identität und kollektiven Toleranz nicht verbessern. In dieser Labilität stellt sich nach Max Weber die Frage, wie man die Kosten der Entzauberung aushält. Denn der Widerspruch zwischen Apokalypse und Realpolitik wird immer deutlicher. Als Linderungsmittel bietet sich verschärfter Katastrophismus zwar an, aber dieser Stil ist untauglich: Er weckt hohe Erwartungen, verspricht zwar, als einzige Argumentationsform dem realen Gefahrenpotential zu entsprechen und nichts zu beschönigen, aber er verzichtet auf Analysen, auf ein Plädoyer für die Abfolge vieler kleiner Schritte in einem langen Spannungsbogen, er leistet demzufolge nichts, kultiviert ein hohes Enttäuschungsniveau. Jede Differenzierung ist des Teufels, wenn es gegen den Teufel geht, können wir frei mit Eco lernen.

Die Politik der Gesten verwirkt sich schnell in der Rolle als Stadtkämmerer, als Justizminister, als Umweltminister. Dann nämlich kommt zur Symbolik die Probe der Praxis hinzu, dann zeigen sich Probleme der Personalpolitik, der dünnen Personaldecke, der knappen Finanzen. Die Schere zwischen Aussage und Handeln öffnet sich. Die Siege der Bündnisgrünen sind Pyrrhussiege, geschuldet dem Bedrohungsklima, dem verzweifelten Wunsch, in eine weniger riskante Welt aufzubrechen. Die Argumentation mit Katastrophen, die Gegenüberstellung von geschlossenen schwarzen oder weißen Welten, das Anhimmeln eines rot-grünen „Patronatstaats" bietet sich für die Bündnisgrünen zwar an, entspricht in Teilen der politischen Kultur ihrer Wählerinnen und Wähler, bereitet aber Enttäuschungen vor, wenn die Probe aufs Exempel ansteht. Dies sollte Fischer veranlassen, die konkrete Negation vorzuziehen. Seine Absicht, „so langsam wieder (die) blauen Bände von Karl Marx" zu entstauben, läßt hoffen ebenso wie die Absichtserklärung, die Ideen müßten nun „durch das Nadelöhr der Realität." ●

Bücher zu
LATEINAMERIKA
Gesamtverzeichnis 1996
Der andere Buchladen, Köln
Informationsstelle Lateinamerika (ila)
Bonn, 1996
360 Seiten, 15,- DM
(bitte Briefmarken oder Scheck)
Mehr als 1000 Kurzrezensionen verschaffen einen kritischen Überblick über die Vielzahl der deutschsprachigen Bücher zu Lateinamerika. Dieses einmalige Standardwerk wird jährlich durch Ergänzungsbände aktualisiert. Besprochen werden:
- **Sachbücher zu Lateinamerika**
- **lateinamerikanische Belletristik mit Kurzbiographien der SchriftstellerInnen**
- **eine Auswahl von Büchern zum „Nord-Süd-Verhältnis"**

Der andere Buchladen GmbH
Zülpicher Str. 197
50937 Köln
Tel. 0221/ 41 63 25

Der Kolumbien Rundbrief
informiert über Vorgänge und Entwicklungen in Kolumbien, über die Arbeit der Basis- und Menschenrechtsorganisationen und über die Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik.
Neben den aktuellen Berichten setzen wir uns in den Schwerpunkten mit bestimmten Themen auseinander:
Landkonflikte und Menschenrechte** (RB 40/41, 9/96)* * ***Solidarität mit Kolumbien (RB 38/39, 1/96) * ***Kultur in Kolumbien*** (RB 35, 12/ 94) * ***Menschenrechte in Kolumbien*** (RB 34, 11/ 94) * ***ila zum Thema Kolumbien*** (RB 32, 10/93) * ***Jugend in Kolumbien*** (RB 30/31, 7/93) * ***Die Guerillabewegung in Kolumbien*** (RB 27, 8/92) * ***Frauen in Kolumbien*** *(RB 26, 4/92)*
Der **Kolumbienrundbrief** erscheint mit 3 Ausgaben im Jahr und kostet im Abo DM 25.-, einz. DM 7.- plus Vers.
Bestellungen an:
Kolumbiengruppe e. V. * Postfach 1347 * 72 603 Nürtingen * Tel./Fax.: 07022/36242.
Bezahlung auf das Konto Nr. 500 660 000, Volksbank Nürtingen, BLZ 612 901 20, mit V-Scheck oder Briefmarken.

RUDOLF WALTHER

Terror – ein Chamäleon

Verkleidungen terroristischer Gewalt

Bedrohungen treten als reale, als eingebildete und als inszenierte auf. Kaum eine Form von Gewalt eignet sich so für allerlei Verkleidungen wie terroristische Gewalt. Dieser sind seit ihrem Auftreten in der Geschichte Charakteristika eingeschrieben, die mit Beliebigkeit, allseitiger Verfügbarkeit und Instrumentalisierbarkeit zusammenhängen.

Vor zweihundert Jahren – am 27.7.1794 – endete die Zeit der Grande Terreur mit dem Sturz Robespierres. Sein Kollege im Wohlfahrtsausschuß, Bertrand Barère de Vieuzac, begrüßte im September 1793 die Erhebung der „terreur" zur Staatsdoktrin bei der Verteidigung der Republik gegen wirkliche und eingebildete Feinde von innen und von außen emphatisch: „Laßt uns den Terror auf die Tagesordnung setzen!" Elf Monate später sagte er: „Der Terror war immer eine Waffe des Despotismus". Der Satz trägt seinen legitimatorischen Sinn vor sich her.

Man kann dieses Wendemanöver psychologisch beurteilen. Interessanter ist es jedoch als sprachpolitisches Phänomen, das eben jene Verfügbarkeit und Beliebigkeit von Terror belegt. „Terror" hatte seit der Antike neben der allgemeinen („Furcht"; „Schrecken") immer auch politische Bedeutungen. Der instrumentelle Gebrauch des Begriffs – Terror als Herrschaftsmittel – ist vom alten Testament, über das römische Recht und den Sachsenspiegel bis in die neuzeitliche Staatstheorie anzutreffen. Hobbes sprach vom „terror of the law", und Bodin meinte wörtlich, „die Grausamkeit" eines harten Regimes „halte die schüchternen und feigen Untertanen zurück, indem es ihnen einen Schrecken ('terreur') einjage". Erst im 18. Jahrhundert erhält „Terror" eine herrschaftskritische Bedeutung. Montesquieu ordnete in seiner Regierungstypologie (1748) jeder Regierung ein Prinzip zu: der Republik die Tugend, der Monarchie die Ehre und der Despotie den Terror. Das Pariser Parlament kritisierte 1785 die Reformversuche des Ancien Régime pikant als „Nouveau Régime" und die königlichen Geheimbefehle als „Terror". In den Jahren 1793/94 kehrte die Revolution den Begriff ins Positive um und machte ihn zur jakobinischen Regierungsmaxime, die als „Schreckens- oder Terrorherrschaft" in die Geschichte eingegangen ist. Die sprachpolitische Pointe des Satzes von Barère, der „Terror" sei immer eine „Waffe des Despotismus" gewesen, liegt darin, daß er damit die königliche Herrschaft mit jener des revolutionären Jakobinismus gleichsetzte. Er will die Toten dieser Herrschaft im vornherein damit legitimieren, daß auch die Monarchie brutal gewesen sei. Die Terrorherrschaft und die Kriegstoten sollten gleichsam dem Plus der Revolution – der Proklamation der Menschenrechte – gegenübergestellt werden. Buchhaltung mit Toten.

Ein hoffnungsloses und nach aufgeklärten Standards geschmackloses Unterfangen. Man rechnet für die gesamte Zeit der Schreckensherrschaft mit 17.000 Todesurteilen und insgesamt etwa 40.000 Toten. Die folgenden Revolutionskriege, mit denen Frankreich Europa überzog, forderten 500.000 Tote. Für welchen Zeitraum sollen solche Zahlen mit den Opfern der jahrhundertealten absolutistischen Herrschaft und ihrer Kriege verglichen werden? Die Parallele geht in keiner Hinsicht auf, und die Toten sperren sich gegen ein buchhalterisches Clearing dieser Art.

Am wenigsten ist von der Schreckensherrschaft zu begreifen, wenn man sie vorschnell mit anderen Formen staatlicher Gewaltherrschaft gleichsetzt. Die bizarren Metzeleien vom Dezember 1793 in Nantes, wo auf Befehl von Jean-Baptiste Carrier fast 3.000 Kleriker (darunter auch Nonnen), Aristokraten und Kinder in der Loire mit ausgesuchter Grausamkeit ertränkt wurden, sind die Ausnahmen. Das französische Wort dafür – „noyade" (Ertränkung) – wird als „Noyade" sofort ins Deutsche übernommen, ebenso wie die Wortschöpfungen „Karreriade" für Morde im Stile Carriers und „Fusillade" für Massenerschießungen mit Kanonen. Frappierend an der jakobinischen Terrorherrschaft sind jedoch nicht solche Exzesse, sondern ihr geordneter, rechtsförmiger Verlauf. Das Ganze war eine staatliche Veranstaltung. Selbst die Verfahren vor dem Revolutionsgericht, mit Fouquier-Tinville als Ankläger (den François Furet einen „integren Mann von grundsätzlicher und unbeugsamer Strenge" nennt), waren nicht rechtsstaatlich, aber – bis auf die Schlußphase – penibel am Gesetz orientiert. Dies verschaffte den Tätern später die Möglichkeit, sich hinter Gesetzen zu verstecken und als bloße Werkzeuge staatlichen Wollens aufzutreten.

Die terroristischen Gewalttaten haben nach dem 9. Thermidor eine publizistische Aufblähung erfahren, die bis in unsere Tage andauert. Die Jagd nach den „Blutsäufern", „blutrünstigen Tigern" und „Scheusalen" schuf eine „neuartige Sprache der Anklage" (Bronislaw Backo) wie die „Terrorherrschaft" eine des Verdachts und der Denunziation geschaffen hatte. Die Prozesse gegen Carrier u.a. im Winter 1794 hatten ein unerhörtes, europaweites Echo. Carrier erschien schon 1797 in einem deutschen Konversationslexion. Der „Dictionnaire des athées" (1870) unterschob Carrier das Wort von der „déportation verticale" für die Ermordung durch Ertränken, als ob die Tat allein nicht für sich spräche. Die Taten aus der Zeit des Schreckens – die geschehenen und die erfundenen – wurden immer bunter ausgemalt und mystifiziert, was die ursprünglichen Verbrechen ins Groteske steigerte. Terror-Geschichten waren Bestseller, mit

„Die flächendeckend-sicherheitsstaatliche Überwachung Oppositioneller und die fürchterliche Justiz schaffen es spielend, laufend 'Sympathisanten' zu erzeugen."

denen dem europäischen Publikum jede Sympathie mit der Französischen Revolution ausgetrieben werden sollte. Louis-Marie Prudhomme brachte einen „Dictionnaire des individus envoyés à la mort révolutionnairement et contre-révolutionnaire-

ment“ heraus, der die Informationslücken freizügig füllte und das voyeuristische Bedürfnis des Publikums bediente. In der katholischen Publizistik erschien ein Kalender, in dem für den täglichen Hausgebrauch je ein Verbrechen aus der Zeit der Schreckensherrschaft hergerichtet wurde. Derlei ebnete dem Gemeinplatz den Weg, der die Revolution auf das handliche Maß einer Kette von Widerlichkeiten herunterstufte. Joseph-Marie de Maistre forderte schon 1797, „die Revolution zu töten“ und Pierre-Samuel Dupont de Nemours wollte schlicht hinter die bürgerliche Gleichheit zurück: „Es ist klar, daß die Besitzenden, ohne deren Zustimmung keiner im Lande essen oder wohnen könnte, die eigentlichen Staatsbürger sind“.

Sowenig man die staatliche Terrorherrschaft der Revolutionäre mit der absolutistischen Herrschaft der Könige verrechnen kann, sowenig gibt es eine direkte Linie von der jakobinischen zur stalinistischen oder nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Was vernünftig nicht geht, wird mit Gewalt versucht – und zwar durch die Konstruktion von „geistigen Kausalitäten der totalitären Systeme“, in der nach „Parallelen“ zwischen dem „Polizeistaat der Nationalsozialisten und dem der Pariser Revolutionäre“ gefahndet wird (H.Ritter). Das endet notorisch bei ebenso anachronistischen wie willkürlich herbeizitierten trivialen „Ähnlichkeiten“ oder auf dem Niveau von Ernst Nolte, der aus dem zeitlichen Vorlauf stalinistischer bzw. jakobinischer Verbrechen eine Quasi-Begründung für die Verbrechen des Hitler-Regimes herleiten wollte.

Geradezu symbiotisch verbunden waren seit je „Terror“ und Justiz: Geständnisse wurden durch abgestuftes Foltern erpreßt. Eine Folterstufe hieß „territio“ („Schrekkung“) und bezeichnete als „levis territio“ die verbale Einschüchterung der Delinquenten und das bloße Vorzeigen der Folterwerkzeuge, als „territio realis“ eine Form der Anwendung, z.B. „den Griff in ihren Leib mit glühenden Zangen“, wie es in der Peinlichen Gerichtsordnung Karls V. (1532) hieß. Voltaire verurteilte das Schreckensinstrumentarium der staatlichen Justiz (wörtlich: „appareil de terreur“), mit dem der Staat bei Hinrichtungen seine Gewalt als Theater für das Volk zelebrierte.

Terror ...

Die Jakobiner haben den Terror nicht erfunden; sie haben ihn zum staatlichen Herrschaftsmittel ausgebaut. „Terror“ meinte in der Französischen Revolution legale, staatlich verwaltete Gewaltanwendung. Der Schein, die „grande terreur“ habe die Gewalt in die Welt gesetzt, konnte entstehen, weil die Gewaltpotentiale anderer Regierungsformen nur noch affirmativ als „Recht“, „Ordnung“ oder „Staat“ gesehen und ihr Gewaltkern verleugnet wurde.

Der post-talk hat „Aufklärung“ und „Terror“ zu Gliedern einer monströsen Kette erklärt: Zwei Weltkriege, Revolutionen und Völkermorde wurden bilanziert mit dem Hinweis, all das habe seine Wurzeln in „der“ Aufklärung, deren erstes genuines Produkt der „Terror“ gewesen sei. Wo nicht historische Unbedarftheit solche Unternehmen regiert, sind es durchsichtige Kalküle. Die Entwicklung vom aufklärenden Denken zum „Terror“ folgte ebensowenig naturgesetzlicher Notwendigkeit, wie das 18. Jahrhundert zwangsläufig die Völkermorde und Vernichtungslager des 20. hervorgebracht hat.

... hat ...

Jene Aufklärung, die die Vernunft als Lichtmaschine auffaßte, provozierte durch diesen Radikalismus des Mittels zuerst ihre Selbstverleugnung, weil sie sich – zum bloßen Instrument verkürzt – jedem Zweck andiente und gegenüber Zielen indifferent wurde, dann tendenziell ihre Selbstzerstörung. Religiöser wie moralischer Fundamentalismus neigen immer zum Terror, weil ihnen in ihrer Selbstgerechtigkeit jedes Mittel recht ist. Insofern zehrt auch das Schreckensregiment mit seinem Tugend-Radikalismus von der Aufklärung. Aber darauf läßt sich die „Schreckensherrschaft“ nicht reduzieren.

Da gab es auch die Mobilisierung atavistischer Mentalitäten – etwa in der Beschwörung der „Kravatte des Doktor Guillotin“ als vermeintlich revolutionäres Uni-

... viele ...

versal-„Heilmittel“ durch Jacques-René Hébert: „Mit der Guillotine legen wir den Wucherern Daumenschrauben an, mit der Guillotine werden wir all unser Geld aus den Tresoren herausholen, mit der Guillotine haben wir alle adligen Stutzer verschwinden lassen. Für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – die Guillotine.“ Hébert spielte nicht nur rhetorisch die Tempora durch. Die Zeit vereinfachte sich zur Guillotine.

Diese erfaßte auch ihn, als der regierende Jakobinismus, der „Terror“ zur Staatsdoktrin ausformulierte um die Girondisten auszuschalten, den Vendée-Aufstand blutig beendete und die Sansculottenbewegung disziplinierte, weil diese den „Terror“ mit der „Rache“ übertrumpfen wollte. Bei Robespierre verbinden sich „das nationale Rasiermesser“ und harte Gesetze zur Idee von der „revolutionären Regierung“. Seine Position dichtete sich ab gegen gesellschaftliche Komplexität („Der Terror ist nichts anderes als schnelle, schonungslose und unbeugsame Gerechtigkeit“) und gegen Kritik, die er mit rhetorischen Paradoxa abwehrte („Die revolutionäre Regierung ist der Despotismus der Freiheit ge-

... Gesichter.

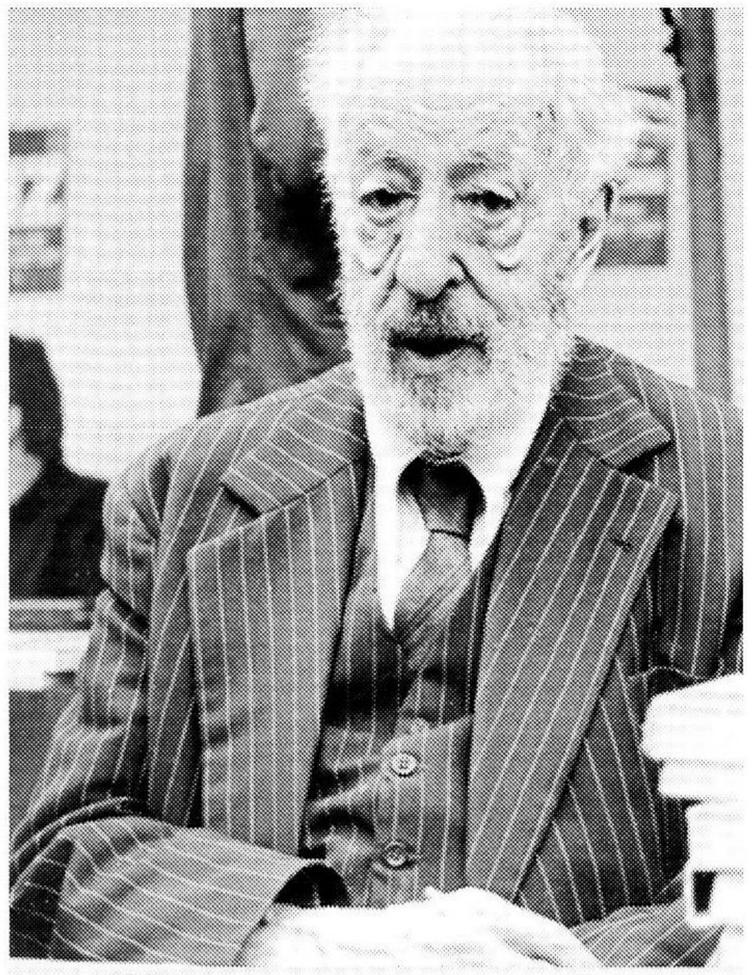
gen die Tyrannei"). In seiner letzten Rede blieb Robespierre angesichts des Scheiterns, die Regierung durch Terror zu stabilisieren, nur noch die Bezichtigung ungenannter „Monstren", das „abscheuliche System des Terrors" inszeniert zu haben. Der Erfinder läßt im Angesicht des Scheiterns seine Erfindung fallen. Auch hier kehrt die eingangs erwähnte Beliebigkeit, allseitige Verfügbarkeit und Instrumentalisierbarkeit terroristischer Gewalt wieder.

Das gleiche Muster läßt sich fast überall erkennen. Terroristische Gewalt bezichtig die Gewaltopfer des Terrors, die wiederum genau daraus die Rechtfertigung für terroristische Gewalt ableiten. Am 2. Juni 1967 wurde der unbewaffnete Student Benno Ohnesorg anläßlich einer Demonstration in Berlin von einem bewaffneten Polizisten – angeblich in Notwehr – erschossen. Der Regierende Bürgermeister – Heinrich Albertz – erklärte einen Tag später: „Wir lassen uns nicht länger von einer Minderheit terrorisieren." Dieses rhetorische „Wie-lange-noch" geriet umgehend zum Schlachtruf der „Ordnungsmacht", provozierte aber auch bedenkliche Retourkutschen. Günter Amendt etwa meinte: „Das Warenwertgesetz wird zum Menschwertgesetz. Das ist der wahre Terror dieser Gesellschaft, der ein Warenterror ist". Selbst Rudi Dutschke sprach damals rhetorisch gelegentlich von der „letzten Schlacht", deren Zeit nun gekommen sei, obwohl er gleichzeitig einräumte, „daß es in den Metropolen keinen revolutionären Terror mit Waffen gegen Menschen geben kann".

Die Begründer der RAF waren anderer Meinung, als sie das lateinamerikanische Konzept der Stadtguerilla übernahmen. Ohne Rücksicht auf die sozialen und politischen Verhältnisse verschrieben sie sich einem Konzept, das den Kampf aus dem Untergrund favorisierte und die politische Vermittlung der Aktionen an jene, für die sie angeblich ausgeführt wurden, verbal beteuerte, tatsächlich aber nie erfüllte. Politik verkümmerte zu einem quasi-religiösen Gelübde der Selbstbespiegelung. Im frühen RAF-Jargon: „Stadtguerillatum ist ein Gelübde, das der Stadtguerillero sich selbst gegenüber abgelegt hat."

Die deutsche Kopie des Guerilla-Konzepts schob die Verantwortung für die selbstproduzierte politische Isolation der Polizei zu. „Unser ursprüngliches Organisationskonzept beinhaltet die Verbindung von Stadtgurilla und Basisarbeit. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht. Daß die Kontrolle, die die politische Polizei über diese Gruppen hat, (...) schon jetzt so weit reicht, daß man dort (d.h. an der Basis, RW) nicht sein kann, wenn man noch unkontrolliert sein will" (RAF „Das Konzept Stadtguerilla", April 1971).

Damit war der Weg frei für beliebige Feindbestimmungen, da es bei der Selektion von Opfern ihrer „Aktionen" nur noch auf die bornierte Rationalitätswahrnehmung einer selbsternannten Avantgarde ankam. Mit einem argumentativen Salto, wie er sich nur aus gehöriger Distanz zu den gesellschaftlichen Realitäten ausführen läßt, interpretierte die RAF die 70er Jahre als Vor-Faschismus, dem nur noch der bewaffnete Kämpfer adäquat entgegentreten könne: „Die RAF organisiert die Illegalität als Offensiv-Position für revolutionäre Intervention". „Revolutionäre Intervention" ist der schönfärberische Ausdruck für „Aktionen", die sich von Banküberfällen über Brandanschläge, Waffendiebstähle und Sprengstoffanschläge – einer immanenten Eskalationslogik folgend – bis zu Entführungen, Geiselnahmen und Mord steigerten. Das nicht vorhandene bzw. völlig illusionäre politische Ziel versetzte die RAF in den Sog einer spiralförmigen Bewegung, die sich beschleunigte, weil jede „Aktion", mit der außer der Verschärfung der staatlichen Reaktion und Repression nichts erreicht wurde, nach einer „größeren Aktion" verlangte. Die RAF setzte sich in ihrem Aktionismus selbst unter wachsenden Handlungszwang: die Mittel wurden zum Ziel. RAF, staatliche Gewalt und sicherheitsstaatliche Konterstrategien lieferten sich gegenseitig die Argumente für die Bedrohung durch terroristische Gewalt, und eine ebenso willfährige wie gnadenlose Justiz trug dazu bei, daß sich die Spirale weiterdrehte. Diese reale Bedrohung durch „Aktionen" ist mittlerweile geringer geworden, aber der Sicherheitsstaat rüstet weiter auf. Damit setzt sich die Bewegung der Gewaltspirale auf tieferem Niveau fort, denn die flächendeckendsicherheitsstaatliche Überwachung Oppositioneller und die fürchterliche Justiz schaffen es spielend, laufend „Sympathisanten" zu erzeugen. ●



Erstens die Frankfurter Allgemeine Zeitung, um zu wissen, was das Kapital denkt. Zweitens die Berliner Zeitung, um zu wissen, wie die liberale Bourgeoisie denkt... Dann lese ich noch etwas, was man nicht Tageszeitung nennen kann, eine ganz einzigartige Sache auf dieser Welt, eine Tageszeitschrift, die heißt junge Welt.

Jürgen Kuczynski

Jetzt teste ich...

die junge Welt für 4 Wochen zum Preis von DM 15,– statt des regulären Preises von DM 45,–.

Name/Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

☐ Ich habe DM 15,- (Scheck, Bargeld) dieser Bestellung beigelegt.

☐ Ich ermächtige Sie einmalig, die Testabo-Gebühr von meinem Konto abzubuchen:

Konto-Nummer

Geldinstitut

BLZ

Mein Testabo kann ich bis zum Ablauf der dritten Testwoche kündigen. Melde ich mich nicht mehr bei Ihnen, dann wandelt sich das Testabo in ein reguläres Abo um. Dieses verlängert sich monatlich, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf des Monats kündige.

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Poststempel) schriftlich bei junge Welt,Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin, widerrufen.

Datum/2. Unterschrift

Redaktion junge Welt
Am Treptower Park 28–30 · 12435 Berlin
Oder per Fax an 030/68834-343

Die Tageszeitung
junge Welt

ROLAND HAMEL

Die Europäische Union

„Inflationsunion", „Spaltkeil für Europa" oder „Antinationalistischer Hoffnungsträger"?

Im Vertrag von Maastricht wurde 1991 die Europäische Integration auf „drei Säulen" gestellt: Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik. Bezüglich des Übergangs zur Währungsunion wurde vom Europäischen Rat im Dezember 1995 ein konkreter Zeitplan verabschiedet.

Die fristgerechte Umsetzung der europäischen Währungsunion wird inzwischen von vielen als Voraussetzung und Prüfstein für den Prozeß der „europäischen Integration" verstanden. Vor diesem Hintergrund werden dann verschiedene Bedrohungen gegeneinandergestellt. Die einen sind gegen Europa, weil sie gegen den Euro sind, von dessen Einführung sie Inflation und Arbeitsplatzverluste erwarten. Die anderen sind für den Euro, weil sie für die europäische Integration sind, bei deren Verzögerung sie einen Rückfall in „Nationalstaaterei" und „DM-Imperialismus" befürchten.

Aus dem Blick gerät dabei einmal, daß die geplante Form der europäischen Integration mit der Wirtschafts- und Währungsunion als Kernstück ein sehr reduziertes Modell der Integration darstellt, denn ökonomische Integration meint nicht automatisch auch politische Integration. Noch wichtiger ist aber, daß der Sprengkraft einer verfrühten Währungsunion (quasi als drittes Bedrohungsszenario) zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Wenn diese nur zwischen wenigen Staaten stattfindet, kann sie zur Herausbildung einer Euro-Kernzone mit Weichwährungs-Peripherie führen. Umfaßt sie dagegen viele Teilnehmerländer, die aber wirtschaftlich noch zu heterogen sind, so entsteht durch den Wegfall der Wechselkurspolitik ein Druck in Richtung stärkerer Lohnflexibilisierung (Lohnsenkung).

Die Realisierung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion soll sich laut Maastricht-Vertrag dreistufig vollziehen. In der bereits abgeschlossenen ersten Stufe wurde durch Abbau noch vorhandener Kapitalverkehrskontrollen die Globalisierung der Finanzmärkte vorangetrieben. Die zweite Stufe dauert derzeit noch an und soll durch die Orientierung der nationalen Wirtschaftspolitiken an vorgegebenen Kriterien eine gleichgerichtete monetäre und fiskalische Entwicklung in den Mitgliedsstaaten sicherstellen. Zum frühestmöglichen Zeitpunkt in 1998 soll anhand dieser Konvergenz- und Stabilitätskriterien entschieden werden, welche Staaten an der Währungsunion teilnehmen dürfen. Die dritte Stufe beginnt zum 1.1.1999 mit der Festsetzung der Umrechnungskurse zwischen Euro und nationalen Währungen. Gleichzeitig geht die Verantwortung für die Geldpolitik von den nationalen Notenbanken auf das Europäische System der Zentralbanken über, welches aus den Zentralbanken der Mitgliedsländer und der Europäischen Zentralbank besteht. Bis zum Beginn der Ausgabe der europäischen Banknoten und Münzen kann der Euro als Recheneinheit in Verträgen oder Buchgeldtransaktionen eingesetzt werden. Der Übergang auf europäisches Bargeld soll spätestens Ende 2001 beginnen und bis zum 30.6.2002 abgeschlossen sein. Bereits jetzt ist allerdings abzusehen, daß es einen Zielkonflikt zwischen diesem Zeitplan und den einzuhaltenden Konvergenzkriterien gibt. Bis 1998 dürften die wenigsten Staaten diese Kriterien erfüllen können. Die Diskussion um eine großzügigere Auslegung der Kriterien wird darum von konservativer Seite wieder einmal genutzt, um das Bedrohungsszenario der „Euro-Weichwährung mit Inflationspotential" in Umlauf zu bringen.

Ausgangspunkt des konservativen Bedrohungsszenarios ist die Befürchtung, daß die als unsolide eingestufte Haushaltspolitik einiger Mitgliedsländer zu Inflation führt und den Euro unter permanenten Abwertungsdruck setzt. Gerade in Deutschland hat deshalb die Vorstellung Hochkonjunktur, die „harte DM" würde auf dem Altar des Euro geopfert. Das braucht eigentlich auch niemanden zu wundern, wurde doch die „harte DM" lange genug als Symbol für die Stabilität der deutschen Wirtschaft gehandelt und diente zur Legitimierung einer restriktiven Geldmengen- und Zinspolitik, mit der wiederum die konjunkturelle Lage verschärft und Druck auf die Tarifparteien ausgeübt wurde, um vermeintlich inflationssteigernde Lohnerhöhungen zu unterbinden.

Die bisherige Strategie der deutschen Bundesbank zerfällt dabei in zwei Teile. Erstens galt es, den Außenwert der DM zu stabilisieren, damit sie im Wettbewerb um Kapitalanleger und als sichere Reservewährung auf den Devisenmärkten neben dem Yen und dem Dollar im „Triaden-Wettbewerb" bestehen kann. Nun kann sich ein hoher Außenwert der DM aber auf den Warenmärkten zum Stolperstein für die Exportwirtschaft entwickeln, denn bei einer hoch bewerteten DM muß für ein in Deutschland produziertes Gut mehr Auslandswährung hingelegt werden, als bei einer niedrig bewerteten DM. Deswegen ist es zweitens wichtig, durch einen strikten binnenwirtschaftlichen Antiinflationskurs und Kostendrückerei Preisvorteile gegenüber den Handels„partnern" zu sichern. Mit dieser zweigleisigen Strategie ist es Deutschland lange gelungen, Exportüberschüsse zu realisieren. Daran zu erinnern, daß mit Exportüberschüssen immer auch Arbeitslosigkeit exportiert wird, ist inzwischen allerdings etwas aus der Mode gekommen.

Zu Beginn der 90er verlief die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und in den anderen EG-Mitgliedsländern in unterschiedliche Richtungen. Der Wiedervereinigungsboom zögerte ein Übergreifen der europaweiten Rezession auf Deutschland hinaus und führte zu einer Aufwertung der DM. Diese wirtschaftlich begründete Aufwertung wurde verstärkt durch Spekulationsgeschäfte gegen abwertungsbedrohte Währungen. Damit gerieten die Exportvorteile der Deutschen Industrie in Gefahr. Insofern macht es gerade für die deutsche Wirtschaft Sinn, Aufwertungsgefahren abzufangen, indem mit einer gemeinsamen Währung Wechselkursschwankungen ausgeschlossen werden. Preis- und Kostenvorteile können dann nicht mehr durch Aufwertungen der DM überkompensiert werden und andere Staaten können ihre Handelsposition nicht mehr durch Währungsabwertungen verbessern. Aufwertungsbedingte Handelsnachteile für die deutsche Industrie würden wegfallen bzw. sich auch auf andere Länder mitverteilen. Damit diese Vorteile für die deutsche Exportindustrie nicht in Widerspruch zu den Interessen der Vermögensbesitzer und des Finanzkapitals geraten, muß aber sichergestellt werden, daß die deutsche „Stabilitätskultur" auch für den Euro weiter gilt und nicht durch Län-

Register *links* 1995

Themen

Asyl / Migration

AktivistInnen des Initiativkreises Bleiberecht Hessen	Grün, grün, grün ist alles was ich trage... Abschiebeknast in Offenbach	302/303
Altvater, Elmar	Ständiges Tribunal der Völker. „Basso-Tribunal" zum Asylrecht in Europa, Dez. '94	298/299
Dittmar, Frieder	Offene Grenzen. Aber Subito	298/299
Landesflüchtlingsrat NRW	Abschiebehaft	296/297
Oy, Gottfried	Humanitärer Spielraum	306/307
Scherr, Albert	Menschenrechtliche Moral und nationalstaatliches Interesse: Lehrstück Asyl	298/299

Europa (Länder, EU)

Andermann, Jens	Die Unsichtbaren von Madrid. Zwölf Jahre Realsozialdemokratie und Totalverweigerung an Europas südlichen Festungsgraben	300/301
Andersen, Johannes / Kaare Nielsen, Henrik	Strategie in Atemnot. Skandinavische Sozialdemokraten und Sozialstaat	300/301
Behrens, Diethard	Kontinuität deutscher Europapolitik?	296/297
Brakemeier, Heinz	Grenzen der Sozialdemokratie in Osteuropa	300/301
Braun, Michael	Italien: merkwürdige Rechts-Links-Polarität	300/301
Köhler, H.-Detlev	Staatsterrorismus, ein Starpolitiker und ein Super-Richter. Politschauspiel in mehreren Akten über die real existierende rechtsstaatliche Demokratie in Spanien	300/301
Lodovico, Ludi	Tradition und Wallfahrten. Zum 8. Mai in Frankreich	302/303

Faschismus

Bindseil, Ilse	Über Aktualität und Abgrenzungswert von Faschismus und Faschismusdiskussion	296/297
Dittmar, Frieder	Antifaschistische Eigentore. Zum impliziten Faschismusbegriff in der heutigen Gesellschaftswissenschaft	296/297
Ders. / Roth, Jürgen	Schäuble Thierse Stoiber Modrow. Gespräch mit Eike Hennig über Faschismus, Faschismustheorie und Rechtsradikalismus	296/297
Harnischmacher, I.	Faschistischer Staat und bürgerliche Klasse. Sohn-Rethels Faschismustheorie	296/297
Lodovico, Ludi	Wie die neuen Rechten die Nation retten: „mit der 'Faust' im Tornister" gegen „großstädtische Zersetzungsdenker"	296/297
Noll, Monika	Faschismus der Konsumgesellschaft? Camille Paglias Geschlechtertheorie	298/299
Roth, Jürgen	Massenhaft Volksgemeinschaft. Die Ästhetisierung der Politik	296/297
Steinert, Heinz	Wo der Faschismus anfängt	296/297

Gentechnologie

Fittkau, Ludger	Sein ist Rohstoffsein	304/305

Geschichte

Fittkau, Ludger	Der kurze Frühling der Revolution. Vor 75 Jahren griffen Ruhrarbeiter zu den Waffen	300/301
Zander, Ingo	Auschwitz ohne Rassismus – Revolutionäre Erkenntnissprünge am Bremer Raphael-Lemkin-Institut	298/299

GUS

Brakemeier, Heinz	Mit Gewalt (von oben) statt frei (von unten)! Rußland	298/299
Tatur, Melanie	Tschetschenien – Rekonstruktion des russischen Staates	298/299

Hochschule & Wissenschaft

Dackweiler, Regina	Feministische Wissensproduktion	304/305
Hirsch, Joachim	Was meint eigentl. „Gesellschaft"?	304/305
K.O.-Gruppe Ffm	Die Wissenschaft hat festgestellt... K.O.tische Strategien gegen Neue Rechte im Wissenschaftsbetrieb	300/301
links-Redaktion	Wissenschaft (Schwerpunkteinleitung)	304/305
Lohmann, Hans-Martin	Psychoanalyse & Gesellschaft	304/305
Röttger, Bernd	Politökonomische Analysen globaler Beziehungen	304/305
Steinert, Heinz	Über die Irrelevanz der Soziologie	304/305

Internationales & Internationalismus

Brand, Ulrich	Wohin die Hoffnung trägt. Was sind Nichtregierungsorganisationen?	302/303
Hennig, Eike / Kieserling, Manfred	Global Cities: Wunderland und Wanderland ohne Politik, aber mit Polarisierung	302/303
Hessler, Stephan	Sympathy for the Devil? Neue Multis im tertiären Sektor	302/303
Hirsch, Joachim	Mythos Globalisierung	302/303
Hübner, Kurt	Droht die finale Krise des globalen Kapitalismus?	302/303
Kunz, Thomas	Der Kaffee ist fertig	304/305
Proske, Matthias	Kaffee und andere Fairführer	302/303
Röttger, Bernd	Global Governance oder Politik des Weltmarktes. Ideologische Renovierung des kapitalistischen Weltmarktes	302/303
Scharlowski, Boris	Gelbe Sonderlinge	306/307
Winter, Jens	Globalisierung u. der Traum von Befreiung	302/303

Kongresse & Tagungen

Bernhard, Claudia	Willkommen in der Wirklichkeit. 19. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen	302/303
Brand, Ulrich	Ein Sieg der „Bremser" und der Neoklassik. Zum „Klimagipfel" in Berlin	300/301
Funk, Anette / Küchemann, Astrid	Weltfrauenkonferenzen: Potential für sozialen Wandel?	304/305
Winter, Jens	Autonomie und Selbstkritik. Ansprüche an einen Autonomen-Kongreß im Jahre 1995	302/303

Krieg in Ex-Jugoslawien

Görg, Christoph	Blamage der „Weltgemeinschaft"?!	302/303
Ders.	Realpolitische Schizophrenie – schizophrene Realpolitik	304/305
Grandits, Hannes	Historische Dimensionen	304/305

Kultur

Gregory, Stefan	Kulte und Subkulte	306/307
Gutberlet, Marie-Hélène	Sag' mir was Du hörst, und ich sag' Dir wer Du bist	306/307
Höhne, Thomas	Kulturalismus	306/307
Kresse, Norbert	„Das ganze Leben ist ein Quiz"	306/307
links-Redaktion	Popmoderne (Schwerpunkteinleitung)	306/307
Lönneberger, Michaela	Batman forever	304/305
Dies.	Bilder-Sprache	306/307
Nitschke, Jessica	„Catch and Destroy"	306/307
Roth, Jürgen	Dumpf- und Schimmelsinn	304/305
Stoff, Heiko	Vom Spaßhaben u. Spaßverderben	306/307
Wolf, Tom	Weltformeln oder: Die ewige Wiederkehr des gleichen Ernstes	296/297

Medien

Fahr, Uwe	Globale Kommunikation. Politischer Umgang mit den weltumspannenden Datennetzen	302/303
Ders.	Entwickelter Kapitalismus oder Informationsgesellschaft?	306/307

Menschenrechte

Bindseil, Ilse — Menschenrechte und Kapitalismus — 298/299
Eckardt, Frank — Menschenrechte vor Gericht — 298/299
Emtmann, Anette — Zivilgesellschaft und Menschenrechtsfrage – das Beispiel der Charta 77 — 298/299
links-Redaktion — Menschenrechtspolitik (Schwerpunkteinleit.) — 298/299
Narr, Wolf-Dieter — Menschenrechte statt Sozialismus? — 298/299
Sartre, Jean-Paul — Betrachtungen zur Judenfrage — 298/299
van der Locht, Volker — Menschenrechte für Behinderte — 298/299

Militär

Gose, Stefan — Bundeswehr: von der Bündnisarmee zur universellen Interventionstruppe — 300/301
Röder, Roland — Saarlandbrigade — 306/307

Mittel- und Südamerika

Brand, Ulrich — Interview mit Alejandro de la Paz, Europa-Repräsentant der CND — 298/299
Füchtner, Hans — Brasilien nach den Wahlen. Objekt soziologischer Feldforschung oder gesellschaftspolitischer Neubeginn? — 296/297
Hirsch, Joachim — Mexiko: El fracaso del neoliberalismo — 298/299
Köhler, Holm-Detlev — Kuba wohin? — 306/307
Sukup, Viktor — Die Krise der neoliberalen Modelle in Lateinamerika — 302/303
Ders. — Linke Perspektiven im Conor Sur? — 300/301
Wannöffel, Manfred — Mexiko: El fracaso del neoliberalismo II — 300/301
Winter, Jens — Die Leiden einer einst perfekten Diktatur. Mexiko – eine Gesellschaft in richtungsloser Bewegung — 300/301

Naher Osten

Massarat, Mohssen — Naher Osten: Friedensprozeß in d. Klemme — 296/297
Pini, Rebecca — Die medizinische Situation der palästinensischen „Autonomie“ — 296/297

Nationalismus

Ladwig, Bernd — Das Selbstbestimmungsrecht der Völker – Einfallstor für linken Nationalismus — 300/301
Röder, Ingrid — Öko-nationalistischer Einkaufskorb — 304/305

‘Neues’ Deutschland

Görg, Christoph — Inszenierte Versöhnung — 298/299
Lodovico, Ludi — Nach unten offen. Intellektuelle Tiefpunkte zum 8. Mai — 302/303
Rein, Harald — Eine Vergangenheit, die nicht endet. Arbeitseinsatz für Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen auf dem Vormarsch — 302/303
Zander, Ingo — Erinnerungen ohne Folgen — 300/301

Parteien

Fülberth, Georg — Spekulationen über die PDS — 296/297
Hirsch, Joachim — The same procedure as every four years? Bewegungen in der Parteienlandschaft — 296/297
Tiefenbach, Paul — Linke in den Grünen – die neuen Jusos — 300/301
Winnat, Christoph — Parteiprogramm als Beipackzettel — 296/297

Rezensionen

Armborst, Stefan — Das Weltsystem kaputtdenken (Imanuel Wallerstein: Die Sozialwissenschaften „kaputtdenken“) — 304/305
Ders. — Festung Europa (Forschungsgemeinschaft Flucht und Migration: Gegen die Festung Europa) — 306/307
Brand, Ulrich — Solidarität schaffen – mit welchen Waffen? Zwei sehr unterschiedli. Bücher zu Mexiko (Topitas: Ya Basta! Der Aufstand d. Zapatistas; Marta Durán de Huerta Patino: Viva Zapata! Gespräche mit Subcommandante Marcos in Chiapas) — 300/301
Bröckling, Ulrich — Aufzeichnungen eines Anarchisten. Erich Mühsams Tagebücher (Erich Mühsam: Tagebücher 1910-1923) — 300/301
Fahr, Uwe — Der Mangel an ethischer Reflexion. Oliver Tolmeins „Wann ist der Mensch ein Mensch?“ — 302/303
Ders. — Gewerkschaften auf dem Infohighway (Kurt van Haaren/Detlev Hensche: Multimedia. Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand) — 306/307
Görg, Christoph — Aktualität und Tradition. Einführung in die Kritische Theorie (Christoph Türcke/Gerhard Bolte: Einführung in die Kritische Theorie) — 300/301
Ders. — Vernichtung durch Arbeit. Zur Verdrängung der Geschichte der Frankfurter Adlerwerke (Ernst Kaiser/Michael Knorn: Wir lebten und schliefen zwischen den Toten) — 298/299
Haffner, Urs — Marx auf dem Kopf (Martin Bondeli u.a.: Das „Methodenkapitel“ von Karl Marx) — 302/303
Hirsch, Joachim — Die Wiederkehr eines Phantoms (Karl Heinz Roth: Die Wiederkehr der Proletarität) — 300/301
Kern, Peter — Deutsch-nationale Entlarvungsstrategie (Georg Fülberth: Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus) — 298/299
Kunz, Thomas — Buchclub Grün-Weiß (Sammelrezension: Bürger--rechte & Polizei u.a.: Hilfe, Polizei; Heiner Busch: Grenzenlose Polizei?; Rolf Gössner: Mythos Sicherheit) — 306/307
Ders. — Diskurs + Militanz = Kommunikationsguerilla (autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe: Medienrandale) — 298/299
Ders. — Gysi-listening (cd: l’amigamore) — 306/307
Lützel, Anette / Wasdaris, Evangelia — Lebenswege. Zwischen Europa und Lateinamerika (Gert Eisenbürger: Lebenswege – 15 Biographien zwischen Europa und Lateinamerika) — 302/303
Oy, Gottfried — 100 und 15 (Sammelrezension: *Prokla* Heft 100; *Spex* Heft 10/95) — 306/307
Ders. — Discojugend u. Feminismus (*Krisis* Heft 15) — 304/305
Ders. — Einfach Rockmusik (Gillian G. Gaar: Rebellinnen. Geschichte der Frauen in der Rockmusik) — 306/307
Ders. — Notwendiger Irrtum Identität. Judith Butlers neues Buch *Körper von Gewicht* — 302/303
Ders. — Wir sagen ja zur modernen Welt (cd: FSK bei Alfred) — 306/307
Schirmer, Uta — Aus Wissenschaft und Technik (Donna Haraway: Die Neuerfindung der Natur) — 304/305
Schleicher, Regina — Hoch die nationale Multiethnizität? (Catherine Samary: Die Zerstörung Jugoslawiens) — 306/307
Schönberger, Klaus — Ruhestörung oder: „Wir sind alle Rädelsführer“ (Friederike Kamann/Eberhard Kögel: Ruhestörung 2 Bd.) — 304/305
Tiefenbach, Paul / Wawrzinek, Andreas — Auf dem Weg zur ökologischen Honoratiorenpartei? Raschkes Konzept für die Grünen (Joachim Raschke: Die Grünen: Wie sie wurden, was sie sind) — 300/301
Walther, Rudolf — „Vom Feuer verzehrt“ (Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten) — 306/307

Staatliche Repression & institutioneller Rassismus

Bärmann, Benjamin / Diwersy, Mario — RTF page footer: Pigs im Cyberspace — 306/307
Haas, Monika — Offener Brief an Souhaila Andrawes, Oslo/Norwegen — 302/303
Kunz, Thomas — Feinde draußen – Opfer drinnen — 306/307
Ders. — Stimmungsmache — 304/305
Ders. — Klaus S. – recycled — 304/305
Oy, Gottfried — „Das ist eine offen reaktionäre Geschichtsbearbeitung“. Interview mit dem *Forum für Monika Haas* — 302/303
Ders. — Aufwieglerischer Briefträger — 306/307
Ders. — *radikal* — 304/305
Schneider, Christoph — Gesetzlicher Kannibalismus — 306/307
Schultz, Irmgard — Der „Fall“ Monika Haas — 304/305

Theorie

Horkheimer, Max — Brief an Erich Fromm, 24. Juli 1934 — 296/297
Milibrand, Ralph — Der Dreck von Jahrhunderten — 296/297
Nowak, Peter — „He, Sie da!“ — 306/307
Ritsert, Jürgen — Gerechtigkeit für Marx — 304/305

Roth, Jürgen Witzbold Hegel 298/299
Schweppenhäuser, Gerhard Die geheime Utopie der Vernunft Horkheimer 298/299

USA

Fach, Wolfgang Clintons Weg 296/297
Hennig, Eike Los Angeles = A long distance love 298/299
O'Connor, James Hyper-Kapitalismus. Anmerkungen zur US-amerikanischen Ökonomie 300/301
Pilgrim, Christoph Die Dialektik rechter Politik. Kalifornien gegen die US-Einwanderungspolitik 298/299

Widerstand

Brand, Ulrich Projektionen nicht erliegen. Interview mit Mitgliedern des Dritte-Welt-Hauses Ffm 304/305
Draht, Mascha Rädelsführer und andere 306/307
Ehmke, Wolfgang Totgesagte leben länger. Zur Renaissance der Anti-AKW-Bewegung 302/303
Hennig, Eike Perspektiven linker Politik 300/301
Hirsch, Joachim Linke Politik: No future 300/301
Klein, Ansgar / Koopmanns, R. Boykott & symbolische Politik 304/305
Krit. GewerkschafterInnen Konkurrenz- und Standortlogik 306/307
Krovoza, Alfred Zum Tod von Fritz Schmidt 302/303
Kunz, Thomas Friedfertigkeit innenpolitischer Konflikte 298/299
Ders. / Lönneberger, Michaela / Oy, Gottfried Toleranz am Main. Frankfurter AStA und KoZ 302/303
Lauterbach, Jörg Mumia Abu-Jamal u. Solidaritätsbewegung 304/305
Sailor, Tom Seemannsgarn. Nachträgliche Überlegungen über das Ende einer „Antifa"-Soliarbeit im Fall der Tötung des Faschisten K. 296/297

AutorInnen

AktivitInnen des Initiativkreises Bleiberecht Hessen Grün, grün, grün ist alles was ich trage... Abschiebeknast in Offenbach 302/303
Altvater, Elmar Ständiges Tribunal der Völker. „Basso-Tribunal" zum Asylrecht in Europa, Dez. '94 298/299
Andermann, Jens Die Unsichtbaren von Madrid. Zwölf Jahre Realsozialdemokratie und Totalverweigerung an Europas südlichem Festungsgraben 300/301
Andersen, Johannes / Kaare Nielsen, Henrik Strategie in Atemnot. Skandinav. Sozialdemokraten u. Sozialstaat 300/301
Armborst, Stefan Das Weltsystem kaputtdenken (Imanuel Wallerstein: Die Sozialwissenschaften „kaputtdenken") 304/305
Ders. Festung Europa (Forschungsgemeinschaft Flucht und Migration: Gegen die Festung Europa) 306/307
Bärmann, Benjamin / Diwersy, Mario RTF page footer: Pigs im Cyberspace 306/307
Behrens, Diethard Kontinuität deutscher Europapolitik? 296/297
Bernhard, Claudia Willkommen in der Wirklichkeit. 19. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen 302/303
Bindseil, Ilse Menschenrechte und Kapitalismus 298/299
Dies. Über Aktualität und Abgrenzungswert von Faschismus und Faschismusdiskussion 296/297
Brakemeier, Heinz Grenzen der Sozialdemokratie in Osteuropa 300/301
Ders. Mit Gewalt (von oben) statt frei (von unten)! Rußland 298/299
Brand, Ulrich Ein Sieg der „Bremser" und der Neoklassik. Zum „Klimagipfel" in Berlin 300/301
Ders. Interview mit Alejandro de la Paz, Europa-Repräsentant der CND 298/299
Ders. Solidarität schaffen – mit welchen Waffen? Zwei sehr unterschiedl. Bücher zu Mexiko (Topitas: Ya Basta! Der Aufstand d. Zapatistas; Marta Durán de Huerta Patino: Viva Zapata! Gespräche mit Subcommandante Marcos in Chiapas) 300/301
Ders. Projektionen nicht erliegen. Interview mit Mitgliedern des Dritte-Welt-Hauses Ffm 304/305
Ders. Wohin die Hoffnung trägt. Was sind Nichtregierungsorganisationen? 302/303
Braun, Michael Italien: merkwürdige Rechts-Links-Polarität 300/301
Bröckling, Ulrich Aufzeichnungen eines Anarchisten. Erich Mühsams Tagebücher (Erich Mühsam: Tagebücher 1910-1923) 300/301
Dackweiler, Regina Feministische Wissensproduktion 304/305
Dittmar, Frieder Antifaschistische Eigentore. Zum impliziten Faschismusbegriff in der heutigen Gesellschaftswissenschaft 296/297
Ders. Offene Grenzen. Aber Subito 298/299
Ders. / Roth, Jürgen Schäuble Thierse Stoiber Modrow. Gespräch mit Eike Hennig über Faschismus, Faschismustheorie und Rechtsradikalismus 296/297
Draht, Mascha Rädelsführer und andere 306/307
Eckardt, Frank Menschenrechte vor Gericht 298/299
Ehmke, Wolfgang Totgesagte leben länger. Zur Renaissance der Anti-AKW-Bewegung 302/303
Emtmann, Anette Zivilgesellschaft und Menschenrechtsfrage – das Beispiel der Charta 77 298/299
Fach, Wolfgang Clintons Weg 296/297
Fahr, Uwe Der Mangel an ethischer Reflexion. Oliver Tolmeins „Wann ist der Mensch ein Mensch?" 302/303
Ders. Entwickelter Kapitalismus oder Informationsgesellschaft? 306/307
Ders. Gewerkschaften auf dem Infohighway (Kurt van Haaren; Detlev Hensche: Multimedia. Die schöne neue Welt auf dem Prüfstand) 306/307
Ders. Globale Kommunikation. Politischer Umgang mit den weltumspannenden Datennetzen 302/303
Fittkau, Ludger Der kurze Frühling der Revolution. Vor 75 Jahren griffen Ruhrarbeiter zu den Waffen 300/301
Ders. Sein ist Rohstoffsein 304/305
Füchtner, Hans Brasilien nach den Wahlen. Objekt soziologischer Feldforschung oder gesellschaftspolitischer Neubeginn? 296/297
Fülberth, Georg Spekulationen über die PDS 296/297
Funk, Anette / Küchemann, Astrid Weltfrauenkonferenzen: Potential für sozialen Wandel? 304/305
Görg, Christoph Aktualität und Tradition. Einführung in die Kritische Theorie (Christoph Türcke; Gerhard Bolte: Einführung in die Kritische Theorie) 300/301
Ders. Blamage der „Weltgemeinschaft"?! 302/303
Ders. Inszenierte Versöhnung 298/299
Ders. Realpolitische Schizophrenie – schizophrene Realpolitik 304/305
Ders. Vernichtung durch Arbeit. Zur Verdrängung der Geschichte der Frankfurter Adlerwerke (Ernst Kaiser/Michael Knorn: Wir lebten und schliefen zwischen den Toten) 298/299
Gose, Stefan Bundeswehr: von der Bündnisarmee zur universellen Interventionstruppe 300/301
Grandits, Hannes Historische Dimensionen 304/305
Gregory, Stefan Kulte und Subkulte 306/307
Gutberlet, Marie-Hélène Sag' mir was Du hörst, und ich sag' Dir wer Du bist 306/307
Haas, Monika Offener Brief an Souhaila Andrawes, Oslo/Norwegen 302/303
Haffner, Urs Marx auf dem Kopf (Martin Bondeli u.a.: Das „Methodenkapitel" von Karl Marx) 302/303
Harnischmacher, Iris Faschistischer Staat und bürgerliche Klasse. Sohn-Rethels Faschismustheorie 296/297
Hennig, Eike Los Angeles = A long distance love 298/299
Ders. Perspektiven linker Politik 300/301
Ders. / Kieserling, Manfred Global Cities: Wunderland und Wanderland ohne Politik, aber mit Polarisierung 302/303
Hessler, Stephan Sympathy for the Devil? Neue Multis im tertiären Sektor 302/303
Hirsch, Joachim Die Wiederkehr eines Phantoms (Karl Heinz Roth: Wiederkehr der Proletarität) 300/301
Ders. Linke Politik: No future 300/301
Ders. Mexiko: El fracaso del neoliberalismo 298/299
Ders. Mythos Globalisierung 302/303
Ders. The same procedure as every four years? Bewegungen in der Parteienlandschaft 296/297

Ders. Was meint eigentlich „Gesellschaft“? 304/305
Höhne, Thomas Kulturalismus 306/307
Horkheimer, Max Brief an Erich Fromm, 24. Juli 1934 296/297
Hübner, Kurt Droht die finale Krise des globalen Kapitalismus? 302/303
K.O.-Gruppe Ffm Die Wissenschaft hat festgestellt... K.O.tische Strategien gegen Neue Rechte im Wissenschaftsbetrieb 300/301
Kern, Peter Deutsch-nationale Entlarvungsstrategie (Georg Fülberth: Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus) 298/299
Klein, Ansgar / Koopmanns, R. Boykott & symbolische Politik 304/305
Köhler, Holm-Detlev Kuba wohin? 306/307
Ders. Staatsterrorismus, ein Starpolitiker und ein Super-Richter. Politschauspiel in Mehreren Akten über die real existierende rechtsstaatliche Demokratie in Spanien 300/301
Kresse, Norbert „Das ganze Leben ist ein Quiz“ 306/307
Kritische GewerkschafterInnen Konkurrenz- u. Standortlogik 306/307
Krovoza, Alfred Zum Tod von Fritz Schmidt 302/303
Kunz, Thomas Buchclub Grün-Weiß (Sammelrezension: Bürgerrechte & Polizei u.a.: Hilfe, Polizei; Heiner Busch: Grenzenlose Polizei?; Rolf Gössner: Mythos Sicherheit) 306/307
Kunz, Thomas Friedfertigkeit innenpolitischer Konflikte 298/299
Ders. Diskurs + Militanz = Kommunikationsguerilla (autonome a.f.r.i.k.a.-gruppe: Medienrandale) 298/299
Ders. Feinde draußen – Opfer drinnen 306/307
Ders. Gysi-listening (cd: l'amigamore) 306/307
Ders. Stimmungsmache 304/305
Ders. Der Kaffee ist fertig 304/305
Ders. Klaus S. – recycled 304/305
Ders. / Lönneberger, Michaela / Oy, Gottfried Toleranz am Main. Frankfurter AStA und KoZ 302/303
Ladwig, Bernd Das Selbstbestimmungsrecht der Völker – Einfallstor für linken Nationalismus 300/301
Landesflüchtlingsrat NRW Abschiebehaft 296/297
Lauterbach, Jörg Mumia Abu-Jamal u. Solidaritätsbewegung 304/305
links-Redaktion Popmoderne (Schwerpunkteinleitung) 306/307
Dies. Wissenschaft (Schwerpunkteinleitung) 304/305
Dies. Menschenrechtspolitik (Schwerpunkteinleit.) 298/299
Lodovico, Ludi Nach unten offen. Intellektuelle Tiefpunkte zum 8. Mai 302/303
Ders. Tradition und Wallfahrten. Zum 8. Mai in Frankreich 302/303
Ders. Wie die neuen Rechten die Nation retten: „mit der 'Faust' im Tornister“ gegen „großstädtische Zersetzungsdenker“ 296/297
Lohmann, H.-Martin Psychoanalyse & Gesellschaft 304/305
Lönneberger, Michaela Batman forever 304/305
Dies. Bilder-Sprache 306/307
Lützel, Anette / Wasdaris, Evangelia Lebenswege. Zwischen Europa und Lateinamerika (Gert Eisenbürger: Lebenswege – 15 Biographien zwischen Europa und Lateinamerika) 302/303
Massarat, Mohssen Naher Osten: Friedensprozeß in d. Klemme 296/297
Milibrand, Ralph Der Dreck von Jahrhunderten 296/297
Narr, Wolf-Dieter Menschenrechte statt Sozialismus? 298/299
Nitschke, Jessica „Catch and Destroy“ 306/307
Noll, Monika Faschismus der Konsumgesellschaft? Camille Paglias Geschlechtertheorie 298/299
Nowak, Peter „He, Sie da!“ 306/307
O'Connor, James Hyper-Kapitalismus. Anmerkungen zur US-amerikanischen Ökonomie 300/301
Oy, Gottfried „Das ist eine offen reaktionäre Geschichtsbearbeitung“. Interview mit dem *Forum für Monika Haas* 302/303
Ders. 100 und 15 (Sammelrezension: *Prokla* Heft 100; *Spex* Heft 10/95) 306/307
Ders. Aufwieglerischer Briefträger 306/307
Ders. Discojugend u. Feminismus (*Krisis* Heft 15) 304/305
Ders. Einfach Rockmusik (Gillian G. Gaar: Rebellinnen. Geschichte d. Frauen in der Rockmusik) 306/307
Ders. Humanitärer Spielraum 306/307
Ders. Notwendiger Irrtum Identität. Judith Butlers neues Buch „Körper von Gewicht“ 302/303
Ders. *radikal* 304/305
Ders. Wir sagen ja zur modernen Welt (cd: FSK bei Alfred) 306/307
Pilgrim, Christoph Die Dialektik rechter Politik. Kalifornien gegen die US-Einwanderungspolitik 298/299
Pini, Rebecca Die medizinische Situation der palästinensischen „Autonomie“ 296/297
Proske, Matthias Kaffee und andere Fairführer 302/303
Rein, Harald Eine Vergangenheit, die nicht endet. Arbeitseinsatz für Erwerbslose und SozialhilfebezieherInnen auf dem Vormarsch 302/303
Ritsert, Jürgen Gerechtigkeit für Marx 304/305
Röder, Ingrid Öko-nationalistischer Einkaufskorb 304/305
Röder, Roland Saarlandbrigade 306/307
Roth, Jürgen Dumpf- und Schimmelsinn 304/305
Ders. Massenhaft Volksgemeinschaft. Die Ästhetisierung der Politik 296/297
Ders. Witzbold Hegel 298/299
Röttger, Bernd Global Governance oder Politik des Weltmarktes. Ideologische Renovierung des kapitalistischen Weltmarktes 302/303
Ders. Politökonomische Analysen globaler Beziehungen 304/305
Sailor, Tom Seemannsgarn. Nachträgliche Überlegungen über das Ende einer „Antifa“-Soliarbeit im Fall der Tötung des Faschisten K. 296/297
Sartre, Jean-Paul Betrachtungen zur Judenfrage 298/299
Scharlowski, Boris Gelbe Sonderlinge 306/307
Scherr, Albert Menschenrechtliche Moral und nationalstaatliches Interesse: das Lehrstück Asyl 298/299
Schirmer, Uta Aus Wissenschaft und Technik (Donna Haraway: Neuerfindung der Natur) 304/305
Schleicher, Regina Hoch die nationale Multiethnizität? (Catherine Samary: Die Zerstörung Jugoslawiens) 306/307
Schneider, Christoph Gesetzlicher Kannibalismus 306/307
Schönberger, Klaus Ruhestörung oder: „Wir sind alle Rädelsführer“ (Friederike Kamann/Eberhard Kögel: Ruhestörung 2 Bd.) 304/305
Schultz, Irmgard Der „Fall“ Monika Haas 304/305
Schweppenhäuser, Gerhard Die geheime Utopie der Vernunft. Horkheimer 298/299
Steinert, Heinz Über die Irrelevanz der Soziologie 304/305
Ders. Wo der Faschismus anfängt 296/297
Stoff, Heiko Vom Spaßhaben u. Spaßverderben 306/307
Sukup, Viktor Krise neoliberaler Modelle in Lateinamerika 302/303
Ders. Linke Perspektiven im Conor Sur? 300/301
Tatur, Melanie Tschetschenien – Rekonstruktion des russischen Staates 298/299
Tiefenbach, Paul Linke in den Grünen – die neuen Jusos 300/301
Ders. / Wawrzinek, Andreas Auf dem Weg zur ökologischen Honoratiorenpartei? Raschkes Konzept für die Grünen (Joachim Raschke: Die Grünen: Wie sie wurden, was sie sind) 300/301
van der Locht, Volker Menschenrechte für Behinderte 298/299
Walther, Rudolf „Vom Feuer verzehrt“ (Der Beginn einer Epoche. Texte der Situationisten) 306/307
Wannöffel, Manfred Mexiko: El fracaso del neoliberalismo II 300/301
Winnat, Christoph Parteiprogramm als Beipackzettel 296/297
Winter, Jens Autonomie und Selbstkritik. Ansprüche an einen Autonomen-Kongreß im Jahre 1995 302/303
Ders. Die Leiden einer einst perfekten Diktatur. Mexiko: Gesellschaft in richtungsloser Bewegung 300/301
Ders. Globalisierung u. der Traum von Befreiung 302/303
Wolf, Tom Weltformeln oder: Die ewige Wiederkehr des gleichen Ernstes 296/297
Zander, Ingo Auschwitz ohne Rassismus – Revolutionäre Erkenntnissprünge am Bremer Raphael-Lemkin-Institut 298/299
Ders. Erinnerungen ohne Folgen 300/301

IV

der mit höherer Toleranz gegenüber Inflation ausgehöhlt werden kann.

Deshalb wurde mit den Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages das Primat einer strikten antiinflationären Ausrichtung der Wirtschaftspolitiken der Staaten festgeklopft und deshalb auch das laute Geschrei wider deren mögliche Aufweichung. Zu unterscheiden ist zwischen monetären und finanzpolitischen Kriterien. Während bei den monetären Kriterien (Angleichung der Inflationsraten und der langfristigen Zinsen, Begrenzung der Wechselkursschwankungen) inzwischen eine Annäherung zu beobachten ist, zeigt sich anhand der finanzpolitischen Kriterien (Begrenzung der laufenden Haushaltsdefizite auf 3 % und des gesamten Schuldenstands auf 60 % des Bruttoinlandsprodukts) wie unterschiedlich die einzelnen Staaten von den einheitlichen Vorgaben getroffen werden. Führt man sich vor Augen, welche Sparmaßnahmen in Deutschland mit Verweis auf diese Kriterien durchgesetzt werden, obwohl Deutschland sowohl bei der Defizitquote (3,5 %) als auch bei der Schuldenquote (60,3 %) am unteren Ende des Spektrums liegt, so wird deutlich, was diese Vorgaben für die Wirtschaftspolitik jener Mehrheit von Ländern bedeutet, deren Werte die Richtgrößen um das anderthalb- bis zweifache überschreiten. Auch die Demonstrationen und Streiks in Frankreich zu Beginn des Jahres sind ein Hinweis auf die sozialen Spaltungen, die im Zuge einer derartigen Austeritätspolitik drohen. Ökonomisch begründen lassen sich die finanzpolitischen Kriterien im übrigen nicht, denn ein Zusammenhang zwischen Staatsdefiziten und Inflation ist nicht feststellbar. Obwohl etwa seit Beginn der 90er Jahre die EU-durchschnittlichen Defizite und Staatsschulden anstiegen, sank die Inflationsrate mit 3,1 % auf den niedrigsten Wert seit den 60er Jahren. Auch auf der Länderebene läßt sich kein sicherer Zusammenhang feststellen. Das gerade im Bereich der Haushaltspolitik so rigide Maßstäbe angelegt werden, zeigt denn auch, worum es bei der Wirtschafts- und Währungsunion wirklich geht, nämlich um die europaweite Durchsetzung einer neoliberalen Austeritätspolitik, die den Rückzug des Staates aus der Wirtschaftspolitik und die unkontrollierte Ausbreitung der „freien Marktkräfte" forciert. Neben dem Abbau sozialstaatlicher Regelungen ist auch eine Verschärfung der konjunkturellen Lage zu erwarten, denn der durch die Austeritätspolitik bedingte Ausfall von staatlicher Nachfrage wirkt restriktiv auf die Absatzerwartungen.

Die Währungsunion hat aber nicht nur Auswirkungen auf die staatlichen Wirtschaftspolitiken, sondern auch auf die Lohnentwicklung. Mit dem Wechselkursmechanismus entfällt ein wichtiges Regulativ zum Ausgleich unterschiedlicher Kosten- und Produktivitätsentwicklungen. Bisher können Produktivitätsrückstände oder auch Lohnvorläufe noch durch eine Anpassung der Wechselkurse in einem – wenn auch begrenzten – Rahmen neutralisiert werden. Diese Möglichkeit besteht demnächst nicht mehr. Unter den Bedingungen einer Währungsunion muß ein Land also entweder einen bestehenden Produktivitätsrückstand aufholen oder aber Lohnzurückhaltung üben. Hier droht eine Verschärfung des sich jetzt schon abzeichnenden Prozesses der Polarisierung Europas in Länder mit hoher Produktivität und hohen Löhnen (bspw. Deutschland) und Ländern mit niedriger Produktivität und niedrigen Löhnen (bspw. Portugal). Entscheidend ist dabei auch, daß auf Europaebene kein ausreichendes Instrumentarium zum Ausgleich regionaler Entwicklungsunterschiede besteht. Das Umverteilungspotential des Europäische Kohäsions- und Strukturfonds zum Ausgleich von sektoralen und regionalen Entwicklungsunterschieden macht gerade mal ein halbes Prozent des europaweiten Bruttoinlandsproduktes aus.

Auf der anderen Seite stellt aber auch die Ausklammerung einiger Länder aus der Währungsunion für diese keine verlockende Alternative dar. Sie hätten es dann quasi „amtlich", daß sie nicht reif sind für die Weihen einer stabilitätsorientierten Währungsunion. Auf den Finanzmärkten dürften die Währungen deutlich abgewertet werden. Sowohl bei Finanztransaktionen als auch bei Warengeschäften sind somit hohe Aufschläge zur Kompensation des Wechselkursrisikos nötig. Andererseits könnten sie sich durch die Abwertung Handelsvorteile verschaffen. Deswegen ist es wiederum für die Teilnehmerländer an der Währungsunion notwendig, die Wechselkurse zwischen den „Ins" und „Outs" in kontrollierbarem Rahmen zu halten. Entsprechende Regeln und Interventionen sollen in einem neuen Wechselkurssystem festgelegt werden (EWS II). Besonders Frankreich plädiert dabei bereits für Sanktionsmaßnahmen gegenüber denjenigen Ländern, die durch übermäßige Abwertungen Handelsvorteile erzielen wollen. Im Gespräch sind dabei Kürzungen der Zahlungen aus dem EU-Strukturfonds. Um diesen Sanktionen zu entgehen, müßten die Nichtteilnehmerländer versuchen, ihre Währungen durch einen strikten Antiinflationskurs wieder zu stabilisieren.

Das konservative Bedrohungsszenario einer „Inflations-EU" entpuppt sich also als Legitimationsstrategie, um mit der Peitsche der Geldwertstabilität eine europaweite Austeritätspolitik durchzusetzen und Druck auf staatliche Regulierungen, Sozialstandards und Löhne auszuüben. Dabei droht auch eine weitere weltmarktorientierte Ausdifferenzierung Europas in einen währungsstabilen „Kern" mit weicher „Peripherie". Insofern abstrahieren auch diejenigen linken Positionen, welche die Wirtschafts- und Währungsunion akzeptieren, um das Projekt der europäischen Integration Europas nicht zu gefährden, zu sehr von der realen Ausgestaltung der EU, die bisher einem rein ökonomischen und neoliberalen Primat folgt. Zugegebenermaßen ist es keine verlockende Aussicht, wenn sich die Nationalstaaten wieder strikt an den nationalen Interessen orientieren. Außerdem schwindet durch die zunehmende Globalisierung auch der nationalstaatliche Regulierungsspielraum (allerdings nicht unbedingt in dem Ausmaß, wie von Sachzwang-Globalisierung-Apologeten gerne verkündet wird). Deshalb sind Versuche zur Marktregulierung auf überstaatlicher Ebene durchaus begrüßenswert. Dazu würden verbindliche Vereinbarungen über Sozial- und Umweltstandards und gegen Lohndumping gehören, aber auch eine grundlegende Problematisierung des vorherrschenden Leitbildes einer exportorientierten Wachstumswirtschaft, in der wenige Länder Handelsüberschüsse realisieren und damit Arbeitslosigkeit auf andere Länder abwälzen.

Die generelle Wünschbarkeit solcher Integrationsbemühungen darf aber nicht den Blick darauf verstellen, daß die europäische Integration sich in Richtung eines weitgehend deregulierten Binnenmarktes fehlentwickelt, der noch dazu von einer rein antiinflationsorientierten Wirtschaftspolitik begleitet wird und den Spielraum für Beschäftigungspolitik noch enger werden läßt, als er sowieso schon ist. Es macht auch wenig Sinn, darauf zu hoffen, daß der ökonomischen schon weitere Schritte in Richtung politischer und sozialer Integration folgen werden, denn schließlich kommt die politische Integration nicht mal mehr auf dem Papier richtig voran.

Der bisherige zögerliche Fortgang spricht darüber hinaus eher dafür, daß sich die EU in eine Richtung entwickelt, die aus linker Sicht alles andere als wünschenswert ist. Die Außen- und Sicherheitspolitik versucht Entscheidungsfindungen so zu vereinfachen, daß die EU möglichst schnell als einheitlicher Macht- und Militärblock agieren kann und im Bereich der Innen- und Rechtspolitik ist die EU dort am weitesten fortgeschritten, wo es um die Abschottung der Außengrenzen durch eine Vereinheitlichung der Asyl- und Einwanderungspolitiken geht. Derzeit stellt sich der europäische Integrationsprozeß als eine Mischung aus neoliberaler Wirtschaftspolitik und konservativem Festhalten an nationalstaatlichen Kompetenzen dar. Übertriebene Hoffnungen auf eine Re-Regulierung der Marktkräfte im Rahmen der bestehenden europäischen Institutionen sind deshalb nicht angebracht. ●

ALEX DEMIROVIĆ

Böse Welt – gute Nation

Wie Globalisierung als Bedrohung die Eliten stabilisiert

Die bürgerliche Klasse hat, so Marx, keine stabile Identität, sondern ändert aufgrund der fortgesetzten Umwälzung ihrer eigenen Lebensverhältnisse ständig ihre Form. Historisch sind immerzu einige ihrer Teile gezwungen, den eigenen Existenzbedingungen Kontinuität zu geben, sich also vor dem Absturz aus dem bürgerlichen Leben zu bewahren. Einen solchen Rettungsversuch stellt zumindest in einer Hinsicht auch die Rede über die Globalisierung dar. Vieles an den mit Globalisierung bezeichneten Phänomenen ist historisch lange bekannt; anderes läßt sich empirisch gar nicht feststellen, sondern ist Fake. Doch ist das vielleicht gar nicht so wichtig, denn neu ist das Verhältnis, daß das Bürgertum mit dem Schlagwort der Globalisierung weltwirtschaftlichen Zusammenhängen gegenüber einnimmt.

Globalisierung könnte als eine Selbsttechnik des postfordistischen Bourgeois in status nascendi verstanden werden. Es handelt sich um eine kognitive und moralische Selbstertüchtigung, ein Pfeifen im Walde, mit dem sich das bürgerliche Lager nicht nur in der Bundesrepublik Mut macht, der Tatsache ins Auge zu sehen, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse, die es trägt, grundlegend globale Verhältnisse sind, in denen es eine Rolle spielen muß und soll. Bemerkenswert ist, daß trotz des gerade noch verkündeten Triumphes vom endgültigen Sieg der Marktwirtschaft und den Institutionen der repräsentativen Demokratie das bürgerliche Lager durchaus Angst vor der Globalisierung und einer Auflösung der Fähigkeit zur Regierung und der Demokratie hat. So kommt es zu einer Art untergründigen Räsonierens, wie mit dieser Angst umzugehen ist. Yehezkel Dror, einer der Berichterstatter des Club of Rome, empfiehlt Anti-Traumatisierungspolitiken und die Erziehung der Eliten zur Globalisierung. In der bundesdeutschen Diskussion hingegen wird die Angst in der gesamten Bevölkerung geschürt, um einen nationalistischen Pakt herbeizuführen. Die Aktivierung der historisch überlieferten *schaurigen Bilder* von Arbeitern als einer Masse, die als panischer Mob auf Verelendung und Verunsicherung reagiert, wird zum gefährlichen Mittel der Selbstermutigung und Erneuerung der Führungs- und Regierungsfähigkeit. Ein gutes Beispiel für die von der Globalisierung ausgehenden Bedrohungsgefühle im bürgerlichen Lager gibt das nun schon etwas ältere Buch von Wolfgang Schäuble *Der Zukunft zugewandt* (1994).

Die Globalisierung der internationalen Märkte gilt Wolfgang Schäuble, aber ebenso vielen anderen Politikern des Regierungslagers wie auch großen Teilen der parlamentarischen Opposition, als eine Herausforderung, der sich die deutsche Wirtschaft stellen muß. Konkurrenzfähig könne Deutschland nur sein, wenn es sich auf die neuen Gegebenheiten einstelle. Dies setzt voraus, sich in die Europäische Union zu integrieren, weil die Europäer nur gemeinsam Chancen hätten, in der „weltweiten Konkurrenzsituation auf Dauer zu bestehen" (S. 201). Auch wenn Europa zu einer nach innen und außen handlungsfähigen Einheit zusammengebracht wird, dürfe es keine „Gemeinschaft der Krämer" darstellen. Allerdings werde es zunächst keine europäische Identität geben, diese, als „Ersatzidentität" verworfen, sei eine „typisch deutsche Wunschvorstellung". Um die deutschen Interessen in den Prozeß der europäischen Einheit einzubringen, bedürfe Deutschland der nationalen Identität. Die Nation sei eine „Schutzgemeinschaft", deren Idee es angesichts eines aufgrund seiner europäischen Mittellage nach allen Seiten hin offenen Deutschlands wieder zu entdecken gelte: „Aber es zieht auch kräftig von allen Seiten herein in unser deutsches und in unser europäisches Haus. Also müssen wir es wetterfester machen." (189) In der Gefahr, so die impliziten Anspielungen auf Hölderlin und Heidegger, wächst das Rettende auch. Es handele sich um Gefährdungen, „an denen wir auch wachsen können". Deutschland, aufgrund einer schwachen Identität – gemeint sind wohl die wechselhaften territorialen Grenzen Deutschlands – ungeschützt den Stürmen der historischen Veränderungen ausgesetzt, muß zusammenrücken und sich auf seine lang vernachlässigte Identität besinnen. „Vielleicht bieten die Risiken und Gefährdungen, denen wir heute wieder stärker ausgesetzt sind und die nicht warten werden, bis wir Deutschen innerlich dazu bereit sind, uns ihnen zu stellen, auch eine Chance: die Chance nämlich, den Menschen wieder bewußt zu machen, wozu wir unseren Staat brauchen, sie auch daran zu erinnern, was unsere nationale Gemeinschaft trägt, und daß es auf das staatsbürgerliche Engagement jedes einzelnen ankommt, wenn wir unsere staatliche und nationale Gemeinschaft lebensfähig erhalten wollen." (219) Die Weltwirtschaft wird wie ein bedrohliches Verhängnis beschworen, auf das sich das unterstellte Kollektiv der Deutschen endlich einstellen sollte, indem es sich selbst wiederfindet und eine nationale Gemeinschaft bildet. Nur als Schutz- und Schicksalsgemeinschaft könnten die Deutschen ihrem Staat Stabilität geben und den Herausforderungen der Zukunft, also der Globalisierung, gerecht werden.

Die Nation und die nationale Identität werden von Schäuble als etwas Tiefes, in den Deutschen als Substanz Vorfindbares unterstellt, dessen sie sich durch Reflexion vergewissern können, aber auch müssen. Denn wird es nicht kontrolliert und diszipliniert, dann wird das unterstellte Bedürfnis „nach nationaler Bindung" vagabundieren und gefährlich werden, weil es sich irrationale Identifikationspunkte suchen wird. Allein ein positiv ausgefüllter Begriff von Nation könnte seine Denaturierung zum Nationalismus verhindern. Die linksliberale Option für den Verfassungspatriotismus, eine „Kopfgeburt", wird als eine Form von Ideologieplanung interpretiert und kritisiert, die zwar zur Kenntnis nehme, daß eine nationale Identität unerläßlich sei, die aber rationalistisch an den Bedürfnissen nach Gemeinschaftlichkeit vorbeigehe. Denn allein ein Verfassungstext biete nicht genügend Identifikationsmöglichkeiten und könne in „den Herzen der Menschen" keine Gemeinschaft stiften, die in schwierigen Zeiten notwendig sei.

Die Argumente von W. Schäuble geben einige wichtige Hinweise auf die Bedeutung des Nationalen für eine bürgerliche Politik, die die Globalisierung und die wirtschaftliche Konkurrenz, denen der Standort Deutschland ausgesetzt ist, nicht

positiv versteht, sondern als einen heilsamen, weil Realitätstüchtigkeit erzwingenden Handlungszwang. Der Bedrohung durch die Globalisierung wird als Beruhigungsmittel die nationale Gemeinschaft beigegeben. Der Weltmarkt wird als Verhängnis dargestellt, dem sich die deutsche Wirtschaft und Deutschland als homogener wirtschaftlicher, politischer und kultureller Block nur anpaßt – obwohl doch die Globalisierung sehr unterschiedliche und gegenläufige Konsequenzen für Unternehmen, Branchen, Regionen und Kommunen hat. Die Formel vom „Standort Deutschland", die aus solchen Argumenten abgeleitet wird, ist eine national orientierte Reduktion komplexer und widersprüchlicher ökonomischer, politischer und kultureller Prozesse, die vielfach überlagerte Fragmentierungen der Gesellschaft zur Folge haben. Was häufig als modernisierungstheoretisch inspirierte Erklärung für den Nationalismus herangezogen wird, daß nämlich die Menschen in einer bedrohlichen und individualisierenden Situation auf regressive gemeinschaftsbildende Identifikationen zurückgreifen, wird von Schäuble direkt als politische Rezeptur angeboten: gegen die Modernisierungsfolgen des Globalismus hilft nur politisch kontrollierter Nationalismus. Mit der Besinnung auf das den Deutschen Gemeinsame, die primordiale nationale Zugehörigkeit, können sich die Deutschen in ihrer Nation und ihrem Staat wiedererkennen und die Härte des Weltmarkts auffangen. So geben sie sich angesichts einer bedrohlichen Lage Schutz, Wärme, Solidarität, Pflicht- und Verantwortungsgefühl. Gerade weil das Nationale so emotional sei und Bindung herstelle, könne es irrationale Ausbrüche des Nationalen hin zum Nationalismus verhindern.

Doch neben dieser engen Verknüpfung von Globalisierung als ökonomischer Sachzwang mit Nationalismus ist vor allem die Geste der Argumentation wichtig. Der nationale Neokonservative erkennt sich Realitätstüchtigkeit zu, weil er die Bedrohungen und Härten des Weltmarkts als eine Unvermeidlichkeit bereit ist, zu ertragen und sich keinen Schwächen und Illusionen hingibt. Diejenigen im bürgerlichen Lager, die sich nicht umstellen und einfügen, werden untergehen. Der Neokonservative tritt also für ein bestimmtes Verhältnis zu sich ein, das sich das Jammern über die Bedrohungen der Globalisierung verbietet. Es soll der realitätstüchtige Anspruch auf Führung über die erhoben werden, die zittern und verzagen. Gerade dafür, nämlich für ihren Beitrag zur Verweichlichung, Verzagtheit und Unentschlossenheit, werden die bestehenden politischen Institutionen des Wohlfahrtsstaats und die Linken kritisiert. Der Wohlfahrtsstaat entfaltet eine destruktive Dynamik, insofern er von einem tradierten nationalen Gemeinschaftsgefühl zehrt, jedoch – ähnlich wie beim industriellen Umgang mit knappen natürlichen Ressourcen – zu seiner Erneuerung nicht beiträgt, sondern mit seinen materiellen Gleichheitsversprechungen nur egoistische und individualistische Selbstentfaltungsansprüche fördert, Bindungen und Familie zerstört und schließlich zu ihn überfordernden Absicherungsansprüchen in der Bevölkerung beiträgt, die nicht nur der ökonomischen Entwicklung nicht angemessen sind. Es wird den Menschen vorgegaukelt, die Gefahren der Globalisierung wären nicht da, denen sie sich selbstverantwortlich stellen müssen. Im Unterschied zu den Neokonservativen gelten die Linken als völlig realitätsuntüchtig, weil unfähig, mit sich hart zu sein und sich den Härten der Veränderung zu stellen.

Die eigene Angst wird von den Spitzen der Gesellschaft auf diese insgesamt übertragen; sie wird hysterisch gemacht und umorganisiert, damit sie drohenden Gefahren begegnen kann. Das Bild, das von der Globalisierung gezeichnet wird, läßt diese zu einem gewaltigen Naturverhängnis werden, das allein übrig läßt, sich anzupassen. Es ist eine panische Reaktion, die eine performative Dynamik annimmt. Selbst ängstlich, können die Ängstlichen noch mit der Angst Ideologieplanung betreiben und die Gesellschaft formieren, wenn alle an die Bedrohung und an das Führungsangebot der Machtrealisten glauben. Auch wenig betroffene einzelne Unternehmer müssen sich fragen, ob sie nicht hoffnungslose Fossile sind, weil sie noch nicht in Taiwan oder Hongkong aktiv sind. Die empirischen Zusammenhänge, u.a. die häufig hohen Kosten eines solchen Engagements, werden nicht diskutiert.

In einem Teil der Linken – lange eingeübt in den Realismus der Härte und die Eigensinnigkeit des Systems – hat diese neue Metaphysik der Kapitallogik erneut Gehorsam gefunden, während triviale Dinge – wie so häufig in Situationen der Angst – vergessen werden. Waren einige seinerzeit schnell dabei, die wirtschaftliche Unterstützung der sandinistischen Regierung von Menschenrechtsfragen abhängig machen zu wollen, so macht sich heute ein verständnisvoller Pragmatismus breit, der die realen Gegebenheiten berücksichtigen möchte – Kinderarbeit hin, Sklaverei her. Auch das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung" verliert seine kritischen Bedeutungen, die es in den Zusammenhang einer Veränderung der globalen Entwicklungslogik stellten, und wird ins Gegenteil verkehrt. Für die zukünftigen Generationen wird mit dem Stichwort der nachhaltigen Haushaltssanierung eisern gespart, während das gesellschaftliche Wachstumsmodell gar nicht mehr thematisiert wird. Allein jedoch schon das Geltendmachen dieser Maßstäbe, die immerhin sogar von den bundesdeutschen politischen Institutionen amtlich anerkannt sind, könnte der Angstrhetorik viel von ihrer Macht nehmen. Bei gleichen internationalen Rahmenbedingungen nach Maßgabe der Menschenrechte und der Agenda 21 der Rio-Konferenz 1992 wäre vieles nicht sagbar und machbar. Allerdings meinen es nicht einmal mehr linksliberale Normativisten mit ihren Normen immer sehr ernst. Vielmehr wird ganz in der obrigkeitsstaatlichen Tradition im Anschluß an Kant dafür argumentiert, daß man sich in seinen Ansprüchen selbst nüchtern selbst begrenzen müsse, denn Normen sind nicht als wirkliche gemeint, sondern transzendental und hätten eine bloß regulative Bedeutung. Mit dem neokonservativ beherrschten Reden von der Globalisierung wird die bundesdeutsche Gesellschaft jedoch nicht globalisiert, sondern in der Fähigkeit erzogen, in langen Auseinandersetzungen zur Geltung gebrachte Prinzipien machtopportunistisch gering zu schätzen und mit Sozial- und Ökodumping zu leben – von Gesellschaftskritik gar nicht zu sprechen. Als Rettung vor den heillosen Widersprüchen wird die getrennte Müllsammlung und die Spende für Greenpeace angeboten. ●

40 Jahre KPD-Verbot

Meilenstein des Staatsterrorismus

Außerdem: Folter – Na und? – Benjamin Ramos Vega wurde ausgeliefert +++ Game over, Celle! – Der Prozeß gegen die Autonome Antifa (M) fällt aus +++ Quack-Prozeß – Die große Pleite der BAW +++ Die großen Lauscher werden gespitzt – Argumente gegen den „Großen Lauschangriff" +++ Datenschutz bei EUROPOL +++ Mumia Abu-Jamal – Die Kampagne geht weiter

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,– DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Tel. + Fax: (0431)75141

DIE ROTE HILFE 3/96

MARKUS STAUFF

„Die Faust des Propheten“

Diskursanalytische Bemerkungen zur Feindbildstruktur ‘Fundamentalismus’

Wenige Tage nach dem Einmarsch der Taliban-Milizen in Kabul sendete das ZDF die Reportage „Die Faust des Propheten. In den Hochburgen der islamischen Fundamentalisten“. An den „Schauplätzen“ Afghanistan, Sudan und Ägypten soll hier – wie die Anmoderation expliziert – der Frage nachgegangen werden: „Was will der islamische Fundamentalismus?“ Da diese Sendung weitgehend einen sachlichen Duktus aufweist, liegt die Annahme nah, hier werde mit ‘Fundamentalismus’ lediglich eine bestimmte Form der islamischen Religion bezeichnet, die sich z.B. durch eine spezifische ‘Radikalität’ auszeichne – so ist im Beitrag auch von „radikalen Moslems“ und einer „radikal-islamischen Bürgerkriegspartei“ die Rede. Doch schon zu Beginn der Reportage lautet die Frage dann aber angstvoll: „Wie groß ist also die Gefahr des islamischen Fundamentalismus?“ – Schon lange kann der ‘Fundamentalismus’ nicht mehr auf einen religiösen Kontext beschränkt werden, nimmt er doch im medio-politischen Diskurs breiten Raum ein und erfüllt dabei vielfältige Funktionen.

Im folgenden soll unter Bezugnahme auf die Arbeiten der Bochumer Diskurswerkstatt sowie der Zeitschrift *kultuRRevolution*, gezeigt werden, daß der Begriff ‘Fundamentalismus’ – wie im übrigen auch der neuerdings damit gekoppelte Begriff ‘Islamismus’ – als Teil einer Feindbildstruktur spezifische Funktionen für die bundesrepublikanische Gesellschaft, ihr Selbstverständnis und damit auch ihr politisches Handeln einnimmt.

Um es vorweg zu sagen: Keineswegs zielt die Diagnose, daß ‘Fundamentalismus’ in der ‘westlichen’ Kultur als Teil einer Feindbildstruktur funktioniert, darauf ab, daß das Wort im Sinne einer ‘naiven’ political correctness aus dem öffentlichen Sprachgebrauch getilgt werden soll. Genausowenig soll hier bestritten werden, daß viele der mit dem Etikett ‘Fundamentalismus’ bezeichneten Ereignisse grausam und menschenverachtend sind. Es geht vielmehr darum, aufzuzeigen, wie die Thematisierung des ‘Fundamentalismus’ mit hartnäckiger Regelhaftigkeit bestimmte Bedeutungsfelder und kulturelle Klassifikationen reproduziert, die beispielsweise die politischen Handlungsoptionen, die innerhalb einer Gesellschaft diskutiert werden, ganz entscheidend bestimmen. Eine Diskursanalyse von Feindbildstrukturen ist weniger eine Aussage über den Realitäts- oder Wahrheitsgehalt der medialen Berichterstattung als über deren affektive Qualitäten, die jedoch selbst in hohem Maße ‘Realitäten’ hervorbringen.

Zunächst muß festgehalten werden, daß die Regelhaftigkeiten, die die Produktion solcher kulturellen Klassifikationen ermöglichen, einem historischen Wandel unterliegen. So wurde etwa das Etikett ‘Fundamentalismus’ bis in die siebziger Jahre hinein (und schon seit dem 19. Jahrhundert) nahezu ausschließlich für eine christliche ‘Bewegung’ genutzt, die als ‘missionarisch’ und ‘intolerant/kompromißlos’ gekennzeichnet wurde. Erst mit der iranischen Revolution 1979 tauchten im Mediendiskurs auch islamische Gruppen als ‘Fundamentalisten’ auf und in den 80er Jahren wurde ‘Fundamentalismus’ weitgehend zu einem Synonym für Islam oder Orient. Viele negative Zuschreibungen blieben bei der Transformation der christlichen in islamische ‘Fundamentalisten’ erhalten, etwa ‘Unfehlbarkeit’ und ‘Intoleranz’. Darüber hinaus tendierte der Begriff aber auch dazu, ein komplexes ‘islamisch-fundamentalistisches’ Charakterbild zu entwerfen, das sich aus verschiedenen Teilelementen zusammensetzt.

Zum einen umfaßt es medial immer schon vermittelte Praktiken, wie z.B. das Handabschlagen bei Diebstahl oder das Schleiertragen der Frauen. Vor allem aber sind es schon vorliegende, bildlich und sprachlich realisierte Bedeutungen, durch die ein Typus des ‘Fundamentalisten’ generiert wird. So konnten Khomeini und Ghaddaffi, die in den 80ern die prägnantesten islamischen Feindbilder darstellten, nicht nur die Zuschreibungen ‘fanatisch’, ‘irrational’ und ‘rückständig’ erhalten, sondern auch zu ‘Drogensüchtigen’, ‘Wahnsinnigen’ oder ‘Kranken’ symbolisiert werden. Durch diese Symboliken sind sie ‘automatisch’ Gegenspieler einer westlichen Welt, die ‘Rationalität’ seit der Aufklärung zum obersten Prinzip erhebt und sich ununterbrochen um die ‘Gesundheit’ und ‘Normalität’ ihrer Staaten sorgt.

Das Ereignis der iranischen Revolution konnte also unter Rückgriff auf ein relativ stabiles ‘Archiv’ von Symboliken mediengerecht codiert werden. Dies ist vor allem auch deshalb möglich, weil die Symboliken über verschiedene Praxis- und Themenbereiche hinweg integrativ funktionieren und ein kulturtypologisches System bilden, so daß sich bestimmte Oppositionsbildungen und Bewertungen ‘automatisch’ ergeben, wenn Ereignisse in dieses System der Kollektivsymbole integriert werden. Für die BRD ist es beispielsweise bezeichnend, daß unterschiedlichste Ereignisse oder Charaktere auf einer Links-Mitte-Rechts-Achse politisch positioniert werden können, während eine temporale Klassifizierung entlang einer Fortschritts-Rückschritts-Achse stattfindet. Für die symbolische Produktion von Feindbildern ist die binäre Gegenüberstellung von ‘Wir’ = ‘Innen’ vs. ‘Sie’ = Außen’ von außerordentlicher Bedeutung, wobei das ‘Innen’ sehr häufig durch Körper- oder Vehikelsymboliken als Einheit konkretisiert wird. Der ‘Westen’ oder die BRD finden sich sowohl in Karikaturen wie auch in Sprachbildern als Flugzeuge, Fußballmannschaften oder Gebäude dargestellt und dementsprechend können die äußerlichen Gefahren für ‘unser’ System als ‘Turbulenzen’, ‘Viren’ oder ‘Fluten’ verbildlicht werden.

Die Analyse der unterschiedlichen Feindbilder ‘Ostblock’ und ‘Fundamentalismus’ zeigte bereits in den achtziger Jahren, daß die militärische Option einer Intervention gegen Rohstoffländer der Dritten Welt symbolisch sehr viel ‘einsichtiger’ ist, als die einer Ost-West-Eskalation.

Dies erklärt sich durch die gegensätzlichen Feindbildtypen: Im damaligen Ost-West-Gegensatz erschien der ‘Osten’ zwar als bedrohliches Gegensystem zum ‘Westen’, doch symbolisch wurden ihm alle Merkmale eines zwar hinterlistigen aber dennoch rationalen und gleichwertigen Verhandlungspartners zugestanden. Erinnert sei hier nur an die Pokerspiele und Duellsituationen in Karikaturen. Daraus ergab sich eine relative Stabilität von Sy-

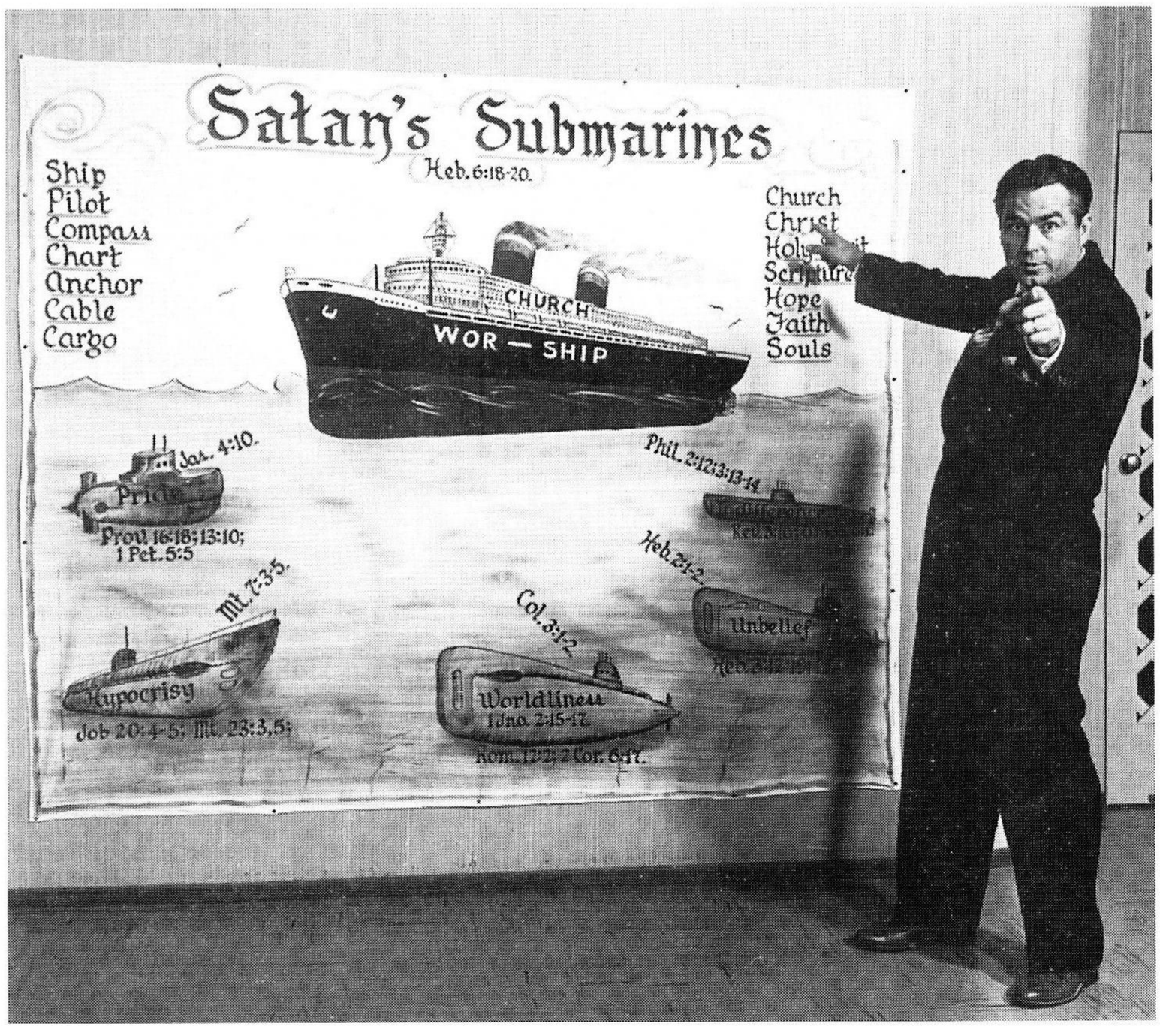
stem und Gegensystem, insofern sich vollwertige Subjekte gegenüberstanden. Ein solcher Status wurde dem Feindbild 'Fundamentalismus' immer abgesprochen, indem die Charakterbilder 'Fanatiker', 'Irre' und 'Ungeheuer' präsentierten und somit unberechenbare Figuren, mit denen Verhandlungen nicht zu führen sind.

Eine Eskalation dieses subjektlosen Feindbildtyps begleitete die militärische Eskalation des Golfkriegs. Das Charakterbild Saddam Husseins war geprägt von der Formel 'der Irre' und wurde gestützt durch historische Analogien, vor allem zu dem ebenfalls als irre vorgestellten Hitler. Die Möglichkeit, einen exterministischen Krieg, d.h. einen Krieg, der sowohl bezüglich der Eskalationsstrategie als auch bezüglich der verwendeten Waffen unkontrollierbare Risiken birgt, einsichtig zu machen, ergibt sich aus der 'Logik' dieses Feindbildes: Wo von 'irren Fanatikern' Brandsätze gezündet werden, hilft nur noch eine militärische Intervention des 'Westens' als 'Feuerwehr' mit 'chirurgischen Eingriffen'. Daß die Charakterbilder eine Personalisierung der gesamte Bevölkerung darstellen, zugleich aber keinen Subjektstatus besitzen (prägnant formuliert in der *Zeit* vom 1.5. 1981: „Die Mullahs regieren mit Hilfe des fanatisierten Mobs"), legitimierte letztlich die Bombardierung ziviler Ziele – auch wenn die Bomben von US-amerikanischen Politikern handschriftlich 'to Saddam' adressiert wurden.

Die bislang angeführten Elemente des Feindbildes – Charakterbilder und entsprechende Kollektivsymbole – erklären nur zum Teil dessen Wirkung als Bedrohungsszenario. Ein weiteres konstitutives Element einer Feindbildstruktur ist die Subjektsituation, die imaginäre bedrohliche Situation, in welche ein (Sprach-) Bild die Betrachter versetzt und somit eine legitime Selbstverteidigung nahelegt. Für den 'islamischen Fundamentalismus' liegt hier natürlich nahe, daß diese 'Fanatiker' an 'unserem Ölhahn' drehen, daß 'wir' dadurch – in den Mini-Dramen der Medien – 'erpreßt', 'gedemütigt' und im schlimmsten Fall zu 'Geiseln' werden. Die unmittelbare Nähe der Gefahr wird also nicht zuletzt durch eine symbolische Ausweitung 'unseres' Körpers produziert. Geradezu paradigmatisch ist hier die von Theo Sommer vorgenommene transkontinentale Verlängerung unserer Blutbahnen: „Saddam Hussein hat seinen Krummdolch an die Halsschlagader der westlichen Industriegesellschaften gesetzt." (*Die Zeit*, 31.8.1990). Während des Golfkriegs war die Tendenz unübersehbar, den gesamten Globus als unseren Körper zu phantasieren und entsprechend waren für George Bush 'Wir' und 'die Welt' zu Synonymen geworden.

Auch nach der Vergabe des Friedensnobelpreises nach Ost-Timor kann wohl davon ausgegangen werden, daß die indonesischen Machthaber trotz ihrer Greueltaten weder als 'Fanatiker' noch als 'Krankheiten' des 'Welt-Körpers' symbolisiert werden. Feindbilder werden hochselektiv produziert und sind somit keineswegs durch einen Bezug auf 'Tatsachen' zu rechtfertigen. Die 'realen' Ereignisse und Handlungen werden erst als feindlich oder freundschaftlich klassifizierbar, wenn sie in die semantischen und symbolischen Systeme einer Kultur integriert, d.h. 'übersetzt' werden. Ein bezeichnendes Beispiel ist hier auch die 1982 durch den Mediendiskurs erfolgte Integration der Grünen in das symbolische System, indem eine Vielfalt an vorhandenen Differenzen anläßlich wirtschaftspolitischer Diskussionen auf die Opposition von Fundis vs. Realos reduziert wurde. Damit waren aber wiederum nicht nur Bezeichnungen für unterschiedliche 'Flügel' der Partei geschaffen, sondern zugleich auch konkrete Zuweisungen auf der Basis des Symbolsystems erfolgt. So konnten die Realos als 'normale' Partei in die parlamentarische Politik integriert werden, während die Fundis weiterhin eine Gefahr für 'unser' Land darstellten. Auf Basis des kollektiven symbolischen Systems konnte dies ähnlich verbildlicht werden, wie die Gefahr des 'islamischen Fundamentalismus'. Und Claus Leggewie knüpft hieran in der *FR* vom 8.10.1996 nahtlos an, ermöglicht es ihm doch, eine auf Verständigung abzielende Diskussion der amerikanischen 'Linken' von der Situation in Frankfurt zu unterscheiden, wo eine solche Veranstaltung „nach 10 Minuten von Sektierern und Spinnern ins Chaos gestürzt worden" wäre. Die Zuweisung solch diskursiver Positionen – sei es innerhalb oder außerhalb 'unseres' Systems – läßt sich nicht unter Rückgriff auf 'objektive' Fakten, Verhaltensweisen oder Ereignisse klären. Die Integration eines 'realen' Ereignisses in das System der Kollektivsymbole, ist von vielerlei Faktoren abhängig, unter deren Berücksichtigung auch erst erklärt werden könnte, warum gerade Saddams Kuwait-, nicht aber dessen Iran-Invasion als Bedrohung 'der Welt' durch einen 'irren Fanatiker' präsentiert wurde. Zu diesen Faktoren zählen eben auch die psychologische, militärische oder ökonomische Funktion solcher Feindbilder. Abdul Jan Mohamed hat eine solche Dynamik im übrigen schon für die kolonialistische Literatur zu Beginn des Jahrhunderts mit dem Begriff der „manichäischen Ökonomie" beschrieben: die 'Erforschung' kulturell noch nicht vollständig codierter Gebiete kann die Elemente bzw. die Kennzeichen der 'Fremde' je nach affektivem Gewinn als der 'eigenen' Kultur eher ähnlich oder als eher gegensätzlich codieren.

Mit dem Krieg in Ex-Jugoslawien und nun in jüngster Zeit mit der Regierungsbeteiligung des 'Fundamentalisten' Erbakan im NATO-Land Türkei, aber auch den Vorgängen in Afghanistan erlebte der 'Fundamentalismus' in den Medien einen 'konjunkturellen Aufschwung'. Ein weiteres Mal lassen sich hierbei Veränderungen



„Ein weiteres konstitutives Element einer Feindbildstruktur ist die Subjektsituation, die imaginäre bedrohliche Situation, in welche ein (Sprach-) Bild die Betrachter versetzt."

in der Feindbildstruktur feststellen. Wurde während der Anfänge des Jugoslawien-Konfliktes noch vor der 'Islamisierung Europas' gewarnt und die Brutalität der Auseinandersetzungen bis 1993 gar auf eine 'islamische Komponente' zurückgeführt, so stellte sich im weiteren immer mehr die Frage, ob nicht 'die Serben' – die u.a. durch das Charakterbild des 'Psychiaters' Karadzics eine kollektive Entsubjektivierung erfuhren – einen Fall von 'Fundamentalismus' darstellten. Ein 'nicht-islamischer Fundamentalismus' geriet so ins Blickfeld und verweist nun ein weiteres Mal darauf, daß die Kennzeichnung 'Fundamentalismus' nicht an spezifische religiöse Identitäten oder einen abgrenzbaren gesellschaftlichen Praxisbereich gebunden ist – bekanntlich sind auch die Abtreibungsgegner in den USA 'Fundamentalisten' und Roman Herzog kann sehr allgemein vor den 'fundamentalistischen Rattenfängern' warnen. Die semantischen Elemente einer (nicht-rationalen) 'Kompromißlosigkeit' und (nicht-realistischen) 'Rückständigkeit' sind allerdings durchgängig konstitutive Bestandteile dieser Etikettierung.

Der 'islamische Fundamentalismus' wird in den Medien gegenwärtig immer häufiger als 'Islamismus' bezeichnet. In einem kleinen Artikel der *FAZ* vom 23.8.1996 unter der Überschrift „Prozeß gegen vier Islamisten" werden deren Verbrechen das eine Mal als Lieferung von „Waffen und Sprengstoff an islamistische Gruppen", das andere Mal als Mitarbeit in „fundamentalistischen Gruppen" bezeichnet. Während derzeit noch nicht zu erkennen ist, ob die Begriffe eine 'friedliche Koexistenz' eingehen oder ob nicht doch die 'Islamisten' die 'islamischen Fundamentalisten' verdrängen werden, lassen sich einige Veränderungen der Feindbildstruktur – die sich eben nicht unmittelbar aus einzelnen Wörtern ergibt – bestimmen.

Anhand der Eingangs bereits erwähnten ZDF-Sendung „Die Faust des Propheten" läßt sich dies verdeutlichen und zugleich einige fernsehspezifische Mechanismen der Inszenierung von Bedrohung aufzeigen. Um es vorwegzunehmen: besagter Beitrag ist natürlich keine perfide Manipulation, sondern solide Reportage, die den gängigen Regeln des Fernsehens folgt – gerade deshalb ist es aber wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Konventionen des Journalismus in unterschiedlichen Kontexten je spezifische (ideologische) Effekte zur Folge haben können; nicht zuletzt wegen des zugrunde liegenden und generell beschränkten Reservoirs an Symboliken, Erzählformen usw. Das heißt auch, zu berücksichtigen, daß sich die vorgestellten Deutungsmuster nicht auf den Fernseh-Journalismus beschränken lassen. Sie lassen sich z.B. ebenso in Printmedien auffinden, auch wenn sich dabei zum Teil anderer journalistischer Arbeitsformen bedient wird.

Das lokalisierte und präzise Feindbild Saddam wurde abgelöst von den scheinbar global verstreuten 'Islamisten', ihren geheimen Waffenlieferungen und fanatisch-ideologischen 'Köpfen'. In „Die Faust des Propheten" sind die Zwischentitel von einer Weltkarte unterlegt, welche die Staaten rot hervorhebt, deren Bevölkerung zu „einem beachtlichen Teil" aus Moslems besteht. Die Weltkarte – aus welcher heraus sich die geographischen Umrisse der exemplarischen „Schauplätze" (Sudan, Afghanistan, Ägypten) bildfüllend vergrößern – ist überblendet mit einer farbverfremdeten, Waffen schwingenden Menschenmasse; die Tonspur synthetisiert tiefe, anschwellende Klänge, die gemäß der Spielfilmkonventionen kaum gutes verheißen, mit 'orientalisch' anmutenden Melodien. Es zeigt sich sowohl in dieser Hervorhebung – dreier lediglich beispielhafter 'Fälle' – aus einer flächig rot gefärbten Weltkarte als auch in der spezifischen Ästhetisierung eine Konstruktion des 'Islamismus' im Sinne einer diffus verteilten und geheim operierenden Einheit. Verstärkt wird diese verschwörungstheoretische Tendenz durch eine weitere Konvention des investigativen Journalismus: Mehrfach bekommen 'wir' gezeigt, wie der Kamera bzw. dem gesamten Team der Zutritt zu Räumen verwehrt wird.

„Das Feindbild 'Fundamentalismus'/'Islamismus' wird medial weiterhin reproduziert. (...) Gerade seine (...) Kopplung mit den Bildern von einer 'rückständigen' und 'chaotischen' (...) Dritten Welt, bergen die Möglichkeit, jederzeit militärische Eskalationen (...) legitimierend zu begleiten."

Während sich also die Lokalisierung des 'Fundamentalismus' geändert hat und die von ihm ausgehende 'Bedrohung' nicht mehr in eine so unmittelbare symbolische 'Nähe' unserer ausgeweiteten 'Halsschlagadern' gerückt wird, wie noch während des Golfkriegs – die Elemente des Feindbildes bleiben doch weitgehend erhalten. So haben beispielsweise die genannten Szenen der ZDF-Reportage, in welchen dem Team das Drehen verwehrt wird, nicht nur die Funktion, einen nicht zugänglichen 'Gefahrenherd' anzudeuten. Sie ermöglichen auch, den 'Islamismus' ein weiteres Mal als rückständig zu positionieren, insbesondere wenn die Ablehnung des Fernsehens durch die Taliban in einem Atemzug mit dem Arbeitsverbot für Frauen und dem brutalen Vorgehen gegen Diebe genannt wird. Hierein fügen sich auch die Klassifizierungen der religiösen Praktiken: Von den tanzenden Derwischen heißt es: „so tanzen sie seit Jahrhunderten und daran hat sich nichts geändert."

Die Entsubjektivierung und gleichzeitige Personalisierung der Bevölkerungen ergibt sich durch die Montage. Interviewsequenzen mit führenden Persönlichkeiten in Nahaufnahme – die sich durchaus gewaltbereit und agressiv äußern – sind eingefügt in Passagen, deren Bilder – relativ unabhängig vom Inhalt des Kommentars – dominiert werden von waffentragenden oder betenden Massen. Hierüber wird die Vorstellung von 'fanatischen' Anführern und subjektlosen Massen bildlich realisiert. Eine allgemeine De-Normalisierung resultiert aus der durch das Fernsehen konventionalisierten Dritte-Welt-Bildlichkeit. Neben den Massen dominieren Einstellungen von Gruppen beim Essen, Gruppen bei der Arbeit mit mangelhaftem Werkzeug (so zumindest der Kommentar) und vor allem von unsicheren – häufig kindlichen – Blicken in die Kamera. Was auf der einen Seite als 'Lebensfreude' auf den Märkten als 'orientalisch' exotisiert wird, ist auf der anderen Seite ein ständig drohendes Chaos. Selbst das Militär wird – wie man es auch von den berüchtigten 'Clans' in Somalia kennt – zum Sinnbild einer unorganisierten und subjektlosen Dritten Welt. Im ZDF-Beitrag sind es „Glaubenskrieger", die auf „Kreuzzug" (!) gehen und „Kinder des Afghanistankrieges", die „sonst nichts gelernt haben". Die *Zeit* vom 18.10.1996 schreibt über Afghanistan: „Die gefürchteten Usbekenhorden des bulligen Generals sind mittlerweile glattrasiert und stecken in neuen, russisch anmutenden Tarnuniformen – ein krasser Gegensatz zu den bärtigen Lumpenbanden der Mudschaheddin."

Das Feindbild 'Fundamentalismus'/'Islamismus' wird medial weiterhin reproduziert. Somit bleiben auch die Ressourcen einer symbolischen Eskalation des Feindbildes verfügbar. Gerade seine (mehr oder weniger globale) Diffusion und die Kopplung mit den Bildern von einer 'rückständigen' und 'chaotischen' – eben denormalisierten – Dritten Welt, bergen die Möglichkeit, jederzeit militärische Eskalationen und Interventionen in den verschiedensten 'Krisenherden' legitimierend zu begleiten. ●

Eine ausführliche Bibliographie zum vorliegenden Artikel ist zu erhalten über: Diskurswerkstatt Bochum, Holtingstr. 7, 44795 Bochum

tellerwäscher

❶ Der Falsche

Seit dem 16. September läuft vor dem Lübecker Landgericht der Prozeß gegen Safwan Eid, den die Staatsanwaltschaft weiterhin beschuldigt, das Feuer im Flüchtlingsheim Hafenstraße am 18. Januar gelegt zu haben. Zehn Menschen kamen bei dem Feuer ums Leben, 39 weitere wurden zum Teil schwer verletzt. Daß mit Safwan Eid, der selbst als Letzter vom Dach des Hauses gerettet wurde, der Falsche vor Gericht steht, stand schon vor dem Prozeß fest. Die mühsam konstruierten Anschuldigungen sind sämtlich zusammengebrochen, die einseitigen – und schon damit rassistischen – Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wurden thematisiert. Die wirklich dringenden Tatverdächtigen, vier Neonazis aus Grevesmühlen, befinden sich ohne Anklage auf freiem Fuß. Bisher fanden 11 Verhandlungstage statt. Vernommen wurden die Familie Eid, der Sanitäter Jens Leonhardt, der ein sogenanntes Geständnis von Safwan Eid gehört haben will, sein Freund Matthias Hamann, der die Beobachtungen von Leonhardt der Polizei meldete, sowie diverse Feuerwehrleute und Polizeibeamte. Insbesondere wollte das Gericht Klarheit über den Brandverlauf gewinnen, hierbei interessiert besonders die Frage, zu welchem Zeitpunkt der Eingangsbereich brannte.

Safwan Eid berichtete, wie er auf der Fahrt ins Krankenhaus auch einem Sanitäter von den Beobachtungen seines Vaters und seiner Schwester erzählte. Beide hatten nach dem Quietschen der Gartenpforte das Splittern von Glas und eine Explosion gehört, beide sahen dann Flammen im Vorbau des Eingangsbereiches. Hierbei fielen die Worte „die waren das", bezogen auf deutsche Nazis.

Ein Belastungszeuge hat am dritten Verhandlungstag ein „Potpourri von Möglichkeiten" (wie es die Verteidigung formulierte) des angeblichen Geständnisses präsentiert: Nur an den Satz „wir waren das" will er sich erinnern, ansonsten bietet er mehrere Möglichkeiten an, mit welchem Brandmittel aus welchem Gefäß man sich an wem rächen wollte.

Seinem Freund Hamann, dem eine rechtsextreme Tätigkeit nachgewiesen ist, widersprach Leonhardt in einem wichtigen Punkt am darauffolgenden Verhandlungstag: Er sei von Leonhardt noch in der Hafenstraße über das „Geständnis" informiert worden – zu einem Zeitpunkt, als laut Leonhardt das Gespräch mit Safwan Eid noch gar nicht stattgefunden hat. Hamanns Vernehmung wird abgebrochen, als ein Überlebender einen Nervenzusammenbruch erleidet. Daß die Nerven bei allen Flüchtlingen blank liegen, zeigt sich, als es zu einem Wortgefecht zwischen Mitgliedern der Familie El Omari (auch Nebenkläger im Prozeß) und der Familie Eid kommt.

Die Berücksichtigung der ZeugInnenaussagen zum Brandverlauf ist für das staatsanwaltschaftliche Brandgutachten mehr als ernüchternd: Die Beobachtungen der ZeugInnen lassen folgende These zu: Der hölzerne Vorbau des Eingangsbereiches brannte in der ersten Brandphase, später gingen dort die Flammen zurück, starke Verqualmung setzte ein, um darauf wieder aufzuflammen. Ein Feuerwehrmann bestätigte, daß der Vorbau bereits brannte, als die Treppe zum zweiten OG noch intakt war (laut Staatsanwaltschaft sollen herabstürzende Trümmer eben dieser Treppe den Vorbau in Brand gesetzt haben). Auch für die angeblich verschlossene Tür, die ein Eindringen von außen unmöglich gemacht haben soll, finden sich bisher keine Beweise, aber Indizien, die dagegen sprechen. Kein Zeuge kann sich an diese Tür als Hindernis erinnern, sie muß entweder sehr schnell runtergebrannt sein, oder aber stand offen.

Gegen den Gutachter Achilles, der eine Brandentstehung im Eingang für möglich hält, stellt Staatsanwalt Böckenhauer einen Befangenheitsantrag, sicherlich, um ein weiteres Zerpflücken seines eigenen Gutachtens zu verhindern. Der Antrag scheitert, das Gericht übernimmt im wesentlichen die Argumentation der Verteidigung.

Daß der Aspekt des Tatverdachts gegen die Nazis aus Grevesmühlen im Verfahren von der Verteidigung eingebracht und auch vom Gericht behandelt wird, stört die Staatsanwaltschaft sichtlich. Auf zwei Zeugenaussagen, daß der Wartburg der vier bereits vor Eintreffen der Einsatzkräfte am Tatort gesichtet wurde, reagiert Dr. Böckenhauer sogar aggressiv.

Gleichwohl bescheinigt eine Aussage eines Polizisten den Grevesmühlern für den Zeitraum um 3.30 Uhr ein Alibi. Unklar bleibt, wieviele Wartburgs aus Grevesmühlen eigentlich in der Tatnacht in Lübeck herumfuhren, da die Zeit des Brandausbruchs nicht feststeht, gibt es auch kein wasserdichtes Alibi für die Faschisten.

Mit der faktischen Widerlegung des staatsanwaltlichen Brandgutachtens und der widersprüchlichen und unglaubwürdigen Aussage des einzigen Belastungszeugen steht endgültig fest: auf der Anklagebank sitzt der Falsche. Ein Prozeß zur Klärung des Brandanschlags müßte gegen die Nazis stattfinden.

Lübecker Bündnis gegen Rassismus

❷ Rausschmiß

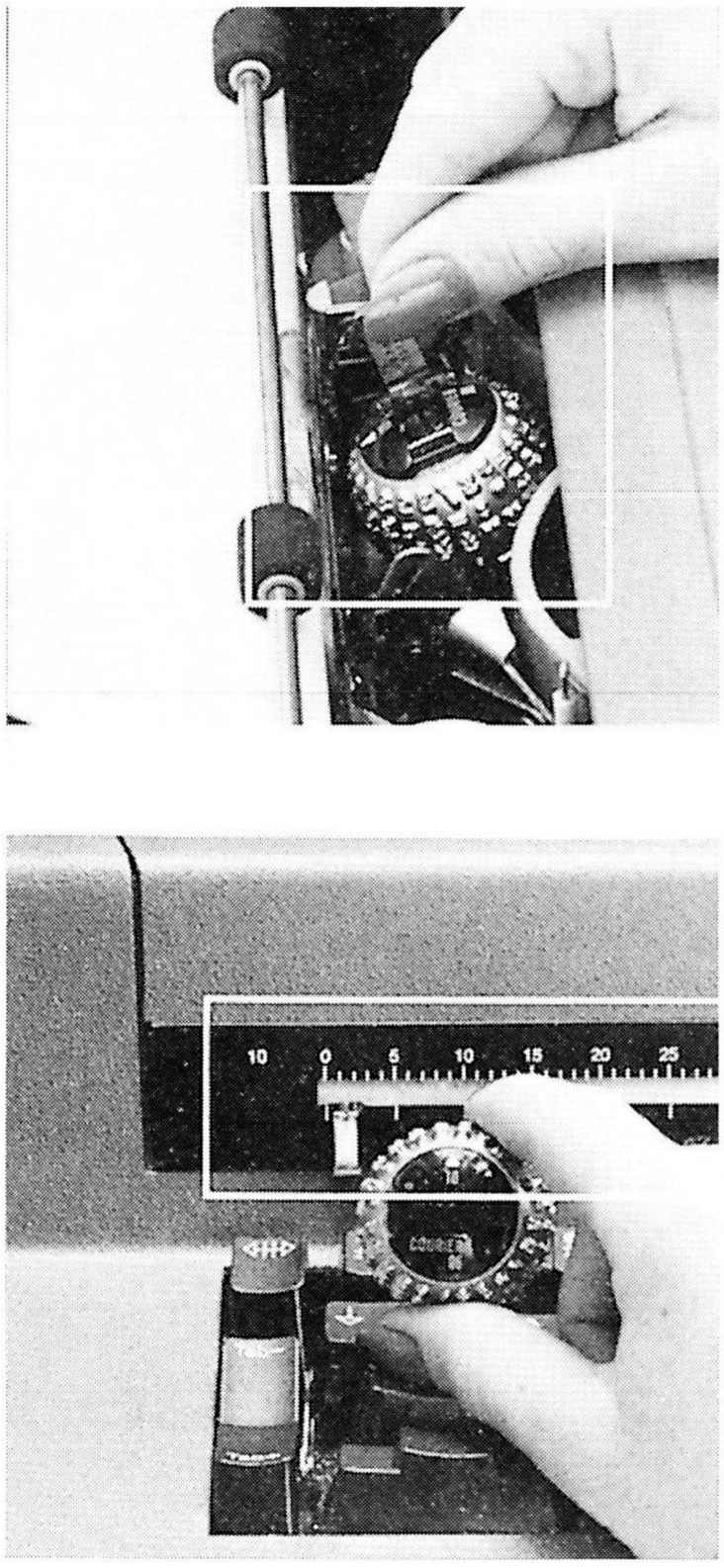
Gefahren lauern überall: ob im Rindfleisch, im Versagen der Monatshygiene, in der Butter, im Ei, im Ausleben sexueller Bedürfnisse, beim Drogenkonsum, auf der Straße; das Konstrukt „Gefahr" ist in einem solchen Maße objektiviert und aufklärungsresistent in den Köpfen der Gefährdeten verankert, daß kaum jemand auf die Idee kommt, es in Frage zu stellen.

Gleichzeitig ist mit ihm der Wunsch nach Sicherheit schaffenden Maßnahmen untrennbar verbunden. Die gängigen Antworten auf die Frage, wie Sicherheit geschaffen werden kann, entstammen für gewöhnlich den hegemonialen Diskursen, und die berufen sich auf die Notwendigkeit von Disziplinierung, Repression und Überwachung.

In einem ständig sich wiederholenden Zyklus erzeugt der Allparteien-Parlamentarismus in der BRD (und anderswo) Gefahren, die diskursiv auf- und ausgebaut werden, bis schließlich (und das vornehmlich in Zeiten von Wahlkämpfen) der Ruf nach ihrer Abwehr erschallt und dementsprechende Konzepte vorgelegt und ausgeführt werden. Dabei verfestigt sich das öffentliche Bild der Gefahr in einem Maße, daß die Abwehr nunmehr als Sachzwang aufgefaßt wird und deren Infragestellung lediglich Diskursen in Kreisen politischer Randgruppen verhaftet bleibt. Nach der faktischen Abschaffung des Asylrechts, mit der einer dieser Zyklen abgeschlossen wurde, stehen nun Fragen der Inneren Sicherheit auf dem Programm.

In Hamburg sorgt derzeit ein Papier der SPD mit dem Titel „Maßnahmen gegen die Unwirtlichkeit der Stadt" für Furore, das sich mit der durch die öffentliche Anwesenheit von Bettlern, Obdachlosen und Drogenabhängigen entstehende „Unwirtlichkeit" befaßt. Henning Voscherau kommentierte das Papier, indem er verlauten ließ, er sei für „sozialstaatliche Solidarität" mit Menschen in schwierigen Lebensverhältnissen. Manche ihrer „öffentlichen Verhaltensweisen als Maßstab des Zusammenlebens aller zu dulden, wäre aber eine Verirrung und gäbe die zivile Bürgergesellschaft preis" (*FR*, 12.10.1996). In Köln wurde nach lebhaften Diskussionen die sogenannte „Klagemauer" auf der Domplatte geräumt, die als Sammelpunkt wiederholt Ausgangspunkt für die Formulierung eines Protests gegen soziale Ausgrenzung war.

In Frankfurt findet dieses Thema in Form der „Gefahrenabwehrverordnung" seine Konkretisierung. Man mache sich nichts vor, die „Gefahrenabwehrverordnung" ist bis auf einzelne Details öffentlicher Konsens, und findet in der Bevölkerung den zu ihrer Durchführung notwendigen breiten Anklang. Das häufig angeführte Argument, man müsse den „subjektiven Unsicherheitsgefühlen" der unbescholtenen Bürger Rechnung tragen, entpuppt sich dabei als Scheinargument, da Gefühle von Unsicherheit immer subjektiv sind, aber erst (gerade in Fragen der Inneren Sicherheit) innerhalb von Diskursen erzeugt werden, und hier beißt sich dann die Katze in den Schwanz. Die „Gefahrenabwehrverordnung" dient der Reglementierung des Verhaltens im öffentlichen Raum, im speziellen auf der Frankfurter Zeil, und schafft die formale Grundlage für das, was in Frankfurt schon lange übliche Praxis ist: die Ahndung und Bestrafung von nicht regelhaftem Verhalten. Die Verhaltensnormen, die der „Gefahrenabwehrverordnung" zugrunde liegen, orientieren sich dabei am Bild des durchschnittlichen Konsumenten. Normal und damit berechtigt zur Nutzung des öffentlichen Raumes ist, wer ihn mit Konsumabsichten betritt, seien sie nun auf die auf der Zeil ansässi-



gen Geschäfte oder auf die diversen dort stattfindenden Champagner- und Kaviaraktionen gerichtet. Nicht normal ist, wer den öffentlichen Raum als Lebensraum nutzt, beziehungsweise auf diesen angewiesen ist. Die derzeitig stattfindende Diskussion im Magistrat um die Entschärfung des Paragraphen 7 (Verbot des Lagerns und dauerhaften Verweilens auf Flächen mit starkem Fußgängerverkehr) der Verordnung ist nichts als der Versuch einer freundlicheren Formulierung. So soll also in Zukunft Alkohol- und Drogenkonsum in der Öffentlichkeit, Betteln, Lagern und Übernachten dann verboten sein, wenn dadurch eine Gefahr entsteht. Gefährdung ist in diesem Fall jedoch nicht konkret, sondern sie wird auf einer potentiellen Ebene heraufbeschworen, die besagte Tätigkeiten als Indiz für die Gefährlichkeit einer Person definieren, und da lauert die Gefahr natürlich an jeder Ecke. Ralf Euler ließ in der *FAZ* vom 12.9.1996 verlauten: „Es gibt eine Grauzone menschlicher Verhaltensweisen, durch die andere Personen gefährdet oder auf unzumutbare Weise belästigt werden, ohne daß dabei die Schwelle zur Straftat überschritten wird. Diese Lücke bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit würde durch die neue Verordnung geschlossen." Damit wäre also die Zielrichtung klar: es geht um die Kriminalisierung von moralischen Normen nicht entsprechendem Verhalten, das öffentliches Ärgernis auf sich zieht.

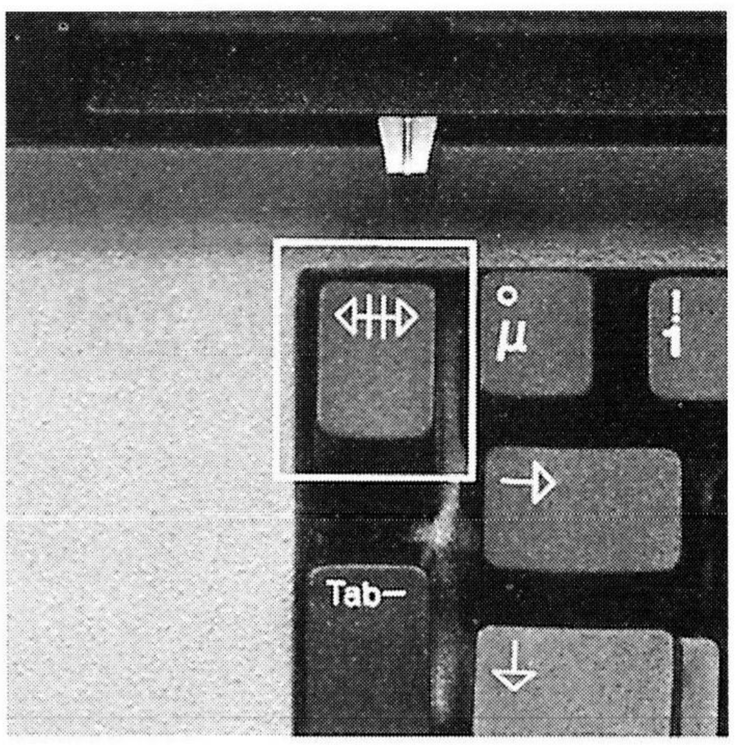
Schauerlich und zugleich exemplarisch für diese Entwicklung ist auch die unheilvolle Vermählung des Magistrats mit „Zeil Aktiv e.V.". Es handelt sich dabei um eine Interessensgemeinschaft von auf der Zeil ansässigen Geschäftsleuten, denen die Sauberhaltung des ihre Geschäfte umgebenden Raumes, und damit die Garantie ungetrübten Konsumgenusses für die potentiellen Kunden besonders am Herzen liegt. Der auf der Zeil geplante Glaspavillon zum Zwecke der Koordinierung ordnungsschaffender Tätigkeiten wird von „Zeil Aktiv" nicht nur ideell, sondern auch finanziell zu beträchtlichen Teilen unterstützt. Die potentiellen Unsicherheitsfaktoren im öffentlichen Raum, namentlich Dealer, Obdachlose, Punks, etc. werden zum Opfer einer Standortdebatte, in der man sich endlich getraut, soziale Fragen rein unter Aspekten von Profitmaximierung zu diskutieren. Nichts ist, wer nichts hat, weil er sich nichts kaufen kann.

Auf diesem Weg wird öffentlicher Raum privatisiert, ohne das er explizit an Privatleute übereignet werden müßte, da sich die Profitinteressen der Geschäftsleute mit den Standortinteressen der Stadt in ungetrübt harmonischem Einklang befinden. Wenn man sich dann noch durch freundliche finanzielle Unterstützung in die Sicherheitspolitik des Magistrats einkauft, bekommt man dafür auch ein Plätzchen im Glaspavillon, und darf bei der Verteidigung des öffentlichen Raumes gegen unliebsame Eindringlinge unmittelbar Mitplanen und Mitvertreiben. Ein weiterer Schritt zur Privatisierung des öffentlichen Raumes wäre somit getan. Kommt es schließlich zu einer tatsächlichen Privatisierung, wie sie in den Plänen zur Vermietung von Teilen der Zeil anklingt und zum Beispiel in Berlin durch den Verkauf kompletter Stadtteile an interessierte Firmen bereits stattgefunden hat, dann ist das Ausleben beliebiger Vertreibungsgelüste endgültig zur Norm geworden.

Eine Form von Widerstand wurde am 26.9.1996 in Form einer nicht genehmigten Party auf der Zeil versucht, die den Glaspavillon thematisieren sollte, und an dessen geplantem Standort – dem Brockhaus-Brunnen in der Mitte der Zeil – stattfinden

sollte. Die Party wurde nicht zuletzt von der Polizei verhindert. Ausschlaggebend war nach Angaben dieser der geplante Einsatz einer Musikanlage. Der Polizeieinsatz anläßlich dieser politischen Party-Veranstaltung ist sicherlich Indiz für die zunehmende Kontrolle, die über den öffentlichen Raum ausgeübt wird. War die Strategie des Gewährenlassens bei der Nachttanz-Demo im Juni dieses Jahres noch dem Konzept der Kontrolle durch Nivellierung von Opposition durch Integration verschrieben, so hat man diesmal die Grenze zwischen Integration und Repression übertreten. Hier wird allein die Absicht, eine Party zu veranstalten zum Politikum; es bleibt zu hoffen, daß sich hier eine Möglichkeit zu einer neuen politischen Praxis auftut. ***Bodo Hahn***

tellerwäscher



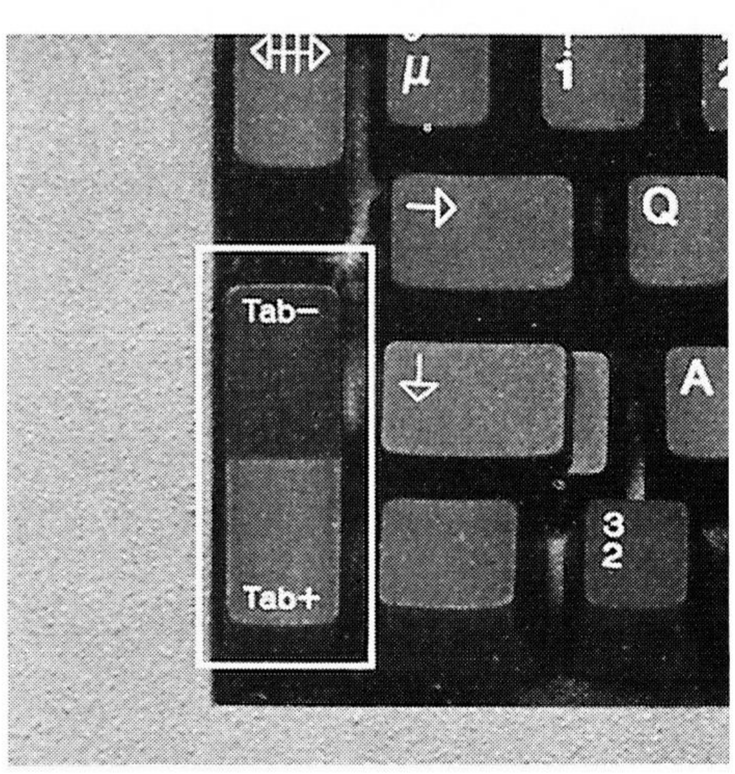
❸ Offenbar keine Offenbarung

Die Offenbarung der Propheten lautet der Titel des Buches von den dogmatisierenden Ex-Grünen Ebermann und Trampert. Zu lesen im Zug, in der Sauna, in der Bar. Der knallig gelb hervorgehobene Titel wird angestarrt und die Leserin dieses Buches müde angelächelt. Ist auch dieses grauenvoll aufgemachte Buch esoterischen Inhalts?

Mühevolle Qual des Lesens. Zum Beispiel des Untertitels. Eine Aufzählung: „Über die Sanierung des Kapitalismus, die Verwandlung linker Theorie in Esoterik, Bocksgesänge und Zivilgesellschaft." Erst einmal durch die Vorbemerkungen:

Unter „kapitalistischem Kommando" stehe die ganze Welt wieder (Seitesieben), wir stehen hingegen „am Ende dieses Jahrtausends" in den „Trümmern einer Geschichte" oder gar „vor einer rasenden Regression" (Seiteacht). Die Autoren verkünden, daß ihr Anliegen die Freiheit und die „Erfassung der Wirklichkeit" sei, schnell wird noch einmal Adorno zititiert und schon geht's los. In die „Analyse, Erzählung, Satire", absichtsvoll abgewechselt als Stilmittel, wie vorsichtshalber auch noch vorbemerkt (Seiteneun). Damit – wie sich späterdings herausstellt – ist gemeint, dort wo die Aufzählung, unendliche Aneinandereihung von Substantiven eigentlich einmal von einer Analyse hätte abgelöst werden müssen, wird die Satire bemüht. Aber die ist auch keine Satire, sondern schlicht und einfach platt.

Die Zitierten können einer fast leid tun, auch wenn sonst nicht. Am liebsten gleich in die Nähe von Faschisten oder von „Neuen Rechten" gerückt, egal ob es sich um Ex BMW-Chefs handelt oder um Robert



Kurz (Seitenelfundvierundfünzig). Was E. und T. uns eigentlich mitteilen wollen? Nur mit Mühe und Not ist eine Richtung zu erkennen, die die beiden einschlagen: die antinationalistische. Daß diese von der plattesten anti-deutschen Sorte ist, kann E. und T. nichts ausmachen, da auf Seitehundertundvier schon Anti-anti-nationale in einem kurzen eingeschobenen Absatz plattgemacht werden.

Es ist wirklich besser und garantiert ohne Verlust, die von E. und T. vertretenen Thesen den zumindest umfangsmäßig überschaubaren zwei bis drei-seitigen Artikeln in den uns allen bekannten Zeitschriften zu entnehmen.

Das Ende kommt noch oder auch nicht: *Die Offenbarung der Propheten* hat einfach kein Schlußkapitel. Und auch keinen Index, daher noch nicht einmal als Handbuch für Sozialkundelehrer zu gebrauchen, die sich die DM 39,– ja schon leisten könnten. Nur nebenbei bemerkt. Ab ins Regal damit, zweite Reihe.

Michaela Lönneberger

Thomas Ebermann und Rainer Trampert: Die Offenbarung der Propheten. Über die Sanierung des Kapitalismus, die Verwandlung linker Theorie in Esoterik, Bocksgesänge und Zivilgesellschaft, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1995, 360 S., DM 39.–

❹ NÖS oder Pariser Mai

Es war schon eine kleine Sensation, als der Heidelberger Wissenschaftler Micha Brumlik auf einer Grünen Klausurtagung Mitte Oktober dafür plädierte, wieder mehr über die Notwendigkeit des Kommunismus statt des Kommunitarismus zu sprechen.

So sehr ist nach 1989 der Begriff Kommunismus mit Stasi und Stalin verknüpft worden, daß die *taz* Brumliks Rede sogleich auf der Debattenseite veröffentlichte. Selbst in den verbliebenen linken Wissenschaftskreisen sprach man lieber von radikalem Reformismus (Joachim Hirsch). Damit wollten sich die beiden AutorInnen des jetzt im Konkret-Verlag erschienen Buches ***Vorwärts und Vergessen?*** nicht zufriedengeben: Der für seine polemischen Kolumnen bekannte *konkret*- und *junge Welt*-Autor Jürgen Elsässer und die Theoretikerin der Kommunistischen Plattform (KPF) in der PDS, Sahra Wagenknecht, sind sich darin einig, daß der Kommunismus „verzweifelt aktuell" sei und daß nur die Kritik der politischen Ökonomie der Hebel für Veränderung ist.

Damit enden die Gemeinsamkeiten aber auch schon und das macht die Debatte erst interessant. Sahra Wagenknecht weicht selten von dem ab, was in den Lehrbüchern der Parteihochschule der SED stand: Marxexegese, emphatischer Bezug auf die deutsche Klassik und ein Plädoyer für leistungsbezogenen Sozialismus. Nur der gelegentliche antisowjetische Zungenschlag hätte nicht ins Parteilehrjahr ge-

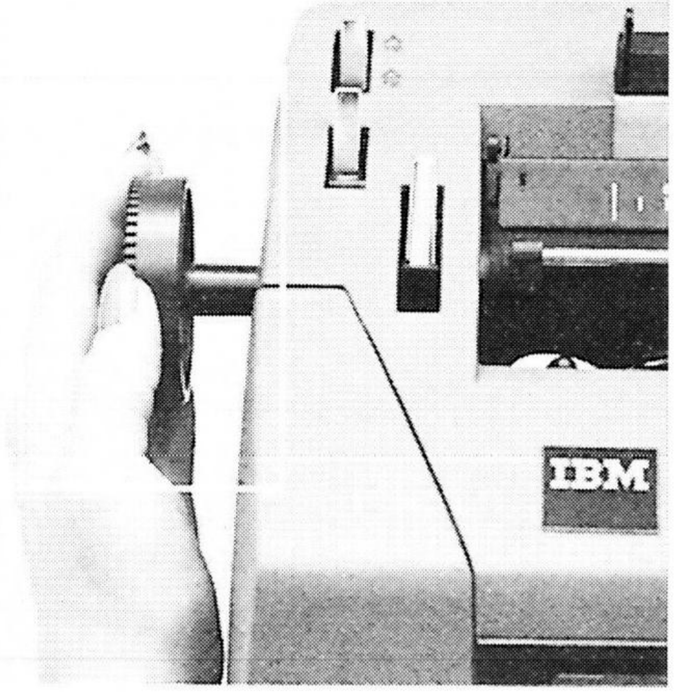
paßt. Wenn Wagenknecht „die forcierten sowjetischen Reperationsforderungen“ (20f.) für den Aufstand am 17. Juni 1953 mitverantwortlich macht, darf sie sich über Zustimmung auch und gerade bei jenen Deutschnationalen, die über die harten Bedingungen der Alliierten klagen, die Verbrechen der deutschen Armee aber lieber totschweigen, nicht wundern. Nach 1989 ist in nationalkommunistischen Kreisen Sowjetschelte modern geworden, die auch bei Wagenknecht bei dem „DDR-Verkäufer Gorbatschow“ (25) endet. Statt einer materialistischen Analyse wird Zuflucht zu Verschwörungstheorien genommen.

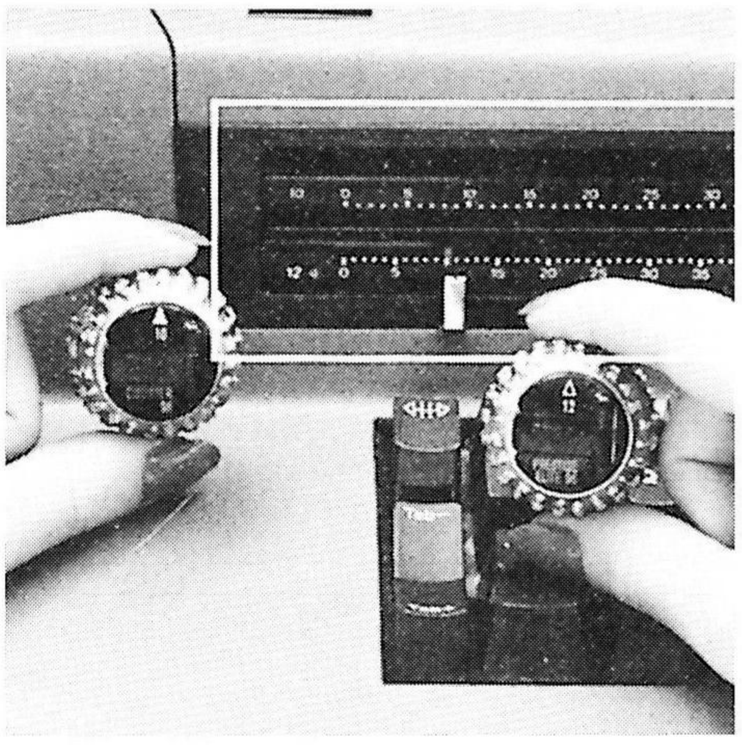
Jürgen Elsässer hingegen kritisiert genau diesen linken Nationalismus, das Ausspielen der antisemitischen Karte in SED-internen Auseinandersetzungen in den 50er Jahren, die Zuhilfenahme bürgerlicher Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Sauberkeit und Leistungsbereitschaft für die sozialistische Bewegung.

Elsässer präsentiert sich als ein später Erbe der 68er Bewegung, der nicht nur bei Marx, Lenin, Mao, Trotzky und Che Guevara sondern auch bei John Lennon, Freud, Wilhelm Reich, den Dadaisten, den Kronstädter Matrosen, ja sogar – viele Leser seiner Kolumnen werden es nicht für möglich halten – bei Bakunin Anleihen nimmt. Bei ihrer Suche nach einer Gesellschaft ohne Markt und Staat würden die Kommunisten nach über 100jähriger Trennung wieder auf die Anarchisten stoßen, meint Elsässer und hat gleich tief ins Repertoire anarchistischer Parolen gegriffen. Die Revolution muß eine Fete sein, alle Uhren müssen nach einer Revolution zerstört werden. Mit anarchistischer Hilfe propagiert er gar den Marxismus-Lennonismus und sieht in der Subversion die Aufgabe der Kommunisten in nichtrevolutionären Zeiten.

Sahra Wagenknecht sieht den einzigen zukunftsweisenden Moment des Jahres 1968 weder im Pariser Mai noch im Prager Frühling sondern in der NÖS, dem Neuen Ökonomischen System, das in diesem Jahr in der DDR eingeführt wurde. Dieses System implizierte die Einführung von Marktmechanismen und die Durchsetzung des Leistungsprinzips in der sozialistischen Ökonomie. Warum dieses Modell „dem Sozialismus, die für einen absehbaren historischen Zeitraum bestmöglichen Entwicklungsbedingungen gesichert hätte“, kann Wagenknecht allerdings nicht plausibel begründen. Auch was die NÖS von der von Wagenknecht so gescholtenen Wirtschaftspolitik des „Prager Frühlings“ unterscheidet, bleibt im Dunkeln. Für die von Elsässer erwähnte Stellungnahme des SDS-Theoretikers Hans-Jürgen Krahl zum Prager Frühling, der seine Ablehnung des sowjetischen Einmarschs mit einer Kritik an Dubscheks Wirtschaftspolitik verband, fehlen leider Quellenhinweise zum Weiterlesen.

Elsässer schreibt über die APO-AktivistInnen: „Die Verbürgerlichung der Revoluzzer wurde dadurch vorbereitet, daß die Neue Linke die Nebenwidersprüche anstatt ihre Sprengkraft durch den Nachweis der Verbindung zur kapitalistischen Produktionsweise zu erhöhen durch das Ausblenden dieser Verbindung entpolitisiert.“ Dabei versäumt er es aber sich auf feminis-





stische und antirassistische TheoretikerInnen zu beziehen, die genau diese Verbindungen suchen. Vielleicht treffen ja KommunistInnen auf der Suche nach einer Gesellschaft ohne Staat und Markt nicht nur auf AnarchistInnen sondern auch Feministinnen und AntirassistInnen, die sich an der Diskussion, der im Buch oft allzu knapp angerissenen kontroversen Themen beteiligen.

Peter Nowak

Jürgen Elsässer / Sahra Wagenknecht: Vorwärts und vergessen? Ein Streit um Marx, Lenin, Ulbricht und die verzweifelte Aktualität des Kommunismus, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1996, 142 S., DM 19,80

❺ Buchclub Rot-Schwarz

„Die Frage nach der Legitimität revolutionärer Gewalt kann ja nie grundsätzlich beantwortet werden, weder in ihrer Bejahung, noch in ihrer Verneinung. Ihre grundsätzliche Bejahung, der ich verfallen war, kann eben zu individuellem Terrorismus führen, zu ungerechtfertigten Opfern und zu persönlicher Schuld. Ihre grundsätzliche Verneinung führt zur ewigen Herrschaft des marodierenden Egoismus der Starken.“ So Inge Viett – ehemaliges Mitglied der Bewegung 2. Juni und der RAF – 1991 in einem Schreiben an Christa Wolf, welches neben zahlreichen anderen Briefen in dem Band ***Einsprüche! Briefe aus dem Gefängnis*** dokumentiert ist. Von ihrer Verhaftung 1990 bis zum Frühjahr 1996 erstreckt sich der Zeitraum, in dem sich Viett unter anderem zur Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD und zu ihrer Zeit in der DDR äußert. Diese hatte Anfang der 80er Jahre zehn RAF-Mitgliedern politisches Exil gewährt, erst die deutsch-deutsche Vereinigung erlaubte es dem Staatsschutz, die juristische Verfolgung ehemaliger Militanter zu komplettieren. Er traf dabei auf größte Aussagebreitschaft, Inge Viett war letzlich die einzige der DDR-AussteigerInnen, die sich der Kronzeugenregelung verweigerte und es vorzog, ihre Geschichte nicht vor Gericht zu verarbeiten. Daß ihr an einer Aufarbeitung jedoch sehr viel liegt, dokumentiert das vorliegende Buch.

In ihrer Kritik an der Politik der bewaffneten Gruppen in der BRD steht immer wieder im Vordergrund, daß Militanz nicht Inhalt, sondern nur Mittel sein kann und deshalb die Stilisierung von Gewalt als Frage der revolutionären Moral eine Analyse der Verhältnisse verunmöglicht: „(...) darum war auch die Überprüfung des Konzeptes nicht möglich. Sie war bereits nach Schleyer fällig. Nicht weil die Sache so verlaufen ist, wie sie verlaufen ist, sondern weil an ihr am deutlichsten wurde, daß es keinen sozialen Druck und keinen politischen Willen für eine bewaffnete Opposition in der BRD gab.“ Als sich Ende der 70er Jahre die spontaneistische Bewegung 2. Juni vor dem Hintergrund ihres zusammengebrochenen sozialen Umfeldes auflöste, ordnete sich Inge Viett der antiimperialistisch ausgerichteten und von rigiden Organisationsstrukturen geprägten RAF zu, der auch ihre Hauptkritik gilt. Insbesondere dem RAF-Umfeld wirft sie mit Vehemenz den „Verlust an geistig/politischer Selbstständigkeit“ vor: „Wenn was läuft, fühlt sich der ‘Widerstand’ blendend, wenn Mama und Papa im Knast Probleme haben, (...) bricht ihnen draußen der Schweiß aus, wird gestritten und gebarmt

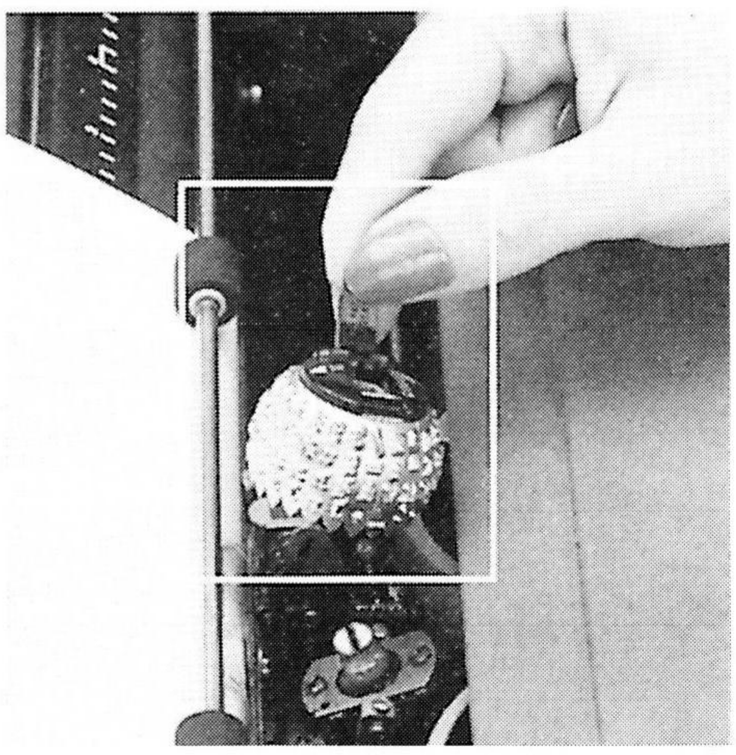
(...).“ Für sie verstellt diese „revolutionäre Puppenstube“ den Blick auf eine neue revolutionäre Strategie, die keine Guerilla-Strategie mehr sein kann.

Mit der RAF bricht sie schon nach kurzer Zeit und nutzt ihre Kontakte zum MfS der DDR, um die Übersiedlung der zehn AussteigerInnen Anfang der 80er Jahre zu organisieren. „Die wenigen Jahre in der DDR haben mir eine Ahnung von Heimat gegeben“, so Viett in fast schon romantischer Verklärung ihres „Schrebergartenidylles“, wie sie es selbstironisch nennt. Indem sie der westdeutschen Siegerpose das Bild des besseren, weil sozialistischen Deutschlands entgegensetzen will, verfällt sie allerdings in die Beschwörung der ‘ostdeutschen Vereinigungsopfer’, ohne allerdings darauf einzugehen, wie es solche sogenannten Opfer etwa in Rostock-Lichtenhagen bestens verstanden, sich dem gesamtdeutschen Kollektiv anzudienen. Der nach ‘89 manifest werdende Rassismus deutscher Spielart hat seine Ursprünge eben auch in der DDR, beispielsweise in der dort praktizierten Abschottung von VertragsarbeiterInnen.

Mit ***Brigate Rosse. Eine italienische Geschichte*** liegt ein weiterer Versuch vor, sich dem schwierigen Unterfangen der Aufarbeitung der Geschichte des bewaffneten Kampfes zu widmen. Das Buch ist Ergebnis eines sechstägigen Interviews, welches Carla Mosca und Rossana Rossanda im Sommer 1993 mit Mario Moretti im italienischen Staatsgefängnis von Opera führten. Moretti, neben Renato Curcio einer der wichtigsten Figuren der Roten Brigaden in den 70er Jahren, wurde 1981 verhaften und sitzt u.a. wegen Entführung und Ermordung des Vorsitzenden der ehemaligen christdemokratischen Partei Italiens Aldo Moro seitdem im Gefängnis. In äußerster Ausführlichkeit nutzt Moretti die Möglichkeit, um seine Geschichte und die der Roten Brigaden von den Arbeiter-Basiskomitees in den Mailänder Fabriken der 60er Jahre bis zu seiner Verhaftung, den Spaltungsversuchen und schließlich der Selbstauflösungserklärung 1987 offenzulegen.

Anders als etwa in der BRD wurden in Italien die ersten militanten Aktionen der Linken in den Fabriken verübt, richteten sich gegen Unternehmer und Ingenieure, die sich besonders der kapitalistischen Modernisierung verschrieben und gegen die Arbeiterselbstorganisation wandten. Anders begründet war auch der Schritt in die Illegalität: „Die Entscheidung war nicht defensiv, sondern ein Angriff. Wir flohen nicht, im Gegenteil: In der Klandestinität wollten wir die bewaffnete proletarische Macht aufbauen.“ Als dieser Schritt 1972 vollzogen wurde, waren die Roten Brigaden schon zwei Jahre als militante Gruppe aktiv. Die Erfahrungen im *Collettivo Politico Metropolitano*, einer

tellerwäscher



Plattform der außerparlamentarischen Linken Ende der 60er Jahre und die politischen Ereignisse dieser Zeit, insbesondere der Bombenanschlag auf die Nationale Wirtschaftsbank an der Mailänder Piazza Fontana vom 12.12.69, führten zur Entscheidung, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Dieser Anschlag, vom Geheimdienst SID, Polizeikräften und organisierten Faschisten verübt, steht exemplarisch für die damalige politische Situation, in der in einer Art Notstand zahlreiche Linke kriminalisiert wurden; unter ihnen ein Anarchist, der während eines Verhörs aus bis heute ungeklärten Umständen aus dem Fenster des Polizeipräsidiums „gefallen wurde“. Nicht nur die Roten Brigaden nahmen diese „Strategie der Spannung“ rechter Kräfte zum Anlaß, offensiv den Kampf um die Macht aufzunehmen. Dazu wurde die Strategie der drei Direktiven entwickelt: sowohl die politischen als auch die ökonomischen Kräfte und die Repressionsapparate sollten getroffen werden. Als am 16. März 1978 Aldo Moro entführt wurde, hatte der „Angriff auf das Herz des Staates“ seinen Höhepunkt erreicht. 55 Tage wurde Moro gefangen gehalten, um eine Spaltung des „nationalen Konsenses“ zwischen Christdemokraten und Kommunisten zu erreichen. Genau das Gegenteil trat jedoch ein: Der Block der staatstragenden Kräfte rückte noch enger zusammen und sogar Versuche Moros, auf die eigene Partei einzuwirken und eine Vermittlung zu erreichen, wurden bewußt übergangen. Die Entführung endete mit der Erschießung Moros am 9. Mai. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, daß sich die Strategie der Offenlegung und Ausnutzung antagonistischer Kräfte im Herrschaftsblock nicht umsetzen ließ. Doch statt dies zum Anlaß einer radikalen Neubestimmung ihrer Politik zu nehmen, versteiften sich die Roten Brigaden auf eine militärische Auseinandersetzung mit dem Staat. Daß dabei ihre soziale Basis, die weitaus größer als etwa die der bewaffneter Gruppen in der BRD war, zusammenbrach, führte letztendlich über den Umweg der Aufspaltung in zahlreiche Grüppchen zur Selbstauflösung.

Moretti versucht mit diesen Gesprächen die Geschichte der Roten Brigaden als „Bruchstück politischer Geschichte“ festzuhalten, die Auskunft über Diskussionen und Einschätzungen der Linken in den 60er und 70er Jahren gibt. Selbst wenn für ihn die Guerilla-Strategie kein adäquates Mittel mehr ist, so geht es ihm und seinen Interviewerinnen – wie dieses Buch zeigt – doch darum, einer außerparlamentarischen Linken wieder zu politischer Interventionsfähigkeit zu verhelfen. *G.O.*

Inge Viett: Einsprüche! Briefe aus dem Gefängnis, Edition Nautilus, Hamburg 1996, 160 S., DM 26.–

Mario Moretti: Brigate Rosse. Eine italienische Geschichte. Interview von Carla Mosca und Rossana Rossanda, Libertäre Assoziation / Schwarze Risse – Rote Straße, Hamburg/Berlin 1996, 288 S., DM 28.-

❻ Niemand ist böse!

Der Ort an dem du etwas ***(Brot und Gürtelrosen)*** liest ist entscheidend. Liest du ihn in der Straßenbahn, schauen dich die Leute an. Liest du ihn im Szeneladen, kann es schon schaden. Liest du ihn wartend, auf irgendeiner Bank, auf irgendetwas wartend, vertreibt er dir genau 46 Minuten und 38 Sekunden die Zeit. Wiglaf, es ist schad, daß du so fad, da doch irgendwie moralisch bist. Das hätte niemand von dir gedacht.

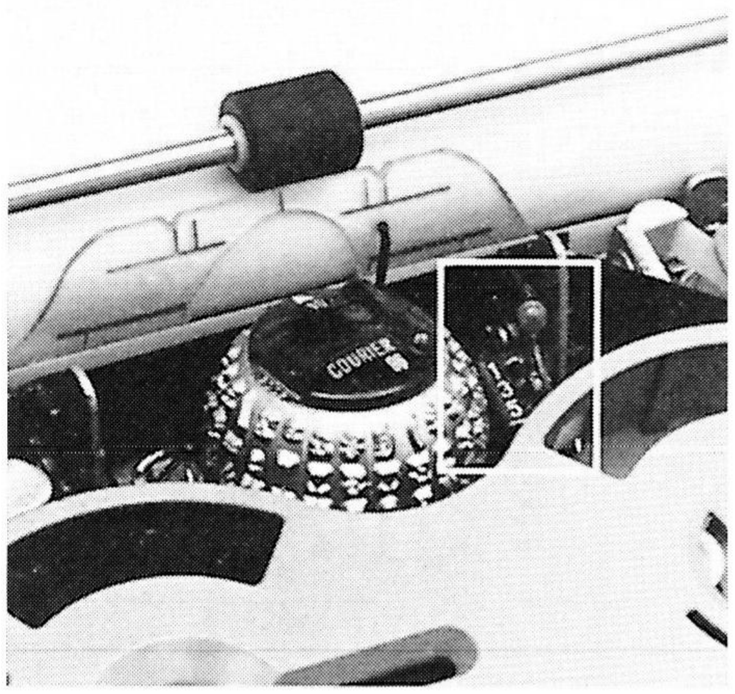
Wer ist dann überhaupt noch böse? Zur Rezension wurde mir auf der Frankfurter Buchmesse Fanny Müllers und Susanne Fischers ***Stadt Land Mord. Kriminelle Briefe nachgelassener Frauen*** übergeben. Allerdings zierte sich die Edition (Tiamat) nicht, zweifelte an meinem Rezensentinnen-Ich, warf mir insgeheim Betrug vor und behauptete laut, so daß es alle hörten, die „Leute von der *links*" hätten das Buch schon geholt, „gestern oder so". Gelogen! Schließlich bekam ich doch den Schmöker von der Dame an dem Stand (dafür habe ich den Droste geklaut, das ging schneller). Der Herr, der auch an dem Stand stand, meinte noch hämisch grinsend: „Seit wann bespricht die *links* denn Frauenliteratur?". Was heißt denn Frauenliteratur? Sollte der Herr jedoch gemeint haben, Frauen hätten bei der *links* zu selten das Vergnügen, rezensiert zu werden? (als Frage weiter an die Red.) Absatz.

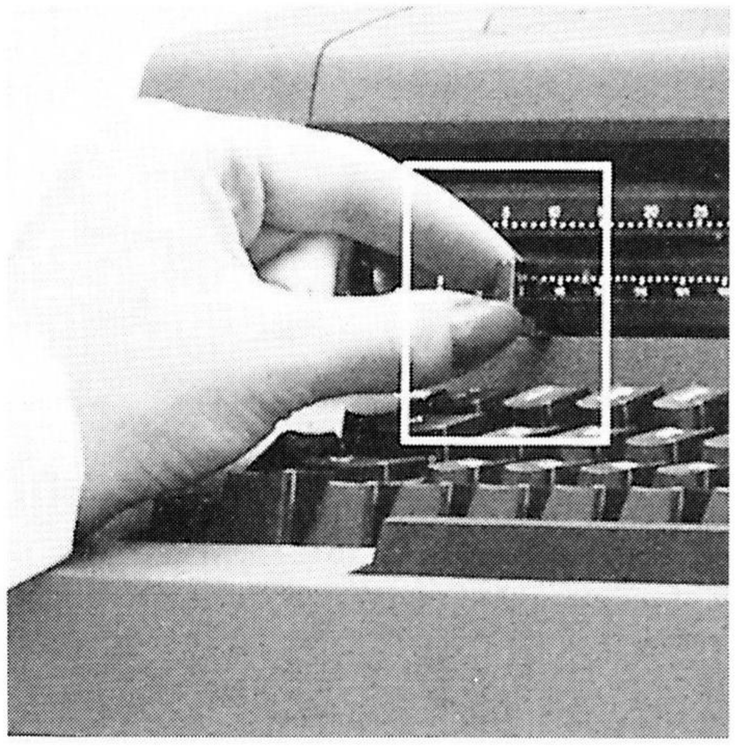
„Herr"lich auf jeden Fall das gerade so noch ergatterte Buch. Die trefflichste Bescheibung dessen, was ich so denke, was meine Mutter so denkt, nachdem ich bei ihr zu Besuch war. Und die Porzellangänse stehen auch original bei ihr auf dem Fensterbrett. Leider zu stark abgemixt und daher öfter etwas kloßbrühig unklar. Aber immer noch witzig, wenn auch nicht böse oder mörderisch. Vielleicht ein bißchen zu pürree, Pfanni äh Frau Müller und Frau Fischer? Des Lesens dennoch wert!

Michaela „Oliver" Lönneberger

Wiglaf Droste: Brot und Gürtelrosen, Edition Tiamat, Berlin 1995, 127 S., Preis unbekannt, siehe oben.

Susanne Fischer & Fanny Müller: Stadt Land Mord. Kriminelle Briefe nachgelassener Frauen, Edition Tiamat, Berlin 1996, 156 S., DM 29.80





❼ Globalisierung

Die schweizer Zeitschrift ***Widerspruch*** veröffentlicht halbjährlich Themenhefte, die nicht nur wegen der Themenwahl lesenswert sind („Sicherheit contra Solidarität", Europapolitik, Sozialpolitik und Ungleichheit beiträgt, sondern diese verstärkt und ständig wieder neu produziert. Im Zentrum der Analyse von *links*-Herausgeber Mohssen Massarrat stehen die Nord-Süd Beziehungen. Die Nutzung der Rohstoffquellen des Südens eröffnete für den Norden die Möglichkeit zur Abwälzung der Kosten der Naturnutzung und war (neben Leistungs- und Produktivitätssteigerungen) eine wichtige Voraussetzung für die Durchsetzung des nördlichen Wachstumsmodelles. Die Basis dieser globalen Kostenexternalisierung als neue Form der Ausbeutung ist der politische und ökonomische Machtvorsprung des Nordens. Insofern kann Kosteninternalisierung auch nicht als rein ökonomisches Problem diskutiert werden, sondern nur bei gleichzeitiger Thematisierung der globalen Machtverhältnisse. Der Aufsatz von Dräger arbeitet ausführlich und fundiert die möglichen wirtschaftlichen und sozialen Gefahren heraus, die mit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion als politisch gewolltes Globalisierungsprojekt einhergehen. Als Folge dieser rein ökonomisch ausgerichteten Integration drohe eine Spaltung Europas in eine mitteleuropäische Kernzone und eine überwiegend südeuropäische Peripherie.

Unter den Beiträgen, die sich mit dem Spannungsverhältnis von Globalisierung und sozialen Standards beschäftigen, ragt vor allem der Aufsatz von Baumann/Laux/Schnepf zur Supranationalisierung der Tarifpolitik im Baugewerbe heraus. Gedämpft werden Hoffnungen auf eine Übertragung und Koordinierung von Verhandlungskompetenzen auf supranationale Institutionen, die ein Gegengewicht zur unternehmerischen Globalisierung bilden könnten. Diejenigen Gewerkschaften die national eine starke Position innehaben und deshalb den Prozeß vorantreiben könnten, haben daran wenig Interesse, weil sie mit Machtverlusten auf europäischer Ebene rechnen. Da es bisher kaum supranationale Organisationen der Arbeitgeber als Verhandlungspartner gibt, müßten entsprechende Tarifverhandlungen auf Betriebsebene geführt werden, was wiederum die Tendenz zur Auflösung von Flächentarifverträgen verstärken würde.

Durch die Aufsätze zu den ökologischen Implikationen der Globalisierung zieht sich als ein Strang die kritische Auseinandersetzung mit der optimistischen Einschätzung, über Ökosteuern sei eine „grüne Marktagenda" (Wuppertaler Institut) durchzusetzen. Krätke setzt sich mit den geläufigsten Argumenten Für- und Wider Ökosteuern auseinander und bietet eine Einführung in die Debatte um Verteilungskonflikte, Aufkommensneutralität und Lenkungspotential. Brüggen kritisiert in seinem Beitrag die Ökonomisierung der ökologischen Kritik, die sich in der Überbetonung des Effizienzkriteriums und der einseitigen Verengung des ökologischen Umbaus auf eine „Effizienzrevolution" zeigt: „Beim Energiesparen scheint man beiden gerecht werden zu können: Dem Arbeitswertökonomen, der die arbeitssparenden Potenzen der Natur wirkungsvoller nutzen will, und dem Ökologen, der seinen Wohlstand entropiesparend und mit möglichst geringen Eingriffen in die Natur erhalten möchte" (83). Dabei werde aber die entscheidende Frage nicht ausdiskutiert, nämlich wozu die Effizienzgewinne und die Einsparungen an Rohstoffen etc. verwendet werden: „Bleiben Sie unberührt oder werden sie genutzt, um Arbeitsproduktivität und den Output noch weiter zu steigern?" (84). Diese Frage, die das Verhältnis zwischen quantitativer materieller Wohlfahrtssteigerung und den qualitativen, ökologischen und sozialen Aspekten

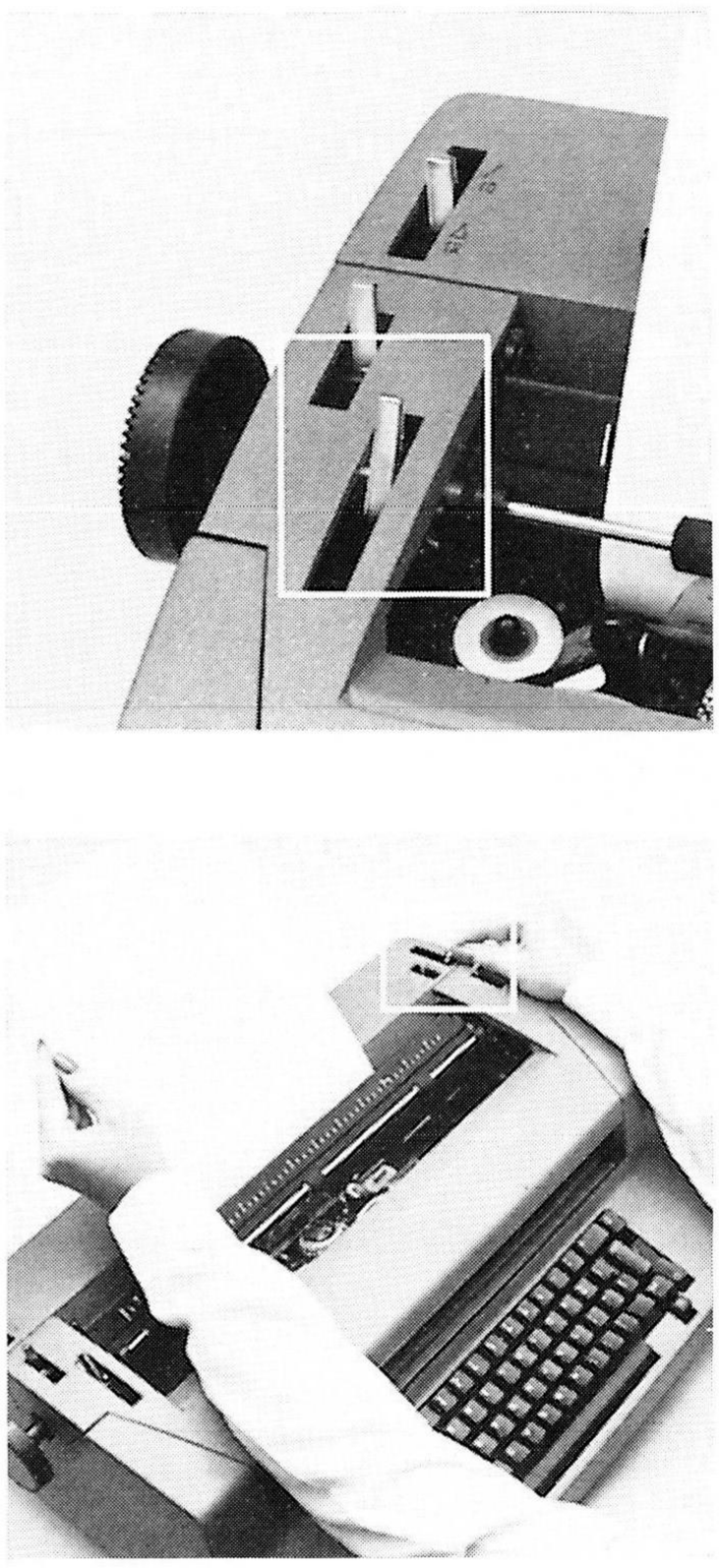
des Wohlstandes betrifft, müsse politisch geklärt werden und lasse sich nicht durch Einführung von Ökosteuern umgehen.

Ergänzt werden die Schwerpunktbeiträge um eine ausführliche Debatte über Möglichkeiten und Grenzen einer Arbeitszeitverkürzung und deren Auswirkungen. Daß der *Widerspruch* diesem Thema mit fünf Diskussionsbeiträgen (besonders lesenswert ist die feministische Problematisierung des Themas durch Madörin) viel Raum gibt, ist umso wichtiger, da Arbeitszeitverkürzung sowohl in ökologisch als auch in sozialpolitisch motivierten Reformvorschlägen eine wichtige Rolle spielt. Die traditionelle wirtschaftspolitische Strategie, Vollbeschäftigung durch Wirtschaftswachstum zu erreichen, ist nicht nur wenig erfolgversprechend sondern ökologisch auch nicht wünschenswert. Weitere Arbeitszeitverkürzungen sind somit die einzige Lösung, um bei weiteren Produktivitätssteigerungen und ökologisch begrenzten Möglichkeiten zur materiellen Mehrproduktion eine zunehmende Spaltung zwischen Erwerbs- und Nichterwerbstätigen zu verhindern.

Leider fehlt ein Beitrag, der sich mit möglichen Anknüpfungspunkten für eine wirtschaftspolitische Strategie jenseits der „Weltmarktkonkurrenz" auseinandersetzt. Nur vereinzelt finden sich Hinweise. Etwa Massarrats differenzierte Kritik am Freihandelspostulat, Drägers Plädoyer für einen Abbau von Leistungsbilanzüberschüssen und eine stärker binnenmarktorientierte Beschäftigungspolitik oder auch die von Ruh geforderte „Rückverlagerung des Schwerpunktes der Wirtschaft in die Regionen". Dabei hätte gerade die Debatte um eine Regionalisierung von Stoff- und Wirtschaftskreisläufen viele Anregungen geben können. Da der Ausbau von Verkehrsinfrastruktur und Telekommunikation sowie das Absenken von Handelshemnissen zu einem Verschwinden des Raumbezuges bei ökonomischen Entscheidungen geführt hat, finden die heutigen weltwirtschaftlichen Transaktionen unter Außerachtlassung der räumlichen Bedingen ökologischer Prozesse statt. Dies gilt sowohl für die Entnahme als auch für die Abgabe von Stoffen. Der Transfer von Rohstoffen führt zu Stoffanreicherungen in bestimmten Regionen und zu Stoffverarmungen in anderen. Außerdem werden dabei ökologische Kreislaufbeziehungen zwischen Stoffproduzenten und -destruenten aufgelöst. Eine Neuorientierung der Wirtschaftsweise an den regionalen Gegebenheiten wäre deshalb nötig. Primäres Ziel sollte nicht mehr die Produktion für den Weltmarkt sein, sondern für den lokalen Eigenbedarf und für die umliegenden Regionen. Zugegebenermaßen stände eine derartige Politik quer zu den „Globalisierungsprozessen", aber auch diese sind nicht nur ökonomischer Sachzwang, sondern auch Resultat einer politisch-ökonomischen Durchsetzungsstrategie. ***R. H.***

Widerspruch. Beiträge zur sozialistischen Politik, Heft 31/Juli 1996, 220 S., DM 20.–

tellerwäscher



❽ NiX[3]

In diesem Jahr wird es keine weiteren Castortransporte in das Brennelementezwischenlager Gorleben geben. Ausschlaggebend ist die Weigerung des niedersächsischen Innenministers Gerhard Glogowski (SPD), Tausende von PolistInnen zur „Sicherung" des Transports abzustellen. An den Kosten zur polizeilichen Durchsetzung des Dreierpacks – ein Behälter aus dem AKW Grundremmingen soll mit zwei weiteren aus dem AKW Neckarwestheim gekoppelt und im Konvoi nach Gorleben rollen – sollen sich die anderen Länder beteiligen. Das Thema Castor wird die Innenministerkonferenz am 21./22. November beschäftigen.

Die Betreiber des GKN bemühen neuerdings unsere Argumente, beklagen, daß wir den Ausstieg aus der „Plutoniumwirtschaft" behindern, wenn wir die Castortransporte nach Gorleben – und man muß hinzufügen – nach anderswo (Ahaus und Greifswald) verhindern wollen. Natürlich haben wir mit Interesse vernommen, daß die GKN die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente in La Hague nicht mehr will. Natürlich wissen wir zu schätzen, daß mit jeder Tonne Plutonium, die dort weniger anfällt, und schrumpfenden Atommüllbergen, die ansonsten ein unweigerliches Nebenprodukt der Plutoniumextraktion sind, der Nachwelt weniger Strahlenmüll hinterlassen wird.

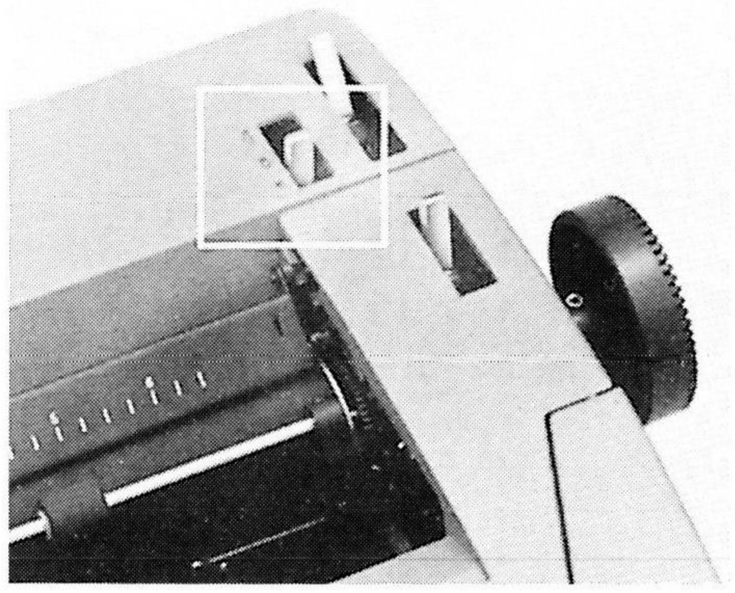
Die Beweggründe der AKW-Betreiber aber sind rein wirtschaftlicher Natur: die Castorbehälter auf zunächst 40 Jahre in einer Halle in Gorleben oder Ahaus abzustellen, kommt eben billiger. Die PreussenElektra, der Stromriese im Norden, hat aus der Anti-Castor-Bewegung den umgekehrten Schluß gezogen, hat mit der Androhung, auf die Wiederaufarbeitung in La Hague zu verzichten, der französischen WAA-Betreiberin Cogéma Preisnachlässe abgerungen und – beschickt La Hague weiterhin.

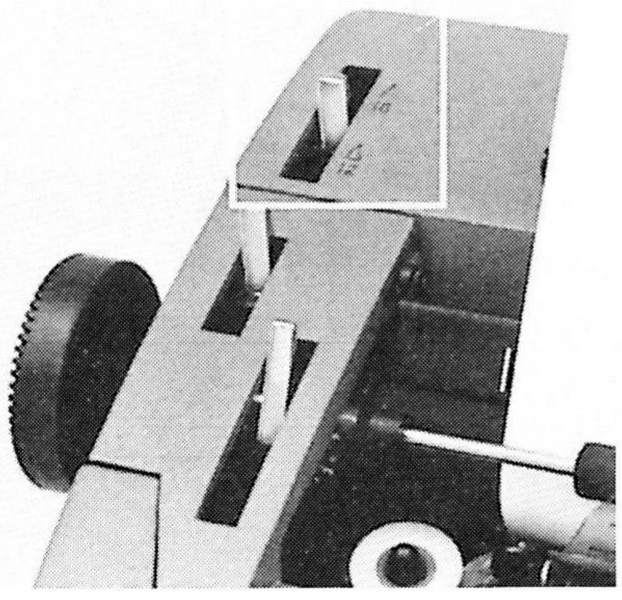
Da sollen wir differenzieren zwischen „guten" und „schlechten" Castortransporten? Niemals. Ob es die Betreiber des GKN oder des AKW Grundremmingen sind, ob es um Brokdorf, Biblis oder Krümmel geht, sie wollen den ungestörten Reaktorbetrieb. Wir sind doch nicht blöd und machen in dieser Situation der Gegenseite Vorschläge, wo sie den Atommüll lassen können. Was uns eint, ist die Forderung nach dem sofortigen Stopp der Atommüllproduktion. Früher sind wir gegen festungsartige Mauern angerannt und haben den Sofortausstieg gefordert. Das erste haben wir satt (das mit den Mauern), das zweite (das mit unseren Forderungen) natürlich nicht.

Der Castor hat die alte Symbolik der

Anti-AKW-Bewegung der 70er und 80er Jahre , den „Kampf gegen AKW's/gegen die WAA“ ersetzt. Die reisenden Atommülltonnen sorgen in den 90er Jahren für ein flächendeckendes Aktionsprogramm, sie vernetzen die Initiativen. Und: die Pforten der atomstromproduzierenden Hochsicherheitstrakte öffnen sich dann und wann, wenn wieder so ein Ungetüm auf die Reise geht und eröffnen uns vielfältige Handlungsperspektiven. Mit den Blockaden, Gleisbesetzungen und Protesten gegen Castortransporte, mit der Störung des „Normalbetriebs“, zu dem das Hin- und Herschieben des Atommülls gehört, rücken wir ins öffentliche Bewußtsein, daß es für die Risikotechnologie Atomkraft keine Akzeptanz im Lande gibt, treiben wir die Kosten für die Nutzung der Atomkraft in die Höhe, denn das ist das einzige Argument, was sticht. 50 Millionen kostete der erste Polizeieinsatz am Tag X im vergangenen Jahr, 90 Millionen waren es im Mai am Tag X^2, NiX^3 sagen wir jetzt. Wer nicht hören will, muß zahlen. Sorry, Wir in Gorleben würden eigentlich viel lieber sachlich über die Transportrisiken, die Frage reden: was ist eigentlich mit den Deckeldichtungen, wenn über 30, 40 , 50 oder mehr Jahre die Castoren rumstehen und dauerhafter harter Strahlung ausgesetzt sind? Aber das interessiert die Medienöffentlichkeit höchstens dann, wenn es spektakuläre Proteste beim nächsten Transport gibt – also wird für die gesorgt werden.

Im Wendlang werden wir am nächsten Tag X massenhaft auf die Straße gehen, die Bauern werden es nicht noch einmal zulassen, daß ihre Traktoren fernab von der Transportstrecke von der Polizei gestoppt und demoliert werden. Wir sind einfach vorher da – gewaltfrei und massenhaft, aber unberechenbar, das ist unser Credo. Den sprichwörtlich langen Atem haben wir schon oft genug unter Beweis gestellt, 20 Jahre Widerstand sind nicht spurlos an uns vorbeigegangen. Aber wir haben auch Spuren hinterlassen und versprechen der Gegenseite schon jetzt: NiX^3 wird eine heiße Dreierkiste. Es gibt keinen Ermüdungserscheinungen, wir tun es immer wieder, damit das einzig richtige Thema auf die Tagesordung gerückt wird: der Sofortausstieg. ***Wolfgang Ehmke***





❾ Film ab

Ein Film sollte an diesem Abend gezeigt werden. Ein „Lehr- und Dokumentarfilm“ – so die eher ironische, einem Flugblatt entnommene Bezeichnung für ein Video, das – zumindest bis zum 27. September – bereits ohne größere Schwierigkeiten in anderen Städten der BRD (und eine Woche später im übrigen nochmals in Frankfurt an anderem Ort) zu sehen war. „Ohne größere Schwierigkeiten“ heißt an dieser Stelle: ohne Versuche, mittels staatlicher Repression, Vorführungen zu verhindern bzw. VeranstaltungsbesucherInnen zu kriminalisieren.

Eine Lehr- bzw. Dokumentarveranstaltung wurde es auch, jedoch nicht im eigentlich beabsichtigten Sinn der Anwesenden. Diese erhielten nämlich körpernahen, um nicht zu sagen körperverletzenden Anschauungsunterricht der etwas anderen Art.

BesucherInnen des Café Exzess im Frankfurter Stadtteil Bockenheim staunten am 27. September nicht schlecht, als gegen 21.30 Uhr plötzlich martialisch gewandete Sondereinsatzkommandos der Polizei in Begleitung von LKA-Kräften in Zivil die an diesem Abend stattfindende Videovorführung regelrecht stürmten und ohne viel Federlesen Anwesende von den Stühlen rissen, diese z.T. verletzten und mehrere Stunden mit gespreizten Händen und Beinen an den Wänden verharren ließen. Die Polizei nutzte ihren Überfall nicht nur dazu, neben dem Videorecorder (samt Kassette) zahlreiche Unterlagen und Inventar – welche überdies gar nicht im Kontext zu dem Film stehen – abzutransportieren, sondern unterzog die ZuschauerInnen neben der bereits beschriebenen Schikane quasi einer „vor-Ort-ED-Behandlung“. Doch damit nicht genug. Über 70 BesucherInnen wurden vorläufig festgenommen und vorübergehend inhaftiert. Im Polizeigewahrsam wurden sie – deutsche Behörden arbeiten bekanntlich seit jeher gründlich – nochmals erkennungsdienstlich behandelt, bevor die letzten am 28.9. gegen 6.00 Uhr früh freigelassen wurden. Den Anlaß ihres Tuns mochten die an diesem Abend ansonsten so rührigen Beamten niemandem eindeutig mitteilen.

Erst später und anscheinend um flankierende Maßnahmen seitens der Frankfurter Lokalpresse bemüht, ließen polizeiliche Presseoffiziere durchblicken, worum es gegangen sein soll: „Die Aktion wurde vom Generalbundesanwalt veranlaßt“ (*FR* v. 30.9.), ermittelt würde wegen mehrerer Anschläge auf Einrichtungen der Telekom am Frankfurter Flughafen. Handlungsgrundlage sei ein 'Ermittlungsverfahren gegen unbekannt wegen Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung'. Nun war es raus. Da schwang man mal wieder mit vereinter Kraft die 129a-Keule. Aber warum und gegen wen? Schließlich fand die Aktion erst gegen Ende der Filmvorführung statt. Es wäre für die Behörden ein leichtes gewesen, die Veranstaltung bereits im Vorfeld zu kriminalisieren, denn sie wurde Tage zuvor öffentlich angekündigt.

Worum ging es also bei der Inszenierung bürgerkriegsähnlicher Zustände in Frankfurt? Neben dem Aspekt, daß mittels dieser symbolischen Politik das autonome Kulturzentrum Café Exzess kriminalisiert werden soll, um mittelfristig die Grundlage für seine Schließung zu schaffen, hatte die Nacht-und-Nebel-Aktion einen überregionalen Charakter. Der Film selbst ist eine „hinreißende Collage“ (Oliver Tolmein) u.a. über den täglich stattfindenden rassistischen (Abschiebe)Terror, sowie dessen Durchsetzung und Absicherung durch bundesdeutsche Biedermänner; er montiert hierzu auch Ausschnitte aus Werbevideos der Flughafen AG und der Deutschen Telekom und hält somit fest, daß dem Frankfurter Flughafen eine besondere Funktion in der Abschiebemaschinerie zukommt. Sachverhalte die ohnehin schon hinlänglich bekannt sind, die zu Wiederholen jedoch nicht falsch sein kann. Doch eben das scheint die staatlichen Abschiebeschützer zu stören. Ebenso wie die Tatsache, daß das Terrain linksradikalen Widerstands dagegen von manchen Gruppen weiter gefaßt wird, als es kommenden T-Aktien-BesitzerInnen lieb sein kann. Hierüber sollte am 27. Sept. auch diskutiert werden. Insofern erfüllt der Film tatsächl. eine „Unterstützungs-“ bzw. „Bildungs“funktion – allerdings: „Bildung“ in einem wenig radikalen Sinne, sozusagen eher ganz konventionell: Aufklärungsarbeit. Um deren Verhinderung, wie um die amtliche Grenzziehung zwischen erlaubtem und unerlaubtem Widerstand ging es. ***T.K.***

DOMINIK REBMANN

Versagen kritischer Intelligenz

Staatliche Drogenpolitik und linke Konservatismen

Jedes Jahr, wenn der Bundesdrogenbeauftragte die neuesten Zahlen der „Drogentoten“ veröffentlicht, wiederholt sich das gleiche Schauspiel: Wenn sie gestiegen sind, begreifen die Hardliner der Drogenpolitik sie als Auftrag, die Verfolgung und Bestrafung zu intensivieren und zu effektivieren. Sind sie indes gefallen, so wird es als Erfolg ebendieser Politik verkauft. Zur Begründung der Forcierung staatlichen Repressionsaufwandes werden dann die vorgeblich größere Anzahl der Neueinsteiger oder deren angeblich sinkendes Alter bemüht. Spiegelbildlich verhalten sich die rot-grünen Modernisierer: Einen Rückgang der „Drogentoten“ verkaufen sie als Beleg für die Richtigkeit ihrer „neuen Wege“, d.h. hauptsächlich die Praxis der Methadonvergabe als sorgenreiche Chance zur Perpetuierung staatlicher Berauschungsvorschriften in gewohnter Weise und hilfreicher Finger, der den Buße getan Habenden den Weg in die guten Abteilungen der Gesellschaft weist. Sterben mehr User wird es von den Reformern als Beleg dafür genommen, daß es für die Ausweitung dieser Politik höchste Eisenbahn ist.

Wer wahrgenommen werden will, sollte sich in der drogenpolitischen Diskussion, staatstragend wie sie heute ist, tunlichst ins Lager der Falken oder der Tauben schlagen. Die liberale Idee, daß es Dinge gibt, die den Staat schlicht nichts angehen, wurde längst durch krude Volksgesundheitsideologie substituiert. Weiter verschwindet die materialistische Erkenntnis, daß die über 1000 Heroinkonsumenten, die jedes Jahr in der BRD verrecken, nicht an der pharmakologischen Beschaffenheit ihrer Lieblingsdroge, sondern an den Bedingungen, unter denen der Staat sie diese konsumieren läßt, zugrunde gehen.

Rauschzustände erlebt jedes Subjekt, ob mit Drogen oder ohne. Mittels äußerer Mittel, Perzeption abrupt zu modifizieren, war in jeder Gesellschaft, der die Mittel zu Verfügung standen, beliebt. Diese Substanzen und Mittel erschienen den Menschen zumeist als magisch, göttlich oder bewußtseinserweiternd, kurz als sehr illuster. So stehen die Versuche der Herrschenden, den Gebrauch bestimmter Drogen zu unterbinden, schon lange auf der Tagesordnung. Es verboten z.B. im 17. Jahrhundert unter Androhung der Todesstrafe verschiedene Fürsten Tabak und Kaffee, als die Drogen des ungemütlich denkenden, emporstrebenden Bürgertums. Die modernen Drogenverbote stammen aus den 20er Jahren dieses Jahrhunderts, als auf den internationalen Opiumkonferenzen die bis dahin üblichen Arznei- und Genußmittel Opium und seine Derivate, Cannabis und Kokain verboten wurden. Was zunächst nicht mehr als kaum kaschierte Ausschaltung kapitalistischer Konkurrenz zu ungunsten des Kriegsverlierers und Hauptproduzenten chemisch aufbereiteter Drogen, dem Deutschen Reich, war, mauserte sich – durch zielsichere Propaganda des aufstrebenden Medizinerstandes verbreitet – und vom Staat als Chance begriffen in Gesetze gegossen zum Universalinstrument bei der Durchsetzung eines moralisch korrekten Lebensstils.

Albernes Verbot

Daß Drogenpolitik keine Frage der Vernunft, sondern der Gesinnung ist, zeigt – nur am offensichtlichsten – die Geschichte des Haschischverbotes. In den USA von Harry J. Anslinger, später dann weltweit und dem Anspruch der Single Convention von 1961 nach auf alle Ewigkeit durchgesetzt, bediente es sich der Begründungen je nach politischer Opportunität: Anfangs als „Niggerdroge“ denunziert, die ihre vorgeblich ausschließlich schwarzen Konsumenten zu Aggressivität, Aufruhr und Vergewaltigung der weißen Frauen aufstachele, konnte 1972 die damalige Gesundheitsministerin Strobel zwar nicht minder rassistisch, aber doch genau umgekehrt Haschisch als Droge charakterisieren, die „unsere Jugend zu trägen Orientalen“ mache. Richtungsweisend nannte 1965 der Drogenbeauftragte der UNO, Herr Nahas, Cannabis das gebräuchlichste Mittel zum Freitod in Europa. Keine der Legenden über die Gefährlichkeit von Haschisch haben sich je wissenschaftlich nachweisen lassen. Doch reicht den Befürwortern seiner Prohibition der einmal gefaßte Dünkel, daß es körperliche Schädlichkeit und geistig-moralischen Niedergang induziere.

Auf die Wissenschaft nun haben sich die Freigabebefürworter mit Energie gestürzt. Statt jedoch den Anspruch des Staates, über die Gesundheit der Bürger zu verfügen, zu kritisieren, werden sie nicht müde, die Ungefährlichkeit ihres Krautes zu präsentieren. Als Politiker jubelten sie daher als das Bundesverfassungsgericht 1994 „Jein“ zur Freigabe sagte, über eine „Trendwende in der Drogenpolitik“, statt zu registrieren, was wirklich geschehen war: Weil die Millionen Kiffer, die es allein in der BRD wohl gibt, täglich Baudelaires Diktum, mit ihnen sei kein Staat zu machen, widerlegen, weil angesichts der Verbreitung durch nahezu alle gesellschaftlichen Schichten auch das anfängliche Bedrohungsszenario der „Umherschweifenden Haschrebellen“ schlicht nicht mehr so recht zieht, wurde die Durchsetzung eines Verbots einstweilen zurückgestellt. Gegen wen es nun mit aller Kraft gehen sollte, haben die Kifferverbände selbst mehr oder weniger deutlich ausgesprochen: gegen die wahrhaft gefährlichen, weil „harten Drogen“, mit denen Cannabis in einen Topf zu schmeißen, der Drogenpolitik eigentlicher Fehler gewesen sei. Nicht genug damit, daß die Hänflinge sich braven Untertanen gemäß darüber freuten, eine einst genommene Freiheit als staatlich garantiertes Recht zurückzubekommen, ist ihre Forderung nach der „Trennung der Märkte“ Stichwortgeber modernisierter Drogenpolitik, die die Grenzen zwischen guten und bösen Drogen neu nachziehen möchte.

Tödliches Verbot

Pharmakologisch ist die Substanz Heroin mit den Endorphinen des Menschen eng verwandt und bewirkt genau wie diese Schmerzreduktion und Euphorisierung, weshalb Opiate in der medizinischen Schmerzbekämpfung in schweren Fällen weiterhin Standard sind. Korrekt dosiert treten in aller Regel neben dem allgemei-

nen Wohlgefühl allerhöchstens Verstopfung und (bei den ersten Applikationen) Übelkeit auf. Auch bei chronischem Gebrauch entstehen keine irreversiblen körperlichen Störungen. Gefährlich ist allein die Überdosis, bei der Atem- und Herzstillstand droht. Wann und ob eine körperliche Abhängigkeit eintritt, hängt von der Intensität des Konsums ebenso ab, wie von der allgemeinen physischen und psychischen Verfassung, wie überhaupt der Interdependenz zwischen psychischer Verarbeitung des Opiatkonsums mit physiologischen Prozessen in der Forschung kaum Augenmerk gezollt wird. Sicher ist aber, daß ein Großteil heutiger Heroinkonsumenten einen streng beschränkten Konsum („beim Urlaub in Thailand, weil der Stoff dort gut ist", „zu Weihnachten", etc.) pflegen. Für die USA schätzt Trebach (1982) gestützt auf Feldforschungen das Verhältnis intensive – gelegentliche Heroinuser auf eins zu sieben.

Um zu verstehen, warum das Cannabisproblem für die Betroffenen nur nervig, das Heroinverbot jedoch mörderisch wirkt, lohnt sich wiederum ein Blick in die Geschichte. Diacetylmorphin, besser bekannt unter seinem Markennamen „Heroin", ließ Bayer 1901 lizensieren und pries es als Hustenmittel an. Hauptsächliche Anwendung fand Heroin im medizinischen Bereich, wo es bei der Hustenbekämpfung wegen der körperlichen Abhängigkeit schnell unbeliebt wurde, im Kriegsgeschäft jedoch wegen seiner enorm schmerzstillenden und stimmungsaufbessernden Eigenschaften zum Vergabeschlager jeder Feldapotheke wurde. So war es kein Wunder, daß insbesondere Veteranen Heroin und Morphium, seine Schwestersubstanz, auch als Genußmittel zu schätzen lernten. Als in den meisten Fällen mit Auszeichnung integrierte und unauffällige Mitglieder der Gesellschaft gerieten sie nicht in Gefahr, als „Drogenopfer" Objekt allgemeiner Fürsorge zu werden. Selbst die über Kongresse und Strafverschärfungen von Ärzteschaft und Staat im Deutschland der 20er Jahre mit großem Aufwand betriebene Stigmatisierungskampagne subkultureller Kokser (der Plot war damals schon der heutige: Impotenz, geistig-moralischer Niedergang zum gemeingefährlichen Wesen mit Forderungen nach „Ausschaltung des Süchtigen als Keimträger der Suchten" (Seidenspinner, 1928)) verhallte weitgehend ungehört. Stoff gab es weiterhin von Apothekern gegen Rezept oder von den freundlichen auch unterm Tresen.

Diese relativ unbeschwerte Situation wandelte sich erst 1972 dramatisch: In der Situation einer anschwellenden Nachfrage nach psychoaktiven Stoffen aller Art, so auch nach Opiaten von Seiten eines sich im Dunstkreis der 68erInnen herausbildenden subproletarischen GebrauerInnenmilieus, unterband die Regierung die Praxis freizügiger Opiatverschreibung durch rigide Kontrolle der Btm-Rezepte und hohe Strafen für illoyale Apotheker und Ärzte. Es wurden in den gern des Nachts aufgemachten Apotheken Tresorvorschriften verschärft und zugelassene Lagerkontingente auf Grammbeträge reduziert. Den anarchistischen Feind im Visier, begann im durch diese gesetzlichen Einschränkungen geschaffenen Nachfrageloch die Produktion der „Junkies", d.h. jener verelendeten Konsumenten, die ihr Heroin aus Effizienzgründen injizieren müssen und die wir aus *Bild*, *Stern* und der Bahnhofsgegend kennen.

Heroin wurde zum Problem, als sich der Staat mit der BtmG-Novelle auch entschloß, nicht weiter die Qualität des Produktes durch das positive Recht zu garantieren – ohne welches es mit jener bei kaum einem Lebens-, Genuß- oder Arzneimittel weit her wäre. Auf dem Schwarzmarkt

„Die liberale Idee, daß es Dinge gibt, die den Staat schlicht nichts angehen, wurde längst durch krude Volksgesundheitsideologie substituiert."

sind nun, da die Gefahren für Schmuggler und Händler und die Nachfrage groß, die Preise hoch. In den täglichen Konsumrhythmus eingespielt, waren die Opiatbenutzer schnell und verbindlich auf Diebstahl, Einbruch und Prostitution ihrer Körper angewiesen, um in den Genuß eines Kicks zu kommen. Meist reichte auch dies Geld nur für das Heroin, nicht jedoch für Nahrung und Wohnung. Auf ärztliche Versorgung muß meistens schon wegen ihrer Nähe zur Polizei verzichtet werden. Der solcherart ausgemergelte Körper aber verträgt weder einen möglichen allergischen Schock auf die dem Straßenheroin zugesetzten und in der Stofflichkeit nicht immer unbedenklichen Streckmittel, noch die wegen des geringen Heroingehaltes im Stoff zu Wirkungsverstärkung beikonsumierten Psychopharmaka. Das größte Gesundheitsrisiko birgt vor diesem Hintergrund jedoch allzu reines Heroin, dessen Qualität unterschätzt und deshalb irrtümlich überdosiert wird. Und wer z.B. im deutschen Knast, wo Spritzentausch – wohl um das Problem der Überbelegung zu lösen – immer noch kategorisch untersagt ist, keinen Zugang zu sterilem Spritzbesteck hat, lebt ständig in der Gefahr, sich beim „needle-sharing" AIDS oder Hepatitis zuzuziehen. Über tausend Junkies läßt allein das deutsche Prohibitionsregime jährlich verrecken. Schließlich dient ihr Schicksal, so der frühere Bundesdrogenbeauftragte Franke offen, den Bürgern als abschreckendes Beispiel.

Opfer und Mahnmal

Den Junkie auf der Bahnhofstoilette, den Obdachlosen auf der Parkbank, das verführte und „angefixte" Mittelstandsmädchen, den dealenden Asylanten, das global opperierende Drogenkartell als neubelebtes „raffendes Kapital" – das alles sehen die Fernsehzuschauer zig Male beim abendlichen Zappen. Die Erwähnung des zur Waffe geschärften Wortes „Droge" macht in einem problematischen Kontext heute jede weitere Erklärung überflüssig; die Menschen der 50 Begriffe wissen Bescheid. Diese Bilder sind eingebettet in Technologien der Selbstwahrnehmung und Selbststeuerung. Die Gleichzeitigkeit dieser Bilder des Grauen mit der Erfahrung, „Kapitän der eigenen Seele" zu sein, verkleben das Gesellschaftliche, in dessen Sphäre das Zeichen „Junkie" geformt wurde, mit der Sorge um sich selbst, die aufgetan wird, wenn Schüler geheißen werden, entspannt in sich hineinzuhorchen. Es geht hier um die Vermittlung von „Lebenskompetenzen". Wer mit „Stressoren" der Umwelt dank seines oder ihres „locus of control" souverän umgeht, „die Welt als Tribüne und nicht als Gefängnis zu begreifen" (S. Peele) lernt, erweist sich als hardy suchtresistent. Wer nicht die Kontrollhebel der Mäßigung bedient, bei dem wird in Zukunft das Glöckchen des Aussatzes Gefahr läuten. Nicht die Informationen stromlinienförmig zu verarbeiten, die angelangen, nicht mit den Ressourcen zu wirtschaften, die einem zur Bewältigung gegeben wurden, nicht immer wieder die andere, bunte Seite zurechtbügeln, heißt, in die Gefahr des Abseits sich zu begeben. Der Blick, mit dem der Einzelne in sein Selbst zu schauen, angehalten wird, ist der des Schließers, das Ohr, das hineinhorcht, das des Therapeuten. Wer nicht so ist, stellt sich nach draußen. Vor der Türe ist es kalt. „Hab acht!" lautet die gar nicht so subtile Botschaft, die neuerdings und vorgeblich zum Wohle aller unter dem Etikett Suchtprävention die Subjekte in der Schule per Unterricht und auf der Straße per Stand und Plakatkampagne belagert.

Die innovativen Programme der Suchtprävention wollen einen Sozialcharakter der „Nicht-Sucht-Persönlichkeit" fördern. Damit werden Individuen, die quasi als

„Wilde" Tag für Tag neu in die Gesellschaft eintreten (auch Kinder genannt), auf die rechte Bahn gebracht, wie sie die bürgerliche Gesellschaft angesichts der Erosion traditioneller Institutionen der Sozialisation (Familie, Kirche, usw.) im Gesellschaftsmanagement modernisiert weiterhin benötigt.

Als Selbstbestimmung läßt sich die vom Konzept angestrebte Art von Selbstlosigkeit („ICH, ICH, ICH – Sucht entsteht, bevor sie auffällt, z.B. wenn jeder nur an sich selbst denkt", Plakatkampagne der Hamburger Landesstelle gegen die Suchtgefahren) nicht bezeichnen, denn zu dieser gehörte auch, andere Zustände des Selbstbezugs frei wählen zu können; gerade auch solche, die den Idealen der Mittelschicht und neuer Juppieszene nicht entsprechen. Selbstbestimmung hieße als zu Bearbeitendes, nicht nur das Selbst zu bedenken, sondern notwendig auch jene gesellschaftlichen Zustände, die unter der Bezeichnung Streß zum privaten Problem deklariert werden. Schließlich gehörte dazu auch, die Möglichkeit auszuweichen, das Leben, so wie es einem geboten wird, nicht als Herausforderung, sondern als Zumutung zu begreifen, zu desertieren, wohin auch immer.

Wer aber Gesundheit fördern will, verfällt dem Dilemma, das im Gesundheitsbegriff selbst liegt: Ist Gesundheit Mittel oder Zweck? Wird Gesundheit einerseits interpretiert als Mittel, das die Integration in bestehende Verhältnisse gewährleisten soll, so ist sie eben simpel herstellbar. Gesundheit ist hier nichts weiter als die Eigenschaft von „Leistungsträgern", die mit dieser Zusatzqualifikation serienmäßig ausgestattet worden sind. Bläst man andererseits Gesundheit zum Ziel an sich auf, wie es in der bio-sozialen Definition geschieht, verschmelzen gutes Leben und gesundes Dasein zum trügerischen Junktim. Die Argumentation lautet: Sucht als Abwesenheit von Gesundheit sei verursacht durch bestimmte mißliche soziale Zustände oder bestimmte psychische Dispositionen. Dadurch erscheint Nicht-Sucht, Gesundheit, als das richtige Leben. Was Sucht und Gesundheit sind, obliegt der Deutungsmacht des gesellschaftsplanerischen Fachmenschen.

Drogen und Linke

Radikale Kritik an Drogenprohibition war in linken Zusammenhängen fast nie vorhanden. Die Menschen, die mit dem Programm der Beseitigung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen der Mensch ein geknechtetes usw. Wesen ist, angetreten waren, verirrten sich in der Sphäre der Drogen fatal: sie fanden sich wieder im Kampf gegen pharmakologische statt gegen gesellschaftliche Struktur. Von der Erkenntnis der prinzipiellen Bedeutungsarmut des pharmakologischen Unterschiedes zwischen Kaffee und aufgebrochenem Kokain, Haschisch und Heroin bezüglich der jeweils vorfindbaren Konsummuster, Konsumentenkultur und der Kontextuierung des Rauscherlebnisses blieben sie – den Subjektstatus der User desavourierend – durch ihren Eifer in der puritanischen Mission für das wahre also nüchterne Leben getrennt.

Am Problem des Elendsalkoholismus zur Jahrhundertwende entzündete sich unter den Sozialisten die erste öffentliche Drogendebatte. Temperenzler kämpften gegen Abstinenzler in der gemeinsamen Gewißheit, das Bedürfnis nach Alkoholkonsum mit dem Elend des Kapitalismus selbst erschöpfend erklären zu können. Alkoholkonsum sei Flucht, die im Sozialismus sowieso obsolet werde. Später von Sozialdemokraten geforderte Sterilisierungsprogramme für „Alkoholkranke" führten dann die Nationalsozialisten durch. Wer den „Rauschgiften" fröhnt, soll nicht nur nicht arbeiten, sondern auch, in Nüchternheit diszipliniert, nicht für die Revolution kämpfen können. Dieses – zumal in der Sache auch noch falsch liegende – Verwertungsinteresse eint linke Kader und Bourgeoisie. Diese Vorurteile durchgeistern linke Zusammenhänge bis heute, da das Begreifen psychoaktiver Substanzen als Problem und Mangel (Kein Joint vor der Demo!) nur zu treu herrschender Ideologie abgekauft wurde.

Die Zeit der breitesten hedonistischen linken Szene waren die späten 60er Jahre. Die Rebellen entdeckten das Haschisch neu und wie man protestbewußt in italienische Restaurants ging, nahmen – sogar in Teilen der sozialistischen Linken – viele Leute verbotene psychoaktive Substanzen, denen viele bewußtseinserweiternde Qualitäten (die Droge gewissermaßen als heißer Draht zum Sein) zuschrieben. Als jedoch die durch die härteren Gesetze verhärteten Sets und Settings der Opiatuser offenkundig wurden, fand sich aus gutem Grund keine breite Bewegung, die gegen die Ursache protestierte. Die Cannabisuser grenzten sich umgehend von den Junkies ab, wollten nicht mit den Schmuddelkindern gemeinsam gesehen werden, sondern waren vielmehr im Privaten angespornter, die Kurve zu den Futterkrippen noch zu kriegen. An dieser Stelle bekam auch das Elend der fürsorglich-entmündigenden Drogentherapie in der Linken ungeahnten Aufschwung. Was in Heidelberg unter Ingo Wernke in Form von „Release" Gruppen schräg, aber wenigstens mit akzeptierendem Umgang untereinander begann, entwickelte sich unter eben diesem einige Jahre später weiter zu „Synanon", einer der menschenverachtensten Institutionen, die sich die Aufgabe der Umerziehung devianter Subjekte zu staatstragenden Bürgern zum Ziel erkor.

Für andere 68 Aufgebrochene wurde der Junkie zum umworbenen Repräsentanten einer Randgruppe, die qua Position in der Gesellschaft das revolutionäre Subjekt werden sollte. Doch ein revolutionäres Subjekt zu erschaffen, ohne diese Menschen überhaupt als Subjekte anerkannt zu haben, gelang auch den sympathischeren Teilen der pädagogischen Linken ebensowenig, wie den der therapeutischen. Bei fast allen gilt intensiver Drogengebrauch als etwas moralisch Schlechtes, denn die Linke, ob autonom, sozialistisch oder „demokratisch", versäumte theoretische Eigenständigkeit und Reflexion. So dient denn auch in ihren Subscenes das bloße Aufeinanderfallen von Problemen und intensivem Drogengebrauchs eines Mitglieds als Freibrief zur therapeutischen Offensive, zur Synanthropie. „(...) Man findet bei der Linken eine übersteigerte Introjektion der hegemonialen Anti-Drogen-Ideologie (...). Deswegen ist die Drogenfrage ein Scharnier mit dem es dem hegemonialen Diskurs gelungen ist, die gesamte linke Gegenideologie aufs Kreuz zu legen. Das was Foucault uns immer rät, judomäßig uns zu verhalten, also die Kraft, der gegen uns gerichteten Energie aufzunehmen und dann die Leute auf den Rücken zu werfen, das genau ist im Drogensektor via Drogendiskurs mit der Linken selbst passiert. (...) Mit anderen Worten: Ich glaube, daß das Versagen der kritischen Intelligenz bei der Analyse dessen, was Drogennachfrage, Drogenkonsum, Drogenabhängigkeit bedeuten, der entscheidende Umschlagpunkt war (...). Da haben sie sich über die Nation aufs Kreuz legen lassen," resümierte Sebastian Scheerer auf der Tagung „Keine Macht ohne Drogen" 1995 in Hamburg treffend die heutige Situation.

Statt dessen gälte es, sich mit den Opfern der Prohibition in der gleichen Entschiedenheit zu solidarisieren, wie z.B. mit durch Abschiebung bedrohten Ausländern und schließlich das Ende von Prohibition, Drogensozialarbeit, Suchtprävention und rassistischer Dealerhatz vermögens der zur Gewalt werdenden Aufklärung selbst einzuläuten. Das Anliegen kann indes weder sein, daß möglichst viele, noch daß möglichst wenige sich mit bestimmten Substanzen berauschen. Es muß sein, „die Droge" dem herrschenden System als Mittel zur Bewerkstelligung gesellschaftlicher Synthesis zu entreißen; ein Werkzeug, mit dem Sterben lassen sowie für die Verbliebenen Leben im Falschen ermöglicht wird. ●

Dominik Rebmann ist Mitarbeiter im Bundesarbeitskreis Drogen der Jungdemokraten/Junge Linke.

TJARK KUNSTREICH

„Hohlraum der Rede“

Abschließende Bemerkungen zur Goldhagen-Kontroverse

Der Titel dieses Textes will weder implizieren, daß nun, am Ende des Jahres 1996 und nach einem dreiviertel Jahr eines ungeheuren Mediengewitters, die Kontroverse um *Hitlers willige Vollstrecker* einen Abschluß gefunden habe, zumal über die Inhalte von Goldhagens Studie (vor allem in der Linken, mit wenigen Ausnahmen, aber dazu weiter unten) bisher noch gar nicht gesprochen wurde und die eigentliche Rezeptionsgeschichte dieses wichtigen Werkes erst beginnt, also ohne Übertreibung ganz im Gegenteil behauptet werden kann, die wirkliche Kontroverse steht erst noch aus; noch soll mit dem Titel der Versuch unternommen werden, diese Debatte, an der der Autor sich mit der These beteiligt hat, die Abwehr der Kollektivschuldthese *an* Goldhagen folge, insofern er eben diese These gar nicht vertritt, dem selben Impuls wie der Antisemitismus ohne Juden seit 1945, zusammenzufassen oder subjektiv abschließend zu bewerten.

I. Abschließen sollen diese Bemerkungen den ersten Abschnitt der Debatte, die Rezeption ohne Vorhandensein des Textes nämlich, in der langweiligerweise ausgerechnet die Linken das vertreten haben, was sie schon immer vertreten haben, und nicht zuletzt aufs Neue bewiesen haben, daß sie weiterhin allem, was aus den USA kommt, mit Befremden begegnen: Nicht Mommsen war der Skandal, sondern Reinhard Kühnl. Zumindest für die Linke sollte das so sein, für die allerdings war auch Mommsen kein Skandal. Von dieser konservativen Abwehr der Linken gegen Goldhagens gar nicht so neue Thesen, in der ein weiteres Mal aus politischen Gegnern Deutsche wurden, soll in diesem Text die Rede sein. Der Versuch, der hier unternommen werden soll, ist der, weniger von den Texten als den Kontexten der Debatte auszugehen, was praktischerweise nur subjektiv geht und deshalb auch eklektizistisch und tendenziös sein darf, oder anders: Ich werde mir *auch* die Freiheit nehmen, etwas zu behaupten und dabei den Beweis schuldig zu bleiben.

II. Goldhagen hat mit seiner Arbeit, indem er den Kontext von Auschwitz außen vor läßt, um einen wesentlichen Aspekt des Verbrechens *für sich* durchzuarbeiten, und, den Kontext der Erzählung der Täter gelten lassend, ohne eine materialistische Theorie des Antisemitismus oder auch eine schlüssige Beweisführung vorzulegen, einen Begriff gebildet, der zukünftig etwas beschreiben wird, was noch der Erforschung und Durchdringung bedarf: den Begriff des *eliminatorischen Antisemitismus*. Er hat damit den Versuch gemacht, die Perspektive der Überlebenden für das, was er unter wissenschaftlichem Diskurs versteht, zu übersetzen. Gerade daß er belegt, wie weitgehend die Wahrnehmung und die Erinnerung der Überlebenden sich mit der *Selbst*wahrnehmung der Täter deckt, macht die Aufregung aus: die Rekonstruktion der Grausamkeit ist der wesentlichste und in Deutschland am wenigsten wahrgenommene Aspekt von Goldhagens Arbeit. Niemand spricht hier darüber, daß die Leute, die dieses Buch wirklich lesen, reihenweise aufs Klo rennen, um zu kotzen. Vielleicht rennen die Leute auch nicht aufs Klo, und diese Grausamkeit wird nicht einfach verschwiegen, sondern tatsächlich nicht wahrgenommen, weil es gar nichts Neues ist, weil alle wissen, wie grausam die Deutschen im Osten vorgingen. Und das nicht etwa deshalb, weil in der Schule heutzutage so gut Vergangenheitsbewältigung betrieben wird, sondern weil die Familienerzählungen immer noch voll von Schweigen sind und gerade dadurch alle die Grausamkeit der Vernichtung erahnen. Genau an diesem Schweigen hat Goldhagen von außen gekratzt, indem er diese Familienerzählungen, die private und somit meist ehrliche Sicht der Dinge, aus dem Archiv in die Öffentlichkeit gebracht hat. Daß Goldhagen dabei auf das Element der Grausamkeit stößt, auf das Gerangel um die besten Plätze bei den Massenerschießungen, sei es als Vollstrecker, sei es als Zuschauer, löst hierzulande nicht Abscheu und Entsetzen über sich selbst bzw. die eigenen Eltern und Großeltern aus, sondern Empörung über diese wenig einfühlsame, die eigene Abscheu kaum verbergende Kompilation der Erzählung der Täter. Anstatt mit dem Subjekt – dem Autor als Erzählendem – identifizieren sich die Deutschen mit dem Objekt – den Tätern, die Goldhagens Untersuchungsgegenstand sind.

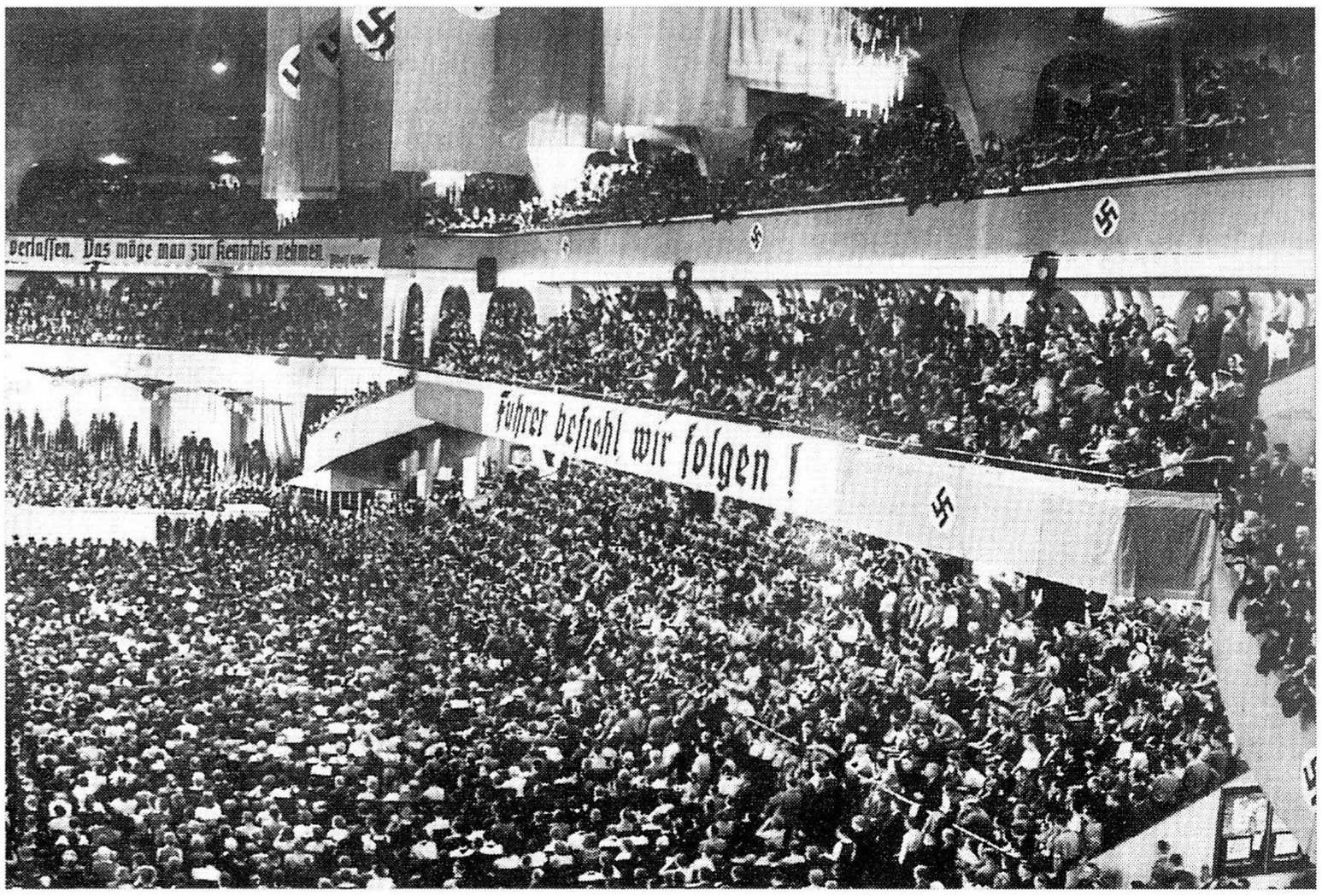
III. Nach dem in der sogenannten wissenschaftlichen Diskussion über den Nationalsozialismus und die Vernichtung der europäischen Juden der Antisemitismus in Deutschland als Motiv mehr und mehr verdrängt wurde – eine Tatsache, die vor dem Hintergrund umso komischer erscheint, daß ja über Auschwitz „geredet“ wurde und wird, und auch so mancher anständiger Linker sich angewidert von der medialen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit abwendete, der vorher dafür gekämpft hatte, daß die Zwölfjahre bzw. die Sechsmillionen immer präsent zu bleiben haben –, ist Goldhagens Arbeit die negative Antwort auf einen historiographischen Prozeß, ein Versuch, die Bedeutung und den Bedeutungszusammenhang des Antisemitismus zu rekonstruieren. Dies ist mehr als berechtigt, wird doch unter Antisemitismus zunehmend das *Vorurteil* und nicht mehr das *Urteil* resp. *Todesurteil* gegen die Juden verstanden. Die Rekonstruktion dieses Bedeutungszusammenhangs bedeutet auch seine Repolitisierung; und das löst in Deutschland, wo Objektivierung und Verwissenschaftlichung nicht funktionale Methoden eines realen Erkenntnisinteresses sind, sondern der Entlastung dienen, Abwehr und Aggression aus.

IV. Auf der „Konferenz gegen den Schlußstrich“, von den Geschichtswerkstätten im Mai dieses Jahres in Tübingen veranstaltet, sollte es um die Diskussion des Gedenkjahres 1995 gehen. Auffällig war, daß sich der objektivierende Sprachgebrauch auch hier durchgesetzt hat: so ist die ganze Zeit neutral von „Zeitzeugen“ die Rede gewesen, mit der Folge, daß kaum zu identifizieren war, ob die berichtende Person zu den Verfolgten gehörte oder nicht. Die Entwertung dieses Bedeutungszusammenhangs entspricht natürlich der Tatsache, daß die Geschichtswerkstätten mit ihrem Ansatz, „Geschichte von unten“ zu schreiben, gescheitert sind; gerade Initiativen, die aus der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ihres Ortes, ihrer Region entstanden sind, müssen darauf stoßen, daß die Geschichte in Deutschland

„Gerade Initiativen, die aus der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit ihres Ortes, ihrer Region entstanden sind, müssen darauf stoßen, daß die Geschichte ...“

auch „von unten“ eine von Judenmord und Totschlag ist. Anstatt dieses Scheitern einzugestehen und zuzugeben, daß in der Tat ganz Deutschland ein Mustergau war und politische Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu entwickeln, wird aber objektiviert, und das heißt: das subjektive Verständnis für die *Unterschiedlichkeit* der Formen der *Mitwirkung* im nationalsozialistischen Deutschland rückt in den Mittelpunkt. So wird aus der Erzählung einer begeisterten BDM-Dame ihre „Erfahrung“ – und weil „Erfahrung“ heutzutage subjektiv und unhinterfragbar ist, objektive Wirklichkeit. Daß zu diesem Frageverbot noch ein geschlechtsspezifischer Ansatz kommt, geht es doch hier um „Erfahrung von Frauen“ und um einen „öffentlichen Raum für Frauenerfahrungen“, impliziert schon eine Gleichsetzung von Frauen, die eine Stütze der Volksgemeinschaft waren bzw. dem widersprüchlichen und äußerst modernen NS-Frauenbild entsprachen, und Frauen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht zur Volksgemeinschaft gehörten und verfolgt wurden. Daß in einem solchen „öffentlichen Raum“ vor allem ältere Frauen aussagen, die zu ersteren gehören, nimmt nicht Wunder. Daß aber die von einer verfolgten Frau ausgesprochene Angst, sich in einem solchen „öffentlichen Raum“ zu äußern, nicht zum Anlaß für eine Infragestellung des eigenen Ansatzes genommen, sondern darüber relativiert wird, daß das Frageverbot aufgehoben und sich von dieser Frau distanziert wird, indem die Wahrheit ihrer Verfolgungsgeschichte angezweifelt und das Ganze noch mit einem „Hoppla!“-Lächeln auf einer Konferenz berichtet wird – einzig der Funktionszusammenhang „Deutschland“ ist hier ein angemessener Erklärungsansatz.

V. Während eines Workshops zur Goldhagen-Debatte auf dieser Tagung forderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine „wissenschaftliche Auseinandersetzung“ mit Goldhagen, die zwar erst beginnen könne, wenn das Buch in deutscher Sprache vorläge; allerdings könne das so wichtig nicht sein, wenn der Autor tatsächlich die „deutsche Holocaustforschung“ schlicht ignoriere. Zuvor hatte *konkret*-Autor Otto Köhler über zehn Jahre Historikerstreit und die Karriere des Rainer Zitelmann referiert. Aber es hat nicht geholfen, genausowenig wie die Anmerkungen Köhlers über die lange Geschichte von Hilbergs *Die Vernichtung der europäischen Juden*, das über zwanzig Jahre auf eine deutsche Übersetzung wartete, und die etwa fünfzehn- und nicht fünfzigjährige Geschichte der westdeutschen „Holocaustforschung“. Die Empörung über Goldhagen auf dieser Tagung war nicht von der im Feuilleton zu unterscheiden. Der Hinweis, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bräuchten Deutschland auf dieser Tagung nicht zu verteidigen, gedacht, um die Aufregung zu beenden und an das eigene „wissenschaftliche“ Selbstverständnis zu erinnern, ein ohnehin defensiver Hinweis also (vielleicht hat Goldhagen ja recht, und in Deutschland funktioniert wenn dann nur der wissenschaftlich eng eingegrenzte Diskurs über die Vernichtung), erzielte die genau entgegengesetzte Wirkung: Anstatt über die eigene Aufgeregtheit zu reflektieren und im Falle der Erkenntnis laut oder leise über sich selbst zu lachen, was einige wenige taten, fühlte die Mehrheit sich demaskiert, ertappt, erwischt – und setzte sich gegen den imaginären Feind zur Wehr. Offensichtlich gilt noch in der Generation, deren Großeltern die Nazi-Zeit bewußt und deren Eltern sie als Kinder oder Jugendliche erlebten, was Adorno 1959 für die restaurative Adenauerzeit formulierte: „Es wird da immer wieder auf den sogenannten Schuldkomplex verwiesen, oft mit der Assoziation, dieser sei durch die Konstruktion einer Kollektivschuld erst geschaffen worden. Unbestreitbar gibt es im Verhältnis zur Vergangenheit viel Neurotisches: Gesten der Verteidigung dort, wo man nicht angegriffen ist; heftige Affekte an Stellen, die sie real kaum rechtfertigen; Mangel an Affekt gegenüber dem Ernstesten; nicht selten auch einfach Verdrängung des Gewußten oder halb Gewußten. So sind wir im Gruppenexperiment des In-



... in Deutschland auch ‘von unten’ eine von Judenmord und Totschlag ist (...), daß in der Tat ganz Deutschand ein Mustergau war“: Versammlung im Berliner Sportpalast 1938

stituts für Sozialforschung häufig darauf gestoßen, daß bei Erinnerungen an Deportation und Massenmord mildernde Ausdrücke, euphemistische Umschreibungen gewählt wurden oder ein Hohlraum der Rede sich darum bildet (...)." (Adorno, „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?" in: ders., *Eingriffe*, Ffm 1963) In diesem Text findet sich nur wenige Sätze vor diesen die allseits beliebte Formel Adornos, daß „das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie (...) potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie" sei. Interessant also auch hier, wie und was gelesen wird.

VI. Die immer wieder erschreckende und zugleich ermüdend langweilige Erkenntnis, daß offenbar diese Mechanismen trotz Achtundsechzig – die Auseinandersetzung mit der Beteiligung der Eltern an den Verbrechen ist bis heute immerhin eine der zentralen Erzählungen dieser Generation und eine der wenigen „Erfolge", die sie für sich reklamiert – ein ziemlich eigenständiges Nachleben haben, könnte auf einen anderen Zusammenhang hinweisen: Daß es nicht der Erfolg der Achtundsechziger war, diese Auseinandersetzung geführt zu haben, sondern im Gegenteil, der Grund ihrer Kapitulation, daß sie in dieser Auseinandersetzung gescheitert sind. Die neurotischen Blüten, die dieses Scheitern hervorbrachte – die Gründung von ML-Parteien, Proletkult, Waschzwang, Genußfeindlichkeit –, könnten als Folge der Abwehr jener Erkenntnis gewertet werden, die auch heutzutage negiert wird: daß die tiefe subjektive Verstrickung der Eltern bzw. Großeltern, die ihren Ausdruck eben nicht in der Tat oder der Beteiligung an ihr, sondern in der *Bereitschaft* zur Tat und zur Tatbeteiligung findet, nicht gerade dazu animiert, es noch einmal mit der „Emanzipation der Deutschen zu Menschen" (Marx) zu versuchen.

VII. Die Goldhagen-Kontroverse demaskiert so manchen gutgemeinten Ansatz und stellt die Begrifflichkeiten, mit denen in Deutschland zunehmend objektivierend über Auschwitz gesprochen wird, in Frage. Auch die Linken, die sich über Goldhagens Freispruch für das heutige Deutschland echauffieren, sollten sich zunächst fragen, wie sie selbst es mit der Auseinandersetzung um Antisemitismus halten. Oder inwieweit sie selbst in den vergangenen Jahren beispielsweise den rassistischen Terror relativierten, um sich nicht ihres potentiellen revolutionären Subjekts zu entledigen. Der beinahe zwanghafte Ökonomismus großer Teile der Linken in den siebziger Jahren kann eben auch als Bestandteil der Rationalisierung des Irrationalen – der materiellen, eben: gegebenenfalls auch eliminatorischen Gewalt der völkisch-antisemitischen Ideologie – dechiffriert werden. Vor allem aber hat Goldhagen die Interpretation des Nationalsozialismus wieder vom Kopf auf die Füße gestellt – was schon deswegen eine Leistung ist, da er faktisch nur deskriptiv verfährt –, weil er die Vernichtung wieder zum Ausgangspunkt der Auseinandersetzung macht. War doch der in Deutschland seit 1989 bestimmende Ansatz, von der Vernichtung nur als Folge, Ergebnis oder Nebenprodukt des deutschen Faschismus zu sprechen. Diese Begrifflichkeit taucht sowohl bei Nolte auf, der Auschwitz als Folge der Oktoberrevolution deutet, als auch bei marxistischen Theoretikern, die – wie etwa Gossweiler – die Vernichtung als Nebenprodukt der Durchsetzung der Großmachtpläne Hitlers interpretieren; für Götz Aly schließlich ist der Massenmord Ergebnis eines bevölkerungspolitischen Planungsdenkens und von Sachzwängen, die sich aus der Eroberungspolitik ergaben. Diese drei Arten positivistischer Leugnung von Zusammenhängen, die nur wissenschaftlich rationalisiert überhaupt sinnstiftend wirken kann, widerspricht natürlich der eigenen Erfahrung genauso wie der überlieferten, zugleich aber ermöglicht sie eine Beschäftigung mit den „anderen Aspekten" des Nationalsozialismus, als sei auch nur ein Aspekt des NS von der Faktizität von Auschwitz abzutrennen. Indem aber Auschwitz abgetrennt wird vom Nationalsozialismus – fast könnte man sagen: eine postmoderne Variante der Autobahn-Lüge –, wird überhaupt erst jene Objektivierung möglich, die die „wissenschaftliche Diskussion" bestimmt. Auschwitz entzieht sich nach wie vor einer solchen „Verwissenschaftlichung". Das soll nicht gegen Forschung sprechen. Zu deren Voraussetzung gehört aber unter anderem die Frage, warum hier ausschließlich Unterlagen und Aussagen der Mörder erforscht werden und wieso die Aussagen der Überlebenden als „unwissenschaftlich" bezeichnet und höchstens als erhebendes Zitat benutzt werden.

VIII. Die Trennung von Erfahrung der Überlebenden und Wissenschaft entspricht der Trennung von Wirklichkeit und Interpretation, denn in dem Maße, in dem die Erfahrung der Überlebenden auf ihren pädagogischen Effekt reduziert wird und sie so zu „Zeitzeugen" werden, wird der von allen unhinterfragt stattfindende „wissenschaftliche Diskurs" – der sich selbst ideologiefrei wähnt – zur bestimmenden Definitonsmacht. Mit der Folie dieser Interpretation ausgestattet, ist es auch möglich, den Nationalsozialismus „objektiv" zu betrachten – also ohne Notwendigkeit, aus der wissenschaftlichen Erkenntnis eine Konsequenz zu ziehen. Hier offenbart sich also, was aus der Kritik des Positivismus geworden ist: allenthalben schreit es nach objektiver Erkenntnis. Daß dies zumal in der Geschichtswissenschaft einen „Hohlraum der Rede" produziert, daß also die objektive Erkenntnis über Auschwitz zwangsläufig die Relativierung eines Verbrechens bedeutet, ist die negative Dialektik der Verdrängung: Je tiefer die Verstrickung, desto stärker der Wunsch nach Objektivität.

IX. Die Frage nach der Wissenschaftlichkeit losgelöst vom gesellschaftlichen und klassenspezifischen Erkenntnis- bzw. Verdrängungsinteresse zu stellen, hat die Nivellierung der Begriffe zur Folge, oder anders: Wenn über ein Verbrechen nicht als Verbrechen gesprochen wird, erübrigt sich das Sprechen über Verbrecher. Das abfällige Sprechen über Moral in diesem Zusammenhang entspricht der Amoralität des Verbrechens selbst. ●

WIDER ★ SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Abgeschaut und mitgebaut.
Zum Einzug des Qualitätsmanagements in die Soziale Arbeit (Heft 61)

Rudolph Bauer: „Hier geht es um Menschen, dort um Gegenstände". Über Dienstleistungen, Qualität und Qualitätssicherung ● Barbara *Rose:* Zur derzeitigen Qualitätsdebatte in der Sozialen Arbeit aus Sicht der Jugendhilfe ● *Michael Lindenberg:* Soziale Arbeit im Qualitätsregelkreis kybernetischer Steuerung ● *Eberhard Bolay:* Subjekttheoretische Überlegungen zur Prozeßqualität in helfenden Beziehungen ● *Berthold Dietz:* Pflege nach SGB XI: Eine Standortbestimmung zum Qualitätsauftrag pflegerischer Dienstleistung ● *Michael Lindenberg:* Ein Gespräch mit Bernd Maelicke über Qualitätssicherung als Bestandteil von Reformpolitik im Strafvollzug ● *Hans-Walter Gumbinger:* Anerkennung: Ein Grundbegriff der Reflexion normativer Probleme der Sozialen Arbeit? ● *Rezensionen* ● *Magazin*

164 S., DM 20,–

Probeabo: Für einen 20-DM-Schein senden wir Ihnen 2 aktuelle Hefte.

Verlag 2000

Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

CHRISTOPH SCHNEIDER

Thesen über Täter

Anmerkungen zur Goldhagen-Debatte

Michel Friedman, Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland und des CDU-Präsidiums ist kein Linker. Trotzdem, so scheint es, wird seine Meinung zur Goldhagen-Debatte, daß „die Reaktion in Deutschland sehr viel interessanter" war „als das Buch selber ist", so Friedman im Gespräch mit Daniel Goldhagen im ZDF am 19.7.96, von diesen geteilt. Jedenfalls äußern sich Publizisten, deren grundsätzliche Kritik am nationalen Diskurs sie hier hilfsweise als „linke" ausweisen soll, zu Goldhagen im wesentlichen als Rezeptionsanalytiker. Und da gab es, sofern einem nicht die Spucke weg blieb, einiges zu bemerken. Goldhagens Gemeinheit, von den USA aus, ein mit wissenschaftlichen Weihen versehenes Zersetzungswerk in einen friedlich verlaufenden Historisierungsprozeß zu plazieren, wurde genau so beantwortet.

Die zahlreichen und prominenten Verwerfer der Goldhagenschen Thesen, (die sie nicht unbedingt kannten), gaben anhand ihrer mitunter beleidigten, manchmal antisemitisch eingefärbten, oft aggressiven Reaktion Auskunft über sich selbst. Goldhagen irrt da, wo er dem „demokratischen Deutschland" der 90er den vollzogenen Wandel attestiert. Dieser Irrtum ist, neben seinem Auftreten, die Bedingung für seinen Publikumserfolg (so äußerten sich etwa Otto Köhler in *konkret* 10/96 und Erich Kuby in *WOZ* 39/96). Nun bedarf auch die deutlichste Selbstauskunft, da eingebettet in die allgemeine nationale Kakophonie, analytischer Zuwendung, um das Maß fachwissenschaftlicher und publizistischer Ignoranz zu erkunden. Daher war die Goldhagen-Debatte für linke Publizisten wesentlich davon bestimmt, *FAZ*, *Spiegel* und *Zeit* zu lesen, die Talkshows zu verfolgen, und ihn gegen entsprechende Anwürfe in Schutz zu nehmen.

Nun neigt sich die Saison ihrem Ende zu und es ist Zeit für eine Fehl-Anzeige. Da das linke Hauptaugenmerk auf den Reaktionen des Feuilleton und der etablierten Historiker lag, bestand die offensivste Haltung linker Publizisten im Auseinandernehmen der Sentenzen von Augstein und Co. in den größeren der kleinen linken Zeitschriften. Öde immer dann, wenn dem gebetsmühlenartigen Vorwurf – die Zahl möglicher Totschlagargumente war gering –, Goldhagen vertrete die Kollektivschuld, zumindest jedes zweite Mal brav entgegengetreten wurde, er tue dies nicht und die Rede von „den Deutschen" behaupte keineswegs die Inexistenz von dissidenten Einzelnen oder Randgruppen. Das Ganze, ohne daß ein Sekundant in einem Nebensatz jemals darauf abhob, daß dem Harvard-Dozenten an der Abgrenzung seiner Begrifflichkeit von kulturalistischen Homogenisierungen der neuen Rechten, nicht liegt. Woran ihm auch nicht gelegen sein muß, hiesigen linken Autoren allerdings schon.

Was durch die im Kern defensive Fixierung auf die Anwürfe gegen Goldhagens These vom „Einverständnis der Deutschen" zum Mord an den Juden weitgehend ausblieb, ist eine Erkundung der Anschlußfragen, die sich nach dieser Arbeit stellen. Auch die Erwähnung lächerlichster Reaktionen, etwa die Anstrengungen eines Guido Knopp, „Hitlers Helfer" (*Hitlers Helfer*, Bertelsmann 1996) auf sechs zu reduzieren, trägt nichts bei zur Problematisierung einer These, die etwas über ein massenhaft mörderisches Verhalten aussagen will, aber so recht aus der Sphäre der Ideologie nicht heraus tritt.

Goldhagen sagte, er wolle weg vom Blick auf die abstrakten Strukturen und Institutionen des Naziregimes, um die sich bisher meist alles gedreht habe, daher die Konzentration auf die Täter und ihre Motive. Er schreibt: „Die Täter (...) haben die Massenvernichtung der Juden für gerechtfertigt gehalten (...)" (*Die Zeit*, 12.4.96) und die staatstragenden Historiker rutschen unruhig hin und her, weil das den Ausgang versperrt zur Behauptung, die Täter hätten im Zustand der Verblendung gehandelt und mit Zweifeln gerungen. Rechtfertigung, Einverständnis, der Wille zu töten: Goldhagen läßt an dieser Stelle keinen Raum für Abschwächungen, er referiert unzählige Fakten und seine Interpretationen sind sachlich. Als Motiv bestimmt er einen spezifizierten Antisemitismus („eliminationist antisemitism"), den sich wiederum ein spezifisches Regime für sein Vernichtungsprogramm zu nutze machte. Außer Acht gerät dabei, daß (auch) diese Erklärung, wie das Anführen des Antisemitismus generell, nicht nur die Taten als Konsequenz einer Weltsicht zeigt, sondern auch die Täter als intentionale Sachwalter, eben als „willige Vollstrecker" eines Plans darstellt, aus dessen Kalkül sich anscheinend dennoch ein Haß nähren kann. Woher rührt der? Das affektgeladene Engagement deutscher Täter ist nicht aufgehoben in kollektiver antisemitischer Weltsicht.

Anders ausgedrückt, in welchem Verhältnis steht die Rechtfertigung einer Handlung gemäß nazistischer Ideologie zum massenmörderischen Handeln selbst? Sind Rechtfertigung und Motiv identisch? Das ist keineswegs zwingend, weil auch das mordende Subjekt, in der Regel, die Decke der vorhandenen rationalen Motivierung streckt, um von seinen Affekten nichts zu erfahren. Was strukturell eine hinreichende Erklärung zur Wahl der Opfer ist, führt bei der Betrachtung konkreter Täter nicht notwendig zu einer ausreichenden Klärung ihrer Motive. „Wenn man sich die Täter des Holocaust näher ansieht, wird man feststellen, daß sie (...) ihrer Tätigkeit mit echtem Eifer nachgegangen (sind), mit einer fanatischen Leidenschaft" (Michel Friedman im Gespräch mit Daniel Goldhagen im ZDF am 19.7.96). Eine Leidenschaft, die für den bürokratischen Teil der Ermordung der europäischen Juden, die Erfassung, die Konstruktion und Einrichtung der Vernichtungszentren, die Transportplanung, usw. ihren Ausdruck in einer schwer faßbaren kaltschnäuzigen Selbstgewißheit findet. Bei den von Goldhagen in erster Linie geschilderten Massenerschießungen, Todesmärschen – Tötungshandlungen neben der industriellen Struktur – auch für die Razzien in den Ghettos, tritt sie jedoch als Mordgier und Gnadenlosigkeit in den Vordergrund.

Akzeptiert man die antisemitische Weltsicht als alleinige Erklärung für das Handeln der Täter (und nicht etwa als ein Moment der Selbstlegitimation), so mündet das in eine theoretisch unzureichende und moralisch zweifelhafte Anerkenntnis der Wirkungsmacht antisemitischer Ideologeme und ihrer Reichweite in die Physis der Einzelnen. Denn dann ergibt

„Was durch die im Kern defensive Fixierung auf die Anwürfe gegen Goldhagens These vom 'Einverständnis der Deutschen' zum Mord an den Juden weitgehend ausblieb, ist eine Erkundung der Anschlußfragen, die sich nach dieser Arbeit stellen. Auch die Erwähnung lächerlichster Reaktionen, etwa die Anstrengungen eines Guido Knopp, 'Hitlers Helfer' (*Hitlers Helfer*; Bertelsmann 1996) auf sechs zu reduzieren, trägt nichts bei zur Problematisierung einer These, die etwas über ein massenhaft mörderisches Verhalten aussagen will, aber so recht aus der Sphäre der Ideologie nicht heraus tritt“: Hitler Helferinnen bei der Herstellung von Büsten aus Kunststein

sich – wenn man die Fragen, die Goldhagen laut Otto Köhler verdienter Maßen gestellt hat (so Köhler in *konkret* 10/96) entsprechend beantwortet – folgendes: Was dachten die Täter von ihren Opfern? Sie hielten sie für Untermenschen, für Ungeziefer. Glaubten die Täter, daß das, was sie taten, richtig war? Sie waren davon überzeugt und taten es gern. Zu der Annahme, daß ihr Tun richtig ist, sind sie gekommen (3. Frage), weil sie aufmerksam verfolgt hatten, welche Gefahr dem deutschen Volk droht, rottet man die Juden nicht ein für allemal aus. Fertig.

Was durch die Verkürzung so deutlich hervortritt, ist eine Betrachtungsweise, die nazifizierte Landser als mit einem dramatisch falschen Bewußtsein versehene, gleichsam blutleer funktionierende Subjekte imaginiert, die dem vom bürgerlichen Subjektverständnis verkündeten Rationalismus keinerlei Rätsel aufgeben. So wird in Goldhagens pointierter Denunziation jedem, auch dem letzten, verbissen einen Rest Leben aus jüdischen Häftlingen prügelnden Deutschen, das allwährende Bewußtsein einer strategischen Idee attestiert.

Vielleicht stoßen diese Überlegungen auf Vorbehalte, weil dahinter ein Versuch der Entlastung vermutet wird. Aber auch dieses honorige Motiv ändert nichts an der Beschränktheit des Gedankens vom durch Ideologie in Betrieb gehaltenen Subjekt, auch wenn es als solches vermeintlich „schuldiger“ wäre. Es geht nicht darum, die nazistischen Mordkommandos als Spielball unklarer Affekte zu beschreiben, die mit dem spezifisch deutschen Antisemitismus nun eine nachholende Rationalisierung erfahren. Aber es stellt sich die Frage nach der Funktionsweise. Welcher Art sind die Energien, die aufgebracht wurden? Es genügt Antisemit zu sein, um Massenmörder gewähren zu lassen oder ihrem Tun gleichgültig gegenüber zu stehen, aber massenhaftes Aufstöbern, Zusammentreiben und Morden ist, bzw. war in den entsprechenden Situationen, anstrengend, brauchte einen engagierten Körper. Angesichts der Größe der Anforderungen kann man sagen: Es muß ein körperliches Behagen gegeben haben, sonst wäre die Aufgabe nicht mit solchem Eifer zu Ende geführt worden.

Von den Rezipienten wird die These vom eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen oft erläutert als die eines „verdichteten Antisemitismus“. Eine Verdichtung, der in verschiedenen Ausprägungen in Deutschland und Europa aufgetretenen Antisemitismen. Die dem chemischen entlehnte Metapher weist auf die Ungewißheit hin, was eigentlich vor sich geht. Auch der „seit Jahrhunderten angestaute Antisemitismus“ (ebd.), schafft ein Täterindividuum, daß nicht sein eigenes Blut rauschen hört, sondern den historisch akkumulierten Antisemitismus in sich anfluten fühlt. Unwillkürlich entsteht der Eindruck, Mord wäre kein leiblicher Vorgang, sondern ein historisch-stofflicher, körperfremder. Die schnelle Antwort mit den historischen Fakten, aus deren Evidenz sich zwar die massenhafte Mordbeteiligung ableiten läßt, nicht aber, wie die Mörder funktionierten, übergeht die Stelle, an der die bürgerliche und in ihrem Gefolge die linke Geschichtsschreibung häufig kollabiert.

Der Antisemitismus, in welch komprimiertem Zustand auch immer, muß, um zum Massenmord zu werden, durchs Subjekt und seinen Körper durch. Wie das vonstatten geht, darüber schweigt nicht nur Goldhagen. Die Analyse der Verfaßtheit antisemitischer Ideologeme sagt noch nicht, in welcher Weise – bleiben wir bei der Chemie – die Subjekte die Ideologie mit ihrer Leiblichkeit verschmelzen.

Zu streiten wäre dann darüber, ob die akkumulierte, die radikalisierte Ideologie als Bestandteil deutscher Sonderbarkeiten die zentrale Rolle einnimmt, oder ob die Produktionsweise einer spezifischen Subjektivität nicht gleichfalls äußerst bedeutsam ist. ●

ULRICH BRAND

Plädoyer für genaueres Hinsehen

Zum Beitrag der Gruppe *Kein Friede* (*links* 316/317)

Sitzen Gruppen und Individuen, die sich zur radikalen Linken zählen, einem Lamentieren auf, das die Chancen grundlegender emanzipatorischer gesellschaftlicher Veränderungen hier und heute nicht mehr erkennt? Denn wenn die Einschätzung der Frankfurter Gruppe *Kein Friede* stimmig ist, dann geht es darum, an die „objektiven Bedingungen und Möglichkeiten" revolutionärer Politik „die Lunte" zu legen. So jedenfalls die zentrale These der Gruppe auf dem jüngsten „Interkontinentalen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen Neoliberalismus", das im Sommer im mexikanischen Chiapas stattfand. Der Text von *Kein Friede* könnte, so der redaktionelle Vorspann im letzten Heft, „sowohl als Provokation wie auch als Anregung für eine Diskussion (...) um die Perspektiven linksradikaler (Solidaritäts-) Politik dienen."

Eines vorweg: Was die Herangehensweise dieser Gruppe diskussionswürdig macht, ist die Tatsache, daß nach Ansatzpunkten einer radikal-emanzipatorischen Politik gesucht wird. Soziale Kämpfe stehen dabei im Zentrum. Diese Herangehensweise unterscheidet sich einerseits vom selbstgerechten und arroganten Zynismus vieler sich selbst als linksradikal Verstehender, denen zufolge ja doch alles den Bach runtergehe und man genüßlich zusieht wie der Kapitalismus vermeintlich an sich selbst verreckt. Andererseits wird nicht auf einen individualistischen Emanzipationsbegriff zurückgegriffen, der sich aufgeklärt-mittelklassisch-grün in den Verhältnissen einrichtet. Und schließlich geht es entgegen einer starken Tradition hierzulande um den Versuch, für internationalistische Politik die hiesigen Verhältnisse zum Ausgangspunkt zu nehmen und nicht das ferne Chiapas oder sonstwas.

Das Hauptargument der Gruppe läßt sich in etwa folgendermaßen zusammenfassen: In einer kapitalistischen Metropole wie der Bundesrepublik bestehen die „objektiven" Bedingungen für revolutionären Wandel. Daher sei es auch nicht sinnvoll, lediglich über materielle Fragen wie Sozialabbau die revolutionären Kräfte zu stärken, sondern indem „es uns gelingt, Energien der Revolte gegen die Erniedrigung zum Objekt freizusetzen (...). Diese Perspektive ist, auch wenn es uns fast niemand glaubt, zum Greifen nahe."

Zentral sei die „Emanzipation aus den Zwangsverhältnissen der internationalen Warenproduktion, und nicht die begrenzte Änderung politischer Verhältnisse." Der Gruppe zufolge geht es um die „Aneignung des Lebens gegen Kapital und Staat", damit Kreativität und Energien entfaltet werden können. Daher „ist für uns revolutionäre Strategie nichts anderes als 'nur' die Vorstellung der Organisierung der subjektiven Seite des Widerspruchs: wohin, mit wem und wie." Eine internationalistische Perspektive sei unerläßlich, weil die Reichtumsproduktion in den westeuropäischen Ländern auf Kosten „der Armut und Unterdrückung der Völker" gehe.

Die vereinfachende Analyse heutiger Verhältnisse, so meine hauptsächliche Kritik, ergibt sich entgegen dem Anspruch aus einem eigentümlichen Objektivismus beim Ausloten der Kampfbedingungen und aus dem Avantgardeverständnis des politischen Ansatzes. Eine komplexere Analyse der heutigen Verhältnisse ist und bleibt zentral, um die Handlungsbedingungen emanzipatorischer Politik erfassen zu können.

Der Objektivismus von *Kein Friede* führt wie gesagt zu der entscheidenden Frage, wie die subjektiven Bedingungen geschaffen werden können, um revolutionäre Veränderungen voranzutreiben. Mit Kategorien wie „die Ausgebeuteten", „die unteren Klassen" oder Parolen wie „Friede den Hütten, Krieg den Palästen" wird eine Gegenüberstellung von „unten" und „oben" konstruiert, die es, das ist die Erfahrung gesellschaftlicher Kämpfe der letzten Jahrzehnte, so nicht gibt.

Die fast schon verzweifelte Frage: „Wie, verdammt noch mal, kommt die Lunte ran?" bleibt verzweifelt, wenn es zu allgemein um die „subjektive Seite der objektiven Bedingungen und Möglichkeiten" geht. Und die „Reife der Situation" besteht „objektiv" nicht aufgrund der Entwicklung der materiellen Bedingungen. Das ist in alter Tradition mechanistisch gedacht und trieft vor Revolutionsromantik.

Das Avantgardebewußtsein verschließt einen genaueren Blick auf die Verhältnisse, die als „die objektiv rebellische Wirklichkeit" zusammengefaßt werden. Gerade auf einem internationalen Treffen wäre es notwendig gewesen, die aktuellen Kämpfe, ihre neuen Elemente, ihre Widersprüche, Stärken und Schwächen genauer darzustellen und einzuschätzen. Auch in der Einschätzung des bewaffneten Kampfes hierzulande als gerechtfertigtes taktisches Mittel oder in Begriffen wie „Agitation" schimmert ein solches avantgardistisches Bewußtsein durch, das tendenziell Lernprozesse (eigene wie bei anderen) verunmöglicht und zudem Politik moralisiert, da die Wahrheit auf der „eigenen Seite" ist. Die „Perspektive Kommunismus" aufgrund einer „objektiven" Realität eigenem Wunschdenken anzupassen, sich aber nicht genauer anzusehen, wie konkrete soziale Auseinandersetzungen heute ablaufen, ist politisch gefährlich. Wer kann denn schon generell feststellen, welche Kämpfe „systemsprengend" sind und welche die politischen Verhältnisse nur „begrenzt verändern"? Die Radikalisierung von Kämpfen ist doch Teil der Auseinandersetzungen selbst, voller Fallstricke und Gefahren, Hoffnungen und Enttäuschungen und vor allem zu einem gewissen Grad offen und nicht vorhersagbar.

„Aber wir haben kein Programm. Niemand hat es bei uns zur Zeit", schreibt *Kein Friede*. Diese Feststellung müßte jedoch zu einer Überwindung des Avantgardeanspruchs führen und vielfältige Handlungs- und Politisierungsmöglichkeiten zulassen, von denen nicht zu jeder Zeit klar ist, inwiefern sie emanzipatorisch sind (wenn die Gruppe sich in der Tradition bewaffneten Widerstands sieht, dann wäre u.a. auch die Frage zu stellen, was daran emanzipatorisch war). Soziale Lernprozesse laufen anders ab und können sich nicht auf die Frage beschränken, „ob die Widerstandsbewegungen und die Kämpfe in unseren Ländern sich auf der Höhe dieser Entwicklungen (d.h. der neoliberale Angriff auf den Sozialstaat, UB) bewegen. Letzlich: ob sie so avantgardistisch sind wie die hier geschaffenen Verhältnisse."

Hinter dem Ansatz von *Kein Friede* steht die Vorstellung, daß es zentral um die Entwicklung von rebellischem Be-

wußtsein geht. D'accord. Aber wie sich dieses entwickeln kann und wie es mit den vielfältigen Handlungsrestriktionen im Hinblick auf selbstbestimmte Verhältnisse umgeht, das ist eine Schlüsselfrage. Nicht in „lähmender Absicht", aber um die Vielfältigkeit sozialer Kämpfe überhaupt anerkennen und einschätzen zu können. Der Maßstab, sich selbst zu revolutionärer Politik zu bekennen, ist zu einfach.

Angesichts der vereinfachenden Analyse und des Primats der Handlung droht das Klarwerden über die heutigen Bedingungen emanzipatorischer Politik zurückzubleiben. „(...) Der Ausgangspunkt ist die Handlung, in den Bergen, in den Städten", so formuliert *Kein Friede* ihre Position. Wenn, und das zeigt die Vergangenheit, nicht die Selbstaufklärung über die Verhältnisse und damit der Handlungsmöglichkeiten für emanzipatorische Politik zum Ausgangspunkt für politisches Handeln gemacht wird, sondern das politische Handeln selbst den Ausgangspunkt bildet, dann besteht die Gefahr des Aktionsimus.

Dagegen plädiere ich für eine umfassendere und sich auf Widersprüche einlassende Analyse, denn die Bedingungen für radikal-emanzipatorische Kämpfe sind doch komplexer als dargestellt. Kapitalismus ist eben nicht nur das nach Verwertung gierende Kapital, sondern ein umfassendes soziales Verhältnis, das sich institutionell und in Form gesellschaftlicher Wertvorstellungen ausgeformt hat und immer wieder je nach sozialen Kräfteverhältnissen angepaßt wird. In Zeiten der Globalisierung des Kapitalismus, die nicht naturwüchsig ist, sondern hinter der Interessen und Strategien stehen, wird Kapitalismus als soziales Verhältnis immer ungreifbarer, der „Sachzwang Weltmarkt" nicht nur zum ideologischen Gefecht, sondern auch Realität.

Hier macht der Begriff der Objektivität durchaus Sinn. Allerdings in einem anderen Sinn als ihn die Gruppe *Kein Friede* verwendet. Radikale gesellschaftliche Veränderungen in emanzipatorischer Absicht müssen sich gegen gesellschaftliche Strukturen wenden, die zwar historisch in sozialen Auseinandersetzungen entstanden sind, aber den Menschen als „objektiv" und nicht mehr als soziale Verhältnisse gegenübertreten: seien es „Staat", „Geld", „Geschlecht", „Natur" oder – heute besonders dramatisch – „Globalisierung", um einige Beispiele zu nennen. Ein Kampf gegen diese gesellschaftlichen Strukturen setzt Selbstaufklärung und Erfahrungsprozesse voraus und bleibt davon begleitet.

Es geht um ein genaueres Hinsehen, wie Menschen und Kollektive die bestehenden Verhältnisse wahrnehmen und sich mit ihnen auseinandersetzen – das ist der „subjektive Faktor". Privilegierte Antworten oder gar „Wahrheiten" gibt es dazu kaum. Wie verändern sich verschiedene soziale Verhältnisse heute hierzulande und weltweit? Denn unzweifelbar nehmen in Zeiten des Neoliberalismus soziale Verhältnisse wie Lohnarbeit, Staat, das Geschlechterverhältnis und Reproduktionsarbeit, Naturverhältnis oder rassistische Ausgrenzungsmethoden andere Formen an. Welche Interpretation von Gegnerschaft gibt es demzufolge?

Der Anspruch von *Kein Friede*, der „Kampf der nächsten Jahre muß auf unterschiedlichen Ebenen geführt werden, die in sich verbunden sind (...)" kann nur in politischen Auseinandersetzungen und Verständigungsprozessen und nicht „objektiv" eingelöst werden. Denn in radikal-feministischen Kreisen gibt es ganz andere Perspektiven auf aktuelle Entwicklungen als in linken gewerkschaftlichen oder in sich als anti-imperialistisch verstehenden.

Zuletzt und über den Beitrag hinaus, soll ein Aspekt aufgegriffen werden, der immer wieder auf dem europäischen Treffen in Berlin wie dem interkontinentalen Pendant thematisiert wurde: Die scheinbar eindeutige Ablehnung jeglichen Bezuges auf Institutionen und institutionelle Politik. Das führt einerseits zu einem platten Herrschaftsbegriff, der die Veränderungen von Herrschaft nicht erfassen kann und andererseits geraten die Ambivalenzen von Institutionen und institutioneller Politik (und mögliche Anknüpfungspunkte) aus dem Blick.

Herrschaft ist eben nicht personal (auch wenn konkrete Menschen sie ausüben), sondern institutionell tief verankert in staatlichen und Unternehmensbürokratien, in Familien und anderswo. Die Perspektive, „die Schweine zum Teufel zu jagen" (*Kein Friede*) reicht daher nicht, sondern muß sich auf die Widersprüchlichkeiten einlassen, daß (manche) Menschen mit einem radikal emanzipatorischen Anspruch auch in Betrieben, Wissenschaft und staatlichen Instititionen arbeiten und (damit) politisch agieren, obwohl oder gerade weil sie sich der dortigen Grenzen bewußt sind. Die Privilegierung „der Straße" (oder selbstverwalteter Zentren) als Art und Ort der Auseinandersetzung ist zu einseitig, denn es geht auch darum, sich das Funktionieren von Institutionen genauer anzusehen und gegebenenfalls (nicht prinzipiell) dort Auseinandersetzungen zu führen.

So problematisch die neueren Entwicklungen hin zu institutioneller Politik beispielsweise in Form von Nichtregierungsorganisationen (von denen ohnehin nicht generalisierend gesprochen werden kann) sind, so sehr lohnt der Blick auf die Gründe, weshalb sich derart viele Menschen auf solche Formen sozialer Auseinandersetzungen einlassen. Und in Zeiten, in denen auch sozialer Widerstand und Selbstorganisation sich in manchen Fragen globalisieren müssen, sind professionelle Formen emanzipatorischer Politik zum Teil vielleicht gar nicht schlecht. Ein genaueres Hinsehen auf den „objektiv" wie „subjektiv" hervorragend funktionierenden Kapitalismus samt seiner menschenverachtenden Ausgrenzungsmaschinerie könnte auch den Blick auf linke Zusammenhänge schärfen. Die Überwindung der in denunziatorischer Absicht verwendeten Großkategorien wie „Anti-Imps", „Autonome", „SektiererInnen", „Staatstragende", „Promis" oder wie auch immer ist nächste Voraussetzung, um Politik als emanzipatorischen Prozeß zu verstehen. ●

Die aktuellen Themenschwerpunkte im iz3w:
▶ Heft 214: Tourismus ▶ Heft 215: Neue Religiosität ▶ Heft 216: Globalisierung

Die ▶ **blätter des iz3w** sind die größte unabhängige deutsche Fachzeitschrift zu Nord-Süd Beziehungen. Einzelheft DM 8,– Alle sechs Wochen neu.

✂- -

☐ **Abo:** DM 60,– für acht Ausgaben im Jahr.
☐ **Probe-Abo:** DM 15,– für 3 Ausgaben. Das Probe-Abo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
☐ **Probe:** Ein kostenloses Probe-Exemplar.
☐ **Materialliste 96:** Alles auf einen Blick.

▶ **blätter des informationszentrums 3. welt**
iz3w · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
Telefon (0761) 74003 · Telefax 709866
iz3w per E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de

Die Zeitschrift zwischen Nord und Süd

THOMAS KUNZ & GOTTFRIED OY

Linke Seifenblase Mexiko

Warum eine Armee der nationalen Befreiung die *links* so entzückt

Seitdem die zapatistische Armee der nationalen Befreiung am 1. Januar 1994 mit der Besetzung mehrerer Städte und Ortschaften im mexikanischen Bundesstaat Chiapas in die Weltöffentlichkeit trat, ist sie Objekt linker Begierde. Nicht nur in der *links* dient die EZLN oft als Passepartout, um bestimmte Vorstellungen von dem, was denn linke Politik sei, zu propagieren.

Seien es Definitionsversuche, wann und wo eine Guerillabewegung „sozial gerechtfertigt" sei, Beschwörungen der *guten Wilden*, die mit ihrer *lokalen Gemeinschaft* den Kapitalismus in die Knie zwingen oder gar äußerst krude Einheitsphantasien à la *unterdrückte Völker aller Länder vereinigt euch usw.* Den Zapatistas selbst ist dieses Gemenge von Projektionen insofern zu verdanken, da es nicht nur ihr geschickter Umgang mit den Medien, sondern vor allen Dingen mit den westlichen Linken ist, der latent vorhandene Politikkonzepte erst auf Zeitungsseiten oder Berliner Konferenzen manifest werden läßt.

In der *links*-Redaktion gab es immer auch Auseinandersetzungen um die Herangehensweise bzw. um die Art des Blickes auf die Geschehnisse. Diese mögen nicht immer explizit im Heft deutlich geworden sein, jedoch lassen sie sich an unterschiedlichen Bezügen u.a. auf Solidaritätsarbeit bzw. Internationalismus ablesen. So kann z.B. auch der Beitrag Udo Wolters im Schwerpunktheft *Culture Club* (*links* 312/313) ohne weiteres auf die Rezeption der Kämpfe in Mexiko rückbezogen werden. Zwar führte besagter Autor seine Kritik an „kulturalistischen Projektionen der Linken" am Beispiel der linken Kurdistansolidaritätsbewegung aus, gleichwohl lassen sich hierin behandelte Aspekte wie Gemeinschaftssehnsüchte und Revolutionsromantik auch in Bezug auf die UnterstützerInnenszene der EZLN ausmachen und zwar nicht als Randerscheinungen. Wobei – das ist bezüglich der Revolutionsromatik das eigentlich neue – diese eben nicht als Bejubeln einer klassisch militärischen Widerstandsstrategie in Erscheinung tritt, sondern vielmehr in Gestalt der erfreuten Zurkenntnisnahme, daß eine, in Hinsicht auf viele verzivilgesellschaftete Metropolenlinke, kompatible Größe in den Mittelpunkt gerückt ist: der Kampf um Demokratie. Die Faktizität und zwingende Logik dieser Forderung wird von ihren ProtagonistInnen dabei so gut wie nicht begründet, sondern offensichtlich als selbstverständlich vorausgesetzt. Zwei Lesarten bleiben verdutzten LeserInnen. Entweder die Zielsetzung bzw. der als Revolution bezeichnete Kampf ist ein bürgerlicher – allerdings sagt das keiner explizit. Oder, als zweite Interpretationsmöglichkeit, die nun doch recht bürgerlichen Werte Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit bzw. „der Kampf um Demokratie als Strategie gegen die heute herrschenden Verhältnisse" (Brand in *links* 316/317) führen mittlerweile ein recht freischwebendes Dasein, so daß die unterstützte Bewegung und ihr Kampf gleich mit nicht als bürgerlich bezeichnet werden können bzw. dürfen. Dies mag wiederum eine zu vertretende Position sein, jedoch ist sie umstritten und sollte von ihren VerfechterInnen erst einmal begründet und hergeleitet werden.

Es geht also, wie sich aus dem bisher Gesagten ergibt, nachfolgend nicht um die richtigere Darstellung der Strategien und Aktionen der EZLN. Vielmehr soll der Bezug auf diese, d.h. ein in der *links* vorherrschender, ins Zentrum der Kritik gerückt werden. Das bedeutet gleichwohl, zu unterstellen, daß die *wirkliche* Darstellung der Guerilla selber damit verknüpft ist. Mit anderen Worten: Je nachdem, mit welchen impliziten Ansprüchen und (zumeist unhinterfragten, als quasi selbstverständlich gesetzten) Wertvorstellungen die Soli-Brille getönt ist, verändert sich die *Realität* EZLN. Hinterfragt werden soll demnach, was alles an den eben genannten Ansprüchen und Vorstellungen in der *links* anzutreffen war und ist. Zugleich heißt es, zur Kenntnis zu nehmen, daß es sich hierbei nicht um homogene, sondern vielmehr auch um widerstreitende Positionen handelt. Der Verlauf und das Auftauchen bestimmter Wahrnehmungs- und Argumentationsmuster in den vergangenen Jahren war nicht unbedingt konsistent, was jedoch, vor dem Hintergrund der in diesem Beitrag angesprochenen Punkte, eher noch als Stärke der Berichterstattung zu werten ist. Es lassen sich jedoch fünf Felder benennen, die sich mal mehr, mal weniger über den gesamten Zeitraum ausmachen lassen. Zuletzt die September/Oktober-Nummer spitzte hiervon einige zu. Deshalb soll sie als der letzte Stand und folglich als Hauptbezug der Kritik gelten.

Gewalt

Die Forderung der Aufständischen nach Freiheit, Gleichheit und Demokratie traf von Anfang an auf einhellige Zustimmung, läßt sie sich doch vortrefflich in hiesigen Debatten um den Demokratiebegriff anführen. Ungeachtet dessen Umstrittenheit ist es die scheinbar von jeder Kritik unbeleckte Bezugnahme auf den Begriff, welche bundesdeutsche Zivilgesellschafts-Herzen höher schlagen läßt. Bleibt da nur das Problem der Gewalt: „Mexiko ist ein Land, in dem 'das Volk' sich nur dann wirkliches politisches Gehör verschaffen kann, wenn es zu den Waffen greift", so die *links*-Redaktion im Februar 1994. Begründet wird diese Einschätzung damit, daß es eine „zunehmende soziale Ungleichheit" gäbe und ein „selbst im normalen Alltag manifeste(r) Rassismus" zu verzeichnen sei (*links* 285). Daß diese als spezifische Analyse mexikanischer Verhältnisse verkauften Ausführungen durchaus auch auf die hiesige Situation zutreffen, muß nicht erst noch erläutert werden. Während in Bezug auf die BRD jedoch in linken Kreisen weitestgehend davon ausgegangen wird, daß so etwas wie Rassismus lediglich im Zusammenspiel von nationalstaatlichen Institutionen – *Volk* ist selbst eine dieser Institutionen – entsteht, feiert in der Mexiko-Solidarität eine überkommene 'Oben-Unten-Schematik' fröhliche Urstände. Ist erstmal die Unterscheidung zwischen *dem Volk* und *der Regierung* getroffen, so scheinen sich nur zwei Alternativen des politischen Handelns anzubieten: Entweder ist *die*

Regierung gut, so kann sich *das Volk* beruhigt zurücklehnen, oder *die Regierung* ist schlecht und *dem Volk* kommt die gerechtfertigte Aufgabe zu, diese zu bekämpfen, wenn nötig mit Gewalt. Daß sich eine Armee der nationalen Befreiung bei diesem Bezug auf die zentrale Kategorie des Nationalstaates gewollt oder ungewollt in dessen Logik verfängt, bleibt weitestgehend unberücksichtigt oder wird sogar als Widerstand ausgelegt.

Holm-Detlev Köhler etwa sieht im Aufstand der Zapatistas eine „sozial gerechtfertigte Guerilla-Bewegung", die den aus den „Versuche(n) der Nationbildung um ein westlich orientiertes Kulturprojekt" Ausgeschlossenen Gehör verschaffe (*links* 287). Was nun für Köhler eine Guerilla zu einer sozial gerechtfertigten macht, sind nicht etwa deren Forderungen und Ziele, sondern die politische Verfaßtheit des Landes in dem sie kämpft. So wird denn in Köhlers, wie auch in anderen Beiträgen großer Wert auf die Einschätzung gelegt, daß Mexiko keine Demokratie und vor allen Dingen keine westliche Nation sei, was gerade in den Augen derer, die bewaffneten Kampf in Westeuropa aufs schärfte ablehnen, Gewalt rechtfertigt. Köhlers Lesart der EZLN-Politik bringt die Apologie westlicher Zivilgesellschaftsphantasien auf den Punkt: „Wenn du dein Projekt eines modernen westlichen, an Nordamerika angelehnten Staates verwirklichen willst, so mußt du das mit uns, und nicht wie bisher gegen uns, tun! So lautet der Grundgehalt der zapatistischen Botschaft aus Chiapas." (Ebd.) Gewaltförmige Aufstände können somit nur dann ernstgenommen werden, wenn sie für das eintreten, was in sogenannten zivilisierten Nationen Gewalt als politisches Mittel ausschließt. Zivilgesellschaft wird hier nicht etwa als ein Feld der politischen Auseinandersetzung angesehen, welches neue Strategien erfordert, sondern vielmehr als der entscheidende Mix aus „kritischer Öffentlichkeit" und „Nichtregierungsorganisationen" aufgefaßt, der den aus der Nation Ausgeschlossenen zu ihrem Recht verhelfe.

Wir Linken

Die Frage des Umgangs mit der EZLN und – über die Vermittlungsinstanz Neoliberalismus – die aus dem Verlauf der Kämpfe in Mexiko zu ziehenden Konsequenzen für Bewegungen in Europa werden schließlich gar zum Kristallisationspunkt eines sogenannten Neuen Internationalismus gemacht (vgl. Armborst in *links* 314/315). Zu fragen wäre hier, was dessen Protagonisten denn als das eigentlich Neue ausweisen und darüber hinaus, warum gerade der Konflikt in Mexiko und die EZLN als der zündende Treibsatz hierfür gelten.

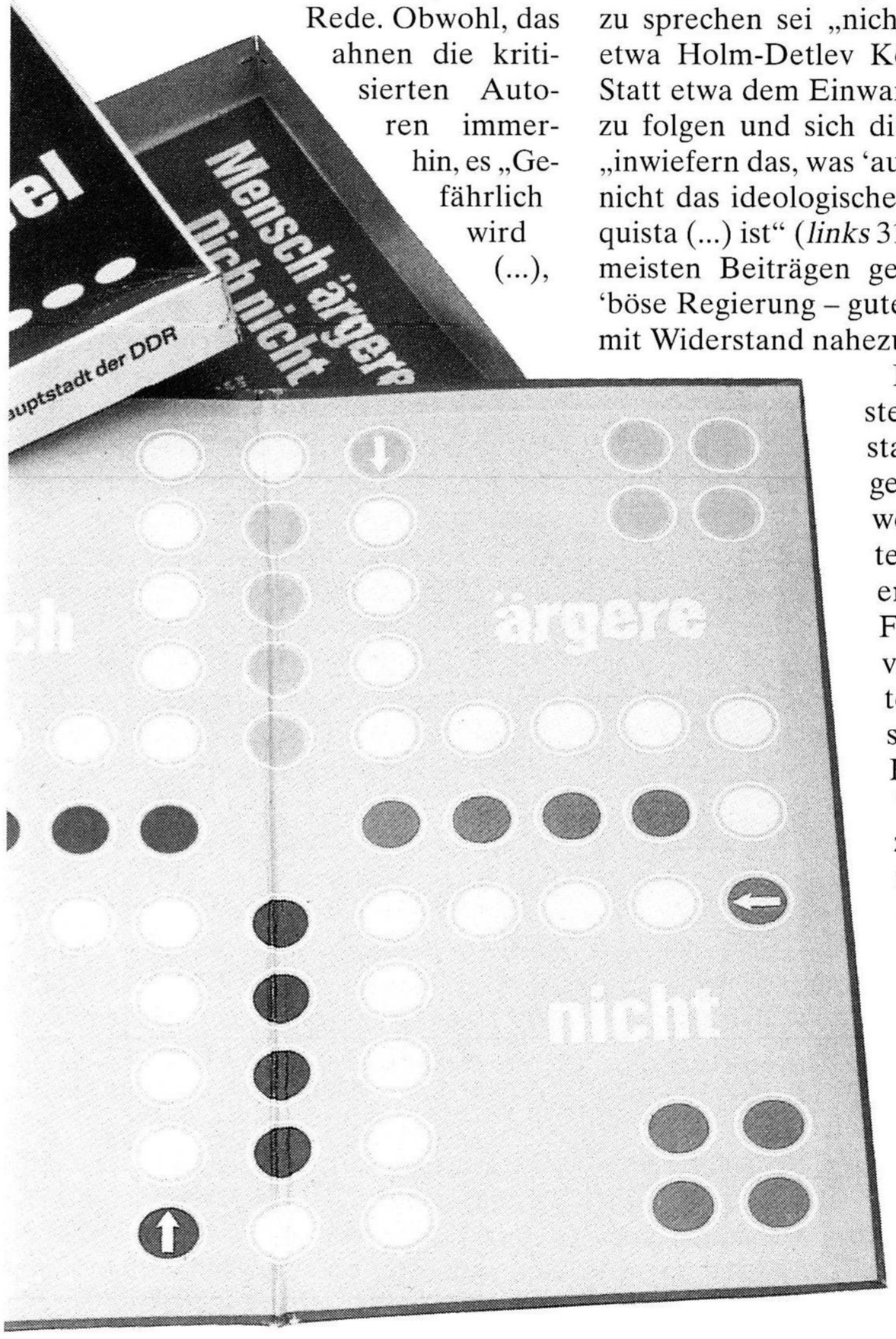
Einerseits gebe es im „Zapatismus" keine „Rezepte, Linien, Strategien, Taktiken, Gesetze, Statuten oder universelle Lösungen" (ebd.). Andererseits wird die Forderung nach den „menschlichen Werten der Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit" flugs zur eigenen pauschalen Forderung geadelt, ohne jemals darum gestritten zu haben, woraus denn diese bürgerlichen Werte nun ihren universellen Zwangscharakter begründen könnten bzw. sollen. Genau da liegt der Hund begraben: das Streiten scheint des Neuen Internationalismus Ding nicht zu sein. Das will zwar explizit niemand gesagt haben, jedoch ist zugleich auffallend oft von „nötiger Toleranz, Offenheit und Dialogbereitschaft", „Konsensorientierung" und der Warnung vor „lähmenden Auseinandersetzungen um Diskurse und Begriffe" die Rede. Daß folglich um die Begriffe „Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit" nicht gestritten wird, ist dann kaum verwunderlich.

Daß, wie bei Armborst einleitend, der „Bereich linker Restkultur" als unfähig zur Trennungsüberwindung beklagt wird, macht klar: hier handelt es sich nicht um allgemeine Floskeln und Flausen, die mal eben so in den internationalistischen Kosmos hineingeraunt werden. Armborsts Vorwurf lautet vielmehr, daß die „Reproduktion" beklagter „Trennungen" – welche, das verschweigt der Autor an dieser Stelle leider – „identitätsstiftender" sei, „als das Suchen nach einer gemeinsamen Praxis, die den Weg aus der Selbstisolierung weisen könnte". Bei genauerem Hinsehen zeigt sich zweierlei. Zum einen: Die vagen „Trennungen" illustriert Armborst vorrangig als „lähmende Auseinandersetzungen um Diskurse und Begriffe". Zudem – und das ist das Wichtigste – gehe es dem angesprochenen „Bereich linker Restkultur" im Kern um Identitätsstiftung, so legt der Autor zumindest nahe. Mehr noch: besagter „Bereich linker Restkultur" verhindere „gemeinsame Praxis" geradezu, mittels der ihm vorgeworfenen „Reproduktion" von Trennungen „in diesem Land wie in Europa". Und folglich wird von Armborst nicht Identitätsstiftung an sich kritisiert. Viel lieber trommelt er für seinen Vorschlag für eine „Suche nach einer gemeinsamen Praxis" – anstelle der wenig hilfreichen Reprodukion von Trennungen. Die Frage 'Wessen gemeinsame Praxis, wessen Trennungen?'wird erst gar nicht gestellt. Ohnehin wäre das wohl bereits wieder eine „lähmende Auseinandersetzung". Stattdessen geht es darum, den identitätsstiftenderen Weg zu weisen. Dem kann nicht scharf genug widersprochen werden: ein solches Projekt Identitätsstiftung wird kein linkes sein. Folglich ist der Neue Internationalismus auch keines, denn implizit liegt sein Potential in eben dem „Suchen nach einer gemeinsamen Praxis, die den Weg aus der Selbstisolierung weisen könnte" – was ja, so die Hoffnung Armborsts, identitätsstiftender sei.

Bei diesem Projekt wird auf das „literarische Werk des Subcommandante" verwiesen. Hierin fände und findet sich womöglich auch der Hinweis, daß dessen Akteure „auch Kollektivsymbole erfinden bzw. sich neu aneignen müssen" (Armborst in *links* 316/317). Wie mittels Kol-

lektivsymbolik das Gerede „vom Volk“ die Runde zurück nach Europa macht, zeigt der Beitrag der Gruppe *Kein Friede* in der letzten *links*. Obwohl ansonsten auch schon mal quer zu der hier kritisierten Mexiko-Rezeption liegend, wird hier, so sei stellvertretend zitiert, von der „roten Macht des Volkes“ geschwafelt.

Solche Volksrethorik findet sich in anderen Beiträgen zwar nicht, die Identitätsstiftung mittels Kollektivsymbolik ist in den benannten Mexikobezügen alldieweil bereits weit verbreitet. Da ist viel vom „wir“ und „uns“ die Rede. Obwohl, das ahnen die kritisierten Autoren immerhin, es „Gefährlich wird (...), wenn permanent auf ein vereinheitlichendes Wir rekurriert wird, das es in Wahrheit gar nicht gibt“ (Brand in *links* 316/317). Ist damit gemeint, daß, wenn das Reden nur einem *wahren* Wir korrespondierte, es gar nicht so gefährlich wäre, permanent davon zu reden? Gibt es gar ein *wahres* Wir? Wie auch immer, im Gegensatz zu der *gefährlichen* Verwendung des Wir auf dem Treffen in Mexiko scheint hingegen das „uns in Europa“ für Brand wenig gefährlich, so legt zumindest die Verwendung dieser Kollektivform im selben Beitrag nahe. Leider vergibt der Autor die Chance, zu überlegen, inwieweit ein Wir hierüber, also mittels seiner penetranten Verwendung überhaupt erst formiert und *wahr* wird – nicht nur in Mexiko.



Wir Indigenas

Wird seit Beginn der Revolte in Chiapas eine Kategorie wie Volk den hiesigen correctness-Ansprüchen gemäß in Anführungszeichen gesetzt, so fehlen diese allerdings, sobald die Rede auf die sogenannte Indigenität der Aufständischen kommt. Von einem „ethnischen Konflikt“ zu sprechen sei „nicht völlig falsch“, so etwa Holm-Detlev Köhler in *links* 287. Statt etwa dem Einwand von Jens Winter zu folgen und sich die Frage zu stellen, „inwiefern das, was ‘authentisch’ sein soll, nicht das ideologische Resultat der Conquista (...) ist“ (*links* 314/315), wird in den meisten Beiträgen gemäß dem Schema ‘böse Regierung – gutes Volk’ Indigenität mit Widerstand nahezu gleichgesetzt.

Erst mit dem entstehen des Nationalstaates und der bürgerlichen Gesellschaft werden ethnische Kategorien überhaupt erst ins ideologische Feld geführt, um vermeintliche Unterschiede herzustellen und darüber Kategorien wie *Volk* konstituieren zu können. Stellen sich die Zapatistas wie auch andere Befreiungsbewegungen in Lateinamerika in eine 500jährige Tradition des Widerstandes gegen die Invasoren aus Europa, so ist diese Art der Geschichtsschreibung selbst Konstruktion einer homogenen Gruppe der „Indigenen Völker“. Als strategischer Schritt mag dies durchaus notwendig sein, er bedarf allerdings der permanenten Kritik, um nicht der letztlich essentialistischen Kategorie „Ethnie“ aufzusitzen. Daß diese Kritik in der *links* selten bis gar nicht geleistet wird, zeigt insbesondere das von Armborst und Winter geführte Interview mit Gustavo Esteva, einem der EZLN nahestehenden Intellektuellen aus Mexiko (*links* 308/309). Nicht nur, daß die Interviewer in ihrem Vorspann wie selbstverständlich Estevas Positionen mit „seiner eigenen indigenen Herkunft“ erklären, auch im Verlauf des Interviews bleiben gerade Äußerungen zum Thema Ethnizität weitgehend unwidersprochen. Esteva spricht von den „Wahrheiten der indigenen Völker“, welche sich der „Logik des kapitalistischen Wirtschaftens“ entziehen würden und entwirft dabei ein Bild einer sich aufgrund ihrer biologischen Herkunft herstellenden Gemeinschaft, der es quasi ins Blut gelegt zu sein scheint, antikapitalistisch zu sein. Der äußerst zaghaften Nachfrage der Interviewer, daß solch eine Gemeinschaftsideologie doch auch repressiv wirken könne, setzt Esteva einen völlig relativistischen Kulturalismus entgegen: „je nach Kultur“ müsse es „eigene Formen der Regierung“ geben, die der „Tradition eine Kontinuität verleihen“ sollen. Um das Gesagte auf den Punkt zu bringen, spricht Esteva während des ganzen Interviews von sich und seiner ‘indigenen Gemeinschaft’ in Wir-Form, gerade um den LeserInnen deutlich zu machen: Seht her, ‘wir’ sind eine Gemeinschaft, in der es keine „lähmenden Auseinandersetzungen um Diskurse und Begriffe“ gibt, ‘wir’ haben feste Regeln, die auch noch effektiver sind als die der bürgerlichen Gesellschaft. Wer in solchen Positionen noch nach dem emanzipativen Gehalt sucht, wird vergebens suchen.

Wir alle

Die Romantisierung beschränkt sich freilich nicht auf Revolutionsvorstellungen. Gesellschaft selbst wird romantisch aufgeladen. Da ist viel von „Würde“ oder gar von „Ganzheit“ (Holloway in *links* 316/317) die Rede. Die Zuspitzung ist die Entgegensetzung von zu bewahrender bzw. zu erkämpfender Menschlichkeit und Neoliberalismus. Offensichtlich machen Menschen zwar ihre eigene Geschichte – nicht aber den Neoliberalismus. Die Stilisierung jenes Ismus’ zur scheinbar Naturkatastrophen gleichenden Erscheinung sorgt für ein doppeltes. Er erweist sich, dieser Wahrnehmung zufolge, nicht länger als soziales Verhältnis der Menschen unter- und zueinander. Ein Kampf gegen den Neoliberalismus kann geführt werden, ohne Gegner zu benennen, denn der Gegner ist er selbst: Für die Menschlichkeit gegen den Neoliberalismus. Dem Neoliberalismus kann keiner weh tun und das braucht, erleichternd für Viele und herausfordernd für „all die etablierten Praktiken und Ideen der revolutionären Linken“ (ebd.), auch keiner. Denn die wichtigste Waffe ist ja die Wahrheit: Die Zapatistas „sind *bewaffnet* mit Wahrheit, und dies ist eine viel wichtigere Waffe als die Feuerkraft der Gewehre. Obwohl sie als eine Armee organisiert sind, zielen sie darauf ab, durch die Wahrheit und nicht durch das Feuer zu siegen.“ (Ebd.) Bliebe

Neue Bücher

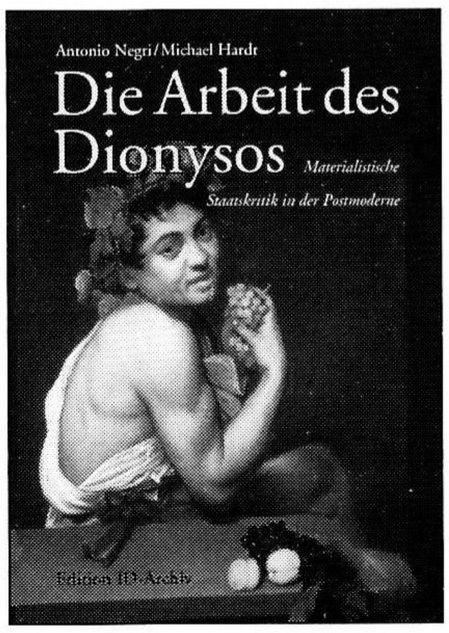
Nr.11/Herbst 1996, 16 DM (im Abo 14 DM)

Dispositive der Macht. Algerien: Die Kriegsökonomie der Maquisards, Louis Martinez • Türkei: Islamisten im Rausch der Moderne, Tanil Bora • FinOrg: Internet – Börse – Cyberspace, Bona Splitter. **Revue Profane:** Gröndahl über die junge Welt • Sierck über Schönheit • Echeverría über Postmoderne und Zynismus ...

Engl.brosch., 253 S., 29,80 DM

»Geheime Dokumente aus Kuba beweisen: kurz vor seinem Tod hatte Che Guevara versucht, die Revolution nach Afrika zu tragen.« *Der Spiegel*, 41/1995

»Eine genauere Untersuchung der Episode im Kongo wird sicherlich zu einer Neubewertung der revolutionären Laufbahn Guevaras führen.« *FAZ*, 18.5.1996



192 Seiten, 32,– DM

Antonio Negri und Michael Hardt schlagen in *Die Arbeit des Dionysos* einen Bogen von den marxistischen Debatten zum kapitalistischen Staat in den 70er Jahren, hin zu den postmodernen Ideologien der 80er und 90er.

Aus dem Inhalt: 1. Kommunismus als Kritik. 2. Die Grenzen der Staatstheorie. 3. Recht und Verfassung in der Postmoderne 4. Die Möglichkeit der Gegenmacht ...

Edition ID-Archiv
Postfach 360205 • 10972 Berlin

noch zu fragen, wozu sie dann noch als Armee organisiert sind?

Jedoch, der Wunsch nach dem wahren, schönen, guten Widerstand macht beim Gewehr nicht halt. Nicht bewundernd sondern fast schon beneidend werden das „gemeinsame Fest und der Tanz" von DorfbewohnerInnen auf ihrem Weg ins „Urwaldversteck" betont. (Armborst in *links* 316/317) Da scheint wenn schon nicht die Welt, so doch wenigstens die Gemeinschaft in Ordnung zu sein. Was in den benannten Passagen angelegt ist, daß bringt John Holloway auf den Punkt. In seinen Überlegungen gewinnen die Gesellschaftsvorstellungen vom Jenseits des Kapitalismus besondere Kontur. Und sie ruhen, was nicht verwundert, auf den gleichen romantischen Gemeinschafts- und Gefühlssehnsüchten auf. Da werden (National)Staaten und der Kapitalismus „uns" entgegengesetzt. Diese Staaten hätten nicht nur die Funktion, „den Status quo des Kapitalismus aufrechtzuerhalten". Darüber hinaus betreiben sie auch eine subtile, „weniger wahrnehmbare Auslese": „das Abdrängen oder das Unterdrücken von Leidenschaften, Liebe, Haß, Wut, Gelächter und Tanz." (Holloway in *links* 316/317) Nicht genug damit, daß der Neoliberalismus durch die beschriebene Entgegensetzung zur Menschlichkeit ent-gesellschaftet wird. Nun wird zugleich nahegelegt, daß einerseits der Neoliberalismus, also letztlich der Kapitalismus, Nicht-Leidenschaften, Nicht-Liebe usw. bedeute. Die solcherart als Pol der Gefühlskälte vorgestellte kapitalistische Gesellschaft assoziiert zugleich ihren Gegenentwurf als das Gefühl- und Lustvolle, die Verheißung vom Aufgehobensein in der intakten Gemeinschaft – möglichst lachend und tanzend. Diese Diktatur der guten Laune wird von Holloway analog zur Achse Gefühlskalt/Gefühlvoll auch noch geschlechtsspezifisch konservativ aufgeladen: „In der kapitalistischen Welt ist Politik ein ernstes (um nicht zusagen langweiliges) Geschäft, eine Angelegenheit vor allem für das ernste (um nicht zu sagen langweilige) Geschlecht, eine Angelegenheit, die keinen Raum für Kinder, Spaß oder Spiele vorsieht." (Ebd.) Das langweilige Geschlecht – anscheinend männlich, da nicht gebärend – steht demnach für Kapitalismus, ernste Politik, gleichbedeutend für Abwesenheit von Kindern und Spaß. Umgekehrtes gelte folglich für ein weiblich konstruiertes Geschlecht.

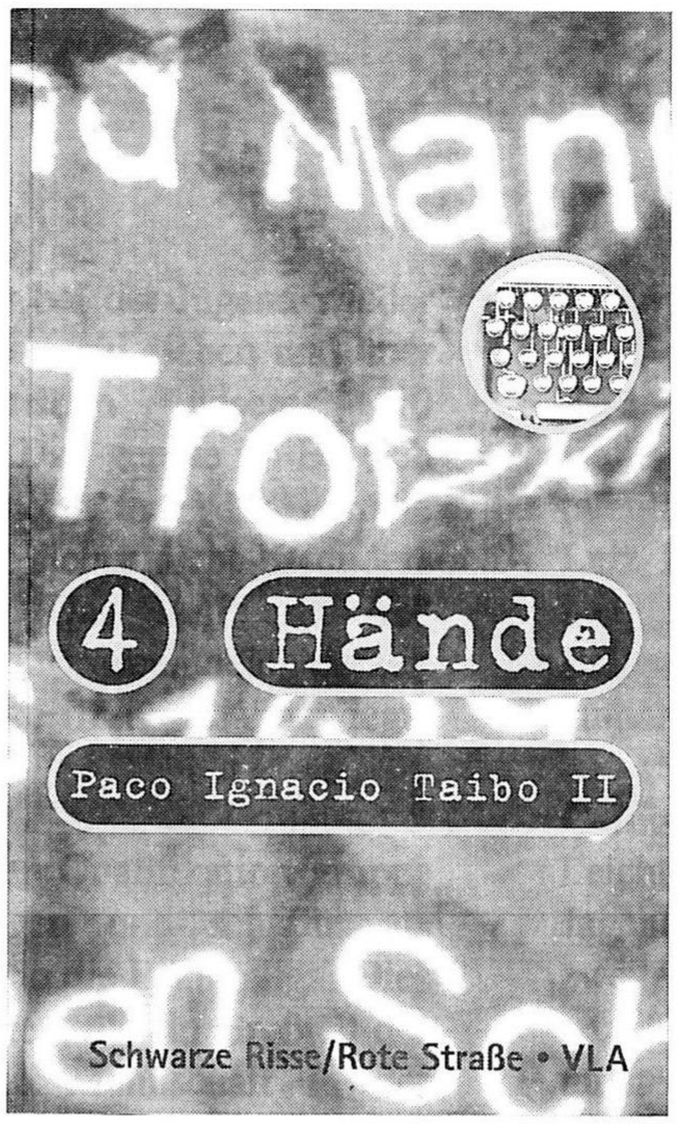
Ja-Aber-Nationalismus

Ebenso läßt sich kritisieren, daß – obschon allen Beteiligten klar ist, daß für die EZLN das Wörtchen „national" nicht nur in der Namensgebung eine gewichtige Rolle spielt – der Vorwurf, nationalistisch zu sein, gerne und mit Entrüstung als ungerechtfertigt zurückgewiesen wird. Was immerhin heißt, sich wenigsten damit auseinandergesetzt zu haben; denn meist wird gar nicht darauf Bezug genommen. Ebensowenig wie „die menschlichen Werte Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit" als bürgerlich bezeichnet werden dürfen, soll der Befreiungskampf der EZLN gegen den Vorwurf, nationalistisch zu sein, imprägniert werden. Zum einen wäre es übertrieben, aus Namensgebungen auf nationalistische Politikinhalte zu schließen. Zum anderen stimme der Vorwurf zwar, Bezeichnungen wie „Nationaler Demokratischer Konvent" zeigen dies, es müßten allerdings historisch spezifische Unterschiede zur Situation in der BRD gewürdigt werden. Demnach ließe sich der Nationalismus-Vorwurf gegen die EZLN nicht halten. Diese Form des Ja-aber-Nationalismus ist jedoch genauso falsch und fadenscheinig, wie die Differenzierung zwischen „überzogenem Nationalismus" und „angemessenem Nationalgefühl". Der erste Schritt wäre allemal, sich zu der Nationalrhetorik der EZLN zu verhalten, anstatt sich hinter der vagen Formulierung spezifischer Unterschiede zu verstecken.

Wir nicht

Um es schlußendlich noch einmal festzuhalten: Es geht dieser Kritik der *links*-spezifischen Thematisierung der Geschehnisse in Chiapas keineswegs darum, der EZLN die Solidarität aufzukündigen. Es geht vielmehr darum, der in der *links* vertretenen Soliszene ihren unkritischen Bezug auf bürgerliche Werte vorzuwerfen, die nahezu ohne Auseinandersetzung über Geschichte und Bedeutung zur Grundlage eines Neuen Internationalismus gemacht werden sollen. Bei näherer Betrachtung erweist sich deren Spielart der politischen Intervention als gar nicht so neu; sie ist vielmehr als Rückschritt hinter linke Debatten und Positionen der letzten 30 Jahre zu werten. Wer sich auf die Suche nach neuen Politiken macht, sollte sich zumindest der Mühe unterziehen, schon geführte Auseinandersetzungen nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Solange unter dem Label „Konflikt der Zukunft" (Köhler) alter Wein in neuen Schläuchen verkauft wird, ist die „lähmende Auseinandersetzung" (Armborst) darüber notwendig. Die hier vorgetragene Kritik an solchen Versuchen als „lähmend" zu bezeichnen, ist daher so falsch nicht. Die Frage ist allerdings, wer oder was sich durch diese Auseinandersetzung „gelähmt" fühlt – oder anders gesagt: gewisse Spielarten des Internationalismus in diesem Sinne zu „lähmen", ist durchaus beabsichtigt. ●

Jetzt *links* abonnieren oder werben für ein Jahr und länger ...



1

Paco Ignacio Taibo II:
Vier Hände
Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße und Verlag Libertäre Assoziation, Berlin/Hamburg 1996, 413 Seiten
„Leo Trotzki schreibt im mexikanischen Exil an einem Krimi. Stan Laurel fährt auf Sauftour aus den Filmstudios nach Mexiko, ein bulgarischer Kommunist kämpft im spanischen Bürgerkrieg, US-amerikanische Geheimdienstler wollen den Sandinisten ans Leder, Emilio Salgaris Piraten und Sandokan schwirren durch die Seiten."

2

Diverse:
Camp Imperial. Electronic Rock Resistance. Triggered by Imperial Sound Kollektiv, L'Age d'Or/Rough Trade, Hamburg 1996
„Die Hymne, die hier gesungen bzw. instrumentell dargeboten wird, ist die auf die Freiheit der Stile und der neuen Unordnung von Computer und Gitarre. 20 verschiedenste Stücke stehen für die Brandbreite der im Imperial produzierten Musik."

... und eine der zwei Prämien kassieren!

❑ Normal-Abo (W: DM 75,- / O: DM 50,- incl. Porto, Versand und MWSt.; Luftpostpreise auf Anfrage)
❑ Ermäßigtes Abo (DM 56,- gegen Vorlage von Studi-, Arbeitslosen- oder Sozialhilfebescheinigung)
❑ Förder-Abo (*links* für DM100,- oder mehr)
❑ Geschenk-Abo (*links* für ○ **1 Jahr**; Preis wie Normal-Abo) ab Monat/Jahr: _____

Betrag: ○ zahle nach Erhalt der Rechnung
○ mit Einzugsermächtigung: abbuchen von

Konto: _____ Bank: _____

BLZ: _____

○ Das **Geschenk-Abo** geht an folgende Adresse
○ Ich habe den/die AbonnentIn geworben, bin bereits *links*-AbonnentIn und möchte die angekreuzte **Werbeprämie** als Dankeschön.

○ Prämie 1 ○ Prämie 2

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
Plz Ort

_____
Datum Unterschrift

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

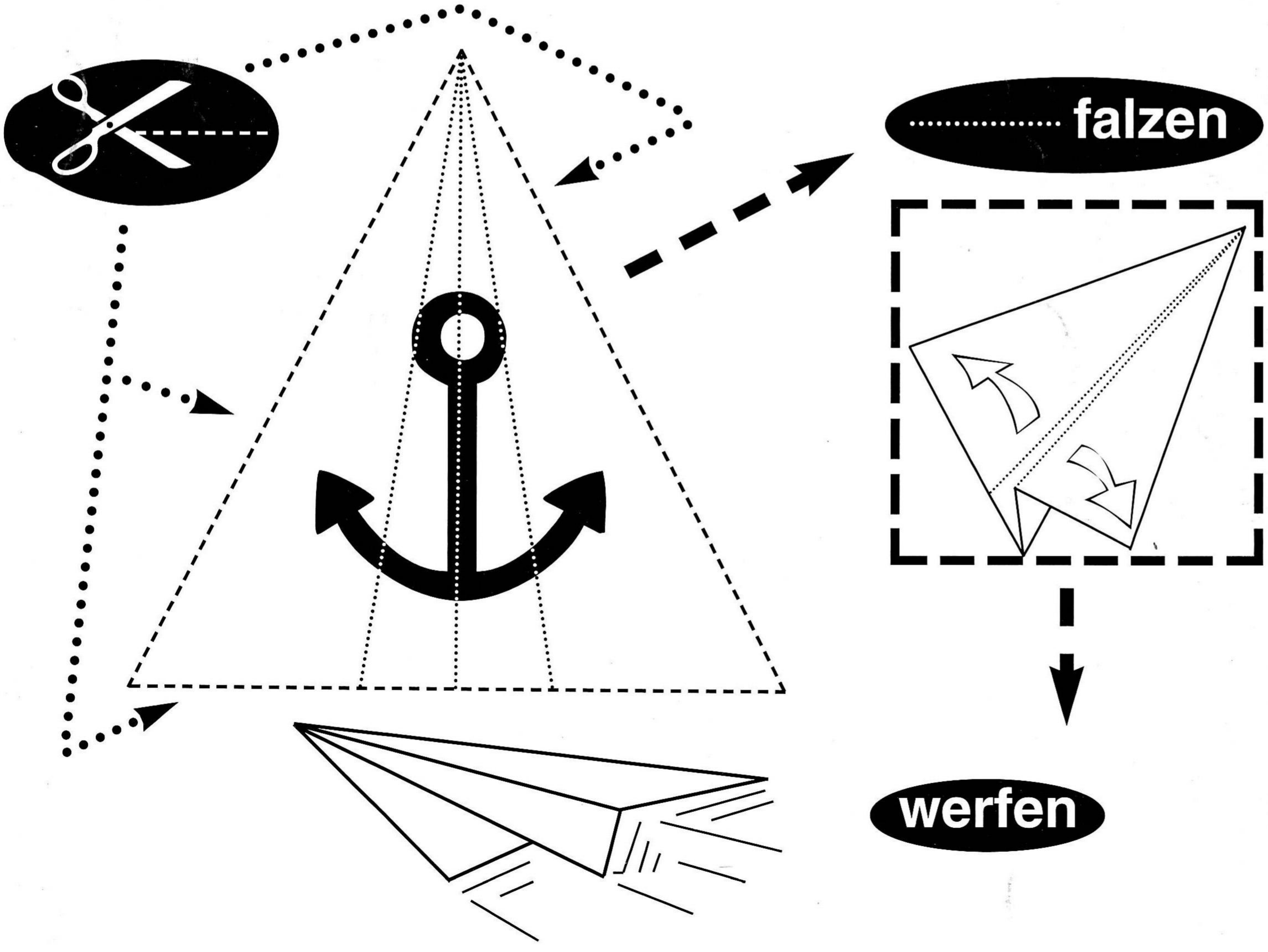
_____
Plz Ort

Vertrauensgarantie: Diese Vereinbarung kann schriftlich innerhalb von zehn Tagen widerrufen werden. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30.9. vor Ende des Kalenderjahres (bzw. 3. Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes) schriftlich gekündigt wird.

Verlag 2000 GmbH, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Infoladen Leipzig SO

Koburger Str. 3
D 04277 Leipzig

höchste eisenbahn!
links-leserInnen
basteln einen
wurf-anker